



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Plurale Ökonomie und kapitalistische Inkorporation?

Widersprüche im pluralen Ökonomiemodell und Mechanismen kapitalistischer
Expansion in Bolivien seit der politischen Transformation 2006

Verfasser

Martin Kitzler

angestrebter akademischer Grad

Magister (Mag.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuer:

Dr. Johannes Jäger

Danksagung

Zu aller erst möchte ich mich bei meiner Familie und meinen Eltern Aloisia und Josef für die Unterstützung und das Vertrauen in mich und meine Potentiale bedanken. Dabei standen sie mir bei schwierigen Entscheidungen zur Seite und unterstützten mich bei meinem Studienwechsel. Ohne sie hätte ich wohl nie den Weg in diese Richtung einschlagen können, um mein Leben nach den Vorstellungen und Vorhaben so zu gestalten.

Außerdem gilt mein Dank all meinen Freundinnen und Freunden, die mich durch all die Jahre hindurch begleitet haben. Durch ihre Gespräche und Diskussionen entdeckte ich neue Interessen und Perspektiven und sie motivierten mich, um mich auf Neues einzulassen. Stephan, Christoph, Sanna, Tomi, Martin, Roli, Hannes und July haben mich seit meinem Studium hier in Wien stets begleitet und standen mir immer zur Seite. Außerdem möchte ich mich bei all jenen bedanken, die mich bei der Realisierung dieser Arbeit unterstützten. Mein besonderer Dank gilt Lisa Oberbichler und Julia Seewald. Durch spannende Diskussionen und motivierende Gespräche beeinflussten sie den Ausgang dieser Forschung. Zusätzlich unterstützte mich Julia durch ihre Erfahrungen und Kontakte bei der Realisierung der Feldforschung. Für das Endlektorat bedanke ich mich noch bei Wolfgang Gaigg, der sich die Mühe gab, um die Verständlichkeit der Arbeit zu verbessern.

Ganz besonders möchte ich mich bei meinem Betreuer Johannes Jäger bedanken. Er ließ mir in meiner Forschung genügend Freiraum, um meine Ideen und Gedanken umzusetzen und war gleichzeitig mit Ratschlägen und hilfreichen Tipps zur Stelle. Für ihre Unterstützung in Bolivien möchte ich noch Isabella Radhuber hervorheben. Durch ihre persönliche Unterstützung ermöglichte sie mir einen sehr spannenden Forschungsaufenthalt in Bolivien. Dank ihrer Bemühungen konnte ich wichtige Kontakte knüpfen und Interviews durchführen. An dieser Stelle möchte ich mich bei meinen Interviewpartnern in Bolivien bedanken, bei Alejandro Almaraz, Carlos Arze, Gabriel Dabdoub, Raúl Prada und Oscar Vega. Außerdem möchte ich mich bei meiner Gastfamilie – der Familie Viorel – ganz herzlich für die Gastfreundschaft bedanken. Ihre Unterstützung in allen Belangen, ihre auflockernden und amüsanten Gespräche und ihre Fürsorge machten den Forschungsaufenthalt zu einem unvergesslichen Erlebnis. Ganz besonders Bedanken möchte ich mich bei Emel Viorel, der kurz nach meiner Rückkehr nach Österreich ums Leben kam. Seine Freundschaft, Hilfsbereitschaft und seine Lebensfreude werden mir immer in Erinnerung bleiben.

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG	1
1.1. FORSCHUNGSFRAGE UND ANNAHMEN	5
1.2. AUFBAU DER ARBEIT	6
1.3. METHODOLOGIE IM KRITISCHEN REALISMUS UND FORSCHUNGSMETHODEN	8
1.4. BEGRIFFSKLÄRUNG KAPITALISMUS.....	13
2. KONZEPT DER PLURALEN ÖKONOMIE IN DER NEUEN VERFASSUNG	15
2.1. DAS ZIVILISATIONSMODELL ALS GRUNDLAGE DER PLURALEN ÖKONOMIE	15
2.1.1. <i>Kritische Anmerkungen und Interpretationen</i>	20
2.2. DIE PLURALE ÖKONOMIE IN DER NEUEN VERFASSUNG	21
2.3. WIDERSPRÜCHE AUS MARXISTISCHER PERSPEKTIVE ÜBER DAS KONZEPT DER PLURALEN ÖKONOMIE	23
3. REGULATIONSTHEORIE UND STRATEGISCH-RELATIONALER ANSATZ ALS ANALYSERAHMEN KOMPLEXER GESELLSCHAFTSDYNAMIKEN	24
3.1. FORMEN DER AKKUMULATION.....	26
3.1.1. <i>„Außerökonomische“ Reproduktion als Stütze des Akkumulationsregimes</i>	28
3.1.2. <i>Extensive und intensive Akkumulation</i>	30
3.1.3. <i>Extravertierte und intravertierte Akkumulation</i>	31
3.1.4. <i>Akkumulation produktiven bzw. fiktiven Kapitals</i>	32
3.1.5. <i>Schematische Darstellung des Akkumulationsregimes</i>	33
3.2. REGULATIONSDISPOSITIV	34
3.2.1. <i>Das Lohnverhältnis</i>	39
3.2.2. <i>Das Konkurrenzverhältnis</i>	41
3.2.3. <i>Die ökologische Beschränkung</i>	42
3.2.4. <i>Die Geldbeschränkung</i>	43
3.2.5. <i>Schematische Darstellung des Regulationsdispositivs</i>	44
3.3. DIALEKTIK VON AKKUMULATION UND REGULATION.....	45
3.4. DAS RAUMVERSTÄNDNIS IN DER REGULATIONSTHEORIE.....	47
4. BOLIVIENS STEINIGER WEG – VERSUCHE DER MODERNISIERUNG UND NATIONALISIERUNG AB DER REVOLUTION VON 1952.....	49
4.1. HISTORISCHE ENTWICKLUNGEN AB DER NATIONALREVOLUTION 1952.....	49
4.2. HYPERINFLATION UND NEOLIBERALER REFORMISMUS	50

4.3.	DIE KRISE DES NEOLIBERALISMUS ALS TEIL DER MULTIPLEN KRISE	55
5.	POLIT-ÖKONOMISCHE TRANSFORMATIONSPROZESSE – NEUAUSRICHTUNG DER BOLIVIANISCHEN WIRTSCHAFT UND DURCHSETZUNG DOMINANTER ENTWICKLUNGSSTRATEGIEN	59
5.1.	ENTWICKLUNGSSTRATEGIEN UND POLITISCHE REGULATION - WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG UND STAATLICHE INTERVENTION	60
5.1.1.	<i>Nationaler Entwicklungsplan und ambitionierte Ziele</i>	60
5.1.2.	<i>Strategische Wirtschaftszweige und politische Interventionen.....</i>	66
5.1.3.	<i>Initiativen zur Intensivierung und Diversifizierung der Produktionsmatrix</i>	86
5.1.4.	<i>Sozialprogramme - Armutsbekämpfung, Reproduktionsverbesserung und Chancen erhöhen.....</i>	91
5.2.	VERÄNDERUNG DER POLIT-ÖKONOMISCHEN MACHTVERHÄLTNISSE UND DURCHSETZUNG DOMINANTER ENTWICKLUNGSSTRATEGIEN	95
5.2.1.	<i>Herausbildung eines neuen (bürgerlichen) Kräfteverhältnisses</i>	101
6.	CONCLUSIO	115
7.	ANHANG	121
8.	LITERATUR UND QUELLEN	125
	BIBLIOGRAPHIE.....	125
	ANGEFRAGTE DOKUMENTE	134
	GESETZESTEXTE UND REGIERUNGSDOKUMENTE	135
	ZEITUNGSARTIKEL	135
	INTERNETQUELLEN	137
	INTERVIEWS.....	137
9.	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	138
10.	ABBILDUNGSVERZEICHNIS.....	140
11.	ABSTRACT	141
11.1.	DEUTSCH	141
11.2.	ENGLISH.....	142
12.	CURRICULUM VITAE	143

1. Einleitung

Bolivien wurde in den letzten Jahren von politischen Krisen, sozialen Konflikten und breiten gesellschaftlichen Mobilisierungen heimgesucht, die ihre Ursprünge vor allem in den diversen indigenen und bäuerlichen Bevölkerungsschichten fanden, jenem Teil der bolivianischen Bevölkerung also, der seit der Kolonialisierung systematisch unterdrückt und ausgegrenzt wurde. Jegliche historischen Versuche, um diese Ausgrenzung zu überwinden, hatten zu keinen tatsächlichen Veränderungen gesellschaftlicher, kultureller, institutioneller und systemischer Rassismen und Unterdrückungen geführt. Bolivien hat sich – entgegen einiger Theorien der kulturellen und sprachlichen Assimilation und Anpassung an die sog. Dominanzkulturen europäischer Herkunft – als Biotop der Vielfalt erhalten. Eine Vielfalt, die sich nicht bloß kulturell oder sprachlich darstellt, sondern sich in diversen Organisations- und Demokratieformen, Geschlechterverhältnissen, Widerstands- und Mobilisierungsformen und Produktionsformen präsentiert. Bolivien bedeutet Vielfalt, Bolivien lebt Diversität.

Bolivien bedeutet aber noch wesentlich mehr als Diversität und Vielfalt bzw. Krisen und Konflikte: Bolivien, als Schlagwort der Sozial- und Politikwissenschaften, bedeutet Alternativen vorantreiben, Transformation wagen, Widerstand gegenüber dominanten Ausbeutungsmethoden ausüben, DEMOKRATIE NEU DENKEN! Diese Attribute sind entscheidend, um die Prozesse der letzten ca. fünfzehn Jahre gesellschaftlicher Auseinandersetzungen zu verstehen und zu begreifen. Die soziale Realität der Unterdrückung, der Armut, der Ausbeutung des Rohstoffreichtums zum Vorteil transnationaler Unternehmen in einem Umfeld des politischen Vakuums und Stillstandes der sog. paktierten Demokratie führte zu Krisen und Konflikten. Diese zeigten sich in teils bürgerkriegsähnlichen Zuständen und führten schließlich zu noch wesentlich mehr: Es wurde eine breite gesellschaftliche und politische Phase der Transition und Transformation eingeleitet. Hierbei handelt es sich um einen Wandel, der seine Ursprünge in der Gesellschaft hat, von „unten“ initiiert und über demokratischem Wege umgesetzt wurde. Ein Prozess also, der Unterdrückungen und Ungleichheiten überwinden soll. Das Ziel ist eine egalitäre, horizontal verbundene Gesellschaft, die frei von Zwängen der Unterordnung und der ethnisch-kulturellen Hierarchien ist und sich auch in den Institutionen als Recht einschreiben soll. Hierbei ist der durch die politischen und gesellschaftlichen Umbrüche eingeleitete Prozess hin zu einer neuen Verfassung, die diese soziale Realität institutionell erfassen soll, von wesentlicher Bedeutung. Geprägt von Spannungen, Konflikten und Auseinandersetzungen zwischen VertreterInnen der indigenen und bäuerlichen Organisationen, Regierungsmitgliedern und den konservativen

Oppositionskräften der wirtschaftsmetropole Santa Cruz wurde die neue Verfassung des „Plurinationalen Staates Bolivien“ 2009 mittels Volksentscheid angenommen. Diese umfangreiche Verfassung stellt eine der wohl weitreichendsten Verfassungen im Bereich kultureller Rechte dar. Neben diesen wurden noch weitreichende Naturrechte verankert und traditionelle Organisations- und Demokratieformen anerkannt. Somit kann man von einem sehr ambitionierten und elaborierten Staatsprojekt sprechen, dessen theoretische und formelle Dimension weit über das in Europa etablierte „normative“ Staatsverständnis hinausgeht.

Diese Konzepte und Ideen gehen einher mit der Krise des eurozentrischen Staaten- und Gesellschaftsmodells, welches sich rund um ein kapitalistisches Wirtschaftsmodell der Konkurrenz, des Wachstumsdranges, des Konsumwahns und der Individualisierung organisiert. Darüber hinaus stellen sie gegenüber dem eurozentrischen Gesellschaftsmodell alternative Ansätze dar, um Gesellschaft, Wirtschaft und Politik neu zu organisieren. Gerade heute zeigt sich diese Notwendigkeit der alternativen Gesellschaftskonzepte mehr denn je, da viele Länder rund um den Globus von einer weitreichenden Krise heimgesucht werden. Da es sich um eine strukturelle Krise handelt, braucht es gerade solch eine komplette Neuordnung anstatt die Krisensymptome nur mittels Anpassungen zu verlagern.

Diese Aspekte der kapitalistischen Ordnung mit seinen Dimensionen der gesellschaftlichen Exklusion und Ungleichheit bildet dabei einen Interessensschwerpunkt, der zu dieser Forschung führte. Ferner gilt das Interesse der Arbeit den gesellschaftlichen Bewegungen, die versuchen diese Ungleichheiten anzuprangern und neue Wege voranzutreiben. Neue Gesellschaftsmodelle können nur aus dieser selbst und deren Protesten entstehen. Jedoch zeigt es sich doch sehr oft, dass die Reichweite und die Perspektiven, die während der Krisen und Konflikte vorherrschen, in ihrer Umsetzung nicht diesen Transformationscharakter entfalten können. Dies mag zum einen durch die Zielsetzungen selbst begründet sein, zum anderen muss man sich jedoch auch der Problematik bewusst werden, dass man selbst Teil eines Systems ist, dessen Beständigkeit und Pfadabhängigkeit (Pierson 2000) sich wiederum einschränkend auswirken. So scheint es trotz der Widersprüche des Kapitalismus schwierig zu sein, dieses globale kapitalistische Weltsystem zu überwinden. Aus diesem Grund stellt sich auch die Frage, welche Reichweite solche angestrebten Transformationen tatsächlich in ihrer Umsetzung haben, welche internen und externen Hindernisse in diesem Kontext existieren

und welche unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten sich für unterschiedliche Akteure¹ ergeben?

Diese Suche nach Alternativen - als Resultat gesellschaftlicher Konflikte und Auseinandersetzungen - führte mich nach Bolivien. Vorangetrieben durch die sozialen Bewegungen der marginalisierten Bevölkerung sollten dort nämlich der Staat, die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Organisationsformen entsprechend neuer Muster umgestaltet werden. Im Zuge eines ersten Aufenthaltes in Bolivien versuchte ich die Reichweite dieses Prozesses persönlich einschätzen zu können. Trotz vieler positiver Aspekte schien es mir, als sei dieser eingeschlagene Weg keiner, der tatsächlich hin zu einem alternativen Modell führen könnte. Dies brachte mich zu meiner Vorgehensweise mich aus einer kritischen Perspektive heraus mit den Konzepten der angestrebten Wirtschaftstransformation und den tatsächlichen Veränderungen auseinanderzusetzen, um deren Reichweite und Diskrepanzen besser verstehen zu können, aber auch, um zu ergründen welche Akteure diese Transformation vorantreiben und gestalten. Ein Forschungsaufenthalt im Frühjahr 2013 ermöglichte es mir, mich diesen Fragen mittels Interviews, Datenerhebungen und einer Form der beobachtenden Forschung tatsächlich zu nähern.

Im Zuge der Untersuchungen prägte eine Debatte die Forschungsfragen und Analysen wirtschaftlicher Transformationen. Auf der Suche nach egalitären Wirtschaftsformen wurde in der Verfassung das Konzept des *Vivir Bien*² verankert. Dabei zeigt sich in der heutigen Debatte, dass dieses *Vivir Bien* in seiner Reichweite unterschiedliche Interpretationen und diskursive Strategien zulässt. Forderungen der Modernisierung im Sinne eurozentrischer Normen und Werte stehen einem indigenen Verständnis gegenüber, das in seiner Reichweite auf grundlegend neuen demokratischen Strukturen und Gesellschaftsverhältnissen wurzelt. Im politischen Alltag wurde dieser Begriff im Zusammenhang mit den Maßnahmen der Regierung zu einem „empty signifier“. (Laclau 2005) Durch diese Entwicklung verlor die tatsächliche Bedeutung an Klarheit, eine möglichst breite gesellschaftliche Reichweite der politischen Mobilisierung zu Gunsten der MAS-IPSP (*Movimiento al Socialismo – Instrumento Politico por la Soberanía de los Pueblos*) konnte dadurch allerdings vorangetrieben werden. Das Entwicklungskonzept als unklarer, schwammiger Begriff wurde

¹ Anmerkung: Der Begriff „Akteur“ wurde bewusst nicht gegendert, da es sich dabei neben Personen auch um Institutionen, Vereinigungen, Parteien uvm. handeln kann.

² Anmerkung: Es gibt kein einheitliches Konzept des *Vivir Bien*, sondern es ist je kulturellem Kontext unterschiedlicher andiner Völker geprägt. Jedoch beinhaltet es einen stark gemeinschaftlich orientierten Charakter, geprägt von Werten wie Solidarität, gegenseitiger Unterstützung und einer sozialen Form der Wirtschaft, die im Verhältnis zur Natur gedacht werden muss. (Details siehe Estermann 2010; Poma 2010: 311-313)

von politischen Gruppen also strategisch geschickt genutzt, um die Widersprüche dieser beiden unterschiedlichen Entwicklungsperspektiven zu verschleiern und die MAS als neuen dominanten Akteur auf der Bühne des politischen Alltags zu etablieren.

Dieser Widerspruch zwischen den unterschiedlichen Entwicklungsperspektiven zeigte sich realpolitisch bereits in der Phase der verfassungsgebenden Versammlung. Konflikte rund um das plurale Gesellschaftskonzept, unterschiedlicher Wirtschafts- und Demokratiekonzepte, territoriale Autonomie und Dezentralisierung schwächten den Zusammenhalt der Allianz der indigenen und bäuerlichen Organisationen des Einheitspaktes („*pacto unidad*“). (Radhuber 2012b: 183) In Folge dessen scheint es, als hätten sich hierin die Widersprüche des kaum definierten Begriffs „*Vivir Bien*“ in die politischen Auseinandersetzungen übertragen und diesen Konflikt der Entwicklungswege offengelegt.

Parallel zu dieser Problematik stellt das Konzept der pluralen Ökonomie, welches auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Organisations- und Produktionsformen aufbaut, einen weiteren zentralen Widerspruch dar, der in dieser Arbeit kritisch hinterfragt werden soll. Gerade diese Pluralität, die sowohl kapitalistische als auch nicht-kapitalistische Produktionsformen und Mischformen zulässt, soll unter dem Aspekt des expansiven Charakters kapitalistischer Produktionsformen diskutiert werden. Intentionen der Regierung zum Ausbau der Extraktionsökonomie und deren Industrialisierung dominieren die Entwicklungsstrategien. Gekoppelt an sozialpolitische Maßnahmen zur Legitimation und gesellschaftlichen Stabilisierung stellt dieses Konzept des Neo-Extraktivismus (Gudynas 2011) eine Abkehr tatsächlicher Alternativen und Abhängigkeiten nach außen dar.

Diese beiden hier angeführten Widersprüche sollen im Zusammenhang mit den Fragen nach der Überwindbarkeit bzw. der Beständigkeit des kapitalistischen Systems die Ausgangspunkte dieser Arbeit bilden. Aus einer kritischen Perspektive wird untersucht, ob dieses plurale Wirtschaftsmodell gekoppelt an das *Bien Vivir* als „*empty signifier*“ eine Tendenz hin zu einer möglichen Inkorporation unterschiedlicher Organisations- und Produktionsformen in das kapitalistische System darstellt. Im Zuge dessen sollen die Verteilungs- und Intensivierungsmechanismen hin zur Produktivitätssteigerung und verstärkten Marktorientierung der Gesellschaft analysiert werden. Die Wirkungsweisen und Wirkungsebenen dieser Interventionen werden untersucht, um mögliche Tendenzen zu verorten. Auf Grund einer kritisch-realistischen Positionierung kann kein rein linear verifizierendes oder falsifizierendes Ergebnis erwartet werden, weshalb bewusst auf mögliche Tendenzen verwiesen wird.

1.1. Forschungsfrage und Annahmen

Ziel dieser Arbeit ist es, die Handlungsmöglichkeiten und umgesetzten Politiken seit der Transformation im Kontext historisch etablierter Machtverhältnisse und Strukturen besser verstehen zu können. Der Forschungsfokus konzentriert sich dabei auf dieses oben erwähnte Spannungsfeld unterschiedlicher Entwicklungsstrategien, das in einem engen Zusammenhang mit dem Konzept der pluralen Ökonomie und der Stabilisierungsmechanismen zur Absicherung kapitalistischer Produktionsweisen steht. Dabei wird aus einer kritischen Perspektive das angestrebte Ziel einer neuen Gesellschaftsordnung, vorangetrieben durch die Perspektive des pluralen Ökonomiemodells, mit den tatsächlichen polit-ökonomischen Maßnahmen der Regierung verglichen. Theoretisch eingebettet in der Regulationstheorie bietet sich dadurch die Möglichkeit, diese Stabilisierungsmechanismen kapitalistischer Wirtschaftsformen zu analysieren und einzuschätzen. Widersprüche sollen sozial abgefedert werden, ohne dabei das grundsätzlich System anzutasten. Diese Stabilisierungsversuche werden dabei von politischen Akteuren vorangetrieben, die spezifische Interessen und Entwicklungsstrategien verfolgen. Hier findet der zweite theoretische Rahmen seine Anwendung. Um diese Veränderungen im Politischen besser verstehen zu können, greife ich auf den strategisch relationalen Ansatz zurück.

Zentrale Fragestellungen rund um diese Ausgangsannahmen

- Welche Akkumulationsstrategien und Modelle wirtschaftlicher Entwicklung verfolgt die Regierung von Evo Morales und wie lassen sich diese hinsichtlich der Förderung alternativer Wirtschafts- und Gesellschaftsformen einordnen?
- Welches Spannungsfeld erzeugt das Konzept der pluralen Ökonomie auf Grund der Widersprüche zwischen kapitalistischer und nicht-kapitalistischer Produktionsweise? Welche gesellschaftlichen Konfliktpotentiale verbergen sich hinter diesen Widersprüchen?
- Wie schafften es bestimmte Akteure und Interessensgruppen sich als dominante Akteure zu etablieren und den Prozess des Wandels strategisch zu lenken? Welche politischen Allianzen und Brüche gingen damit einher?

Ausgangsannahmen

Die ökonomische Pluralität stellt ein umkämpftes Terrain dar. Aufgrund der Widersprüche und tendenziellen Konfliktpotentiale (Ressourcen, Autonomie, Expansion der extraktivistischen Akkumulationsweise) versteht sich das ökonomische Feld als ein politisch umkämpftes Feld zwischen unterschiedlichen Interessensgruppen in unterschiedlichen

politischen Sphären (innerhalb der MAS, Opposition, soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Nachbarschaftsverbände,...), die entsprechend strategisch-relationaler Allianzen um die Durchsetzung ihrer Interessen im Staat kämpfen. In diesem Kontext haben wirtschaftspolitische Maßnahmen und Strategien dazu geführt, dass sich die ModernisierungsbefürworterInnen durchgesetzt haben. Dadurch hat sich das politische Kräfteverhältnis dahingehend verschoben, dass sich die alte Opposition und nationale Kapitalfraktion im Bündnis mit neuen dominanten Akteuren arrangiert haben, um deren Entwicklungsstrategien voranzutreiben. Das Verharren in den bestehenden politischen und ökonomischen Strukturen hat die Chancen auf eine reale Transformation verhindert. Einen wesentlichen Faktor hierfür stellt die internationale Dimension der ökonomischen Abhängigkeiten dar, die den Handlungsspielraum progressiver Akteure stark eingeschränkt hat. Strukturelle Schranken im nationalen und internationalen Kontext, gekoppelt an heterogene und konfliktbehaftete Strategien innerhalb des Blocks der sozialen Bewegungen, führten dazu, dass aus den progressiven Zielen eine moderate Abänderung kapitalistischer Verhältnisse resultierte, die dabei neue Akteure auf die politische und ökonomische Bühne beförderten.

1.2. Aufbau der Arbeit

Zu Beginn der Arbeit wird auf das Konzept der pluralen Ökonomie als alternatives Modell gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung eingegangen, wobei in diesem Zusammenhang die Vorannahmen und theoretischen Überlegungen hinsichtlich der Überwindungspotentiale einer kapitalistischen Wirtschaft dargestellt werden. Diese Auseinandersetzung ist hinsichtlich der Fragestellungen und Forschungsziele von großer Bedeutung, da darauf aufbauend die kritische Analyse der Transformationspotentiale und Akteursstrategien beruht.

Zur Analyse der ökonomischen und politischen Veränderungen müssen diese zunächst theoretisch eingebettet werden, um auf die polit-ökonomischen Veränderungen eingehen zu können. Dazu dienen die Regulationstheorie, aufbauend auf den Arbeiten von Joachim Becker, und der strategisch-relationale Ansatz von Bob Jessop, der ebenfalls regulationstheoretische Aspekte berücksichtigt. Die Regulationstheorie mit seinem dialektischen Verständnis von Akkumulation und Regulation ermöglicht es, dass man die „scheinbare“ Trennung des Ökonomischen vom Politischen aufhebt und die Interdependenz zwischen gesellschaftlichen Regulationsformen und kapitalistischer Akkumulationsdynamiken herausarbeiten kann. Dadurch kann auf die Veränderungen und

wirtschaftspolitischen Strategien und deren Reichweite eingegangen werden. Erweitert um den Ansatz von Jessop, der die strategische Dimension strukturell begrenzter Handlungen hervorhebt, ermöglicht dies die unterschiedlichen Konflikte und politischen Allianzen hinsichtlich der politischen und ökonomischen Strategien einzuordnen und die dynamischen Veränderungen der Kräfteverhältnisse offen zu legen.

Das Kapitel 4 bietet einen historischen Einstieg in die politische und wirtschaftliche Entwicklung Boliviens ab der Nationalrevolution von 1952. Dabei wird auf die historischen Epochen des Staatskapitalismus, des Neoliberalismus und der damit einhergehenden wirtschaftlichen und politischen Krise des bolivianischen Staates eingegangen. Diese Darstellung ist notwendig, um im folgenden Kapitel zur empirischen Forschung der Entwicklungen ab 2006 näher eingehen zu können. Denn nur eine historische Vorarbeit ermöglicht es, die Veränderungen und Konflikte in ihrer Komplexität und Dynamik zu erfassen.

Aufbauend auf diesen Aspekten widmet sich der analytische Hauptteil dieser Arbeit den polit-ökonomischen Veränderungen und Strategien, die durch den politischen Transformationsprozess seit der ersten Amtszeit der Regierung von Evo Morales eingeleitet wurden. Dabei erfolgt der Einstieg anhand der nationalen Entwicklungspläne, die dazu dienen, um spezifische Akkumulationsstrategien zu ergründen. Hierauf werden die konkreten ökonomischen Entwicklungen und politischen Neuorientierungen des Staates betrachtet. Anhand dieser Analyse wird die strategische Rolle spezifischer Wirtschaftszweige für den Staat und seine Entwicklungswege dargelegt und welche Abhängigkeiten und Transformationspotentiale dadurch gefördert werden. Unter Berücksichtigung des Konzeptes der pluralen Ökonomie werden die Potentiale und Hindernisse dieser alternativen Entwicklungswege analysiert. Abschließend werden diese ökonomischen Aspekte mit unterschiedlichen außer-ökonomischen Faktoren verknüpft, um unter Berücksichtigung des strategisch-relationalen Ansatzes eine Akteursanalyse hinsichtlich der Durchsetzung spezifischer Strategien und Entwicklungswege durchzuführen. Dies dient dazu, auf Veränderungsprozesse der politischen Kräfteverhältnisse einzugehen. Dabei wird neben der Regierung auch auf die Rolle der sozialen Bewegungen und deren unterschiedlichen Strategien eingegangen. Um die konfliktbehaftete Situation der letzten Jahre aus einem breiten Spektrum zu berücksichtigen, kommt dem oppositionellen Block rund um die Agraroligarchie des Tieflands eine wichtige Rolle zu.

Abschließend soll unter Berücksichtigung der verwendeten theoretischen Ansätze die potentiellen Reichweiten alternativer Entwicklungskonzepte hinsichtlich ihrer realen Dimension dargestellt werden. In diesem Rahmen werden die gesellschaftlichen Potentiale und Hindernisse noch einmal kurz dargestellt, um abschließend einen Überblick über die polit-ökonomischen Entwicklungen und alternativer Perspektiven geben zu können.

1.3. Methodologie im kritischen Realismus und Forschungsmethoden

Bevor man sich der Forschungsmethode annähert, sollte man sich damit auseinandersetzen, welche wissenschaftliche Position man im Hinblick auf die Epistemologie und Ontologie einnimmt. Damit einher gehen die Fragen, welche Rolle qualitative und quantitative Daten spielen und welche Funktion eine Theorie übernimmt oder ob diese überhaupt vernachlässigt werden kann. Aus diesem Diskurs ergeben sich unterschiedliche Kausalitätsverständnisse. Diese Auseinandersetzung gilt als ein wichtiger Prozess, um die subjektive Verortung innerhalb der Strömungen zu erkennen, da die wissenschaftliche Positionierung als fix betrachtet werden muss. Die Phrase „A Skin, not a Sweater“ (Marsh, Furlong 2002) verdeutlicht dies.

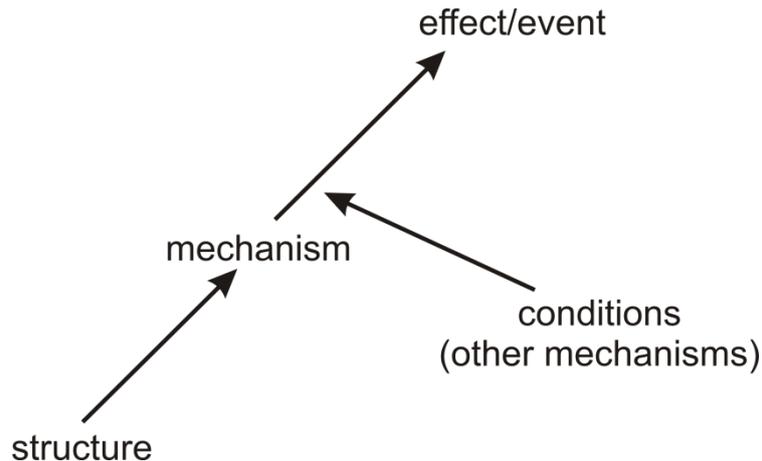
Die vorliegende Arbeit verortet sich in der Strömung des kritischen Realismus, einer Position die die gesellschaftliche Komplexität als historisch spezifisch betrachtet. Dabei wird der Theorie besondere Aufmerksamkeit gewidmet, um mit dieser Komplexität umzugehen. Dadurch, dass man sich nicht am Mikrokosmos orientiert, sind soziale Phänomene ganzheitlich und dynamisch als Teil eines Systemkomplexes zu verstehen. Im Gegensatz dazu

„[...] reduziert sich [Forschen, M.K.] im Positivismus auf das fragmentierte Sammeln von Fakten, in der Postmoderne auf die Analyse einer Mikro-Wirklichkeit. [...] Was beiden Strömungen fehlt, ist eine Theorie der Schaffung von Begriffen und Konzepten, d.h. von Abstraktionen. [...] Die Attraktivität des Positivismus und von Fundamentalismus [=Postmoderne, M.K.] besteht in einem klaren Angebot zur Komplexitätsreduktion.“ (Novy 2007: 25)

Durch die Vernachlässigung der Komplexität und Interdependenz sozialer Phänomene tendiert der Positivismus dazu, empirisch erkennbare Phänomene an der Oberfläche als determinierend zu verstehen, wodurch sich ein lineares Kausalitätsverständnis ergibt. (Marsh, Furlong 2002: 20; Novy 2007: 20f.) Im kritischen Realismus versteht man diese an der Oberfläche erkennbaren Ereignisse nicht als logische Konsequenz sozialer Interaktion, sondern es wirken Strukturen determinierend auf die Ereignisse und Handlungen. Daraus ergibt sich ein spezifisches Kausalitätsverständnis, das keine klaren Voraussagen zulässt, da sich erst aus der Interaktion unterschiedlicher Vorbedingungen, Strukturen und

Handlungsmöglichkeiten ein spezifisches Resultat einstellt. „What causes something to happen has nothing to do with the number of times we have observed it happening. Explanation depends instead on identifying causal mechanisms and how they work, and discovering if they have been activated and under what conditions.” (Sayer 2000: 14) Das Resultat ist ein komplexes System unterschiedlicher Mechanismen und Zusammenhänge, eingebettet in einer historisch etablierten Struktur.

Abbildung 1: Kausalität im kritischen Realismus



Quelle: Sayer 2000: 15

Strukturen werden somit zu einer wesentlichen Determinante gesellschaftlicher Handlungsräume. Dabei sind diese aber nicht unabhängig vorhanden, sondern werden als historisch entstandene gesellschaftliche Normen, Institutionen und Verhältnisse verstanden, die jedoch den subjektiven Handlungsspielraum und die Entwicklungspotentiale begrenzen. Wichtig hierbei ist, dass diese Strukturen gesellschaftlich konstruiert und etabliert sind, und somit als veränderbar gelten. Jedoch ist das Veränderungspotential mit den selbigen Strukturen verbunden und begrenzt dieses.

Um die Veränderungspotentiale und Strategien im Zusammenhang mit den Strukturen besser zu verstehen, untersucht man diese von Widersprüchen und Konflikten durchzogenen Strukturen hinsichtlich ihres Stabilisierungspotentials. Etablieren und stabilisieren sich historische Ereignisse und Strukturen, so spricht man von Konjunktoren. Diese versteht man als eine Phase der relativen Stabilität dominanter Strategien, die die inneren Widersprüche kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse abfangen und ausbalancieren. In diesem Sinn sind die Handlungsspielräume in Phasen der Stabilität von den bestehenden Strukturen determiniert. Treten diese inneren Widersprüche ins Zentrum gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, spricht man von Krisen. Diese verändern und eröffnen neue

Handlungsspielräume für Akteure und Strategien, sind jedoch auch nicht frei von strukturellen Grenzen.

Um unter die Oberfläche zu gelangen und diese Strukturen aufzudecken, benötigt man die Theorie. Diese entspricht dann einer Hilfsstruktur, die unser Beobachten beeinflusst und somit Auswirkungen auf die Theorie hat. (Novy 2007: 26f.) Sie wird zur Brille, um ausgehend vom Abstrakten auf das Konkrete einzugehen und die konkreten Ereignisse einzuordnen.

Die Theorie bzw. der Theoriefindungsprozess ist ein zentrales Element des kritischen Realismus. Dabei ist die Dialektik zwischen dem Abstrakten und dem Konkreten ein zentraler Bestandteil der Theoriefindung. Laut Poulantzas ist diese Abstraktion notwendig, da sich der Denkprozess auf abstrakt-formelle Objekte bezieht. Diese dienen wiederum dazu, das real-konkrete Objekt zu erfassen. (Poulantzas 1974: 11, 15) Sayer führt die Notwendigkeit der Abstraktion darauf zurück, dass das Konkrete ein vieldimensionales Produkt von Einflüssen ist. (Sayer 2000: 19) Das dialektische Verhältnis zwischen dem Abstrakt-Simplen und dem Konkret-Komplexen führt dementsprechend zu einem spiralförmigen Forschungsprozess (Novy 2007: 27), um die nicht direkt erfassbaren Zusammenhänge einordnen zu können.

Die verwendeten Forschungsmethoden im kritischen Realismus können auf Grund der vielschichtigen und komplexen Herangehensweise sehr unterschiedlich verwendet werden. Es wird sowohl auf qualitative als auch quantitative Daten zurückgegriffen. Zusätzlich spielt die Interpretation der Phänomene eine entscheidende Rolle für die Analyse. Dies zeigt sich daran, dass man von „[...] structural relationships between social phenomena which cannot be directly observed, but which are crucial for any explanation of behavior“ (Marsh, Furlong 2002: 20) ausgeht.

“While realism shares with interpretive social science the view that social phenomena are concept-dependent and have to be understood, unlike interpretivism it argues that this does not rule out causal explanation, a) because material change in society has to be explained too, and b) because reasons can also be causes, in that they prompt us to do things, think differently, etc.” (Sayer 2000: 18)

Die Verknüpfung empirischer Daten mit der Rolle der Interpretation und der theoretischen Einbettung soll dazu dienen, dass man einzelne Aspekte und Untersuchungsgegenstände im Gesamtzusammenhang betrachtet. Aus der Dialektik der Theorie und Empirie werden Strukturen und kausale Mechanismen erarbeitet. Daraus resultiert eine zyklische, spiralförmige Bewegung zwischen dem Konkret-Komplexen und der theoretischen Abstraktion. Durch die Rolle der Theorie wird jedoch der Spielraum der Interpretation eingeschränkt. In diesem Sinn dient die Theorie als interpretativer Ausgangspunkt, um sowohl die qualitativen als auch die quantitativen Daten im Kontext der Komplexität einordnen zu

können. Dadurch vermeidet man ein Abdriften in ein lineares Kausalitätsverständnis, gleichzeitig vernachlässigt man jedoch nicht die soziale Realität und Materialität.

Die Auswahl der qualitativen und quantitativen Quellen erfolgte anhand der Forschungsfragen. Um dabei die Komplexität und historische Dimension gesellschaftlicher Veränderung mitberücksichtigen zu können, muss man prozesshaft an das Thema herangehen. Entwicklungen und Ereignisse stehen somit im Zusammenhang mit den historisch entstandenen Gesellschaftskonstellationen. Um diese historischen Strukturen und deren Entwicklung zu beschreiben, wurde anhand von Sekundärliteratur ein Abriss der gesellschaftlichen Entwicklungen Boliviens unternommen. Der Einstieg erfolgt in der Periode des Staatskapitalismus, einem Moment in dem ebenfalls versucht wurde, eine breite Transformation und polit-ökonomische Neustrukturierung einzuleiten. Aspekte dieser ersten Modernisierungswelle und der Versuch einer vertieften kapitalistischen Entwicklung wirken bis heute und prägen so die ökonomischen und gesellschaftspolitischen Verhältnisse. Diese historische Analyse der strukturellen Handlungsräume und gesellschaftlichen Verhältnisse ermöglicht die Einordnung von Konjunkturen und strategischen Möglichkeiten. Ausgehend von dieser historischen Betrachtung nähere ich mich der Krisentendenzen und den Transformationspotentialen, die sich gesellschaftlich formierten. Dies ist der Einstieg in die konkrete Analyse der zu erforschenden Aspekte.

Um auf die Forschungsfrage konkret einzugehen, gliedert sich die empirische Untersuchung in eine Analyse ökonomischer und politischer Aspekte und Zusammenhänge, die sich in der Untersuchungsperiode erkennen lassen. Um die ökonomische Dimension einschätzen zu können, wurde vor allem auf quantitative Daten und Statistiken zurückgegriffen. Diese Daten wurden entsprechend der theoretischen Kategorien eingeordnet und auf deren Transformationspotentiale hin untersucht. Dabei wurden der Zusammenhang und die Interdependenz der ökonomischen und politischen Ebene herausgearbeitet. Durch die Verbindung mit dem analytischen Konzept der pluralen Ökonomie wurde der Bezug zu spezifischen alternativen Strategien und realen Ereignissen hergestellt, um die Verbindung zwischen den Forschungsfragen und dem Analyserahmen, eingebettet in die Regulationstheorie, herauszuarbeiten.

Um auf die Rolle der Akteure im Transformationsprozess einzugehen und deren Perspektive hinsichtlich der Entwicklungsziele und –wege einordnen zu können, mussten die zentralen Akteure identifiziert werden. Eine Verknüpfung mit deren Strategien und Zielen ermöglicht es, dass auf die Reichweite und Durchsetzungsfähigkeit dieser Akteure eingegangen werden

kann. Durch eine komplexe Verknüpfung mit den politischen und ökonomischen Entwicklungen wurde weiters versucht die Durchsetzung spezifischer Akteure und Kräfteverhältnisse offenzulegen. Von zentraler Bedeutung waren hierbei semi-strukturierte ExpertInneninterviews, in deren Konzeption versucht wurde auf die soziale Rolle und Position der InterviewpartnerInnen einzugehen. Somit wurden die Interviewleitfäden auf den Kontext der jeweiligen Person angepasst und mit den Forschungsinteressen verknüpft. Vorteil eines semi-strukturierten Interviews ist, dass man zum einen einen offenen diskursiven Prozess zulässt, zum anderen aber stets den Fokus auf die Forschungsziele behält.

Die Analyse der Interviews folgte zwei unterschiedlichen Ansätzen, die aufgrund spezifischer Anforderungen und Verwendungszwecke für die Arbeit herangezogen wurden. Da es sich um ExpertInneninterviews handelt, spielt der vermittelte Inhalt eine wichtige Rolle. Dadurch wurde es mir ermöglicht, die Erkenntnisse und Perspektiven des Forschungsfeldes zu erweitern. Als erste Analyseform verstehe ich hierunter die „Themenanalyse“, (Froschauer, Lueger 2003: 107, 158ff.) im Zuge derer der Inhalt der Aussagen im Vordergrund steht, während man auf die soziale Situiertheit der befragten Person nicht näher eingeht. Die Interpretation beschränkt sich in dem hier verwendeten Fall auf eine Reduktion des Textgehaltes. Da die Interviews in Spanisch bzw. in Englisch durchgeführt wurden, bot es sich bei der Übersetzung³ des Inhaltes an das Verfahren der Reduktion anzuwenden, um den Inhalt in den Vordergrund zu stellen.

Um die Interviews auch für eine breitere Verwendung brauchbar zu machen, berücksichtigte ich wesentliche Elemente einer Systemanalyse bei der Interpretation. Bei diesem Ansatz liegt das Erkenntnisinteresse auf prozessdynamischen Aspekten eines komplexen sozialen Feldes. Dabei rücken die Rolle der Subjekte und deren systemische Perspektiven ins Zentrum der Analyse. Dieser Ansatz gründet auf der Annahme, „daß [sic!] sich die spezifischen Dynamiken eines sozialen Systems aufgrund der interpretierten spezifischen Konstellation von Kollektiven und AkteurInnen verstehen lässt“. (Froschauer, Lueger 2003: 109) Ein wichtiger Faktor für die Interpretation ist eine Art Regelwerk, das hinsichtlich der Forschungsschwerpunkte und Erkenntnisinteressen einschränkend wird. Dadurch werden die Grenzen der Interpretation festgelegt, (Froschauer, Lueger 2003: 103) wobei für die vorliegende Arbeit der theoretische Rahmen als diese Grenze fungiert.

³ Anmerkung: Alle Übersetzungen sowohl der Literatur als auch der Interviews wurden von mir persönlich mit bestem Wissen vorgenommen und werden im weiteren Verlauf nicht mehr speziell gekennzeichnet.

Für die Analyse der Interviews nach Kriterien der Systemanalyse plädieren Froschauer und Lueger für ein Drei-Ebenen-Modell: (1) Inhaltsreduktion durch Paraphrasieren; (2) Kontextualisierung; (3) Rückschluss auf einen hypothetischen Wirkungskontext. (Froschauer, Lueger 2003: 149f.) Die Kontextualisierung umfasst unterschiedliche Kontexte, die auf das Gespräch oder aber auf die soziale Funktion und Stellung in einem sozialen System verweisen. Somit lässt sich eine Beziehung zwischen dem Subjekt und der gesellschaftlichen Dynamik herstellen.

1.4. Begriffsklärung Kapitalismus

Um auf die Forschungsfrage spezifisch eingehen zu können, bedarf es einer begrifflichen Annäherung an den Kapitalismus aus marxistischer Perspektive⁴. Eine Annäherung aus einer anderen Perspektive würde insofern keinen Sinn ergeben, als die zur Analyse verwendeten Theoriekonzepte ebenfalls marxistisch sind.

Einen guten Einstieg bieten die Ausarbeitungen der Marx-Schriften von David Harvey und Michael Heinrich, in denen zwei Kriterien als wesentlich herausgearbeitet werden: (1) Die formell freie Lohnarbeit, die ohne direkte Herrschaft stattfindet und auf einer formellen Gleichstellung der Personen beruht. Gleichzeitig geht damit das Frei-sein von Produktionsmitteln einher; (2) der Zweck der Ausbeutung mit der Aussicht auf Kapitalverwertung und Gewinn, ohne auf den persönlichen Bedarf an Luxusgütern begrenzt zu sein. Es ergibt sich ein System der Zwänge, dessen Funktion nicht auf die Bedürfnisbefriedigung sondern auf den Gewinn ausgerichtet ist. Die Ware spielt eine besondere Rolle, deren Wert dabei aus einem gesellschaftlichen Verhältnis resultiert und die Arbeit gesellschaftlich quantifiziert. (vgl. Heinrich 2005: 13-16, 37f., 53) Reichtum steht somit im direkten Zusammenhang mit der Ware, diese allein impliziert jedoch noch keine Macht zur Ausübung von Zwängen. Die Transformation der Ware zu Geld gilt als entscheidender Moment. Diese „Äquivalenzform“ der Ware als Geld wird erst durch die „gesellschaftlichen Gewohnheiten“ spezifisch. Erst durch die Verwertung wird das Geld zu Kapital. Resultat ist einer Verkettung von Austauschprozessen zum Ziel des Mehrwerts. (Heinrich 2005: 60, 79, 83)

Diese Darstellung, die sich bei Heinrich findet, weist auf einen Kapitalismusbegriff hin, der spezifisch auf der Ausgestaltung der Produktionsverhältnisse und deren Ausbeutungsformen hinweist. Jedoch erscheint dieses Verständnis zu strukturalistisch, denn dies würde

⁴ Anmerkung: Marx selbst verwendet in seiner Analyse den Begriff des Kapitalismus nicht, sondern bezieht sich hier vor allem auf das Subjekt des Kapitalisten im Verhältnis zum Lohnarbeiter.

implizieren, dass systeminhärente Zwänge nur in den Produktionsverhältnissen immanent sind. Hier kann die Interpretation von David Harvey etwas weiterhelfen. Er argumentiert, dass Marx die spezifischen Elemente wie die „Aufteilung des Mehrwerts in Bodenrente, Zins, Steuern, Profit und Handelsgewinn“ in seiner Analyse heraushalten musste, um auf das spezifische Verhältnis zwischen Arbeiterklasse und Kapitalist einzugehen. (Harvey 2011: 366) Das Kreditsystem darf somit nicht vernachlässigt werden, denn es spielt eine wesentliche Rolle, um die systeminhärente Expansion aufrechtzuerhalten. Dadurch kommt dem Zirkulationsprozess eine wichtige Rolle zu, muss dieser doch die Kontinuität der Geldzirkulation gewährleisten. Um diese überhaupt zu ermöglichen, bedarf es der Konsumtion. Das bedeutet, dass Waren und Produkte auch als gesellschaftlicher Wert anerkannt werden müssen, um als Wert realisierbar zu sein. (Harvey 2011: 362) „Die gesamte Struktur und der Ablauf des Alltagslebens [...] müssen so geformt werden, dass es nur noch durch den Verbrauch einer bestimmten Summe von Gebrauchswerten aufrechterhalten werden kann.“ (Harvey 2011, 362) Die Reproduktionsweise der Gesellschaft bzw. die Form des alltäglichen Konsums hängt somit direkt mit den gesellschaftlich erzeugten Bedürfnissen zusammen, die durch Produkte bzw. Waren befriedigt werden. In diesem Sinn wird Kapitalismus als ein System der sich veränderten Abhängigkeits- und Machtverhältnisse verstanden, die von der ökonomischen Sphäre dominiert werden.

2. Konzept der pluralen Ökonomie in der neuen Verfassung

Die Bezeichnung des bolivianischen Staates als Plurinational impliziert eine grundlegende Position und Kritik am Umgang mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Organisationsformen und Anerkennungen diverser Wertesysteme. Ziel ist das Aufbrechen ethnischer Hierarchien, geprägt von eurozentrischen Dominanz- und Herrschaftsstrukturen. Nicht nur die formale Anerkennung ist zentral, sondern es soll dies auch eine Aufwertung indigener und gemeinschaftlicher Organisationsformen und Sprachen beinhalten. (vgl. Vega 2009: 26f.)

Ausgehend davon muss man diese Pluralität als ein juristisches und gesellschaftliches Konzept verstehen, das dieses koloniale Herrschaftssystem überwinden soll. Zentrales Element ist eine stark de-zentrale Staatsstruktur, welche Elemente der Selbstverwaltung, lokaler Herrschaftsformen, Sprache, Rechtssprechung und Wirtschaftsweisen nicht nur anerkennt, sondern dies auch in Form der juristischen und politischen Gleichstellung garantiert.

Entsprechend dieser breiten Auffassung muss man die plurale Wirtschaft als Teil der gesellschaftlichen Verhältnisse – als gesellschaftlich eingebettet - wahrnehmen. Ökonomie kann dementsprechend nicht bloß als kapitalistisch verstanden werden, denn diese Form gründet auf den bürgerlich-gesellschaftlichen Verhältnissen rund um das Individuum als zentrales Subjekt des Handelns und der Anerkennung von privaten Eigentumstiteln. Die plurale Wirtschaft ist daher nur im Zusammenhang mit entsprechenden gesellschaftlichen Organisationsformen zu verstehen. Gerade die indigenen und kommunitär-bäuerlichen Organisationsformen sind nun in dieser Hinsicht (zumindest noch teilweise) von unterschiedlichen partizipativen Demokratieformen und Austauschverhältnissen geprägt. García Linera spricht dabei von unterschiedlichen Zivilisationsformen (García Linera 2012a: 138), um diese unterschiedlichen Strukturen zu klassifizieren, wobei seine Ausführungen stark geprägt von den Arbeiten René Zavaletas zur "überlagerten Gesellschaft" sind. (vgl. Tapia Mealla 2012; Salamanca Castaños 2010)

2.1. Das Zivilisationsmodell als Grundlage der pluralen Ökonomie

Grundlegende Kritik an den ökonomischen Verhältnissen in Bolivien übt García Linera vor allem daran, dass sich die kapitalistische Enklavenwirtschaft Boliviens durch eine starke Hierarchisierung auszeichnet. Die neoliberalen Wirtschaftszentren sind dabei zwar horizontal miteinander vernetzt, andere Wirtschaftsformen werden diesen jedoch vertikal untergeordnet.

Dieses Modell beschreibt García Linera als ein hybrides und fraktioniertes Wirtschaftsmodell, das durch die Unterordnung traditioneller, handwerklicher, familiärer und bäuerlicher Wirtschaftsformen funktioniert und auf einer geringfügigen Modernisierung bei gleichzeitiger Ausbeutung der nicht-kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen gründet. (García Linera 2012a: 64ff.) Seine Kritik bezieht sich auf das Ausbeutungsverhältnis, das dieses Wirtschaftsmodell beinhaltet. Doch diese ökonomische Hierarchisierung beruht nicht bloß auf einer Form der ökonomischen Unterordnung, sondern hat ihre Grundlage in einer gesellschaftspolitischen Unterordnung breiter Teile der Bevölkerung. Der Soziologe Rene Zavaleta beschrieb diese strukturelle Heterogenität der Gesellschaft als „*Sociedad Abigarrada*“ (überlagerte Gesellschaft) (vgl. Salamanca Castaños 2010; Tapia Mealla 2012) und bezieht sich dabei auf eine fragmentierte Gesellschaftsformation, als eine „Anordnung unterschiedlicher Gesellschaftsformen, die koloniale Dominanzverhältnisse behält und weiter verfestigt, diese dabei jedoch untereinander verzerrt, wodurch es historisch zu unterschiedlichen Zivilisationsformen innerhalb eines politischen und gesellschaftlichen Territoriums gekommen ist.“⁵ (Zavaleta zitiert nach Salamanca Castaños 2010: 43)

Entsprechend Zavaletas‘ Herangehensweise muss man diese Form der Unterordnung und Hierarchisierung als einen historischen Prozess verstehen, bei dem es nicht gelungen ist die kolonialen Hierarchien abzubauen. Resultat ist eine strukturelle Form der Exklusion innerhalb des Staates und der Ökonomie.

Eine Folge dieser Entwicklung ist der Umstand, dass in Bolivien bis heute unterschiedliche Gesellschaftsformationen nebeneinander existieren. Dieses Nebeneinander im politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Bereich bildet die Grundlage des pluralen Wirtschaftsmodells. Unter einer Zivilisation versteht García Linera dabei „einen kohärenten Komplex, der materielle, politische und symbolische Strukturen generiert.“ (García Linera 2012a: 138) Es handelt sich somit nicht bloß um reine ökonomische Strukturen und Produktionsweisen, sondern unterschiedliche gesellschaftliche Organisationsformen werden als wesentlich erachtet. Jedoch darf man diese nicht als starr betrachten, da sich durch Überschneidungen Hybridformen bilden. (García Linera 2012a: 144) Da sich diese Zivilisationsformen hinsichtlich der Wirtschaftsweise in kapitalistische und nicht-kapitalistische unterscheiden, muss man diese Hybridisierung auch als Mischform zwischen den beiden Wirtschaftsformen verstehen, die zu sehr komplexen Strukturen führt. Kritik an

⁵Original:“Lo abigarrado social es una condición de disposición de diversos tipos de sociedad que coexisten de manera desarticulada, estableciendo relaciones de dominación y distorsión de unas sobre las otras. En este tipo de sociedades el proceso de colonización se mantiene y perpetua, sobreponiendo diferentes tiempos históricos, es decir, diferentes civilizaciones en un mismo ámbito territorial, ámbito político y social.“

dieser strukturellen Darstellung übt Raúl Prada, der sich von dem Konzept der Überlagerung abwendet, da die komplexen gesellschaftlichen Verknüpfungen – u.a. durch die Zirkulationssphäre und politische Anbindung an den Staat – nicht berücksichtigt werden. Die hybride Identität der Subjekte wird vernachlässigt, die sich rund um diverse Widersprüche herausbildet. Deshalb plädiert er für eine synkretistische Betrachtung dieser komplexen Formation. (vgl. Interview Prada; Prada Alcoreza 2013a: Abschnitt: Apuntes para una crítica de la economía política generalizada)

In Bolivien identifiziert García Linera vier grundlegend unterschiedliche Zivilisationsformen, die er folgendermaßen einordnet: (1) Marktwirtschaftlich-industrielle, (2) Wirtschaft und Kultur mit korporativer oder berufsständischer Mentalität, (3) kummunitäre bzw. gemeinschaftliche Zivilisationen und (4) Zivilisationen des Amazonasgebietes mit nomadischen Produktionstätigkeiten. (García Linera 2012a: 138f.) Hierbei bezieht er sich auf unterschiedliche Völker und Nationen, die in Bolivien existieren. Jedoch kann man klar feststellen, dass er Völker und Nationen weder begrifflich noch konzeptuell gleichsetzt, sondern anhand politischer Strukturen und Organisationsformen stark differenziert. Er spricht den Nationen ein weit höheres politisches Potential zu, da diese eine homogene Identität aufgebaut haben und bezieht sich dabei auf die Aymara. Den Quechua schreibt er auf Grund ihrer vielfältigen Identitäten hingegen weniger Potential zu. (vgl. García Linera 2012a: 165ff.)

Die wirtschaftlichen Logiken im konkreten Sinne werden ebenfalls in vier Formen unterteilt. Neben (1) der kapitalistischen Logik geprägt durch UnternehmerInnen und ArbeiterInnen, finden sich noch (2) die familiär-städtische Wirtschaft, die geprägt ist durch Mikroproduktion und Kunsthandwerk, (3) die bäuerliche Wirtschaft der kleinen landwirtschaftlichen Produktion und (4) der gemeinschaftlichen Wirtschaft. (Radhuber 2009a: 118) Doch welche Charakteristika – im Vergleich zur kapitalistischen Wirtschaft – prägt diese anderen Formen?

Die Logik der bäuerlichen Wirtschaft ist prinzipiell bedarfsorientiert, d.h. die familiäre Produktion zielt grundsätzlich auf die Reproduktion ab, Überschüsse werden innerhalb der Gemeinschaft weitergegeben. Dies beruht auf den Prinzipien der Reziprozität und des gesellschaftlichen Ansehens. Erst danach folgt die Markteinbindung, wodurch sich eine andere Rentabilitätslogik ergibt. Die gemeinschaftliche Wirtschaft zeichnet sich hingegen dadurch aus, dass sich das Leben innerhalb der Gemeinschaft abspielt, autark gewirtschaftet wird und sich innerhalb des Kollektivs eine Form des solidarischen Tausches in unterschiedlicher Weise einstellt. (Radhuber 2009a: 119) Die familiäre rurale Form beruht auf

den Prinzipien des Ayllu⁶, dass das Verhältnis Individuum und Gesellschaft hervorhebt. Im Kontext neoliberaler Konsumnormen erkennt man jedoch Tendenzen der Individualisierung, die die Auflösung des Gemeinschaftscharakters vorantreiben. (vgl. Interview Arze) Die Rhetorik rund um das Gemeinschaftliche wird in diesem Kontext bei Fabricant unter Bezug zur Landlosenbewegung kritisiert, da diese als strategisch anzusehen ist, um politische und ökonomische Verbesserungen zu erreichen. (vgl. Fabricant 2010: 102f.) Die familiär-städtische Wirtschaft hat seine Ursprünge ebenfalls in der bäuerlichen Wirtschaft, auf Grund wirtschaftlichen Drucks kam es jedoch zur städtischen Migration. (Escárzaga 2009: 81) Die Wirtschaftslogik ähnelt daher der bäuerlichen Wirtschaft, die primär der familiären Reproduktion dient. Zusätzlich hat sich die Logik einer gesellschaftlichen Reziprozität bzw. Solidarität erhalten, die in Form von Nachbarschaftsverbänden und Verwandtschaftsbeziehungen weiter besteht. Stefanoni spricht jedoch von einer begrenzten (plebejischen) Solidarität innerhalb dieser Verbände oder verwandtschaftlichen Netze, die jedoch keine Ambitionen hin zu einer egalitären Utopie anstreben. (Stefanoni 2010: 71)

Das Modell der Zivilisationsformen und dessen hierarchische Überwindung sind wesentlich für das plurale Wirtschaftsmodell. Die Pluralität soll zur gleichberechtigten Anerkennung dieser Wirtschaftsformen beitragen und dabei gemeinschaftliche und solidarische Aspekte hervorheben. Um dies zu erreichen, benötigt es einer breiten Transformation des Staates, der Institutionen und dessen Machtverteilung. (García Linera 2012a: 153) Ziel dieser Transformation ist der *Socialismo Comunitario* (kommunitärer Sozialismus). (García Linera 2010: 7) Für Raúl Prada ist die plurale Wirtschaft eigentlich eine soziale und gemeinschaftliche Wirtschaft bzw. ein Wegweiser hin zu dieser. Dabei ist die Gemeinschaft – *Lo Comunitario* – der wesentliche Faktor um diese zu erreichen. Er geht davon aus, dass eine Wirtschaftsform, die sich primär am kollektiven Interesse orientiert, die Reziprozität und Solidarität fördert, betont jedoch auch die Notwendigkeit des Staates als Transmissionsriemen. (Prada Alcoreza 2010: 10, 14, 16) In Pradas Auffassung spielt die Nationalisierung der strategischen Rohstoffe und deren Industrialisierung eine wichtige Rolle. Doch zeigt sich hierin ein Problem, dessen er sich scheinbar auch bewusst ist. Es handelt sich hierbei um das Verhältnis zwischen dem Versuch der Modernisierung und der indigenen Kosmvision des *Buen Vivir*. „Das produktive und das ökologische Modell müssen sich in der

⁶ Das Prinzip des Ayllu ist ein sehr komplexes gesellschaftliches Organisationsprinzip mit identitätsstiftenden Elementen und Konsensprinzipien. (näheres vgl. Seewald 2012: 36f.) Hinsichtlich der Wirtschaftslogiken kommt es in der traditionellen Form zu einem Rotationssystem der individuellen Landverteilung, gleichzeitig bestehen gemeinschaftliche Weide- und Landwirtschaftsflächen. (García Linera 2012a: 88; Gärtner et.al. 2010: 669)

Perspektive des Buen Vivir harmonisieren.“⁷ (Prada Alcoreza 2010: 21) Entsprechend solle die Nationalisierung dazu dienen den Aufbau eines produktiven Wirtschaftsmodells zu ermöglichen, das in seiner Konzeption auch an die ökologische Dimension geknüpft ist. Der Staat solle die Kontrollfunktion übernehmen, damit der Rohstoffsektor tatsächlich dazu diene die produktive Sphäre aufzubauen, d.h. das ein Wirtschaftsmodell gefördert werden soll, dass die Importabhängigkeit nach Industrie- und Konsumgütern reduzieren und in langfristiger Perspektive überwinden soll.

Durch diese (theoretisch) partizipative und gemeinschaftliche Form der wirtschaftlichen Organisation hofft man den Kapitalismus zu überwinden. Das Miteinander von individuellen und kollektiven Interessen muss gewährleistet werden. (Prada Alcoreza 2010: 14) Ziel ist die Überwindung der individualisierten kapitalistischen Sozialstruktur, in der materielle Werte und Reichtum als dominante ethische Werte gelten. (García Linera 2010: 12) Eine gesellschaftliche Transformation kann jedoch nur dann stattfinden, wenn sich der *Socialismo Comunitario* bzw. die soziale und gemeinschaftliche Wirtschaft ausbreitet und expansiv wird. „Der gemeinschaftliche Sozialismus ist die Expansion unserer Agrargemeinschaften und deren Formen des privaten und gesellschaftlichen Lebens, Gemeinschaftsarbeit, individuellen Nutzens, Vereinigung, Gerichtsbarkeit, vereinheitlicht unter besseren Bedingungen.“⁸ (García Linera 2010: 14) Ausgangspunkt hierfür ist die Sozialstruktur und Organisationsform des „Ayllu“, gleichzeitig sollen aber auch die Wissenschaft und Technologie des Kapitalismus angeeignet werden, jedoch im Sinne der Gemeinschaft. (García Linera 2010: 15)

Eine Schwierigkeit, die sich im hier dargestellten Verständnis ergibt, ist die Frage, ob die soziale Kontrolle innerhalb des Staates funktionieren kann bzw. wie sich komplexe Gesellschaftsformationen mit diversen Interessensgruppen partizipativ organisieren lassen. Oder ist dies nur im Verhältnis zu kleinen Gesellschaften mit besseren Kontrollmöglichkeiten gegeben? Raul Prada spricht hierbei zwar davon, dass die ganze Wirtschaft in einer Sozialmatrix verbunden ist (Prada Alcoreza 2010: 15), jedoch ist nicht klar, wie eine komplexe Gesellschaft eines Staates oder auch nur die einer Stadt sich in diesem Sinne einfach transformieren lässt. Da Machtverhältnisse existieren und Gesellschaften prägen, stellt sich die Frage, ob und wie die soziale Kontrolle mittels Partizipation und Konsultation tatsächlich im Sinne eines Konsenses erreicht werden kann.

7 Original: „[...] modelo productivo y modelo ecológico tienen que armonizarse en la perspectiva del vivir bien.“

8 Original: "El socialismo comunitario es la expansión de nuestra comunidad agraria con sus formas de vida privada y comunitaria, trabajo en común, usufructo individual, asociatividad, revocatoria, universalizado en condiciones superiores."

2.1.1. Kritische Anmerkungen und Interpretationen

Hinsichtlich des Konzeptes der pluralen Ökonomie gibt es natürlich andere, weniger *idealisierende* Interpretationen, die dieses primär als einen Versuch der Überwindung der wirtschaftlichen Heterogenität sehen. Aus institutioneller Perspektive beschreibt Molina Díaz dieses Konzept als einen Versuch der formellen Angleichung an die real existierende Wirtschaftsstruktur, die eben unterschiedliche Organisationsformen aufweist. Gleichzeitig übt er aber Kritik daran, dass die heterogenen Strukturen, die die Ungleichheit und Armut prägen, durch die Form der staatlichen Intervention nicht überwunden wurden. (Molina Díaz 2011: 136) Aus einer Weberianischen Kapitalismusperspektive wird die Rolle des Mehrwerts bzw. des Gewinns angesprochen. Orientiert sich die Mehrheit der Bevölkerung zwar nur auf das wirtschaftliche Überleben, so ist dies trotzdem auf Gewinn gerichtet. „[A]lle Elemente der nationalen Wirtschaft neigen zur Generierung und Erlangung von Gewinn.“⁹ (Molina 2011: 18) In dieser Darstellung erkennt man einen Dualismus von Überlebensstrategie und Marktorientierung, die die kapitalistische Integration weiter vorantreibt. Dass das Überbetonen und Hervorheben von Solidarität und Gegenseitigkeit nicht zwangsweise zu einer Veränderung der Wirtschaftslogik führt, impliziert, dass eine Gemeinschaft die Produktion auf Mehrwert richten kann. Unterschiede finden sich vor allem in der Organisationsform und Verteilungslogik. (Samanamud Ávila 2010: 7f.)

Neben einer Kritik an der Dominanz am Staat als Wirtschaftsakteur, findet sich auch die Kritik an der Pluralität der Prinzipien und Werte (Egoismus, Individualismus, Gegenseitigkeit). Die gleichzeitige Existenz dieser Formen stellt einen konzeptionellen Widerspruch dar. (Wanderley 2009: 93) Die Einbindung der Prinzipien von Gegenseitigkeit und Gleichheit (im Sinne von Verteilung) verweist allerdings auf Potentiale hin zu einem Paradigmenwechsel, um den Markt als soziale Struktur mit unterschiedlichen Institutionen zu verstehen. (Wanderley 2010: 8) Interessanterweise spricht auch García Linera selbst von einem System des Kapitalismus, genauer nennt er dies den Andin-Amazonischen Kapitalismus, bei dem der Staat die ökonomische Triebkraft ist. Erst danach würden (2) die Privatinvestitionen, (3) die ausländischen Investitionen, (4) das Kleinunternehmertum, (5) bäuerliche Ökonomie und (6) die indigene Ökonomie folgen. (Toussaint 2010: 176) Neben den theoretischen Überlegungen, die großteils aus der Zeit vor der Machtübernahme stammten, hebt der Vizepräsident selber hervor, dass es sich aktuell um eine reorganisierte Form des Kapitalismus handelt. Er sieht dies allerdings als Transformationsprozess zum

⁹ Original: "[...] todos los elementos de la economía nacional tienden a la generación y obtención de ganancias."

Sozialismus an. (García Linera 2010: 7) Interessanterweise betont auch er das Verhältnis zur Natur, das im Kapitalismus wesentlich für den Ausbeutungs- und Produktionsprozess ist. Er kritisiert, dass im Kapitalismus keine direkte Beziehung zwischen Mensch und Natur existiert, sondern die Natur nur der Erschaffung von Reichtum diene. (García Linera 2010: 13) Seine kritischen Aussagen zum *Socialismo Comunitario* sind in diesem Rahmen wohl eher als diskursive Strategien zu verstehen, um den Alltagsverstand zu prägen und Akkumulationsstrategien zu legitimieren. Das Verhältnis zur Natur, das er anprangert, steht gleichzeitig im Widerspruch zur rohstoffbasierten Modernisierung.

2.2. Die plurale Ökonomie in der neuen Verfassung

Die neue Verfassung, die per Votum am 25.1.2009 vom bolivianischen Volk akzeptiert und anerkannt wurde, definiert den Staat als den plurinationalen Staat Bolivien. Die Pluralität soll die gesellschaftliche Inklusion vorantreiben, mit dem Ziel die Staatstransformation vom „*Estado Aparente*“ (Scheinstaat) hin zum „*Estado Integral*“ (integralen Staat) voranzutreiben. (García Linera 2010: 8) Diese Transformation muss dabei die politischen Institutionen umfassen, damit dieses Ziel realisiert werden kann. Es handelt sich um ein ehrgeiziges Projekt, das die Pluralität der Organisationsstrukturen und Wirtschaftsformen inkludiert. Auch die Rolle des Territoriums, der Autonomie und Selbstverwaltung spielen in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle. (vgl. Constitución Política del Estado 2009)

Der vierte Abschnitt der Verfassung beschäftigt sich ausführlich mit der pluralen Ökonomie. Dabei spielen aber nicht nur die Organisationsformen und gemeinschaftlichen Strukturen eine wichtige Rolle, sondern auch die Rolle und Funktion des Staates im Ökonomischen wird grundsätzlich definiert und die Bedeutung und Funktion der Rohstoffe festgehalten. Hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Modernisierung & Industrialisierung und der ökologischen Begrenztheit im Sinne des *Vivir Bien* spiegelt die Verfassung eine unklare und teilweise widersprüchliche Integration dieser beiden Konzepte wider. Dieses kritische Verhältnis, das oben bereits angesprochen wurde, soll Teil der hier vorgenommenen Darstellung sein, welche sich vor allem auf die Bedeutung und die Rolle der Rohstoffe und deren Industrialisierungsbestrebungen bezieht. Zuvor soll aber noch die Funktion und Anerkennung der unterschiedlichen Wirtschaftsweisen beschrieben werden.

Bereits im ersten Artikel des vierten Verfassungsabschnittes zur Struktur und Organisation der Wirtschaft kommt es zur Anerkennung und rechtlichen Gleichsetzung unterschiedlicher Wirtschaftsformen, die in den darauffolgenden Artikeln noch klarer formuliert wird. Neben privatwirtschaftlichen Initiativen werden der Staat, Gemeinschaften und Genossenschaften als

Wirtschaftsakteure anerkannt. Durch diese Betonung der sozialen und gemeinschaftlichen Elemente soll erreicht werden, dass die individuellen Interessen um das kollektive *Vivir Bien* erweitert werden. Alle Wirtschaftsformen sollen der sozio-ökonomischen Entwicklung, der Ungleichheits- und Armutsreduktion dienen und so zur wirtschaftlichen Souveränität des Landes beitragen. Als höchstes gesellschaftliches Gut werden die Menschlichkeit und die Sicherung der Entwicklung mittels Verteilung angesehen. (vgl. Constitución Política del Estado 2009: Art. 306, 307, 308, 311, 312) Sowohl die formelle Anerkennung und Gleichsetzung unterschiedlicher Wirtschaftsweisen als auch deren Wertanererkennung hinsichtlich Solidarität und Gegenseitigkeit ist zentral. Gleichzeitig soll die Nachhaltigkeit der Wirtschaft im Sinne des *Vivir Bien* gesichert werden. (vgl. Constitución Política del Estado 2009: Art. 306.III) Die Grundorientierung der Wirtschaft entsprechend Artikel 1 deutet darauf hin, dass das Ziel die Stärkung der nationalen Wirtschaft ist, bei gleichzeitiger Anerkennung und Förderung ihrer unterschiedlichen Organisationsformen. Geschehen soll dies mittels staatlicher Kontrolle und Planung (Constitución Política del Estado 2009: vgl. Art. 311.I), um die Produktivität zu steigern.

Das Potential hin zum *Socialismo Comunitario* liegt in der Anerkennung und Förderung der Gemeinschaften (*Lo Comunitario*). Bezug zur Förderung des Gemeinschaftscharakters bieten Teil II und III des Abschnittes zur Wirtschaft, da hier der Zusammenhang zu wesentlichen Veränderungspotentialen festgehalten wird. (Prada Alcoreza 2010: 20) In diesem Teil der Verfassung wird das Verhältnis ökonomischer Aktivitäten zur Natur und Nachhaltigkeit beschrieben. Der Kern besteht darin, dass durch die gemeinschaftlichen Eigentumsverhältnisse die Notwendigkeit der Erhaltung der Natur und Umwelt aus dem kollektiven Bedürfnis heraus entsteht. In diesem Sinne bietet das gemeinschaftlich orientierte Organisationsprinzip Alternativen zur kapitalistischen Wirtschaft.

Die wirtschaftspolitischen Forderungen des indigenen und bäuerlichen Einheitspaktes (*Pacto de Unidad*) zielen auf die Chancengleichheit ab, d.h. sie sollen durch staatliche Investitionen gefördert werden, um tatsächlich Alternativen zu realisieren. (Radhuber 2012a: 183) Um diese staatlichen Investitionen zu ermöglichen, bedarf es im kapitalistischen Staat der Akkumulation, die sich der bolivianische Staat in Form eines Anteils der Rohstoffrente aneignet. Die Ausbeutung der Natur wird dadurch fortgesetzt und hat zur Folge, dass der Staat durch die Kontrolle der Rohstoffe und deren Industrialisierung (Details siehe Constitución Política del Estado 2009: vgl. u.a. Art. 311.II, Abschnitt 4. Teil II: Medio Ambiente, Recursos Naturales, Tierra) wesentlich in das Spannungsverhältnis zwischen Modernisierung und ökologischer Nachhaltigkeit anhand kapitalistischer Logiken einwirken

muss.. Diese „Akkumulation durch Enteignung“ (Harvey 2011: 348) beschreibt die Rolle von Umwelt und Land/Territorium im Akkumulationsprozess und deren Verteidigung bestimmter Interessensgruppen – meist abseits der Arbeiterklasse. Dieses Spannungsverhältnis bildet im Zusammenhang mit den staatlichen Wirtschaftsinterventionen und Modernisierungsversuchen einen Forschungsschwerpunkt dieser Arbeit.

2.3. Widersprüche aus marxistischer Perspektive über das Konzept der pluralen Ökonomie

Eine Grundproblematik der pluralen Ökonomie ergibt sich aus dem expansiven Charakter kapitalistischer Wirtschaft. Diese analysiert Marx anhand der Umkehrung der Warenzirkulation, entlang deren er den Widerspruch von Gebrauchswert zu Tauschwert erarbeitet. Der Kreislauf $G - W - G'$ führt aus seiner inneren Logik heraus zu einem Bedürfnis der Verwertung. (Marx 2007 [1962]: 165f.) Verstärkt wird der Expansionscharakter durch die monetäre Zirkulation. „Das Ende jedes einzelnen Kreislaufs, worin sich der Kauf für den Verkauf vollzieht, bildet daher von selbst den Anfang eines neuen Kreislaufs. [...] Die Zirkulation des Geldes als Kapital ist dagegen Selbstzweck, denn die Verwertung des Werts existiert nur innerhalb dieser stets erneuerten Bewegung. Die Bewegung des Kapitals ist daher maßlos.“ (Marx 2007 [1962]: 166f.)

Aus diesen Expansionstendenzen der vorwiegend kapitalistisch organisierten Extraktivindustrie ergibt sich ein Widerspruch zur pluralen Wirtschaft und deren Transformationspotential. Die strukturellen Schranken, gekoppelt an Garantien für privatkapitalistische Wirtschaftsformen in der Verfassung (Constitución Política del Estado 2009: Art. 306, 308), mindern dieses Transformationspotential. Verstärkt wird dieser Widerspruch durch die aktive Beteiligung des Staates, was Tendenzen verstärkter fiskalischer Abhängigkeiten mit sich bringt. Speziell Investitions- und Sozialprogramme ohne zielgerichtete Transformation der Produktionssphäre erhöhen diese Rentenabhängigkeit. Erweiterte Konsummöglichkeiten aus den Sozialprogrammen erhöhen zudem noch den Grad der kapitalistischen Durchdringung und schwächen nicht-kapitalistische Produktionsformen. Die erweiterten Reproduktionsmöglichkeiten können somit auf die Konkurrenz unterschiedlicher Wirtschaftsformen wirken, jedoch zum Vorteil kapitalistischer Produktionsweisen. Verknüpft durch merkantilistische Austauschformen verändern sich die sozialen Strukturen und die Verhältnisse der jeweiligen Gesellschaften, die mit einer Auflösung des Gemeinschaftlichen einhergehen. (Interview Arze) Die verstärkte Zirkulation steht damit in direkter Verbindung mit der systemischen Expansionslogik.

3. Regulationstheorie und strategisch-relationaler Ansatz als Analyserahmen komplexer Gesellschaftsdynamiken

Den theoretischen Rahmen für die folgende Analyse bieten die beiden neo-marxistischen Konzepte der Regulationstheorie und des strategisch-relationalen Ansatzes, wobei zweiter vom ersten inspiriert und beeinflusst wurde, jedoch durch den Fokus hin zu einer komplexen Gesellschaftstheorie weit über die Grenzen des Regulationsansatzes hinausgeht. Diese beiden Ansätze wurden deshalb für die Forschung gewählt, da sie einen Bezug zwischen ökonomischen Entwicklungen und dahinterstehenden Interessen herstellen. Somit lassen sich unterschiedliche Strategien erkennen, die auf gesellschaftliche Spannungen und Konfliktpotentiale hinweisen, um spezifische Interessen voranzutreiben. In Folge dessen lässt sich die Auseinandersetzung um ökonomische Konzepte als breiter gesellschaftlicher Konflikt analysieren, der sich auch in der Auseinandersetzung um den Staat zeigt, da der Staat bzw. der kapitalistische Staat zur Durchsetzung kapitalistischer Interessen von zentraler Bedeutung ist. Wirtschaftliche Entwicklungen und Entwicklungswege können aufbauend auf der Regulationstheorie hinsichtlich ihrer Ausrichtung unterschiedlicher Akkumulationsstrategien eingeordnet werden. Dadurch kann man den Bezug zu alternativen, nicht-kapitalistischen Wirtschaftsweisen herstellen und die Reichweite der angestrebten Transformationspotentiale einschätzen und Tendenzen wirtschaftlicher Entwicklungen im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Einbettung und politischen Steuerung analysieren. Der strategisch-relationale Ansatz bietet zusätzlich die Möglichkeit, dass man die Rolle der Akteure und deren politische Einflüsse rund um die Entwicklungsstrategien offenlegen kann. Dadurch wird die nationale Entwicklungsstrategie zum Austragungsort diverser Interessensgruppen, die sich politisch formieren, Allianzen bilden und versuchen, spezifische Strategien als bestimmend durchzusetzen.

Während die Regulationstheorie die Beziehung des Ökonomischen und Politischen in seinen Dynamiken betrachtet, jedoch den Fokus auf die ökonomische Sphäre als umkämpftes Terrain unterschiedlicher Kapitalfraktionen (in Anlehnung an Poulantzas) legt, bietet der strategisch-relationale Ansatz ein breiteres Feld, um gesamtgesellschaftliche Dynamiken und deren Auswirkungen auf die Machtapparate im Staat und der Gesellschaft zu verorten. Gerade durch das explizite erfassen nicht-ökonomischer Aspekte, u.a. durch Diskurse oder kulturelle Aspekte konstruktivistischer Perspektiven, gelingt es den ökonomischen Determinismus der Politik zu überwinden. (Heigl 2009: 38) Jedoch verstehen es beide Ansätze, die Dynamiken von Struktur und Handlung zu erfassen, in dem sie die strukturelle Determination im

Verhältnis zur strategischen Position dialektisch betrachten. (Jessop 1990: 1990) Dabei kritisiert Jessop rein strukturalistische und instrumentalistische Ansätze:

„They generally overlook the extent to which structural constraints can only be meaningfully defined in relation to specific agents pursuing particular strategies over definite time horizons; and they also ignore the extent to which the scope for agency (and thus power) is itself constituted in and through the operation of structures as well as strategic conduct. In this sense structures can prove facilitative as well as constraining and will affect different forces differentially.“ (Jessop 1990: 250)

Einen wesentlichen Aspekt, der über den ökonomischen Determinismus und den Klassencharakter hinausgeht, verortet Jessop im Handlungsspielraum der Akteure, aber auch in der Notwendigkeit konflikthafte Konstellationen politisch zu stabilisieren, die über das Ökonomische hinausreichen. Jedoch sind diese Handlungsspielräume eng mit den bestehenden Strukturen verbunden, weshalb in kapitalistisch dominierten Gesellschaftsformationen tendenziell die Kapitalfraktionen bevorzugt ihre Interessen durchsetzen können. Dies beschreibt er als „strategische Selektivität“. (Jessop 1990: 260f.) Auch wenn er den Staat in Anlehnung an Poulantzas als soziales Verhältnis (vgl. Jessop 1990: 260) versteht, so geht er im Vergleich zu Poulantzas doch weiter, indem er den Strategien und Akteuren mehr Beachtung schenkt und einen breiteren Spielraum für gesellschaftliche Veränderungen zulässt. Im Gegensatz hierzu scheint Poulantzas die strukturelle Dimension des kapitalistischen Staates und der Klassen hervorzuheben, da er den Staat als „ein Verhältnis [versteht; M.K.], genauer als die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat immer in spezifischer Form ausdrückt.“ (Poulantzas 2002 [1978]: 159) Zusätzlich zum Klassencharakter hebt er in seinem Werk *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus* (1978) die determinierende Rolle der Produktionsverhältnisse hervor. (vgl. Poulantzas 2002 [1978]) Um diese strukturalistische Betrachtung von Poulantzas zu überwinden, bietet es sich an, dass man den Staat, der in der Regulationstheorie als eine der zwei Grundformen der Regulation kapitalistischer Verhältnisse (Becker 2007a: 127, 165) verstanden wird, um die komplexe Analyse von Jessop erweitert, da man dadurch die dynamischen Prozesse und gesellschaftlichen Veränderungen besser erfassen kann.

Für die Analyse sollen diese zwei Ansätze verknüpft werden, jedoch dienen sie jeweils dazu, spezifische Verhältnisse aufzudecken. Die Regulationstheorie mit seinen Akzenten auf der Dialektik von Akkumulation und Regulation ist ein passendes Instrument, um die ökonomischen Veränderungen und Wirtschaftspolitiken zu analysieren und Rückschlüsse auf ökonomische Interessen und Strategien zu generieren. In Bezug hierauf müssen die

strukturellen Grenzen und Möglichkeiten berücksichtigt werden, die die Handlungsspielräume der Akteure beeinflussen. (vgl. Leubolt 2013: 119) Der strategisch-relationale Ansatz dient dazu, diese Strategien hinsichtlich ihrer politischen Reichweite und gesellschaftlichen Einbettung zu analysieren und um die Dynamik dieser Veränderungen anhand von strategischen Selektivitäten und neuen politischen Allianzen darzulegen.

Die Hervorhebung der Theorie ist insofern wichtig, da diese in der kritisch-realistischen Herangehensweise einen wesentlichen Stellenwert einnimmt, um Ereignisse an der Oberfläche in seiner strukturellen und gesellschaftlichen Komplexität erfassen zu können. Geht man noch einmal auf den methodischen Ansatz des kritischen Realismus und seinen spiralförmigen Theoriefindungsprozess ein, der eigentlich eine Endlosschleife impliziert, so muss hier vorab festgehalten werden, dass das angeführte Theoriemodell ein Analysemodell bildet, das durch seine Konzeption und Begrifflichkeit die Rahmenbedingungen des Möglichen absteckt. Im Sinne der Erarbeitung des Konkreten werden nicht alle Punkte im gleichen Maße als relevant erachtet.

3.1. Formen der Akkumulation

Die Akkumulation, genauer der systeminhärente Zwang der Kapitalakkumulation, stellt eines der Hauptcharakteristika kapitalistischer Wirtschaft dar. Der Prozess der Akkumulation ist hierbei geprägt von Widersprüchen, die sich aus dem Grundwiderspruch der Wertform ergeben, nämlich dem zwischen dem Gebrauchswert und Tauschwert¹⁰. Um die Akkumulation zu sichern, besteht das Kapitalinteresse darin, diese Kapitalismus-inhärenten Widersprüche, die sich aus dem Grundwiderspruch der Wertform herausbilden, zu reproduzieren. Um diese zu realisieren, muss aber gleichzeitig eine ambivalente Verbindung der Wertform und „non-value-forms“ erhalten werden. (vgl. Jessop 1990: 202) Dadurch ergibt sich eine Tendenz zur De- und Re-Kommodifizierung, um diesen Widersprüchen entgegenzutreten. Eine rein kapitalistisch organisierte Ökonomie und Gesellschaft wird somit ausgeschlossen. (Heigl 2009: 40) Anstatt dessen kommt es zu dynamischen Verschiebungen innerhalb der kapitalistischen Strukturen, um die Widersprüche zu reproduzieren und gleichzeitig Möglichkeiten der Akkumulation zu erhalten. Da die Kapitalakkumulation keinem linearen Pfad der Entwicklung folgt, muss die Form der Akkumulation als gesellschaftlich umkämpftes soziales Verhältnis verstanden werden. Wesentliche

¹⁰ Anmerkung: Eine Ware besitzt einerseits den Gebrauchswert, der den Nutzen des Produktes zur Befriedigung bestimmter Bedürfnisse darstellt, andererseits besitzt die Ware einen Tauschwert, der den Gewinn sicherstellt und die Akkumulation überhaupt ermöglicht. Dadurch ergeben sich gesellschaftliche Dynamiken, die sich aus dem Wachstumszwang und dem Wunsch gut zu leben gegenseitig bedingen und vorantreiben. (vgl. Novy 2007: 75f.)

Möglichkeiten für dynamische Veränderungen ergeben sich laut Jessop daher, dass die Wertform ein Terrain für unterschiedliche Akkumulationsmöglichkeiten schafft. Genauer spricht er von „Akkumulationsstrategien“, wobei er ein spezifisches Wachstumsmodell versteht, das außer-ökonomische Voraussetzungen und Strategien zu dessen Durchsetzung benötigt. (Jessop 1990: 198) In diesem Rahmen versteht man die Kapitalakkumulation als das kontingente Ergebnis der Dialektik von Struktur und Strategie (Jessop 1990: 205), wodurch sich eine Pfadabhängigkeit ergibt: “[S]tructural constraints can only be meaningfully defined in relation to specific agents pursuing particular strategies over definite time horizons; and [...] the scope for agency (and thus power) is itself constituted in and through the operation of structures as well as strategic conduct.” (Jessop 1990: 250)

Im Unterschied zu Becker, der grundsätzlich von Akkumulationsregimen spricht (vgl. Becker 2007a; Becker et.al. 2007b), betont Jessop den strategischen Charakter, um somit besser auf die Dynamiken und Konflikte, die sich sowohl im Ökonomischen als auch Außer-Ökonomischen abspielen, zu fassen. Aufgrund seines dialektischen Verständnisses von Strategie und Struktur wird die Rolle der Akteure betont, wohingegen Becker die strukturellen Dimensionen der Akkumulation hervorhebt.

Grundsätzlich lässt sich das Akkumulationsregime als Zusammenhang zwischen der Produktion und dem gesellschaftlichen Verbrauch beschreiben, deren konfliktbehaftete Reproduktion über einen gewissen Zeitraum abgesichert und stabilisiert wird. (Lipietz nach Jessop 1990: 308; Hirsch 2002: 55) Dabei spricht man von dominanten Akkumulationsregimen, womit auf die Pluralität von Taktiken eingegangen wird (Jessop 1990: 205), sich jedoch je historisch spezifischer Konstellation ein Akkumulationsregime als dominant etabliert. Dieses muss nicht alle Sektoren erfassen. Das Akkumulationsregime, gekoppelt an eine spezifische Form der Regulation, führt zu einer historisch spezifischen Ausgestaltung dieser gesellschaftlichen Produktions- und Verteilungsverhältnisse. (Hirsch 2002: 52; Heigl 2009: 41) Die Konkurrenz zur Herstellung eines dominanten Akkumulationsregimes schafft Spielräume für nicht-hegemoniale Fraktionen, wobei diese jedoch strukturell begrenzt sind. (Jessop 1990: 205)

Im Folgenden sollen nun die strukturellen Merkmale nach Joachim Becker, auf Basis seines Buches *Akkumulation, Regulation und Territorium*, dargelegt werden, da dieses hinsichtlich der Analyse des strategischen Charakters einen guten Referenzpunkt bietet, um das Verhältnis der Akteursstrategien zur Form kapitalistischer Akkumulation besser zu erfassen.

3.1.1. „Außerökonomische“ Reproduktion als Stütze des Akkumulationsregimes

Diese Dimension der Akkumulation oder auch Akkumulationsachse, die von Becker als „Verbindung der kapitalistischen mit anderen Produktionsweisen“ (Becker et.al. 2007b: 35) bezeichnet wird, bezieht sich vor allem darauf, dass die Etablierung der kapitalistischen Akkumulation nicht alle anderen Formen des Wirtschaftens ausrottet, sondern dass sich dieses als das dominante System etabliert, die ursprüngliche – meist auf Subsistenz basierende - Produktion nicht zerstört wird, sondern bestehen bleibt und Mischformen bildet. (Córdova 1973: 63) Vielmehr wird diese vorhandene Dualität ausgenutzt, um die Reproduktionskosten auf die Seite der Subsistenz zu verlagern, bei gleichzeitigem Aufzwingen der kapitalistischen Strukturen. Verbindungen kapitalistischer Produktion und vorkapitalistischen Formen, in ihrer Funktion allerdings reduziert auf die Subsistenzproduktion, führen zu einer sozialstrukturellen Heterogenität und damit einhergehend zu einem hybriden Klassenverhältnis (Becker 2008: 11, 16) Diese Unterordnung geschieht oder geschah vorwiegend über Enteignungsprozesse und die Etablierung von Eigentumstiteln, die die Bevölkerung in eine Abhängigkeit trieb und somit die Forderung nach Mehrwertabschöpfung nach sich zog. Wesentlich ist in diesem Prozess, dass ein gewisser Spielraum für die ursprüngliche Bewirtschaftung gelassen wird. Dies sei ein wesentliches Merkmal peripherer kapitalistischer Gesellschaften, die gerade durch die stetige Ausdehnung der Ware-Geld-Beziehungen die Unterwerfung unterschiedlicher Produktionsformen vorantreibt und gleichzeitig die Marginalisierung und Ausbreitung von Teilen des tertiären Sektors mit geringer Produktivität fördert. (Amin 1975: 18, 195f.)

Dadurch etabliert sich ein Zwangscharakter der Akkumulation, die Reproduktion wird aber zum Großteil im Subsistenzbereich belassen. Diese Marginalisierung betrifft nicht nur die Landbevölkerung, sondern wirkt durch veränderte demographische Aspekte auch auf die arme Stadtbevölkerung, die vor allem den tertiären Sektor prägen. Gefördert durch eine Ausdehnung und verstärkte Marktintegration (Otto-Walter 1979: 9, 11; Amin 1975: 48) entsteht somit eine für den kapitalistischen Produktionsprozess überflüssige – jedoch in peripheren Ländern sehr große - Gruppe, wodurch eine versteckte Arbeitslosigkeit verschleiert wird. (Becker 2008: 18; Amin 1975: 195f.) In diesem Zusammenhang argumentieren die Bielefelder EntwicklungssoziologInnen, dass man neben der bäuerlichen Subsistenz die städtische Marginalbevölkerung als Form der Subsistenzwirtschaft betrachten muss, da ihre ökonomische Orientierung als gebrauchswertzentriert verstanden wird.

Gleichzeitig wird dadurch einer zunehmenden Importabhängigkeit nach Konsum- und Industriegütern verstärkt. (vgl. Otto-Walter 1979: 9; Elwert, Wong 1979: 257, 260)

Durch die Teilabkopplung der Reproduktion vom Markt wird die Forderung nach höheren Löhnen für die ArbeiterInnenklasse unterdrückt, da sich die Reproduktion in einer anderen Sphäre der Ökonomie – der sog. „Unsichtbaren Ökonomie“¹¹ – abspielt. Entsprechend dieses Vorhandenseins unterschiedlicher Produktionsmethoden und unterschiedlicher Vermarktungslogiken sollte man von einer „indirekten Subventionierung kapitalistischer Produktion durch Subsistenzproduktion sprechen.“ (Becker et.al. 2007b: 35) Eingebettet ist dies meist in einem Ungleichheitssystem, das sich auf Formen des Rassismus, des Patriarchats oder der Klassendominanz bzw. deren Kombinationen ausprägt und gesellschaftlich verankert.

Die bereits thematisierte strukturelle Heterogenität der unterschiedlichen Wirtschaftsweisen wird als die „Institutionalisierung der Abhängigkeit“ (Córdova 1973: 60) bezeichnet. Hierin bezieht sich Córdova auf ein spezifisches Bündnis aus GroßgrundbesitzerInnen, der einheimischen Handelsbourgeoisie und der internationalen kapitalistischen Bourgeoisie. Eine interessante Funktion spielt die Handelsbourgeoisie bzw. die Kompradoren-Bourgeoisie, die Poulantzas als ein Bindeglied zum Auslandskapital versteht. (vgl. Leubolt 2013: 142) Es hat sich aber nicht nur die strukturelle Heterogenität verfestigt, die sich dadurch charakterisiert, dass der gesamtgesellschaftliche Überschuss via direkter und indirekter Mechanismen den nationalen und internationalen dominanten Kräften zu Gute kommt (Córdova 1973: 64), sondern die strukturelle Heterogenität hat dabei auch die strategische Selektivität des Staates hin zu bevorzugter ökonomischer Extraversion geprägt. (Becker 2008: 11) Dies wird gerade durch die städtische, dienstleistungsbasierte Marginalbevölkerung weiter verstärkt, da diese vielfach ihre Reproduktion mittels kapitalistisch produzierter Güter absichert und somit die Importabhängigkeit erhöht. Durch vielfache Tätigkeiten im informellen Handel wird gleichzeitig die politische Rolle der Kompradoren-Bourgeoisie verstärkt, reproduktionsorientierte Politiken dienen somit nicht nur der klientelistischen Anbindung dieser Gruppen (Becker 2008: 18), sondern müssen gleichzeitig im Zusammenhang mit der Kompradoren-Bourgeoisie und der internationalen Konsumgüterproduktion betrachtet werden.

¹¹ Als „Unsichtbare Ökonomie“ wird der Teil des Ökonomischen verstanden, der nicht in das marktwirtschaftliche System eingebettet ist. Es handelt sich dabei um Tätigkeiten, die der Reproduktion dienen, allerdings nicht entsprechend einer Marktlogik monetär bemessen werden. In diesem Zusammenhang ist oftmals von der Hausarbeit die Rede, die ein patriarchal-kapitalistisches System außerhalb des Marktes stützt.

3.1.2. Extensive und intensive Akkumulation

Hierin liegt die Unterscheidung in der Mehrwertgenerierung im Bezug zur damit einhergehenden Form der Produktion, d.h. welche Ansätze verwendet werden können, um aus einem kapitalistischen Produktionsprozess einen höheren Mehrwert zu erzielen. Geschehen kann dies auf zweierlei Art: entweder durch eine Produktivitätssteigerung, bei der mit gleichem Aufwand mehr produziert bzw. mit weniger Aufwand die selbe Produktion aufrecht erhalten werden kann; oder aber durch eine Lohnkostenreduzierung, die in den Prozess selber nicht eingreift, aber natürlich einen Anteil am erwirtschafteten Mehrwert beansprucht. Folgt man Aglietta, so unterscheidet er in diesem Zusammenhang zwischen den zwei Idealtypen der extensiven und intensiven Akkumulation. (Becker 2007a: 67)

Wesentliche Elemente der beiden Idealtypen, die wie Becker bemerkt sich an der europäischen Entwicklung orientieren, beschäftigen sich mit dem „Zusammenhang zwischen Produktivkraftentwicklung, Verteilung, Konsum und dem Verhältnis von Produktionsmittel- und Konsumgüterabteilung.“ (Becker 2007a: 69) Intensive Akkumulation bedeute somit eine Produktivitätssteigerung, die durch technische Innovationen vorangetrieben wird. Wie bereits oben erwähnt, kann durch einen gleichbleibenden Einsatz an Arbeitskräften eine höhere Produktion generiert oder durch Reduktion der Arbeitskräfte der Mehrwert gesteigert werden. Im Idealfall wirkt sich die Produktivitätserhöhung auch auf die Lohnverteilung aus, da höhere Löhne dem Konzept entsprechend den Konsum anheben sollen. Der erhöhte Konsum führt wiederum zur Bereitschaft die Produktionsmittel bzw. deren Technologie und Innovation auf andere Bereiche auszudehnen, um eine höhere Bandbreite an Konsumgütern zu generieren. Dieser hier skizzierte Idealtyp wird von Mazier als „positiver Kreislauf Wachstum-Produktivität“ (Mazier nach Becker 2007a: 69) bezeichnet. Dieser angeführte Prozess wird zu recht von Becker, vor allem im Bezug auf weniger entwickelte Länder, als kritisch gesehen, da dort das Verhältnis zwischen Produktionsmittel- und Konsumgüterabteilung nicht in dem Maße vorherrscht, wie dies in Europa zur Zeit des Fordismus der Fall war. Um nämlich die Produktivkraftentwicklung zu fördern, wird die technologische Außenabhängigkeit verstärkt. Dadurch erhöht sich der Bedarf nach Divisen und es ergeben sich maßgebliche Grenzen für die Entwicklungspotentiale, die in hohem Maße von außen bestimmt sind. (Becker 2007a: 69)

Extensive Akkumulation baut im Gegensatz darauf auf, dass Wachstum durch eine Extensivierung der Lohnarbeit vorangetrieben wird, d.h. dass immer mehr Menschen in den Produktionsprozess mit eingeschlossen werden. Es kommt dabei kaum zu einer Erhöhung der Produktivkräfte, da es zu keiner Innovation der Produktionsmethoden kommt. (Becker 2007a:

68) Diese Methode des Wachstums generiert, aufgrund des stagnierenden oder ev. sogar fallenden Lohnniveaus, keinen Konsum, womit die Dynamik dieses Systems beschränkt bleibt.

Was den beiden Typen inhärent ist, ist die Tatsache, dass beide Modelle ab einem gewissen Zeitpunkt an ihre sozio-ökonomischen Grenzen stoßen. Ausweichmechanismen können eine verstärkte Außenorientierung oder aber eine Verschiebung der ökonomischen Grenzen hin zu einer Ausweitung kapitalistischer Verhältnisse sein. (Becker 2007a: 70)

3.1.3. Extravertierte und intravertierte Akkumulation

Diese Typisierung bezieht sich auf den Grad der Außen- bzw. Binnenorientierung. Es handelt sich hierbei um eine Typenbildung, die sich mit der Form der Waren- und Produktionsmittelflüsse beschäftigt, mit einer klaren „Fokussierung auf die materielle Produktion“. (Becker 2007a: 74) Dadurch bleibt auch „die Rolle des Handels- und Finanzkapitals in der Konfiguration der Akkumulation unterbelichtet.“ (Becker 2007a: 74)

Die Möglichkeiten den einen oder den anderen Typen der Akkumulation voranzutreiben, sind jedoch sehr beschränkt, sind diese doch vor allem in einem internationalen Kontext zu sehen. Beschränkt wird diese Form der Akkumulation zum Teil aber auch durch die technischen und strukturellen Möglichkeiten im Inland selber. Nur durch die Krise der 30er- und 40er-Jahre konnten einige Länder „eine größere Autonomie gegenüber externen Kräften [erlangen], die eine Intensivierung des Akkumulationsregimes vorantrieb.“ (Becker 2007a: 70)

Was den Grad der Extravertiertheit bzw. Intravertiertheit in den peripheren Ländern anbelangt, so wird ein Typenmodell herangezogen, dass sich in Anlehnung an Ominami von einem vorindustriellen System hin zu einem gemischten Akkumulationsregime unterteilt, jeder Position gewisse Spezifika im Bezug zur Produktion und Reproduktion zuweist und im Grad der Außenorientierung variiert. (Becker 2007a: 71ff.) Als dominant ist für den peripheren, kapitalistischen Staat eine Außenorientierung feststellbar, die Resultat und Fortbestand kolonialer Abhängigkeitsverhältnisse ist. In diesem Kontext spielt auch die strategische Selektivität des Staates eine wesentliche Rolle, die zur Aufrechterhaltung der strukturellen Heterogenität beiträgt. Die Abhängigkeit von den Zentrumsstaaten prägt dabei die Akkumulation in seiner räumlichen Strukturierung.

Aus dem Zusammenhang der strukturellen Heterogenität und dem Grad der Außenabhängigkeit charakterisiert Becker die tendenziell extravertierten peripheren Länder nach der Art der Extraversion, wobei er hierbei die beiden Formen der passiven und der aktiven Extraversion unterscheidet. Die aktive Extraversion beschreibt ein exportorientiertes

Modell, das meist auf Rohstoffexporten beruht und eine positive Handelsbilanz ermöglicht. Die passive Extraversion unterscheidet sich dahingehend, dass die Importabhängigkeit dominiert. Das resultierende Leistungsbilanzdefizit muss durch Kapitalimporte gedeckt werden. Durch die fiskalische Abhängigkeit des Staates erweitern sich die Einflussphären ausländischer InvestorInnen. (Becker 2008: 12ff.)

Ein wichtiges Merkmal peripherer Kapitalismen ist neben der Rohstoffökonomie und Exportwirtschaft die Bedeutung der materiellen Reproduktion. Dabei spielt die Konsumgüterindustrie eine entscheidende Rolle. Ob die materielle Reproduktion von außen dominiert wird, oder aber die interne Bourgeoisie sich dieser Sphäre annimmt, kann stark variieren. Die ISI in Lateinamerika versteht sich als ein Ansatz, der eben diese Abhängigkeit von externen Konsumgütern beenden wollte, die Kapitalgüterproduktion blieb aber weiterhin im Zentrum, wodurch die Abhängigkeit und Extraversion weiter bestehen blieben. (Becker 2007a: 72) Dieses Modell der ISI wird als peripherer Fordismus bezeichnet, das auf intensiver Akkumulation beruht. (Heigl 2009: 42)

3.1.4. Akkumulation produktiven bzw. fiktiven Kapitals

Während sich produktives Kapital in der Form von Waren zeigt, also direkt mit dem Produktionsprozess verbunden ist, wuchs ab den 1970er Jahren, durch einen Überschuss an liquidem Kapital und der Etablierung des freien Kapitalverkehrs nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems, die Rolle des Bankensektors an. (vgl. Huffs Schmid 2008; Huffs Schmid 2009) Durch dieses hohe Maß an Liquidität kamen die Industrien unter Druck und mussten unter tendenziell stagnierender Produktion die Produktivität erhöhen, womit der in Form von Dividenden abgeworfene Mehrwert für die Kapitalanleger erhöht werden konnte. Die Krisenhaftigkeit im Akkumulationsprozess, gekoppelt an das Bestreben nach höheren Renditen, führte zu einer Anlage von Eigentumstiteln als fiktives Kapital. Kritisches Element des fiktiven Kapitals ist die Tatsache, dass dieses trotzdem an den Surplus gebunden ist, der am Ort der produktiven Sphäre geschaffen wird. Hierbei zeigt sich bei einer stagnierenden Produktivität und zunehmender Expansion fiktiven Kapitals die Verwundbarkeit des Systems. In regulationstheoretischer Interpretation wird dieses auf die Expansion des Finanzdienstleistungssektors beruhende Wachstumsmodell als eindeutiges Krisensymptom des Akkumulationsregimes betrachtet. (Becker 2007a: 74ff.)

Für die peripheren Länder kann man tendenziell einen Bedarf nach Kapital in Form von Devisen feststellen. Von enormer Bedeutung ist dies gerade in Ländern mit dominant passiver Extraversion. Mangel an ausländischem Kapital beeinflusst den Akkumulationsprozess und

beschränkt diesen. Gleichzeitig ist der Staat fiskalisch abhängig vom Verlauf der Akkumulation. Jedoch ist dieser Kapitalimport nicht per se einfach zu realisieren, da dieser von der Verfügbarkeit und Orientierung des Kapitals abhängt. Es ergibt sich eine konjunkturelle Verbindung zwischen Peripherie und Zentrum. Dadurch eröffnen sich neue Einflussphären der GeldgeberInnen, wodurch die Form der dominanten Akkumulation beeinflusst werden kann. (Becker 2008: 14) Auf der konfliktiven Bühne hin zur Auseinandersetzung um die dominante Akkumulationsweise kann dies zu einer wesentlichen Beeinflussung ökonomischer Strategien führen. Diese internationalen Akteure des Finanzsektors gewinnen dadurch politische und ökonomische Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten, müssen jedoch gegenüber der Bevölkerung keine Rechenschaft ablegen. Die gesellschaftliche Stabilisierung verbleibt beim Staat, der zugleich in seinen Handlungsräumen, u.a. durch fiskalische Abhängigkeiten, eingeschränkt wird und sich in Folge dessen die Spielräume der Regulationsweisen ändern. Die verstärkt dominant auftretende internationale Position beeinflusst die Handlungssphären des Staates und der sozialen Kräfte. Dabei sind die drei Handlungsebenen - soziale Kräfte, Staatsform und Weltordnung – in einem dialektischen Dreiecksverhältnis zu verstehen. (vgl. Cox 2011: 58) Die Dynamiken, die sich unter diesen ergeben, sind dabei spezifisch konjunkturell geprägt.

Wie bereits oben erwähnt, ist die Verfügbarkeit des Investitionskapitals stark von der Form der Akkumulation im Zentrum abhängig. Ein Überangebot an liquidem Kapital im Zentrum ist schneller bereit in risikoreiche Anlagen in der Peripherie oder Semi-Peripherie zu investieren. Gleichzeitig zeigt sich, dass die Form der fiktiven Kapitalakkumulation im Zusammenhang mit den Akkumulationspotentialen in der (Semi-)Peripherie zusammenhängt und die Akkumulation in den Zentren mit beeinflusst.

3.1.5. Schematische Darstellung des Akkumulationsregimes

Diese vier strukturellen Formen der Akkumulation charakterisieren das dominante Akkumulationsregime. Dabei kann analytisch die dominante Akkumulation herausgearbeitet werden, zusätzlich kann man die Beziehung zu anderen Akkumulationsformen und Wirtschaftsweisen herstellen. Gekoppelt an die Ziele unterschiedlicher Akteure lassen sich die Strategien hinsichtlich ihrer Reichweite und Transformationspotentiale der ökonomischen Sphäre offenlegen.

Abbildung 2: Akkumulationsregime

„Außerökonomische“ Reproduktion
Extensive vs. Intensive Akkumulation
Extravertierte vs. Intravertierte Akkumulation
Produktives vs. Fiktives Kapital

Quelle: Eigene Darstellung nach den Akkumulationstypen bei Becker 2007a; Becker et.al 2007b.

3.2. Regulationsdispositiv

Bevor das Regulationsdispositiv und seine ineinander wirkenden relevanten Bereiche näher erklärt werden, stellt sich primär die Frage, wozu es eigentlich Regulation benötigt. Ausgangspunkt ist die kapitalistische Gesellschaft. Diese Gesellschaftsform wird als konfliktbeladen gesehen, deren Ursachen sich anhand diverser Ungleichheiten widerspiegeln. Dabei benötigt der Akkumulationsprozess in seiner Form und Ausprägung eine gewisse Regulation, da sonst keine Kohärenz innerhalb der Akkumulation denkbar ist. (Becker 2007a: 122f.) Die Widersprüche des Kapitalismus bedürfen daher der Regulation, um sich wiederum reproduzieren zu können. Regulation wird als eine gesellschaftliche Aushandlung verstanden, wie diese Reproduktion gewährleistet wird. Es bildet somit das Komplement zur Reproduktion. Institutionen, gesellschaftliche Normen, Kompromisse udgl. werden als wesentlich identifiziert, um dies zu gewährleisten. (vgl. Jessop, Sum 2006: 302; Brand 2005: 32; Jessop 1990: 254) Es zeigt sich, dass sich die kapitalistische Logik nicht alleine von selbst reproduzieren kann, d.h. man muss somit von der Perspektive einer grundlegend ökonomischen Überdetermination gesellschaftlicher Verhältnisse abkommen und den außer-ökonomischen Faktoren eine wesentliche Rolle zugestehen. Die Beziehung zwischen den scheinbar getrennten Sphären der Ökonomie, des Staates und der Gesellschaft muss daher in ihren Interdependenzen verstanden werden. Analytisch ergibt sich daraus die Schwierigkeit diese Komplexität zu fassen.

Ein wesentlicher Aspekt aus Sicht der RegulationistInnen ist die Etablierung einer relativen Stabilität zwischen diesen interdependenten „Subsystemen“¹². Die Widersprüche und Konflikte, die sich um den Hauptwiderspruch zwischen Gebrauchs- und Tauschwert festmachen (Novy 2007: 75), müssen gesellschaftlich ausbalanciert werden, um die Kapitalakkumulation aufrecht zu erhalten. Dabei werden sie allerdings weiter reproduziert. Zwar können diese Widersprüche stabilisiert werden, aufgrund der dem Kapitalismus

¹² Anmerkung: Die Beschreibung als Subsysteme stammt aus der Autopoiesis, die Jessop in Anlehnung an Luhmann in seine Arbeit miteinbezieht. Wesentlich dabei ist die Interdependenz untereinander, bei gleichzeitiger „operationaler Autonomie“ dieser Subsysteme. Dabei bezieht er sich darauf, dass die Subsysteme einer jeweils unterschiedlichen Logik folgen, jedoch nicht frei und unabhängig von einander sind. (vgl. Jessop 2010: 26)

inhärenten Krisentendenzen könne diese aber nur konjunkturell stabilisiert werden. Dass es notwendig ist, diese Widersprüche zu stabilisieren und zu reproduzieren, liegt auch im kapitalistischen Staat selber begründet. Durch den Umstand, dass der kapitalistische Staat ein Steuerstaat ist (Hirsch 2002: 29), steht er notwendigerweise in einer Abhängigkeit zur Akkumulation. Diese spezifische ökonomische Funktion des Staates und dessen Verknüpfung mit dem Kapital führen dazu, dass „bestimmte Hauptwidersprüche im Innern des Staates sich zwischen seiner ökonomischen Rolle und seiner Rolle zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der Organisation des Konsenses abspielen.“ (Poulantzas 2002 [1978]: 197) Gleichzeitig formiert sich durch die Abhängigkeit der Akkumulation ein strukturelles Übergewicht der Kapitaleseite. (Becker 2008: 10) Da man jedoch auf eine bestimmte Form der gesellschaftlichen Stabilität angewiesen ist, muss diese ökonomische Dominanz über außer-ökonomische Mechanismen abgesichert werden. Die politische Sphäre gewinnt somit an Wirkmächtigkeit, da sie als ein Bindeglied zwischen der Gesellschaft und der Ökonomie¹³ verstanden werden kann, deren Einfluss man sich nicht völlig entziehen kann. Die Gesellschaft wird zum Feld und Ort der Auseinandersetzungen um Macht und Strategien der Machtaneignung, ausgetragen über breite gesellschaftliche Konflikte zur Durchsetzung spezifischer Interessen.

Soziale Konflikte können auf verschiedenste Art und Weise wirken. Geht man von Marx aus, der den Klassenkonflikt als das gesellschaftliche Konfliktfeld betrachtet, so spricht man hierbei von einer vertikalen Konfliktachse. Dass eine Reduktion der sozialen Konflikte auf den Klassenkampf nicht mehr zeitgemäß ist, muss zu einer anderen Betrachtung führen. Die Komplexität dieser sozialen Spannungs- und Konfliktfelder lässt sich hier nicht im Detail darstellen, doch gehe ich wie Becker (Becker 2007a: 123) von einem horizontalen und vertikalen Konfliktfeld aus. Auf horizontaler Ebene bildet die Konkurrenz einen wesentlichen Faktor. Austragungsfelder dieser sozialen Konflikte treten dann in den drei Kategorien der Ungleichheit auf - Klassen, Ethnie/Rasse und Gender. Wie diese ineinander wirken können wird u.a. beim Konzept der *Intersectionality* (McCall 2005) behandelt. Jedoch zeigt sich auf Grund der Komplexität die Schwierigkeit einer operationalen Verknüpfung dieser Ungleichheitskategorien. In regulationstheoretischer Sichtweise wird aber von einem ökonomischen Konflikt rund um die Akkumulationsstrategien und Formen der Reproduktion

¹³ Anmerkung: Der „integrale Staat“ (Heigl 2009: 44) stellt das Bindeglied zwischen den politischen Apparaten und Institutionen im Verhältnis zur Zivilgesellschaft dar. In Anlehnung daran stellt die „Integrale Ökonomie“ (Jessop 2010: 24) die Beziehung zwischen der Akkumulation und der gesellschaftlichen Form der Regulation dar.

der Widersprüche ausgegangen, der sich in den komplexen Gesellschaftsverhältnissen artikuliert.

Diese Konfliktachsen wirken im Kapitalismus auf die Waren- und die Staatsförmigkeit. Sie bilden die beiden Grundformen sozialer Verhältnisse innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. Die Warenform stellt die Form der gesellschaftlichen Beziehung dar, die zwischen ProduzentIn und EigentümerIn entsteht. Im Zentrum dieser gesellschaftlichen Einbettung liegt der Austauschprozess. Durch die Etablierung eines Austauschäquivalentes in Form von Geld wird es selber zu einer besonderen Form der Ware. Dieser Austausch findet im Markt statt. Der Akkumulationsimperativ und die Marktdominanz über das gesellschaftliche Leben führen zum Zwang des In-Wert-Setzens, also des zur Ware werden (Kommodifizierung). Diese entstandene Ware entspricht der Logik des Marktes zufolge wiederum einem Äquivalent, das sich über das Geld darstellen lässt. In der Marx'schen Terminologie wird vor allem die rechtliche Verankerung von Eigentumstiteln und der daraus folgenden Trennung von Produktionsmitteln und Produktivkraft als wesentliches Element des Kommodifizierungsprozesses verstanden. Den Ausgangspunkt bildet dabei das Eigentumsrecht auf Boden. Durch den Eigentumstitel wird das Land zur Ware, dessen Preis für die Nutzung die Bodenrente bildet. In weiterer Folge wird dadurch eine Trennung vorangetrieben, die dazu führt, dass die ProduzentInnen gezwungen sind, einen Mehrwert zu schaffen. Dieser Mehrwert muss in Form von Waren geschaffen werden, die auf dem Markt wiederum einen Preis vermittelt bekommen. Dieser Prozess führt dazu, dass der Mensch in der Form der Arbeitskraft zur Ware wird. (Becker 2007a: 125ff.; Novy 2007: 79f.) Die sog. doppeltfreie Lohnarbeit – (1) frei von politischen Zwängen und (2) frei von den Produktionsmitteln – etabliert damit den Warencharakter der Arbeitskraft. (Harvey 2011: 116f.) Aus dem Zusammenspiel der Warenförmigkeit und der daraus resultierenden Gesellschaftsform entsteht die für die Marx'sche Theorie wichtige soziale Ungleichheitsachse der Klassen, die entsprechend der Klasse auch Macht lukriert. Für Poulantzas ist die Macht der Klasse „grounded in economic power and relations of production“. (Jessop 2010: 122)

Die Warenform, mit ihrem funktionellen Charakter, muss allerdings gesellschaftlich abgesichert werden. Daraus ergibt sich die zweite Grundform der sozialen Verhältnisse – die Staatsförmigkeit – denn die „Etablierung und Festschreibung von Warenförmigkeit bedarf der politischen Sanktionierung“. (Becker 2007a: 127) Die Wichtigkeit des Politischen im Rahmen des Staates zeigt sich in der Absicherung kapitalistischer Produktionsmechanismen, da die Produktion zusätzlich die Reproduktion garantieren muss. Hierbei kommt der Politik ebenfalls eine Schlüsselrolle zu, muss diese doch eine gewisse gesellschaftliche Stabilität

gewährleisten. Das politische System muss also auch die Reproduktion und die Regulation der Kapitalakkumulation regeln.

Die Staatsförmigkeit

Zur Betrachtung der Staatsförmigkeit gibt es eine Vielzahl von Konzepten, die sich auf unterschiedlichster Art und Weise mit dem Staat beschäftigen. Da es sich im Regulationsansatz um eine marxistische Theorie handelt, liegt es nahe sich dem Staat aus marxistischer Perspektive zu widmen. Dabei bietet sich eine Betrachtung des Staates nach Jessops Staatsverständnis an, das von Gramsci, Poulantzas und Foucault stark geprägt wurde. Jessop plädiert dafür, dass eine angemessene formanalytische Staatstheorie¹⁴ nur über eine umfangreiche Gesellschaftstheorie erarbeitet werden kann. (Jessop 2007: 15, 37)

Beginnend bei Gramsci zeigt sich, dass die politischen Strukturen und Systeme sich historisch spezifisch konstituieren und sich aus einem Kompromiss einzelner Akteure oder Akteursgruppen herausbilden. Diese Auseinandersetzung um Macht führt zu einer spezifischen Konsolidierung dieser Verhältnisse im Staat. Schafft es der Machtblock sich als hegemonial durchzusetzen, d.h. schafft er es die Herrschaft politisch, ideologisch und kulturell so zu organisieren, dass diese den Alltagsverstand prägen und als Konsens verstanden werden, spricht Gramsci von einem historischen Block. (vgl. Seewald 2012: 13) Der Konsens stabilisiert die damit einhergehende Entwicklungsweise, wobei aber diese hegemoniale Position einer ständigen Absicherung bedarf. Hieraus ergibt sich eine gewisse Dynamik und Potential für Veränderung. Das *Schlachtfeld* der Auseinandersetzungen bildet die Zivilgesellschaft. Hier werden Kompromisse geschlossen, es wird versucht aktuelle Konzepte und Hegemonieprojekte zu etablieren, aber auch Gegenbewegungen agieren in diesem Feld. Die politische Ordnung bildet den institutionellen Rahmen, der die Möglichkeiten absteckt. Als Raum der Auseinandersetzungen bezieht sich Gramsci auf den Nationalstaat. (vgl. Bieler, Morton 2003; Borg 2001; Cox 1993)

Jedoch sind die Nationalstaaten „not self-closed ‘power containers‘ but should be studied in terms of their complex interconnections with states and political forces on other scales. [...] Scale is typically the product of social struggles for power and control.“ (Jessop 2010: 105) Der Staat stellt somit ein Bindeglied dar, dass (1) innerhalb des Territoriums die Beziehung zwischen der Politik, Ökonomie und Gesellschaft organisiert und versucht die daraus hervortretenden Widersprüche zu stabilisieren und eine gesellschaftliche Kohärenz

¹⁴ Anmerkung: Unter Formanalyse versteht man die Untersuchung der Form des kapitalistischen Staates und wie diese eine Funktionalität für die Akkumulation und politische Klassenherrschaft mit sich bringt. (Jessop 2007: 15)

herzustellen; (2) diese Gesellschaftsverhältnisse als interdependent zu den internationalen Produktionsweisen und Machtverhältnissen beschreibt, die sich auf internationaler Ebene etablieren und in je spezifischer Weise mit dem Nationalstaat in Verbindung treten. Konsens und Hegemonie stehen somit in einer direkten Verbindung zur Weltordnung und einer spezifischen Durchsetzung einer internationalen Hegemonie oder eines Zwangscharakters. (Cox 1993: 61f.)

Um den Staat als Analyseelement fassen zu können, gibt Jessop vier wesentliche Richtlinien vor: (1) Der Staat ist ein Set an Institutionen, Macht kann aber nicht allein auf Grund dieser ausgeübt werden; (2) politische Kräfte existieren nicht unabhängig vom Staat; (3) die Staatsmacht bildet ein komplexes soziales Verhältnis, das in einer bestimmten Konjunktur vorherrscht; (4) die Staatsmacht ist nur bis zu einem gewissen Maße kapitalistisch, indem es die nötigen Rahmenbedingungen für die Akkumulation schafft, und nicht-kapitalistisch in dem Ausmaß, als sie diese nicht realisiert. (Jessop 2010: 28) Wichtig für Jessop sind die Macht, das Potenzial sie auszuüben und die Akteure, die versuchen ihre strategischen Ziele zu verfolgen und somit in die Auseinandersetzung um Macht eingreifen. Begrenzt sind beide durch die strukturellen Beschränkungen, die innerhalb einer Konjunktur vorherrschen. Daraus folgt, dass ähnlich wie bei Gramsci die historische Etablierung von Strukturen nur einen abgesteckten Spielraum schafft. Die Konjunktur gilt dabei als Vermittler zwischen der historisch etablierten Struktur und den damit einhergehenden Handlungsmöglichkeiten, die historisch spezifisch eine unterschiedliche Offenheit für politische und ideologische Auseinandersetzungen darstellt. (Novy 2007: 59)

Macht ist hierfür wesentlich zur Durchsetzung spezifischer Interessen, ist jedoch nicht nur strukturell bedingt, sondern steht immer im Zusammenhang mit den Akteuren, die innerhalb der Institutionen agieren:

„Indeed, rather than speaking about *the* power of the state, one should speak about the various potential structural powers [...], that are inscribed in the state as an institutional ensemble. The state is an ensemble of power centres that offer unequal chances to different forces within and outside the state to act for different political purposes. How far and in what ways their powers [...] are actualized depends on the action, reaction, and interaction of specific social forces located both within and beyond this complex ensemble. In short, the state does not exercise power: its powers (always in the plural) are activated through the agency of definite political forces in specific conjunctures.” (Jessop 2010: 37)

Die strukturellen Macht- und Handlungsspielräume zeigen, dass der Zugang zu diesen Machtzentren von entscheidender Bedeutung ist. Jedoch sind die Zugangsmöglichkeiten konjunkturell unterschiedlich, da die Institutionen selber von einer strategischen Selektivität

geprägt sind, die aus einer inneren „operationalen“ Logik heraus bestimmte Akteure und Strategien bevorzugt. Diese strategische Selektivität ist in die Strukturen eingeschrieben und prägt deren Logik. Die Strukturen wiederum werden als Resultat früherer politischer Strategien und Auseinandersetzungen verstanden, die die aktuelle Form dieser strategischen Selektivität mitgestalten. (vgl. Jessop 1990: 261; Heigl 2009: 45)

Dieses Theoriekonzept soll die dynamischen Prozesse gesellschaftlicher Interaktion im Zusammenhang zur strukturellen Grenze beschreiben. Dadurch wird die oftmalige Überdetermination der Ökonomie überwunden. Von wesentlicher Bedeutung sind die Strategien und Akteure, da diese die gesellschaftlichen Veränderungen vorantreiben und mitgestalten. Dabei ist deren Handlungsspielraum zwar nicht frei von strukturellen Schranken, jedoch ergeben sich je Konjunktur spezifische Handlungsspielräume, die gerade in Krisen stark erweitert werden. Es können sich strukturell eingeschriebene Selektivitäten zu Gunsten neuer Akteure und politischer Allianzen verändern. „[T]he reciprocal interaction between structurally inscribed strategic selectivity and structurally oriented strategic calculation could lead through the usual evolutionary mechanisms of variation, selection, and retention to the formation of a configuration characterized by ‘structured coherence’.” (Jessop 2010: 46)

Im Folgenden werden nun die strukturellen Formen der Regulation dargestellt. Diese bilden zusammen mit den beiden Grundformen kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse das Regulationsdispositiv.

3.2.1. Das Lohnverhältnis

„Indeed the very substance of value (the socially necessary labour time embodied in commodities) depends on capital’s ability to control wage labour in the production process; and this in turn depends on the outcome of an economic class struggle in which the balance of forces is moulded by many factors beyond the value form.” (Jessop 1990: 197)

Zentrales Element des Lohnverhältnisses ist die Form der Mehrwerterzielung und dessen Abschöpfung. Dabei handelt es sich darum, wie die Mehrwertrate aufrecht erhalten oder gesteigert werden kann. Es zeigt sich aber auch, dass dieses Verhältnis gesellschaftlich umkämpft ist. Im Zuge dessen sollen die variablen Kosten der Arbeitskraft durch Formen der Arbeitskraftdisziplinierung möglichst gering gehalten werden. Es gibt diverse Faktoren, die diese Disziplinierung fördern. Die Technologie oder das Vorhandensein einer Reservearmee potentieller Arbeitskräfte wirken dabei auf das Lohnverhältnis. Es bildet sich ein prekäres System heraus, das den Spielraum für die Lohnabhängigen im Kampf um höhere Löhne erheblich erschwert. Ein weiteres Merkmal prekärer Verhältnisse ist ein großer informeller

Sektor abseits der produktiven Bereiche, in dem die marginale Überschussbevölkerung sich um ihre Existenz bemüht, dabei aber immer im systemischen Abhängigkeitsverhältnis steht. Der Mangel an rechtlichen Regelungen verstärkt diese Abhängigkeit, Lohnforderungen können dadurch nicht durchgesetzt werden. (Becker 2007a; 150; Becker et.al. 2007b: 43) Als Folge dieser Dynamik ist deren politische Reichweite zumeist auf die Reproduktionsbedingungen beschränkt. Mittels materieller Konzessionen an die subalternen Gruppen versucht man eine Konsensbildung voranzutreiben, die aber häufig an politische Konditionen in Form klientelistischer Beziehungen gebunden ist. (Becker 2008: 18f.)

Das Lohnverhältnis bildet einen wesentlichen Konfliktpol, der sich um eine vertikale und eine horizontale Konfliktachse herausbilden kann. Die vertikale Ebene bezieht sich auf die Klassenkonflikte, jedoch soll der Begriff der Klasse nicht auf die klassische Interpretation der Produktionsverhältnisse reduziert werden. Wesentliches Merkmal sei die „Aneignung wie Kontrolle des gesellschaftlichen Mehrproduktes und das Ausmaß der Verfügung über die eigene und über fremde Arbeitskräfte.“ (Becker 2007a: 156) Das Lohnverhältnis wird über den Warencharakter ökonomisch determiniert, dieser Warencharakter muss aber vom Staat sichergestellt werden, wodurch der Klassenbegriff nicht nur durch die Produktionsverhältnisse determiniert wird. (Becker 2007a: 156) In diesem Sinne sollte man den Begriff der Klasse als ein sich gesellschaftlich konstituierendes Machtverhältnis betrachten, das wesentlich über die Produktionsverhältnisse und Machtstrukturen geprägt wird.

Die horizontale Konfliktachse ergibt sich aus den Formen der Reproduktion der Arbeitskraft. Die Verteilung und die Stabilität der Lohneinkommen sowie diverse Sozialleistungen prägen dabei die Konsumnormen. Die Regelung der Reproduktion bezieht sich auf das Verhältnis von Subsistenz und Marktabhängigkeit zur Deckung des Notwendigsten zur Arbeitskraftreproduktion. Becker führt diese hier beschriebene horizontale Konfliktachse auf die Konkurrenz zur Erreichung eines Konsumstandards zurück, die sich gesellschaftlich in einer Individualisierung zeigt. Mittels staatlicher Stabilisierungsmechanismen wie z.B. Sozialleistungen werden diese Konflikte geschwächt und gleichzeitig die Nachfrage gesteigert. (Becker 2007a: 152f.; Becker et.al. 2007b: 44) Durch die Subvention der Reproduktion nimmt der Staat eine wichtige Stabilisierungsfunktion ein, da er dadurch direkt und indirekt die kapitalistischen Verhältnisse absichert. Dabei greift der Staat nicht nur in die Produktion ein, sondern er interveniert auch in der Zirkulations- und Konsumtionssphäre. (Poulantzas 2002 [1978]: 208)

3.2.2. Das Konkurrenzverhältnis

Das Konkurrenzverhältnis verweist klar auf ein Spannungsfeld, das sich innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft etabliert. Konkurrenz und Konkurrenzfähigkeit sind die Schlagworte der Marktwirtschaft, die sich auf alle Teile der Bevölkerung niederschlagen. „Das Konkurrenzverhältnis in kapitalistischen Marktgesellschaften stellt autonome Einheiten – Individuen, Gruppen, Organisationen und Räume – gegeneinander. Individualisierung und Fragmentierung wird gefördert, sozialer Zusammenhalt untergraben. Damit wird eine Grundhaltung gefördert, die *Wettbewerb gegenüber Zusammenarbeit bevorzugt*, obwohl Kapitalismus strukturell auf der Dialektik von Konkurrenz und Kooperation beruht.“ (Novy 2007: 109f.) Es zeigt sich somit, dass sich das Konkurrenzverhältnis nicht bloß auf die vertikale Konfliktachse der klassischen marxistischen Klassenkampfrhetorik bezieht, sondern sich in einem horizontalen Konflikt innerhalb verschiedener Dimensionen abzeichnet. Als wesentlich hebt Novy vor allem auch die räumliche Dimension des Konkurrenzverhältnisses hervor, das sich in einer stark ökonomisch vernetzten Welt ausprägt. Dies wird durch die verstärkte Mobilisierung der Produktionsstätten erreicht, die sich in vielfacher Weise manifestieren kann. Im Zentrum der Spannungen stehen der Akkumulationsimperativ und der Zwang der Mehrwertakkumulation. Es entstehen Spannungsfelder, die auf der einen Seite auf den Nationalstaat einwirken, der bestrebt ist genügend Einnahmen zu generieren, um die gesellschaftliche Kohäsion aufrecht zu erhalten, auf der anderen Seite erhöht sich der Druck der „Abwanderungspolitik“ auf den Sektor der Lohnabhängigen. Somit werden die Staaten untereinander in Konkurrenz und Wettbewerb gestellt.

Der horizontale Konflikt zwischen Einzelkapitalen wirkt wesentlich auf das Konkurrenzverhältnis ein. (Becker 2007a: 157) Durch die Internationalisierung der Produktions- und Konsumverhältnisse wird diese Konkurrenz auf die internationale Ebene verlagert. Je intensiver dabei die Weltmarktintegration ausgeprägt ist, umso stärker steht das nationale Kapital in Konkurrenz zur internationalen Kapitalfraktion. Die Optionen der Akteure werden dadurch maßgeblich beeinflusst. (Heigl 2009: 43) Diese Form der Konkurrenz verstärkt Spannungen zwischen national orientierten und international agierenden Kapitalfraktionen, gleichzeitig erhöht sich durch den internationalen Wettbewerb der Druck auf die Regulationsweisen der einzelnen Staaten. Der Wettbewerbsstaat wird also gefördert, wodurch sich das Konkurrenzverhältnis auf die politische Dimension ausgedehnt wird. Auf Grund der fiskalischen Abhängigkeit des Staates gerät dieser immer weiter unter Druck. Im Kontext peripherer Staaten wird diese Internationalisierung häufig durch globale Asymmetrien und spezifische interne Kräfteverhältnisse verstärkt, die die „strategische

Dimension der Weltmarktintegration“ (Heigl 2009: 44) offenlegen. Dabei handelt es sich um die strategische Verbindung unterschiedlicher Kapitalfraktionen, die entweder dominant nach außen oder auf den Binnenmarkt orientiert sind. Je nach deren Orientierung wird diese Internationalisierung maßgeblich beeinflusst, wobei Asymmetrien in den Kräfteverhältnissen meist eine Ausrichtung zu Gunsten dominanter ausländischer Akteure befördert.

Eine weitere Ebene, der aus dem Konkurrenzverhältnis gebildeten Konfliktachse, behandelt die Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs anhand diverser „Klassendimensionen“. Wie Becker mit Verweis auf Aglietta als zentrales Element hervorhebt, ist das Konkurrenzverhältnis an das Lohnverhältnis gebunden. (Becker 2007a; 157) Nun bietet das kapitalistische Gesellschaftsmodell die Möglichkeiten des Aufstiegs an. Diese Chance auf den sozialen Aufstieg fördert wiederum die Konkurrenz einzelner Individuen. Um sich im Konkurrenzkampf der Individuen Vorteile zu sichern, kommt es zu Gruppierungen innerhalb einer Gesellschaft, die sich gemeinsam formieren um ihre Position zu stärken. Es kommt zwar zu keiner Überwindung der rein individuellen Konkurrenz, jedoch gelingt es bestimmten Gruppen sich im Konkurrenzkampf gemeinsam gegenüber anderen Gesellschaftsmitgliedern einen erheblichen Vorteil zu sichern. Dadurch entsteht eine Fragmentierung, die sich u.a. an Hand von ethnischen, geschlechtlichen oder religiösen Zugehörigkeiten manifestiert. Dominante Gruppierungen versuchen sich als überlegen darzustellen, um ihre Position – also ihre Konkurrenzfähigkeit – zu stärken. Dieser horizontale Konflikt hebt die Klassentrennung auf, wodurch die Auseinandersetzung bzw. die systemimmanenten Widersprüche geschickt verdeckt werden und die Konfliktebene von einem vertikalen auf einen horizontalen Konflikt verlagert wird. Diese kann dabei strategisch gefördert werden. (Becker 2007a; 160)

3.2.3. Die ökologische Beschränkung

Die Natur stellt ein wesentliches Element der kapitalistischen Produktionsweise dar. Produktion und Konsum bedürfen einer natürlichen Ressource als Grundlage, ohne Ressourcen kann nichts erzeugt - produziert - werden. Für die ökologische Beschränkung spielt also der Zugang zu den Ressourcen die tragende Rolle. In marxistischer Tradition wird wieder auf die Eigentumsrechte verwiesen, die eine Bodenrente erbringen. Die Durchsetzung von Eigentumsrechten bedarf wiederum der politischen Sanktion. Im Sinne der Bodenrente ist die Naturnutzung als solche zu betrachten, welche die Voraussetzung der kapitalistischen Produktion bildet. Da ein enger Zusammenhang mit der Akkumulation und der Reproduktion besteht, wirkt die ökologische Beschränkung auf den Verteilungskonflikt als weitere Konfliktebene. (Becker 2007a: 163f.; Becker et.al. 2007b: 50f.) Diese Konflikte rund um die

„Akkumulation durch Enteignung“ (Harvey 2011: 348) der Umwelt werden dabei meist abseits der Arbeitsklasse geführt, weshalb sie oftmals als zweitrangig betrachtet werden. Historisch gesehen war diese Auseinandersetzung aber essentiell für das Ausbreiten des Kapitalismus. Dabei ist die Relevanz heute ebenso gegeben. Um die Klassenmacht nach der Krise des Fordismus wieder auszubauen, wurde diese Form der Akkumulation erneut verstärkt durchgesetzt. (Harvey 2011: 348) Dies betrifft im vorliegenden Fall vor allem das Spannungsfeld zwischen rohstofforientierten Interessensgruppen und der lokalen bäuerlichen und indigenen Bevölkerung. Durch die Machtasymmetrie und die fiskalische Abhängigkeit des Staates schafft es der Staat meist, diese Enteignung durchzusetzen, wodurch wiederum die Lebensgrundlage der Bevölkerung zerstört wird.

3.2.4. Die Geldbeschränkung

Das Geld bildet das zentrale Medium der Vergesellschaftung, in dem es die Austauschbeziehungen und die damit einhergehende gesellschaftliche Anerkennung beschreibt. Somit wird es zum allgemeinen Austauschäquivalent, das in seiner Funktion einen Gebrauchswert am Markt besitzt, also eine gesellschaftlich anerkannte Warenmenge repräsentiert. Zusätzlich kann es als Kapital verwendet werden, der Wert liegt hierbei in der Perspektive nach einer Verwertung des selbigen. (Becker 2007a: 126) Damit ist Geld aber nicht bloß Zahlungsmittel, sondern übernimmt durch die Funktion als Wertaufbewahrungsmittel, eine Machtposition (Novy 2007: 109), die sich u.a. im Kreditwesen zeigt. Das angehäuften Kapital kann in Form von Krediten einem Schuldner übertragen werden. Dies wird als Risiko gesehen, dass durch die Forderung nach Zinsen, also einer Mehrwertbeteiligung, den Zwang zur Akkumulation erhöht. Ein Überschuss an Vermögen kann zu einem Machtvakuum werden, vor allem dann, wenn sich eine Art Kapitalmonopol herausbildet.

Auf der nationalen Ebene fungieren staatliche Institutionen wie die Zentralbanken als Geldregulator. Da auf internationaler Ebene kein einheitlicher Tauschwert vorhanden ist, sondern die jeweiligen Währungssysteme sich auf spezifische Produktions- und Distributionsbedingungen beziehen, bringen Währungsreserven einen wesentlichen Vorteil, da damit die internationale Geldpolitik stark beeinflusst werden kann und sich Machtpole bilden. Diese Rolle einzelner dominanter Staaten und deren Zentralbanken kann und wird von dominanten internationalen Finanzinstitutionen, die sich als weiterer Machtpol in den Auseinandersetzungen um internationale Finanzregulationen etablierten, untergraben. Es

entsteht ein stark hierarchisiertes System, dass durch die Dominanz vor allem schwache Staaten zur Anpassungen zwingt. (Becker 2007a: 160ff.)

Dieser Anpassungszwang zeigte sich gerade in der (Semi)-Peripherie. Der nur schwach ausgeprägte Finanzsektor der staatlichen Ebene, der im Sinne Gerschenkrons als eine Vorbedingung zur Industrialisierung gesehen wird (Gerschenkron 1962), prägt die Außenabhängigkeit von Investitionskapital. Mittels Auslandsaufnahmen sollte das Kapitalproblem behoben werden. Als problematisch zeigt sich jedoch, dass die Zinszahlungen in Devisen erfolgen müssen, wofür ein entsprechender Exportüberschuss generiert werden muss. Zusätzlich werden durch die tendenziell höhere Währungsinstabilität hohe Zinsraten gefordert, die dieses Problem noch weiter verstärken. (Becker et.al. 2007b: 49) Die Verwundbarkeit ökonomisch peripherer Regionen ist somit vorprogrammiert, die internationalen Geldgeber gewinnen an Einfluss. Dies führte in vielen Ländern der Peripherie zu Strukturanpassungen, neoliberale Politiken konnten dadurch durchgesetzt werden. Aktuell zeigt sich, dass auch die ökonomisch dominanten Staaten nicht frei von Krisen sind und dass vor allem aufstrebende Länder wie die BRIC-Staaten¹⁵ an internationaler Stärke gewinnen. Somit kann man annehmen, dass sich die Rolle der Zentralbanken von der normgebenden Rolle hin zur normumsetzenden Institution gewandelt hat, die den internationalen Finanzinstituten unterlegen sind. Es kam also zu einer wesentlichen Verschiebung der Machtpole von einzelnen dominanten Nationalstaaten hin zu den Finanzinstitutionen. Ursachen hierfür findet man u.a. bei Huffs Schmid, der das in Fordismus akkumulierte Kapital als treibende Kraft nach schnellen und weiteren Gewinnsteigerungen bei stagnierendem Konsumverhalten und einer Absatzkrise als Ursache der Dominanz des Finanzsektors verortet. (Huffs Schmid 2008; Huffs Schmid 2009) Die Krise des Fordismus veränderte dadurch die internationale Finanzwelt, wodurch neue Einflussphären in peripheren Ländern etabliert wurden.

3.2.5. Schematische Darstellung des Regulationsdispositivs

Aus den oben angeführten Elementen etabliert sich ein Set aus Normen, Institutionen und Machtverhältnissen, die entsprechend einer Konjunktur zusammenwirken. Die Konjunktur beschreibt dabei eine Phase, in der die Elemente in einer relationalen Art miteinander verknüpft sind. In Anlehnung an Foucault¹⁶ und Novy versteht Becker dabei ein heterogenes

¹⁵ Anmerkung: Die Abkürzung BRIC steht für Brasilien, Russland, Indien und China. Damit wird auf die aufstrebenden Märkte der Semiperipherie verwiesen.

¹⁶ Anmerkung: Foucault versteht unter einem Dispositiv ein heterogenes Ensemble von Diskursen, Institutionen, Gesetzen, wissenschaftlichen Aussagen,..., das sowohl Gesagtes als auch Ungesagtes umfasst. Durch eine

Ensemble interdependenter Elemente, die, geprägt durch eine historisch entstandene Formation, strategisch auf einen Notstand reagieren. Die Krise stellt dabei eine instabile Phase des Dispositivs dar. Darunter versteht Benassy, dass es sich um kein unstrukturiertes Chaos handelt, sondern die strukturellen Elemente dieses spezifischen Dispositivs schlecht ineinander greifen. (Benassy nach Becker 2007a: 166)

Innerhalb eines Dispositivs prägen unterschiedliche Akteure das Machtfeld, die unterschiedliche Strategien und Ziele verfolgen, wodurch der Fokus weg von einer rein strukturellen Form der Macht geht und die Akteursanalyse zentral wird.

„Das Dispositiv ist also immer in ein Spiel der Macht eingeschrieben, [da es ein Eingriff in die Kräfteverhältnisse ermöglicht, M.K.] [und] an Grenzen des Wissens gebunden [ist], die daraus hervorgehen, es gleichwohl aber auch bedingen. Eben das ist das Dispositiv: Strategien von Kräfteverhältnissen, die Typen von Wissen stützen und von diesen gestützt werden.“ (Foucault 1978: 123)

Abbildung 3: Regulationsdispositiv

Staatenförmigkeit	Warenförmigkeit
Lohnverhältnis	
Konkurrenzverhältnis	
Ökologische Beschränkung	
Geldbeschränkung	

Quelle: Becker 2007a: 165

3.3. Dialektik von Akkumulation und Regulation

Aus regulationstheoretischer Betrachtung wird von einem dialektischen Verhältnis von Akkumulation und Regulation ausgegangen. Ausgangspunkt bildet die These, dass bestimmte Akkumulationsstrategien einer bestimmten Regulationsweise bedürfen. Die Ausprägung der Regulationsweisen wird auf gesellschaftliche Konflikte zurückgeführt, die sich entsprechend horizontaler und vertikaler Ungleichheiten manifestieren und aufgrund spezifischer Akteurskonstellationen spezifische strategische Manöver ermöglichen. Hierbei kommt man wieder auf die strukturell begrenzte Handlungsmöglichkeit zurück. „Strukturen determinieren zwar nicht den Ausgang von Konflikten, die strategische Selektivität begünstigt im Machtspiel

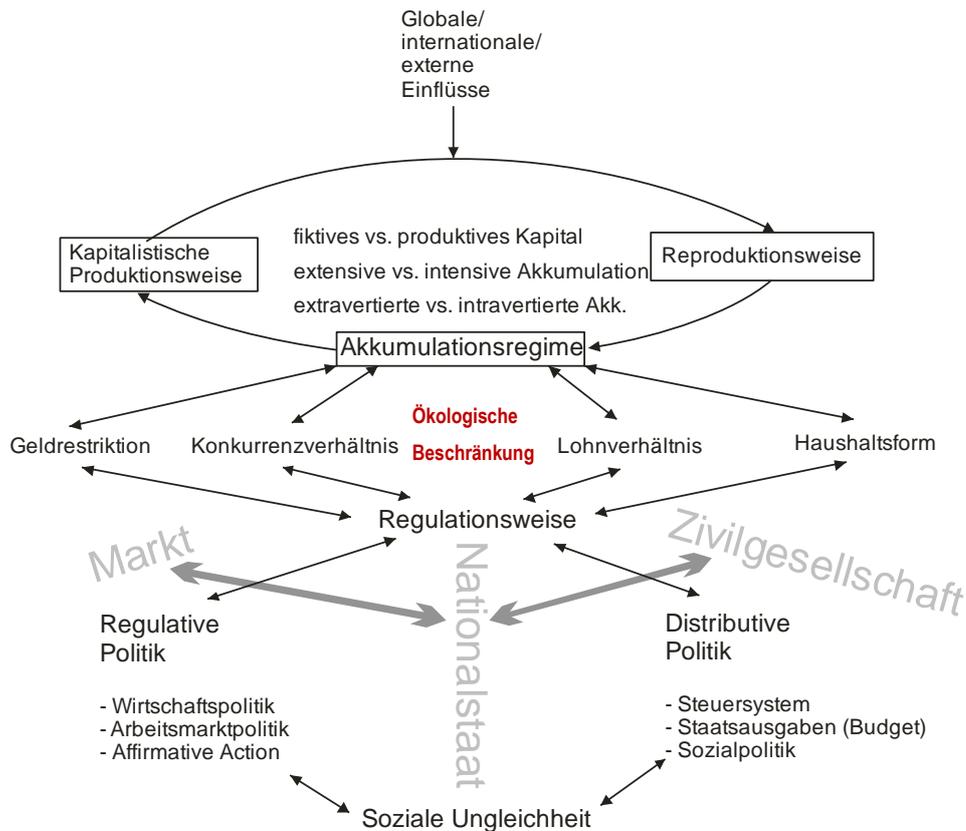
strategische Funktion werden Positionswechsel und Funktionsveränderungen, meist geprägt durch einen bestimmten Diskurs, möglich. Außerdem verfügt es über eine Notstandsfunktion, d.h. dass innerhalb dieser Formation auf einen Notstand reagiert wird, um dieses Ensemble wieder zu stabilisieren. (Foucault 1978: 119ff.)

aber immer ein Ausgang der Krise, der die Kontinuität der Machtstrukturen gewährleistet.“ (Novy 2007: 100) Aus der Dialektik von Akkumulation und Regulation lässt sich ein spezifisches, interdependentes Verhältnis der ökonomischen und politischen Dimension beschreiben. Dabei gibt die spezifische Ausgestaltung dieser Beziehung darüber Aufschluss, welche Entwicklungsstrategien sich als dominant etabliert haben, wie diese Verhältnisse gesellschaftlich reguliert werden und welche Akteure das Kräfteverhältnis rund um die Absicherung spezifischer Strategien dominieren.

Das Regulationsdispositiv stellt die spezifische Form dar, mit der versucht wird die inneren Widersprüche und immanenten Ungleichheiten gesellschaftlich auszubalancieren. Dabei wird der Bezug zwischen den strukturellen Elementen der Ungleichheit, der Form der Akkumulation und der gesellschaftlichen Einbettung dieser im Staat hergestellt. Der Staat wirkt durch spezifische Maßnahmen auf das „Ungleichheitsregime“ (Leubolt 2013: 160) ein, um eine gewisse gesellschaftliche Stabilität herzustellen. Diese politischen Maßnahmen sind mit den strukturellen Merkmalen der Ungleichheit verknüpft, jedoch ist deren Reichweite in seinen Veränderungspotentialen unterschiedlich. Es können die Strukturen der Ungleichheit gezielt verändert oder nur abgeschwächt werden. Während regulative Maßnahmen versuchen, die strukturellen Formen der Ungleichheit zu verändern, wirken distributive Maßnahmen oftmals nur auf eine Linderung dieser. Letzteres verstehe ich im Sinne materieller Zugeständnisse als eine instabile Form der gesellschaftspolitischen Absicherung und Legitimierung. Da es bei diesen Verteilungsmaßnahmen zu keinen strukturellen Änderungen in der Akkumulation kommen muss, sind diese gekoppelt an die Aufrechterhaltung eines bestimmten dominanten Akkumulationsregimes. Lässt sich die Mehrwertabschöpfung jedoch nicht mehr in diesem Maße realisieren, schwinden die Spielräume für diese Verteilungsmaßprogramme.

Das Ungleichheitsregime von Leubolt (**Fehler! Ungültiger Eigenverweis auf Textmarke.**) stellt eine passende Verknüpfung der Regulationstheorie mit den realpolitischen Maßnahmen dar. Dabei unterscheiden sich die strukturellen Merkmale der Akkumulation und Regulation etwas zu der hier dargestellten Unterteilung. Im Bereich der Akkumulation ist die außerökonomische Reproduktion ausgespart. Die Regulation umfasst die Haushaltsform, diese wird bei Becker jedoch im Lohnverhältnis subsumiert. (Leubolt 2013: 121) Die „ökologische Beschränkung“ stellt gerade für diese Arbeit ein wesentliches Merkmal der Regulation dar, da sich zentrale gesellschaftliche Spannungen rund um die Frage nach den unterschiedlichen dominanten Entwicklungsstrategien um diese Dimension kristallisieren.

Abbildung 4: Ungleichheitsregime



Quelle: Leubolt 2013: 160 [Adaption (rot) M.K.]

3.4. Das Raumverständnis in der Regulationstheorie

Der Raum ist im Zusammenhang mit der Regulationstheorie eine sehr komplexe Angelegenheit, die sich um die Machtetablierung innerhalb eines Verflechtungsraums bildet. Wesentlich ist, dass der Raum nicht als etwas starres angesehen werden darf, sondern als konstruiert angesehen werden muss, der im direkten Verhältnis zur Gesellschaft steht. (Novy 2007: 62) Dadurch wird der Raum zum Austragungsort um Machtverhältnisse, womit sich eine Herausbildung von Hierarchien und gewisse Asymmetrien ergeben. Diese Machtverhältnisse sind ökonomisch mitbestimmt, wobei die Marktdominanz wesentlich auf die Gesellschaftsformationen wirkt.

Bei einer rein nationalstaatlich organisierten Ökonomie bestimmt der Nationalstaat als Territorium den „Macht-Raum“. (Novy nach Becker 2007a: 247) Austragungsort sozialer Auseinandersetzungen und Machtkonstellationen wäre in dieser Auffassung rein im Rahmen des Nationalstaates festgelegt. Doch gibt es den Nationalstaat als abgeschlossene unabhängige Organisationsform nicht, sondern es bilden sich je nach Akkumulationsregime bestimmte

ökonomische Verflechtungsräume aus, die sich auf die Räumlichkeit der Akkumulation und der Regulation beziehen. Diese Verflechtungsräume werden in der Folge diverser Formen von Kapitalflüssen gesehen, die je nach deren Konfiguration unterschiedliche Varianten bilden. (Becker 2007a: 243, 247) Eben diese Verflechtungen führen dazu, dass man die Frage des Raumes nicht bloß auf den Nationalstaat beschränken darf. Der Nationalstaat steht in Verbindung mit der internationalen kapitalistischen Wirtschaft. Durch ein Machtungleichgewicht zu Gunsten der internationalen Sphäre kann sie die Form der Akkumulation mitbestimmen. Dabei prägt und verändert sich die Raumordnung innerhalb des Nationalstaates. Es bilden sich Räume oder Zentren heraus, die stärker mit der internationalen Produktionsweise verflochten sind. Innerhalb des nationalen Territoriums kann sich diese Asymmetrie verstärken, wobei die mit den Zentren verbundenen Regionen aufgrund ihrer ökonomischen Wichtigkeit an Macht und Einfluss gewinnen. Durch diese Konfiguration kann es innerhalb eines politisch vereinheitlichten Nationalstaates zu starken regionalen Disparitäten kommen, die sich in Auseinandersetzungen und Kämpfen entlang horizontaler und vertikaler Konflikte um Verteilung und Produktionsstrukturen zeigen. (Becker 2007a: 247)

Der Raum ist in seiner Komplexität nur schwer zu fassen, da seine Auffassung ganz unterschiedliche Dimensionen annehmen kann. In dem hier kurz geschilderten Ansatz soll vor allem die Rolle der Machtverhältnisse und deren Beeinflussung auf die Regulation unterschiedlicher Räume im Zentrum stehen. Eine Auseinandersetzung um den Raum muss als eine Auseinandersetzung um Macht und Einfluss diverser sozialer Kräfte gesehen werden, die sich in einem politischen wie ökonomischen Verflechtungsraum abspielen. Der Raum oder das Territorium werden von den unterschiedlichen Akkumulations- und Regulationsformationen beeinflusst und beschrieben.

4. Boliviens steiniger Weg – Versuche der Modernisierung und Nationalisierung ab der Revolution von 1952

4.1. Historische Entwicklungen ab der Nationalrevolution 1952

Boliviens politökonomische Entwicklung hat viele Ähnlichkeiten mit denen seiner Nachbarländer Lateinamerikas. Eine dieser wesentlichen Ähnlichkeiten findet sich in einem links-nationalen politischen Umschwung zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Dabei wurde versucht die politisch dominanten Eliten rund um die Zinnbarone von der Macht zu verdrängen und entsprechend der damals vorherrschenden Vorstellung der importsubstituierenden Industrialisierung das Land zu modernisieren und zu industrialisieren. Um die politische Wende zu erreichen, kam es zu einer Koalition der traditionellen Linken und national-orientierten Bourgeoisie mit den *Campesinos*¹⁷ des Hochlandes. Um sich die Unterstützung der *Campesinos* zu sichern, waren Zugeständnisse notwendig. Dabei versuchte man den Forderungen nach einer Agrarreform nachzukommen, um die feudalen Großgrundstrukturen zu zerschlagen. Es zeigte sich jedoch in den folgenden Jahren und Dekaden, dass dieses Bündnis mit den *Campesinos* sehr fragil war und meist nur strategisch von der neuen politischen Elite genutzt wurde, um deren Interessen durchzusetzen. Henry Oporto beschreibt die Politik nach der Revolution als eine Politik, die nach mehr Gleichheit strebte, dabei aber die Ungleichheit verstärkte und zu neuen dominanten Gruppen führte. (Oporto 2011: 48f.) Ähnlich wie in den Nachbarländern kam es ab den 60er Jahren zu einigen Militärdiktaturen, Militärputschen und militärdominierten Übergangsregierungen (Militärjunta).

Neben der politisch sehr fragilen Situation gelang das angepeilte Ziel einer Nationalisierung kaum. Dementsprechend wird oft argumentiert, dass diese Problematik wesentlich zur politischen Instabilität beitrug. Zentral wurde eine politisch-ideologische Nationalisierung mittels ökonomischer Integration und Modernisierung angestrebt, die jedoch nicht gelang.

Auch im Bereich der Ökonomie gelang die angestrebte Modernisierung und Industrialisierung kaum und so blieb das Land nach wie vor von Rohstoffexporten abhängig, bei einer lediglich geringen Industrialisierung. Die Modernisierung gelang hauptsächlich im Agrarbereich des Tieflandes, wobei diese Agrarmodernisierung vor allem durch die Schaffung neuer Haciendas und Großgrundstrukturen mittels staatlicher Enteignung vorangetrieben wurde. Die neue Agraroligarchie war dabei eng mit den politisch dominanten Kräften verbunden. Dieses

¹⁷ Anmerkung: Der Begriff *Campesino* bezieht sich auf die Bäuerinnen und BäuerInnen indigener Herkunft.

Naheverhältnis wurde vor allem von den Militärdiktaturen mittels Landschenkungen verstärkt. (vgl. Isidor Losada 2009: 99f., Lessmann 2010: 95)

Die importsubstituierende Industrialisierung, die zumindest in einigen Teilen Lateinamerikas einigermaßen „erfolgreich“ war, muss in Bolivien als gescheitert angesehen werden. Somit hat Bolivien in dieser Epoche seine Rolle als Rohstoffexporteur nicht überwunden, ganz im Gegenteil führte diese Form des Staatskapitalismus zu einer weiteren Dominanz des Rohstoffsektors. Hierbei waren vor allem die Kupfer- und Silberminen von wesentlicher Bedeutung, zusätzlich aber auch die Nationalisierung und Verstaatlichung jener Sektoren.

Schon während dieser Epoche des Staatskapitalismus begann man in einigen Bereichen des Tieflandes mit der Erdöl- und Erdgasförderung, jedoch hatte diese realpolitisch noch wenig Einfluss.

Die fragile Situation rund um den Rohstoffsektor, fehlende Maßnahmen hinsichtlich gesellschaftlicher Inklusion und Verringerung der Abhängigkeit haben ab den 1980er Jahren das Land in eine schwere Krise gestürzt. Fallende Rohstoffpreise und die Importabhängigkeit haben das Land in den wirtschaftlichen Bankrott geführt. Eine Hyperinflation führte zu dramatischen Problemen und Instabilitäten, die sich auch politisch durch eine sehr unbeständige und wechselnde Führung darstellten. Man sah sich in Folge dessen gezwungen, eine drastische Veränderung in der Wirtschaft vorzunehmen.

4.2. Hyperinflation und neoliberaler Reformismus

Die Hyperinflation, gekoppelt an den Bedeutungsverlust des Rohstoffsektors, kann als der Beginn der neoliberalen Reformen in Bolivien betrachtet werden. Unter der Führung der MIR (*Movimiento Izquierda Revolucionario*) wurde die neoliberale Wende initiiert, Strukturanpassungen und Liberalisierungen waren die Folge. Der damalige Präsident Paz Estensoros leitete diese Phase mit seinem Programm *der Nueva Política Económica* ein. Es gelang ihm die Hyperinflation in den Griff zu bekommen. Der Abbau des Staatspersonals und die Liberalisierungen des Außenhandels waren die zentralen Folgen dieses Programms. Die Senkung der Zölle und die Aufhebung von Export- und Importbeschränkungen führten zu einer steigenden Konkurrenz der nationalen Wirtschaft, deren Wettbewerbsfähigkeit dieser jedoch nicht standhielt. Resultat dieser wirtschaftlichen Öffnung war eine Massenarbeitslosigkeit enormen Ausmaßes, wodurch es zu einer immensen Ausdehnung der informellen Wirtschaft kam. (vgl. Haider 2010: 42f.; Horst 2009: 133) Während der Regierung von Paz Estensoros entwickelte sich der Erdöl- und Erdgassektor bereits zu einem der wesentlichen ökonomischen Standbeine des bolivianischen Staates. So trug dieser Sektor

durchschnittlich 59% zum Staatshaushalt bei, wobei hier bereits der Export wesentlich für die Einnahmen verantwortlich war. (Horst 2009: 131) Jedoch muss erwähnt werden, dass der Internationale Währungsfond (IWF) 1985 ein Gesetz durchsetzen konnte, das staatlichen Unternehmen und somit auch dem staatlichen Erdgas- und Erdölunternehmen YPFB (*Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos*) verbot, in neue Kapitalgüter zu investieren. Somit wurde hier bereits der Grundstein dafür gelegt, dass das Unternehmen, das gerade in einem sehr kapitalintensiven Feld tätig war, später privatisiert wurde, da es nicht mehr „leistungsfähig“ war. (Kaup 2010: 126)

Hierzu ist zu erwähnen, dass die Massenarbeitslosigkeit auch zentral den Bergbau betraf. Dies ist für die späteren Entwicklungen von wesentlicher Bedeutung, da viele der ca. 20000 entlassenen Minenarbeiter (die meisten davon waren indigener Herkunft) infolge des stärker werdenden ökonomischen Drucks und mangels Alternativen vom kargen *Altiplano* in die fruchtbaren Regionen des *Chapare* migrierten. Diese agrarisch unerfahrenen *Ex-Mineros* siedelten sich im *Chapare* an und begannen dort vorwiegend mit der Kultivierung der Coca-Pflanze. (Horst 2009: 134f.; Haider 2010: 42; Escárzaga 2009: 81) Diese Entwicklung ist insofern von Bedeutung, da auch der jetzige Präsident Evo Morales in dieser Region seine politische Karriere begann. Er selbst migrierte ebenfalls vom *Altiplano* in diese Region und fand dort in den gewerkschaftlichen Strukturen der *Sindicatos* seine politische Heimat. Diese *Sindicatos* der *Cocaleros* (KokabäuerInnen) schafften es später ihren politischen Einfluss auszubauen und ihre Anbindung und Struktur erlaubten es, dass sie auf eine rasche und breite Mobilisierung der Bevölkerung zurückgreifen konnten. Insofern wird oft die Erfahrung der Minengewerkschaften hervorgehoben, die in die *Cocalero*-Bewegungen mit einfluss und deren politische Rolle und Stärke prägten. (vgl. Muruchi Poma 2007: 66, 71, 78-90)

Als Gonzalo Sánchez de Losada 1993 zum Präsidenten gewählt wurde, setzte dieser den Liberalisierungskurs fort. Diese Maßnahmen sind wohl auch auf die starke Abhängigkeit von ausländischen Krediten zurückzuführen, wodurch der Einfluss der internationalen Finanzinstitute rund um den Internationalen Währungsfond enorm gestiegen ist. Insofern muss man auch bemerken, dass gerade diese Abhängigkeiten von außen enormen Druck auf die Privatisierungen und Liberalisierungen ausübten. Es wurde also mittels dieser Programme versucht die Wirtschaft anzukurbeln, um konkurrenzfähiger zu werden. Ein wichtiger Punkt, der die ökonomische Situation gerade heute zentral prägt, ist der Erdöl- und Erdgassektor (Hydrokarbonsektor), dessen Bedeutung ab den späten 80er- und frühen 90er-Jahren des 20. Jahrhunderts stark anstieg.

Unter Sánchez de Losada kam es zu weitreichenden Reformen, die sowohl das politische als auch das ökonomische Alltagsleben stark veränderten. Die wohl zentralsten Reformen dieser Regierungsperiode (1993-1997) sind auf der einen Seite rund um das *Ley de la Participación Popular* (Gesetz für Bürgerbeteiligung) und auf der anderen Seite der *Plan de Todos* (Plan für alle) festzustellen. Die erste Reform betraf dabei eine drastische Veränderung der politischen Strukturen des Landes. Diese – im internationalen Vergleich untypische – Form der Dezentralisierung förderte die Gemeindeebene, anstatt wie bei vielen anderen Dezentralisierungsinitiativen die Department-Ebene. Das Land wurde in neue politische Strukturen aufgeteilt, Gemeinden wurden territorial geschaffen. Ziel war es, dass auch die dünnbesiedelten Landesteile politisch repräsentiert, also gesellschaftspolitisch inkludiert wurden. (Horst 2009: 139ff.; Lessmann 2010: 103) Dabei wurde vielfach kritisiert, dass diese nicht an die gegebenen Organisationsstrukturen angepasst wurden.

Neben diesen Neustrukturierungen der politischen Einheiten wurde aber noch eine wesentliche Reform hinsichtlich der lokalen politischen Wahlsysteme unternommen. Es wurde der Parteienzwang abgeschafft, was vor allem lokale Bewegungen und politische Strukturen stärkte. Hinsichtlich indigener Forderungen wurde aber oftmals auch kritisiert, dass diese politischen Strukturen weiterhin liberal-repräsentativen Charakters waren. (vgl. Horst 2009: 141f.) Dabei wird angemerkt, dass diese neue Repräsentationsfigur sich meist durch eine politische Anbindung an das bestehende Parteiensystem auszeichnete bzw. dass von Seiten der Regierung versucht wurde, klientelistische Bindung herzustellen. Das Ziel einer echten Repräsentation der indigenen Bevölkerung blieb jedoch aus. Durch die territoriale Neustrukturierung wurden neue Gemeinden geschaffen, womit versucht wurde, die indigene Bevölkerung in das politische System zu inkludieren. (Kemein 2009: 217f.) Diese neuen Gemeinden mussten dabei weitreichende Kompetenzen übernehmen. Dazu gehörten das Bildungs- und Gesundheitswesen, die öffentliche Verwaltung und auch Entwicklungsaktivitäten, die sie mittels Entwicklungsplänen ausführen mussten. (Lessmann 2010: 103)

Die Partizipationsreform und Dezentralisierung haben neben diesen strukturellen Veränderungen auch zu einer Veränderung in der politischen Mobilisierung geführt. So wurde die Identität zur zentralen Form politischer Mobilisierung, Politik wurde „movement-based“ (Centellas 2010: 172), womit auch die Politik der sozialen Bewegungen ermöglicht wurde. (Philip, Panizza 2011: 78) Diese Transformation des politischen Alltags - weg vom Klassencharakter hin zur Identität - hängt einerseits mit dem Verlust politischer Macht der Gewerkschaften zusammen und andererseits hat sich gerade in den 1990er Jahren die

indigene Bewegung immer stärker in Szene gesetzt. (vgl. Radhuber 2009a: 57; Escárzaga 2009: 80ff.)

Die Reform des *Plan de Todos* zielte auf eine weitere Liberalisierung und vor allem auf eine markante Privatisierung der bolivianischen Staatbetriebe ab. Dabei wurden wesentliche Teile des staatlichen Sektors verkauft, z.B. das Erdölunternehmen (YPFB), das Telefonunternehmen (ENTEL), die Elektrizitätsgesellschaft (ENDE), die Fluggesellschaft (LAB) und die Eisenbahngesellschaft (ENFE). Somit waren gerade die gewinnbringenden Unternehmen des Landes von der Privatisierung betroffen. (Lessmann 2010: 102f.) Kritisiert wurde, dass diese Unternehmen unter den geltenden Marktwerten verkauft wurden. Hinsichtlich der Privatisierung des Erdölunternehmens muss noch weiter erwähnt werden, dass diese in sechs Teile zerschlagen wurde und nur die vier Teile rund um die Förderung und Verteilung privatisiert wurden, d.h. nur die rentablen Bereiche. Zusätzlich wurden die Steuern auf die Förderung drastisch gesenkt (von 50% auf 18%), dies galt jedoch nur für neue Förderstätten. (Cerutti, Mansilla: 2008: 4) Um die steuerlichen Vorteile zu genießen, versuchten die Förderunternehmen, die bestehenden Förderstätten auch als neue zu deklarieren. Mittels des Gesetzes 1689 kam es zu Zugeständnissen an transnationale Unternehmen, da nur jene Felder als bestehend galten, die sich zum Zeitpunkt der Gesetzesverabschiedung in Produktion befanden. Konsequenz war, dass nur 3% der Reserven als „bestehend“ galten, was enorme steuerliche Vorteile für die Unternehmen brachte. (Radhuber 2012a: 123) Der in staatlicher Hand verbliebene Sektor war jener, der sich mit der Erforschung neuer potentieller Lagerstätten und der Infrastruktur beschäftigte. Dabei wird angemerkt, dass obwohl dieser Bereich in den Händen des Staates verblieb, viele Informationen hinsichtlich neuer Förderquellen an den privaten Sektor weitergegeben wurden. (Spronk, Webber 2007: 34) Folge dieser Politik war ein enormer Anstieg der Förderungen, jedoch ergab sich für den Staat, der für die Infrastruktur verantwortlich war, das Problem an mangelndem Investitionskapital, da durch die Steuererleichterungen die Einnahmen stark zurück gingen. (vgl. Kaup 2010: 127f.) Bezüglich der Rolle der Internationalen Finanzinstitute verweisen Kohl und Farthing in ihrer Analyse darauf, dass diese maßgeblich zur neoliberalen Implementierung beigetragen haben und kritisieren, dass es dadurch zur Privatisierung von rentablen Staatsunternehmen und der öffentlichen Dienstleistungen gekommen ist. Diese Maßnahmen – gekoppelt an einige weitere – haben zur politischen Destabilisierung beigetragen. (Kohl, Farthing 2009: 60)

Da sich Sánchez de Losada darüber im Klaren war, dass diese Privatisierungen in weiten Teilen der Bevölkerung umstritten waren, bezeichnete er diese als „Kapitalisierung“. Damit

versuchte er die Maßnahmen zu legitimieren und als notwendig für das Land darzustellen. Es sollte eine positive Konnotation dieser Vorgänge entstehen, die dem Land scheinbaren Fortschritt vorhersagen. Aber um dies tatsächlich zu legitimieren und wohl auch um sich politisch an der Macht zu halten, führte er noch rasch vor den Wahlen 1996 ein universelles Pensionssystem ein, das mittels der Privatisierung finanziert werden sollte. (vgl. Kohl, Farthing 2009: 67) Dieses Pensionssystem liberalen Charakters der begrenzten Armutsbekämpfung – genannt BONOSOL (*Bono Solidario*) – soll später im Zusammenhang mit den Reformen von Evo Morales noch etwas näher betrachtet werden. (siehe Kap. 5.1.4.)

Auch wenn es in den 90er-Jahren zu einem Wachstum der Wirtschaft kam, so erreichte dieses die breite Bevölkerung nicht. Ab 1999 kam es zu einem erneuten Einbruch der Wirtschaft und trotz Entschuldungsmaßnahmen konnte sich das Land nicht wieder erholen. Der extreme Wirtschaftsliberalismus hat kaum weitreichende Veränderungen herbeigeführt, hat aber die Menschen noch weiter in die Armut gedrängt. Ab dieser Zeit kann man vom Erstarken einer Krise großen Ausmaßes sprechen, dass zu weitreichenden Mobilisierungen breiter gesellschaftlicher Teile – allen voran aus der indigenen Bevölkerung – geführt hat. (siehe Kap. 4.3)

In Bezug auf das ökonomische Modell lässt sich feststellen, dass das bolivianische Akkumulationsregime dominant extraktiv und extensiv zu bezeichnen ist. Auch wenn es Versuche der Industrialisierung gab, so wurde die Abhängigkeit vom ressourcenbasierten Extraktivmodell nicht überwunden, ganz im Gegenteil kam es zu einer Transformation und Intensivierung dieses Modells während der neoliberalen Restrukturierung. Hierbei erstarkte der Hydrokarbonsektor, aber auch der industrialisierte Zweig des Agrarsektors im Tiefland rund um die Stadt Santa Cruz war dabei dominant. Die ausländische Dominanz zeigte sich auch noch in den privatisierten Dienstleistungssektoren.

Auch wenn sich das ökonomische Modell in Bezug auf seine Rohstoff- und Außenorientierung kaum geändert hat, sondern sich hinsichtlich der dominanten Sektoren verschoben hat, so haben sich die Privatisierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen maßgeblich auf demographische Veränderungen ausgewirkt. Gerade durch die steigende Migration in die Städte bei fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten hat sich die Struktur des Arbeitsmarktes stark verändert. Wesentlich ist dabei ein Anstieg der informellen Beschäftigung zu verzeichnen. (Horst 2009: 133) Zwar variieren die genauen Daten, aber man schätzt, dass der informelle Sektor in der Stadt ca. 70% der arbeitenden Bevölkerung umfasst. (vgl. García Linera 2012a: 139; UNDP 2010: 6)

Hinsichtlich des polit-ökonomischen Kräfteverhältnisses lässt sich eine Allianz zwischen der Agraroligarchie des Tieflandes und der transnationalen Unternehmensschicht feststellen.¹⁸ (vgl. Kohl, Farthing 2009; Isidor Losada 2009: 99ff.) Jedoch musste auch ein gewisses Verhältnis zur politisch dominanten Klasse rund um den Regierungssitz in La Paz gewährleistet werden, dessen Verhältnis jedoch durch die Dezentralisierungsmaßnahmen bei gleichzeitigem Kompetenzverlust der Departments immer fragiler wurde.

4.3. Die Krise des Neoliberalismus als Teil der multiplen Krise

Die oben beschriebenen Liberalisierungsmaßnahmen hatten zwar weitreichende Folgen, jedoch kaum im positiven Sinne. So kam es zu immer stärker werdenden Krisentendenzen, die sich immer weiter verstärkten. Geprägt war die Situation von schwierigen ökonomischen Verhältnissen, breiter gesellschaftlicher Exklusion der indigenen Bevölkerung und einem Vertrauensverlust in das politische System.

Der Einzug des Neoliberalismus hat nicht nur die sozio-ökonomische Realität verändert, sondern hat sich auch stark im politischen System niedergeschlagen. Dabei kam es im Zusammenhang mit der Privatisierung, aber auch mit dem Verlust des gewerkschaftlichen Einflusses und der Liberalisierung des Arbeitsmarktes, zu einer „Privatisierung der Politik“. (Seewald 2012: 47) Darunter wird speziell auf die gesellschaftspolitische Legitimationskrise verwiesen, die sich in Form der „paktierten Demokratie“ zeigte. Dabei prägte diese paktierte Demokratie die neoliberale Ära, die sich in rhetorisch unverständlichen Koalitionen innerhalb der Regierungen zeigte. So kam es zu Koalitionen zwischen sogenannten linksrevolutionären Bewegungen und konservativen Kräften rund um den Ex-Diktator Hugo Banzer, der 1997 mit der Unterstützung der MIR zum Präsidenten gewählt wurde. Hinsichtlich der Hegemonie-Analyse dieser Epoche von Julia Seewald kann man erkennen, dass dieses neoliberale Projekt kaum breite Unterstützung fand und geprägt war von Instabilitäten. Dominanz anstatt Hegemonie prägte entsprechend die politische Landschaft, wobei klar hervorgeht, dass dieses Projekt von außen indiziert wurde. Die Privatisierung schwächte den Staat, die Beziehung zur gesellschaftlichen Basis wurde dadurch unterminiert, wodurch sich ausländische Interessen durchsetzen konnten. (vgl. Seewald 2012: Kap. 4.1, Isidor Losada 2009: 101) Diese paktierte Demokratie führte neben dem Legitimationsverlust auch dazu, dass es zu keinem entscheidenden Kampf gegen Patrimonialismus und Korruption gekommen ist. Dies ist darauf zurückzuführen, dass gerade durch die Dominanz der drei Großparteien und der

¹⁸ Anmerkung: Der UnternehmerInnenvertreter der Region Santa Cruz, Gabriel Dabdoub, versteht diese Allianz als eine notwendige Annäherung, um sich mit den bestehenden Verhältnissen zu arrangieren. (Interview Dabdoub) Somit versteht er dieses Verhältnis als eine Art Überlebensstrategie des Unternehmensektors.

Notwendigkeit der Koalitionsbildung diese kritischen Punkte nicht aufgegriffen wurden. Aber auch die stärkeren Partizipationsmöglichkeiten durch das *Ley de la Participación Popular* destabilisierten das politische System. (Philip, Panizza 2011: 77ff.)

Daneben kam es – im Zusammenhang mit der politischen und ökonomischen Krise – zu einem Erstarren der indigenen Bewegungen. Diese Gruppe war am meisten von den Reformmaßnahmen betroffen, da sie die am weitesten gesellschaftlich exkludierte Gruppe darstellte. Neben materiellen Ungleichheiten wie Einkommensverteilung, Ungleichheit, Chancen, Armut und Beschäftigungsmöglichkeiten, war es kaum möglich am politischen Machtsystem teilzuhaben. Somit war das repräsentative Politsystem geprägt von einer Minderheit. Repräsentativ hierfür beschreibt der Begriff des „Scheinstaates“ von René Zavaleta das politisch hierarchisierte System geprägt durch koloniale Strukturen der Ungleichheit und Unterordnung. (Tapia Mealla 2012: 287) Wie vorhin schon erwähnt, wurde die Identität im Bereich des Politischen wichtiger. Beflügelt wurde diese durch die Exklusion und Polarisierung des politischen Alltags anhand ethnischer Charakteristika, aber auch die Migrationsströmungen der neoliberalen Epoche, gekoppelt an die Dezentralisierungen, beeinflussten das politische Alltagsbewusstsein. Das politische System schaffte es nicht, sich der zivilgesellschaftlichen Realität anzupassen. Entsprechend kann man von einer breiten Repräsentationskrise sprechen, die neben der Politik auch den Alltag prägte. Rassismus und Diskriminierung der bereits schon marginalisierten Bevölkerung verschärften dies noch weiter. (vgl. Kemlein 2009; Interview Capobianco)

Die neoliberale Hegemoniekrise war auch geprägt von weitreichenden Privatisierungen, die vor allem wesentliche Bereiche des gesellschaftlichen Alltages betrafen. Innerhalb dieser Problematik ist der sog. „Wasserkrieg“ von Cochabamba ein wesentliches Zeichen für den Verlust der polit-ökonomischen Führungsansprüche. Durch die Privatisierung und enormen Preissteigerung der Wasserversorgung kam es zu breiten Protesten, bei denen auch die *Cocalero*-Bewegung des *Chapare* teilnahm und ihren Einfluss in dieser Region ausbaute. Hinsichtlich der *Cocaleros* muss man noch anmerken, dass die Null-Koka-Politik - implementiert von Hugo Banzer in Kooperation mit den USA - zu drastischen Kokavernichtungen führte, wodurch den BäuerInnen die Lebensgrundlage weggenommen wurde. Das Erstarren der sozialen Bewegungen im Kampf gegen die Privatisierungsvorhaben vereinte die indigenen und bäuerlichen Bewegungen des Hoch- und Tieflands zu einer politischen Interessenseinheit im *Pacto de Unidad* (Einheitspakt) (vgl. Spronk, Webber 2007: 40; Muruchi Poma 2007: 102f., 134; Radhuber 2009a: 79; Schorr 2009)

Waren die Forderungen von 2000 in Cochabamba noch eher regional ausgerichtet, so transformierten sich die Forderungen ab dem Gaskrieg von 2003, der Rund um La Paz, El Alto und dem angrenzenden Hochland eskalierte, auf eine nationalstaatliche Ebene. Die Proteste richteten sich vermehrt gegen das fehlgeschlagene neoliberale System und die Dominanz der transnationalen Konzerne und internationalen Finanzinstitutionen. (Spronk, Webber 2007: 33) Dabei transformierten und kanalisiert sich die Forderungen um die unterschiedlichen Dimensionen der Exklusion. Wesentlich für den Transformationsprozess scheint gerade auch diese Kanalisierung zu sein, die eine breite Bewegung miteinbezog. Drei zentrale Aspekte prägten und vereinten die Protestbewegungen: Anti-Neoliberalismus, Anti-Kolonialismus, Anti-Imperialismus. Im Sinne des Populismuskonzeptes von Laclau scheint diese Kanalisierung hin zu drei eher vagen und unklar definierten Aussagen im Sinne von „empty signifiers“ (Laclau 2005) ein wichtiger Bestandteil zu sein, um eine scheinbare Homogenisierung hin zu einer „geschlossenen“ Bewegung voranzutreiben. Dabei ist für Laclau die Artikulation der Forderungen immer in Relation zum bestehenden System zu sehen, die Totalisierung scheint als notwendig zu sein.

Betrachten wir nun abschließend die Totalisierung der Forderungen anhand der ökonomischen Dimension. Gerade hinsichtlich der Forschungsfrage soll hier bereits versucht werden, ob diese schon Anzeichen und Tendenzen einer Transformation der ökonomischen Realität beanspruchte oder ob es sich eher um eine Art Neustrukturierung der gegebenen Verhältnisse handeln sollte. Anhand des Gaskrieges von 2003 lässt sich hier feststellen, dass die Konflikte eine ungerechtfertigte Verteilung der Ressourceneinnahmen anprangerten. "[T]he social movements produced a macro frame and politics based on the fact that natural gas is [...] a "structurally significant" resource." (Spronk, Webber 2007: 33) Dabei standen gerade auch die transnationalen Unternehmen im Verruf, hatten diese doch auf Grund der niedrigen Steuern enorme Anteile der Ressourcengewinne ins Ausland transferiert, während weite Teile der Bevölkerung in Armut lebten. Die Forderung nach der Nationalisierung der Rohstoffe wurde daher immer wesentlicher. Neben diesen nationalstaatlichen Elementen muss aber auch die Realität der sozio-ökonomischen Situation der Menschen betrachtet werden. Insofern richtete sich die Protestbewegung gegen eine immer weiter reichende Kommerzialisierung der lebensnotwendigen Bereiche. (Radhuber 2009b: 111) Entsprechend kann man die Mobilisierung anhand der subjektiv wahrgenommenen Verschärfung der Alltagssituation verstehen, gekoppelt an systemische Ungleichheiten und Exklusionen.

Die politische und wirtschaftliche Krise Boliviens wird auch als Krise des Kapitalismus bezeichnet, die im Zusammenhang mit der nationalen und internationalen Ebene steht. Hierzu

meint Tapia, dass diese breite Krise auch Wege öffne für neue Projekte und Alternativen. (vgl. Radhuber 2009b: 111) Krisenmomente öffnen dabei Chancen und Möglichkeiten der Transformation, doch werden diese begrenzt im Sinne spezifischer Strukturen. Da in Krisen Strukturen aufbrechen, wird zwar der Handlungsspielraum erweitert, doch auch nur in begrenzten Maße. Anhand dieser Betrachtungsweise der Krise ist eine vollständige Transformation hin zu einem alternativen Wirtschaftsmodell wohl nicht vorstellbar, jedoch kann sich die Gesellschaftsordnung und Einflussnahme neu formieren. Kritisch hinsichtlich einer Neuorganisation der bolivianischen Wirtschaft argumentiert z.B. Molina, dass sich die sozialen Kämpfe zwar gegen die Eliten richteten, aber um auch vom Kapitalismus zu profitieren. Seine Argumentation richtet sich dabei darauf, dass es zu einer neuen reichen Schicht z.B. in El Alto gekommen ist (Molina 2011: 22f.): Gerade diese Schicht - aktiv im informellen Sektor von El Alto - ist stark mit dem Außenhandel verbunden. Dabei hat sich ein informeller Industriezweig entwickelt, der (1) stark mit dem internationalen kapitalistischen System verbunden ist, (2) auch für die arme Bevölkerung produziert (Schwarzmarkt) und (3) der sich ohne Unterstützung vom Staat etabliert hat. Die Mobilisierung in El Alto verfolgte gerade auch deshalb das Ziel, gegen ein Vordringen des Staates in deren ökonomische Sphäre aufzutreten, da mittels Zensus versucht wurde diese informelle Industrie zu formalisieren. (vgl. Interview Capobianco)

5. Polit-ökonomische Transformationsprozesse – Neuausrichtung der bolivianischen Wirtschaft und Durchsetzung dominanter Entwicklungsstrategien

Die breiten Proteste der sozialen Bewegungen brachten das politische System ins Wanken und beförderten durch die Wahlen von 2005 die MAS-IPSP als neuen dominanten Akteur auf die politische Bühne. Evo Morales und seine Bewegung gewannen die Wahlen mit einer Stimmenmehrheit. Seither unternahm die Regierung unterschiedliche Maßnahmen, um auf die Forderungen der sozialen Bewegungen einzugehen und eine ökonomische Transformation einzuleiten. Das wohl ambitionierteste Projekt stellte im Zuge dessen die verfassungsgebende Versammlung dar. Hierbei sollte der Grundstein für eine gesellschaftliche Neukonfiguration gelegt werden, die eine Transformation des Staates und der Wirtschaft unter Berücksichtigung kultureller und sozialer Werte vorantreiben sollte. Lokale Autonomie und Selbstverwaltung, Selbstbestimmung, Einbeziehung der Natur in die Perspektive wirtschaftlichen Handelns, Betonung des Gemeinschaftscharakters der Gesellschaft, Solidarität, *Buen Vivir* usw. gelten als angestrebte Ziele dieser Gesellschaftstransformation. Dadurch wird der Kapitalismus – als Wirtschaftsform und als die Staatsform prägende Determinante – in all seiner Wirkmächtigkeit abgelehnt.

Diese Transformation braucht natürlich Zeit, da es sich hierbei um einen gesellschaftlichen Prozess der Ausverhandlung um zukünftige Strukturen und Strategien handelt. Dass Prozesse dieser Art nicht reibungsfrei über die Bühne gehen, scheint wohl klar zu sein, da spezifische Machtverhältnisse und Handlungsspielräume existieren, die unterschiedliche Perspektiven vorantreiben wollen und zu diesem Zweck um die Durchsetzung ihrer spezifischen Interessen ringen.

Gleichzeitig zu diesem Ausverhandlungsprozess, der eben die Erarbeitung der neuen Verfassung darstellt, kann man sich den bestehenden Verhältnissen nicht entziehen. Das bedeutet, dass der bestehende Staat parallel zu diesen Verhandlungen verwaltet werden muss. Mit dem Schwerpunkt auf die Entwicklungsstrategien bedeutet dies, dass die Regierung der MAS durch Wirtschaftsprogramme und Interventionen in die bestehenden ökonomischen Strukturen eingreifen musste, um den Forderungen der Proteste nachzukommen. Nationalisierungen, Ausverhandlungen neuer Verträge mit ausländischen Konzernen, staatliche Regulierungsmaßnahmen uvm. prägten seither die wirtschaftlichen Tätigkeiten der Regierung. Durch das Zurückholen des Staates in wirtschaftliche Angelegenheiten sollte der Neoliberalismus zurückgedrängt werden, um eine Wirtschaft zum Wohle der Bevölkerung

aufzubauen. Zumindest in der Rhetorik einiger zentraler Akteure ging es und geht es immer noch um weit mehr, nämlich um die Überwindung des Kapitalismus.

Die folgenden Abschnitte der empirischen Analyse sollen diesbezüglich der Frage nachgehen, ob dieser eingeleitete Transformationsprozess tatsächlich als eine Transformation des Wirtschaftsmodells im Sinne einer Überwindung des Kapitalismus verstanden werden kann, oder ob es sich um eine Neukonfiguration kapitalistischer Verhältnisse handelt. Unter Berücksichtigung der ausgearbeiteten Theorie (Kap. 3) sollen zuerst die ökonomischen Strategien und Veränderungen untersucht werden. In diesem Zusammenhang geht die Analyse aber über das rein Ökonomische hinaus, da die Veränderungen auch der gesellschaftlichen Akzeptanz und Zustimmung bedürfen. Dementsprechend werden Aspekte der Regulation erfasst, um die Beziehung zwischen der ökonomischen Dimension und der gesellschaftlichen Einbettung breiter zu fassen. Der Staat als die Sphäre der Regulation wird somit zu einem wichtigen Elemente der Analyse. Im zweiten Teil der empirischen Aufarbeitung liegt der Fokus auf die damit einhergehende Verschiebung der Machtverhältnisse. Die Durchsetzung einer Entwicklungsstrategie als die dominante, hegemoniale Strategie wird im Kontext gesellschaftlicher Konflikte und Auseinandersetzungen betrachtet. Unterschiedliche Akteure prägen dieses Machtfeld, wobei sich die Analyse um die Durchsetzung einer Entwicklungsstrategie der Modernisierung (im Sinne kapitalistischer Entwicklungen) dreht. Durch die Offenlegung unterschiedlicher Machtverhältnisse und gesellschaftlicher Dynamiken zielt dieser Abschnitt darauf ab, die Durchsetzung der dominanten Entwicklungsstrategie als sozial eingebettet zu verstehen.

5.1. Entwicklungsstrategien und politische Regulation - Wirtschaftliche Entwicklung und staatliche Intervention

5.1.1. Nationaler Entwicklungsplan und ambitionierte Ziele

Die Nationalen Entwicklungspläne sind für die Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung wichtig, da (1) auf die strategische Orientierung des Staates und seiner Initiativen und Ziele eingegangen werden kann und (2) im Vergleich mit den realen wirtschaftlichen Entwicklungsdynamiken deren tatsächliche Reichweite dargestellt werden kann. Letzteres zielt darauf ab Tendenzen eingeschlagener Entwicklungsstrategien und –wege offenzulegen. Die Entwicklungspläne wirken auf diskursiver Ebene zur Absicherung und Legitimierung bestimmter „Akkumulationsstrategien“ und sollen durch die Verknüpfung ökonomischer und außer-ökonomischer Bedingungen ein spezifisches Modell der Entwicklung vorantreiben. Die Pläne sind eine Folge der Krise und sollen die angestrebten gesamtgesellschaftlichen

Transformationen fördern. Durch eine ökonomische Neuorientierung sollen die weitreichenden Probleme der gesellschaftlichen Exklusion und der Abhängigkeit von außen abgebaut werden. Der Staat soll dabei als Akteur aktiv in das Wirtschaftssystem eingreifen, um die Transformationsziele einzuleiten und voranzutreiben.

Die beiden Entwicklungspläne, die erarbeitet wurden, haben jedoch unterschiedliche strategische und diskursive Reichweiten. Während der erste Plan in direktem Zusammenhang mit der verfassungsgebenden Versammlung steht, ist der zweite ein politisches Strategiepapier der MAS im Wahlkampf 2009. Einen Entwicklungsplan, der direkt mit der neuen Verfassung zusammenhängt, gibt es allerdings nicht. (Interview Vega) Der erste Entwicklungsplan muss breit gesellschaftlich verstanden und interpretiert werden, da er die Verfassungsdebatte mitprägte und die wirtschaftliche Neukonfiguration befördern sollte. Hinsichtlich des Konfliktpols zwischen außenorientierter Extraktivökonomie und der Idee einer Ökonomie zum Wohle von Mensch und Natur, im Sinne des *Vivir Bien*, sollten diese beiden Pole miteinander verknüpft werden, um die notwendigen Konditionen für eine Transformation zu schaffen. (Interview Vega) Strukturelle Schranken machen eine sofortige Transformation unmöglich, die Durchsetzung entsprechender Strategien könnte jedoch neue Entwicklungswege eröffnen und Alternativen fördern. Problematisch ist diesbezüglich die internationale Einbettung in das kapitalistische Weltsystem, die eine strukturelle Schranke bildet. Die internationale Wirtschaft – organisiert als hierarchisches System der Abhängigkeiten und Asymmetrien – und die damit einhergehende Rolle und Dominanz spezifischer Sektoren im Rahmen des Nationalstaates wirken somit als Hindernisse einer Transformation. Gerade im nationalen Kontext kann dies zu einer strategischen Selektivität zu Gunsten eines dominanten Sektors führen, wodurch Strategien und Interessen gebündelt werden und besser durchsetzbar sind. Dadurch kann dieser dominante Sektor seine Strategien hin zur ökonomischen Hegemonie oder Dominanz vorantreiben. Drehen sich die aktuellen Konflikte vor allem um die Interpretation der Verfassung (Interview Vega), werden diese durch aktuelle Politiken und Maßnahmen beeinflusst und geprägt. Ist die Reichweite des zweiten Entwicklungsplans der Regierung nicht von dieser gesellschaftlichen Breite, so offenbart er die politisch vorangetriebenen Strategien und Interessen, die gesellschaftlich absichern und legitimieren werden müssen.

Im Folgenden wird nun die ökonomische Orientierung der beiden Entwicklungspläne dargelegt. Anhand der wirtschaftlichen Strategien und Ziele soll die Neuorganisation der Wirtschaft erörtert und das Transformationspotential hin zu den in Kapitel 2 beschriebenen alternativen Wirtschaftsweisen analysiert werden. Ausgangspunkt bildet die Analyse des

Entwicklungsplanes 2006 – 2009 von Mendonça Cunha und Santaella Gonçalves. Sie betrachten den Entwicklungsplan aus einer Perspektive, die die ökonomischen Strukturen im Zusammenhang mit politischen Maßnahmen vereinen. Dadurch wird das Konzept einer Mixed-Economy zum Kern ihrer Debatte. Mit Bezug zum *Vivir Bien* attestieren sie eine Ablehnung linearer ökonomischer Konzepte, wodurch materieller Fortschritt nicht das primäre Ziel der Entwicklung sei. (vgl. Mendonça Cunha; Santaella Gonçalves 2010: 178f.) Betrachtet man ihre Analyse weiter und bezieht zusätzlich den zweiten Entwicklungsplan mit ein, versteht man dahinter eine Ablehnung des Trickle-Down-Effekts, wodurch staatliches Handeln wesentlich dazu dienen soll, die Lebenssituation zu verbessern und gesellschaftliche Inklusion voranzutreiben. Breite Sozialprogramme, in Form von monetären Transfers und besseren Sozialleistungen, sollen dies befördern.

Um die Reichweite und Aspekte der enthaltenen Strategien und Maßnahmen besser einschätzen zu können, bietet sich eine Produktivitätsmatrix an: Die Hauptachsen bilden in diesem Zusammenhang (1) der strategische Sektor zur Einkommensgenerierung und (2) der Sektor zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen. Die erste Achse benötigt eine dominante Staatsrolle, um aus den Rohstoffsektoren die erwünschten Einnahmen zu generieren. Neben der Erdgas- und Erdölindustrie, sind der Bergbau, die Elektrizität und andere natürliche Ressourcen zentral. Arbeitsplätze und Einkommen sollen im Agrarbereich, der Industrie, der handwerklichen Produktion, Tourismus und dem Wohnungsbau geschaffen werden. Quer zu diesen Hauptachsen stehen folgende Nebenachsen: (1) Die Infrastruktur mit Schwerpunkt Transport und Telekommunikation und (2) die Bereiche zur Förderung der Produktion und Produktivität. Staatlich geförderte Forschung soll Innovationen vorantreiben, die Bank für produktive Entwicklung (*Banco de Desarrollo Productivo*- BDP) dient zur Schaffung von Kreditmöglichkeiten. (vgl. Mendonça Cunha; Santaella Gonçalves 2010: 183)

Im Folgenden wird nun auf den aktuellen Entwicklungsplan von 2010 – 2015 näher eingegangen. Im Zuge dessen soll zum einen dargestellt werden, welche spezifischen Ambitionen hinsichtlich des Verhältnisses von Akkumulation und Regulation dieser Plan beinhaltet, aber zum anderen auch welche Rolle die Reproduktionssphäre spielt.

Der aktuelle Entwicklungsplan 2010 – 2015 beginnt damit, die Errungenschaften der Wirtschaftspolitik der MAS hervorzuheben und ihre Kompetenzen zu unterstreichen. Betrachtet man die Produktivitätsmatrix von oben, so fällt sofort auf, dass die Veränderungen gerade im strategischen Bereich vollzogen wurden, also jenem Bereich, der zentral von der Nationalisierung betroffen war. (vgl. MAS - IPSP 2009: Abschnitt A; García Linera 2012b;

La Razón 18.02.2013) Jedoch kam es kaum zur Diversifizierung und Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Errungenschaften, die dabei postuliert werden, betreffen den strategischen Sektor und den Bereich der Infrastruktur. Dabei wird die Veränderung im Steuersystem der Rohstoffe als wesentlich dargestellt, wodurch die Forderungen der sozialen Bewegungen umgesetzt wurden. Damit einhergehend kam es zu Veränderungen der Besitz- und Verteilungsverhältnisse, die zentral den Bereich des rohstoffbasierten strategischen Sektors, die Energieversorgung und Telekommunikation betrafen. Darüber hinaus ist der Agrarsektor von großer Bedeutung. Oberstes Ziel für die Landwirtschaft ist die nationale Nahrungsmittelsouveränität, gleichzeitig sieht man dahinter auch enorme Exportpotentiale. Die Förderung des Agrarsektors ist auch politisch relevant, da die Agraroligarchie den oppositionellen Block des Tieflands dominiert. Um Destabilisierungsversuche zu vermeiden, wird eine enge Verbindung zur kleinen und mittleren Agrarproduktion gefördert. (Farthing 2010: 32) Neben den strategischen Bereichen werden sozial-inkludierende Maßnahmen ins Zentrum gerückt, indem durch spezielle Tarife im Bereich der Energieversorgung, Telekommunikation und Nahrungsmittel auf die Rolle der sozialen Verantwortung verwiesen wird. Es finden sich jedoch keine Aspekte, die auf eine Veränderung der Wirtschaftsstrukturen hinweisen und eine Diversifizierung und Industrialisierung beinhalten. (vgl. MAS - IPSP 2009)

Um die produktive Entwicklung und somit auch eine diversifiziertere Wirtschaft mit verbesserten Einkommensmöglichkeiten zu generieren, wurden zwei staatliche Unternehmen geschaffen. Im Bereich der Nahrungsmittelproduktion soll das Unternehmen EMAPA (*Empresa de Apoyo a la Producción de Alimentos*) die Produktivität des Sektors fördern und gleichzeitig für die Preisstabilität wichtiger Nahrungsmittel sorgen. ProduzentInnen und KonsumentInnen sollen durch die Subventionen der Nahrungsmittel profitieren. Die nationale Entwicklungsbank BDP gilt entsprechend des Plans als ein antizyklisches Instrument zur Förderung des produktiven Sektors. Niedrige Kreditzinsen und lange Laufzeiten sollen Investitionsanreize schaffen. Vorrangig sollen sowohl von EMAPA als auch von BDP kleine und mittlere ProduzentInnen gefördert werden, wodurch diesen beiden Förderinstitutionen eine wichtige Rolle bei der Entwicklung neuer Arbeitsplätze zukommt. (MAS - IPSP 2009: 25ff.) (Details siehe Kap. 5.1.3.)

Die Errungenschaften, die sich auf den ersten Entwicklungsplan beziehen, sind im Bezug auf eine Diversifizierung und Industrialisierung mäßig, da vor allem der Rohstoffsektor durch seine hohen Weltmarktpreise für ein Wirtschaftswachstum sorgte. Es ist deutlich erkennbar, dass das Akkumulationsmodell stark extraktiv ist und auch diese Außenorientierung weiter

gefördert werden soll, was vor allem im Agrarsektor zu erkennen ist. Gleichzeitig wird versucht, die Versorgung mit Energie und Dienstleistungen auszuweiten, um die Differenz zwischen Stadt und Land zu verringern und verbesserte Einkommensmöglichkeiten zu schaffen. Diese Maßnahmen zielen auf veränderte Reproduktionsnormen und deren Ausweitung in den ländlichen Bereich ab.

Die grundsätzliche Orientierung hinsichtlich neuer Entwicklungswege folgt modernisierungstheoretischen Konzepten, die auf eine verstärkte Extraktionsökonomie und Außenorientierung hinweisen, gleichzeitig soll aber auch eine Stärkung der Nationalökonomie vorangetrieben werden, um die ausländische Abhängigkeit zu überwinden. Industrialisierungsversuche und Anreize sollen den nationalen Absatzmarkt fördern. Durch eine verbesserte Infrastruktur beabsichtigt man eine Ausweitung der Erdgasversorgung im Inland, Initiativen zur Nutzung des Erdgases als Ersatz für Diesel und Benzin sollen gleichzeitig die Auslandabhängigkeit senken und die staatlichen Subventionen reduzieren. (García Linera 2012b: 84f.; YPFB 2009: 185, 197, 213; La Razón 06.03.2013) Eine Förderung der nationalen Produktion für den Binnenmarkt steht in diesem Kontext in Konkurrenz zur Produktion im Ausland, wobei gewisse Zollschraken möglich sind, um dieser entgegen zu wirken.

Das Vorhaben der Regierung beruht zumindest diskursiv – im Sinne des Wirtschaftsplanes – auf 30 Punkten, um neben der Produktivität auch Souveränität, Demokratie, Autonomie und menschliche Würde zu fördern. Dabei wird im ersten Abschnitt auf die Rolle der neuen Verfassung und der pluralen Ökonomie eingegangen, mit dem Ziel der Armutsreduktion und Bekämpfung der sozialen und ökonomischen Exklusion. Gleichzeitig wird die Wichtigkeit der natürlichen Ressourcen und deren Ausbeutung hervorgehoben. Entscheidender kritischer Aspekt innerhalb des Planes ist die Konzeption der pluralen Wirtschaft auf Basis der Ausbeutung und Industrialisierung der natürlichen Ressourcen. Von den erwähnten 30 Zielen zur Transformation des Wirtschaftsmodelles stechen die Punkte *Grand Saldo Industrial* (Großer Industrialisierungssprung) rund um die strategischen Bereiche der nicht-erneuerbaren Rohstoffe und die Landwirtschaft hervor. Daneben finden sich noch Abschnitte rund um Infrastrukturprojekte und den Ausbau von erneuerbaren Energien. Abgerundet wird dieses Programm mit Intentionen hinsichtlich einiger Verteilungsaspekte und sozialer Projekte. Entwicklung wird vielfach mit einem Ausbau der Extraktionsindustrie gleichgesetzt, um Armut und Ungleichheit zu reduzieren. „Die Industrialisierung unserer natürliche Ressourcen bedeutet die Erschaffung einer Wirtschaftsmatrix, die Mehrwert, Arbeitsplätze und gesteigerte finanzielle Ressourcen generiert, um die Forderungen der benachteiligten Sektoren zu

bedienen, die auf Grund der alten Modelle [der wirtschaftlichen Organisation; M.K.] unser Land in eines der Ärmsten des Kontinents verwandelt haben.“¹⁹ (MAS - IPSP 2009: 74)

Dass man sich von einer Diversifizierung der produktiven Wirtschaft hin zum verstärkten Ausbau der Rohstoffindustrialisierung bewegt und somit die Auslandsabhängigkeit noch weiter vertieft, erkennt man in den Projekten und Visionen des Lithium-Abbaus. In Kooperation mit ausländischen Unternehmen sollen diese vorangetrieben werden. Dadurch erhofft man sich neue Einnahmequellen und potentielle Produktionsstätten (z.B. von Elektroautos, Lithium-Batterien). Die steigende internationale Bedeutung könnte das Rohstoffmodell noch weiter intensivieren. (vgl. MAS - IPSP 2009: Kapitel C, Abschnitt 5; Quitzsch 2009; Petropress 2010; La Razón 03.01.2013)

Veränderungen und Verbesserungen im Sozialsystem, vor allem im Bildungs- und Gesundheitsbereich, Sozialprogramme in Form von Boni, der Wohnsituation und der Armutsbekämpfung, erhöhen die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Wachstums, die Außenabhängigkeit wird noch weiter vorangetrieben. (vgl. MAS - IPSP 2009: Kap. A, Abschnitt 2 und 3) Dadurch, dass die Sozialprogramme aber marktorientiert ausgerichtet sind (siehe Kap. 5.1.3.) und auf eine verbesserte Reproduktion der Arbeitskraft abzielen, werden Konsumnormen gefördert und die Modernisierungslinie weiter vorangetrieben. Die Perspektive des *Vivir Bien* im Zusammenhang mit einer Transformation der Wirtschaftsstruktur geht dabei allerdings verloren.

Kritische Anmerkungen zum Nationalen Entwicklungsplan finden sich bei Poma, Gray Molina und Wanderley. Hinsichtlich der ökonomischen Orientierung wird kritisiert, dass die angestrebte Transformation wiederum alte Aspekte der nachholenden Industrialisierung beinhaltet, jedoch keine Überwindung der strukturellen Abhängigkeit mit sich bringt. (Poma 2010: 305; Gray Molina 2012: 188-191) In Bezug auf die gemeinschaftliche Wirtschaftsform und deren Inklusion kritisiert Fernanda Wanderley, dass die Gemeinschaft als eine Art des privaten Wirtschaftsakteurs verstanden wird. Dadurch wird das Modernisierungsethos gefördert anstatt die soziale und gemeinschaftliche Funktion zu stärken. (Wanderley 2010: 3)

Die wirtschaftliche Orientierung, die aus dem Entwicklungsplan hervorgeht, zielt auf eine Mischung aus Exportorientierung bei gleichzeitigem Versuch der nationalen Produktivitätsförderung und Binnenorientierung ab. An vorderster Stelle steht allerdings der

¹⁹ Original: „Industrializar nuestros recursos naturales significa crear una matriz económica que genera valor agregado, empleo y mayores recursos económicos para atender las demandas de los sectores menos favorecidos por los viejos modelos que convirtieron a nuestro país en uno de los más pobres del continente.“

Rohstoffabbau, bei dem der Staat eine zentrale Rolle spielt. Aufgrund der ökologischen Dimension der angestrebten Transformation (siehe Kap. 2) erkennt man hier bereits, dass die Ziele einer alternativen Wirtschaftsstruktur zu Gunsten einer auf dem Rohstoffabbau basierenden Modernisierung aufgegeben wurden. Im Bereich der Produktivitätsentwicklung orientieren sich die Maßnahmen auf Anreize zur Verstärkung der privaten²⁰ Initiativen mit dem Schwerpunkt auf Förderungen, Subventionen und Programmen. Die angestrebte Diversifizierung und Produktivitätssteigerung soll dabei im Agrarsektor und der Rohstoffindustrialisierung gelingen, eine breite Veränderung der Produktionsmatrix wird aber nicht gefördert. Die als liberal und marktorientiert interpretierten Maßnahmen konzentrieren sich auf verbesserte Institutionen und die Förderung von Humankapital und ökonomischer Kapazitäten.

5.1.2. Strategische Wirtschaftszweige und politische Interventionen

Seit der Machtübernahme durch die MAS ist es zu einer Neu-Orientierung der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik gekommen. Die Kritik richtete sich gegen die neoliberalen Politiken zu Gunsten der ausländischen Unternehmen. Mittels Nationalisierungen erlangte der Staat schrittweise Kontrolle über strategische Sektoren, erhöhte dabei die Steuern und Abgaben, mit dem Ziel eine breite, diversifizierte und unabhängige Ökonomie zu errichten. Damit brachte sich der Staat als zentraler Wirtschaftsakteur und Steuerungsinstrument ein, erhöhte die staatlichen Anteile in der Ökonomie und begann auch mit der Errichtung neuer Staatsbetriebe.

Auch wenn es hinsichtlich der Rolle des Staates zu einer Neudefinition der Wirtschaftsstrukturen und der Eigentumsrechte an den natürlichen Ressourcen gekommen ist, so hat es bisher kaum Veränderungen im Akkumulationsregime gegeben. Dieses präsentiert sich, wie anhand der folgenden Daten dargelegt werden soll, als extravertiertes und extensives Regime, das zentral auf den Export von Rohstoffen gerichtet ist. Entsprechend ist die bolivianische Wirtschaft nach wie vor stark von Außen abhängig, eine Diversifizierung bzw. klare Intentionen hinsichtlich dieser wirtschaftspolitischen Änderungen sind bisher kaum bzw. nur marginal feststellbar. Anstatt dessen scheint die aktuelle Politik auf einen verstärkten Ausbau der Rohstoffindustrie zu setzen, um mittels Industrialisierung den Mehrwert innerhalb der Produktion und Verarbeitung zu erhöhen. Im Sinne einer ökologischen Beschränkung verweist dies jedoch auf ein Spannungsfeld, dass anhand der unterschiedlichen Autonomieformen und Forderungen nach kollektiven Landtiteln enormes Konfliktpotential

²⁰ Anmerkung: Privat wird hier sowohl als privat-individuell, als auch als gemeinschaftlich, kooperativ, kollektiv und gewerkschaftlich verstanden, also im Sinne der unterschiedlichen Organisationsformen.

verbirgt. Dies rührt gerade daraus, dass diese Exportabhängigkeit des Rohstoffsektors notwendigerweise den Ausbau der Förderung bedarf, sind an diesen doch auch die Sozialprogramme und Maßnahmen geknüpft, die den politischen Transformationsprozess zu legitimieren versuchen.

Makroökonomische Entwicklungen

Betrachtet man die Wirtschaftsdaten und deren Entwicklung, so lässt sich zwar feststellen, dass die reale Steigerung der Wirtschaftsleistung Boliviens seit 2004 konstant über 3 Prozent liegt (Anhang, Abbildung 10), jedoch ist im selben Zeitraum die Exportquote markant gestiegen. Lag diese im Jahr 2000 lediglich bei 17,5% und sank 2001 sogar noch auf 16,6%, so stieg sie ab 2003 stark an. Bei der Regierungsübernahme der MAS im Jahr 2006 lag die Exportquote bereits bei 26,7%, sie stieg weiter und erreichte 2008 ein Zwischenhoch von 42%. Im Jahr 2009 ist ein Einbruch zu erkennen, der mehr als 10% betrug und mit 31,4% knapp das Niveau von 2005 erreichte. Seither kam es allerdings wieder zu einem Anstieg und erreichte 2011 ein vorläufiges Hoch von 43,9%. (Tabelle 1)

Tabelle 1: Entwicklung der Exporte und Importe im Verhältnis zum nominalen BIP

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
BIP [Mio. USD]	8.412	8.154	7.917	8.093	8.784	9.574	11.521	13.215	16.790	17.464	19.225	20.920
Export [Mio. USD]	1.475	1.353	1.375	1.677	2.265	2.948	4.232	4.890	7.058	5.486	7.038	9.183
Exportquote	17,5%	16,6%	17,4%	20,7%	25,8%	30,8%	36,7%	37,0%	42,0%	31,4%	36,6%	43,9%
Import [Mio. USD]	2.020	1.708	1.832	1.692	1.920	2.440	2.926	3.588	5.100	4.577	5.393	7.673
Importquote	24,0%	21,0%	23,1%	20,9%	21,9%	25,5%	25,4%	27,2%	30,4%	26,2%	28,1%	36,7%

Eigene Darstellung. Quelle: BIP-Entwicklung (Radhuber 2012a: 197, Tab.7); Export und Import: INE (Insitituto Nacional de Estadísticas)

Anhand dieser Daten erkennt man, dass sich die Wirtschaft Boliviens verstärkt nach außen orientiert. Der Exportsektor bildet die treibende Kraft der nationalen Produktion und somit auch der Akkumulation.

Wie strukturiert sich der Exportsektor im Detail und wieso kam es 2009 zu einem markanten Einbruch der Exportquote? Um diese Dynamik zu analysieren, wird zunächst einmal die sektorspezifische Zusammensetzung des Exportes und dessen Entwicklung ab dem Jahr 2000 genauer betrachtet.

Die Exportstruktur ist von vier Sektoren geprägt: (1) Der Kohlenwasserstoffsektor²¹, (2) der ebenfalls als strategisch deklarierte Bergbausektor, (3) der Landwirtschaft und (4) der industriellen Produktion. Im Jahr 2000 dominierte die industrielle Produktion mit einem Anteil von 57,4% den Export, wohingegen der Kohlenwasserstoffsektor lediglich 12,7% einnahm. Bereits bis zum Jahr 2005, als erstmals die Steuerstruktur des Kohlenwasserstoffsektors geändert wurde (Details siehe Abs. „Extraktionsregime der Rohstoffe“ in diesem Kapitel), hat sich dieser Sektor zum dominanten Exportsektor entwickelt und sein Anteil am Gesamtexport wuchs auf 48,8% an. Der Anteil des produktiven Sektors betrug nur mehr 33%. (Abbildung 5) Es kam also bereits vor der Machtübernahme der MAS zu einem markanten Bedeutungsanstieg des Erdöl- und Erdgassektors. Ausschlaggebend hierfür war vor allem das gesteigerte Produktionsvolumen. (Anhang, Tabelle 6) Dieser progressive Anstieg der Rolle des Kohlenwasserstoffsektors unter ausländischer Dominanz kann als ein Motiv für die sich zuspitzende sozial-politische Situation von 2000 – 2005 herangezogen werden. Außerdem lagen die Exportpreise unter dem internationalen Marktwert, wodurch die transnationalen Konzerne doppelt profitierten. Wie oben bereits dargestellt, hat sich im Laufe der Proteste die Forderung nach der Nationalisierung des Kohlenwasserstoffsektors als wesentlich herauskristallisiert. Diese spezifische Forderung der sozialen Protestbewegungen steht dabei im Zusammenhang mit den ökonomischen Entwicklungen und den international gestiegenen Rohstoffpreisen.

Der Anteil des Kohlenwasserstoffsektors blieb bis 2008 relativ stabil, 2009 kam es aber zu einem markanten Einbruch von 50,2% auf 39,0%. (Abbildung 5) Dieser Einbruch lässt sich auf die globalen Wirtschaftsprobleme im Zuge der Wirtschaftskrise zurückführen, die zu einer sinkenden Nachfrage und somit zu verschlechterten Rohstoffpreisen führten. Dieser Zusammenhang zeigt klar die Volatilität einer Rohstoffökonomie auf, deren Abhängigkeit von außen dominiert wird. Gleichzeitig kam es zwar auch zu einem leichten Anstieg des inländischen Konsums an der Gesamtproduktion, eine reelle Absatzalternative hat sich trotz stetiger Steigerung des Inlandskonsums bisher noch nicht entwickelt. (vgl. Anhang, Tabelle 6)

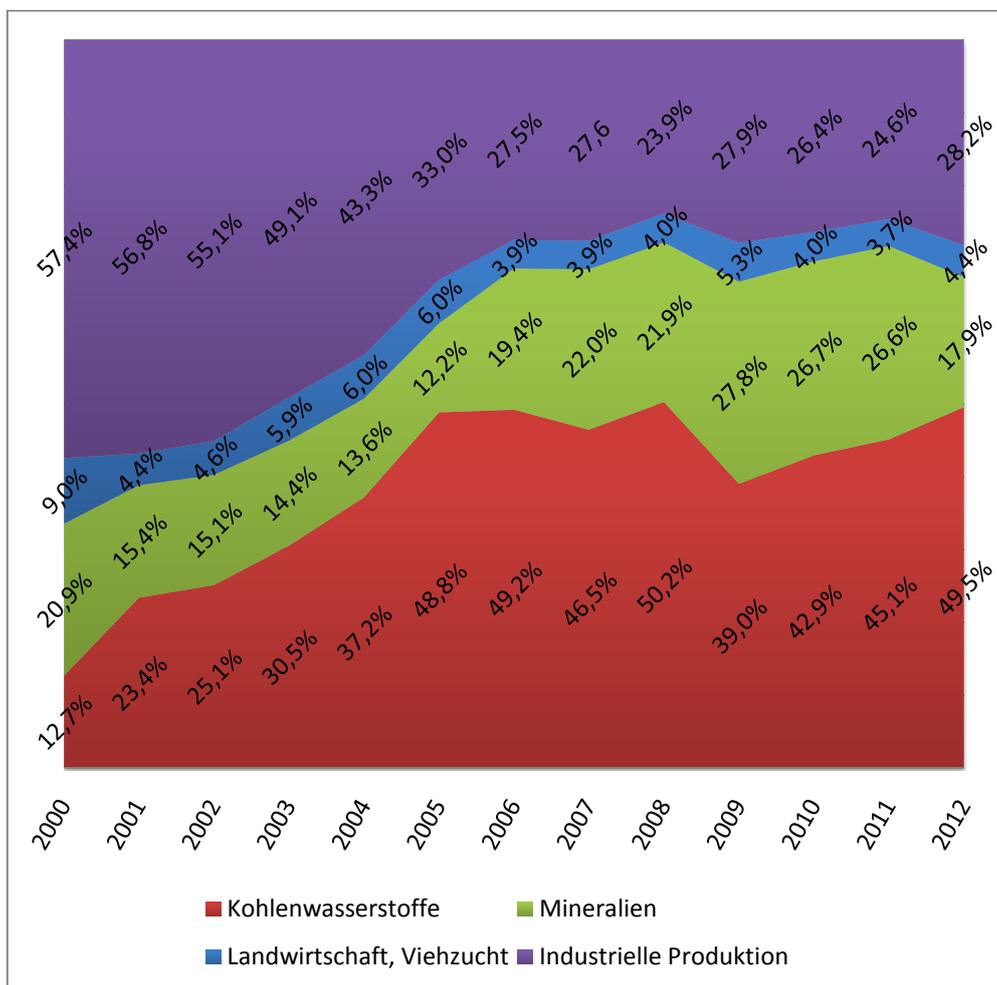
Während der produktive Sektor und der Landwirtschaftssektor relativ stagnierten und nur in den beiden Krisenjahren des Kohlenwasserstoffsektors etwas an Bedeutung gewonnen haben, steigerte sich hingegen die Rolle des Bergbaus. In diesem Bereich ist der Anteil von 12,2% (2005) auf 19,4% (2006) gestiegen und hat sich bis 2008 weiter auf 21,9% erhöht. Seine Bedeutung ist in den Krisenjahren ab 2009 auf 27,8% angestiegen und hat bis 2011 dieses

²¹ Anmerkung: Der Kohlenwasserstoffsektor umfasst alle Bereiche der Erdöl- und Erdgasförderung als auch deren industrielle Weiterverarbeitung.

Niveau mit 26,6% relativ gehalten. Erst 2012 ist der Anteil auf 17,9% zurückgegangen und hat somit den niedrigsten Anteil seit 2006 erreicht. (Abbildung 5)

Diese vier zentralen Exportsektoren lassen sich auf zwei Bereiche zusammenfassen: (1) Export von Primärgütern und Rohstoffen und (2) Export von industriellen Produkten. Während der Anteil der industriellen Produktion 2000 noch 57,4% betrug, sank dessen Bedeutung bis 2006 auf 27,5%. Seither blieb der Anteil relativ konstant und erreichte 2012 mit 28,2% den höchsten Anteil seit 2005. Dem gegenüber lag der Anteil des Primärgütersektors 2006 bereits bei 72,5% und erreichte 2008 mit 76,1% seinen Höchststand. Im Jahr 2012 betrug der Anteil am Export dann 71,8%. (Abbildung 5)

Abbildung 5: Entwicklung der Exportstruktur je Sektor



Eigene Darstellung. Quelle: INE (Instituto Nacional de Estadística); Details siehe Anhang Tabelle 7

Eines der grundlegenden Ziele der Regierung Morales ist eine breite Diversifizierung der Wirtschaft und eine weitreichende Industrialisierung, d.h. der produktive Sektor soll stärker gefördert werden, wobei dies vor allem im Bereich der strategischen Ressourcen stattfinden soll. Interessant ist in diesem Zusammenhang der Wandel der Haltung zum Rohstoffsektor bei

García Linera. Auf der einen Seite kritisiert er das koloniale Wirtschaftssystem und die kolonialen Machtstrukturen mit einer dominanten Vormachtstellung des Exportsektors (vgl. García Linera 2012a: 188f., 199), also jenes Modell der ressourcenbasierten Extraktionsökonomie, auf der anderen Seite sieht er aber genau in der extensiven Ausbeutung und Industrialisierung der Rohstoffe die entscheidende Strategie zur Entwicklung der bolivianischen Wirtschaft. (vgl. García Linera 2012b; García Linera 2012a: 260; Toussaint 2010: 178) Diesbezüglich kritisiert Fernanda Wanderley, dass eigentlich im ersten nationalen Entwicklungsplan eine Ablehnung des Primärgüterexportes verankert ist (Wanderley 2009: 64), die politischen Strategien der Regierung gehen allerdings in die andere Richtung.

Betrachtet man nun den Exportanteil der industriellen Produktion im Detail, so lässt sich feststellen, dass dieser Sektor sehr eng an den Rohstoffsektor gekoppelt ist. Dabei sind die wesentlichen Bereiche zum einen die Agroindustrie, die zum Großteil auf der Produktion von Soja und Soja-Produkten basiert und zum anderen die verarbeitende Rohstoffindustrie. Hat sich zwar der Anteil der exportorientierten Agrarindustrie seit 2009 stetig reduziert (Abbildung 6), so erlebt dieser Bereich seit 2005 trotzdem ein kontinuierliches nominelles Wachstum. Der Wert der Exporte hat sich von ca. 430 Mio. US-\$ (2005) auf ca. 1.030 Mio. US-\$ (2012) mehr als verdoppelt. Verantwortlich für dieses Wachstum war vor allem die Soja-Produktion, die mit ca. 800 Mio. US-\$ (2012) knapp 80% der gesamten Agrarindustrie einnimmt. (Anhang, Tabelle 8)

Das größte Wachstum der industriellen Exportproduktion ist aber in der verarbeitenden Rohstoffindustrie festzustellen. Waren die Veränderungen zu Beginn der ersten Legislaturperiode der MAS noch relativ moderat (2005: 21%; 2006: 25%), so kann hierbei vor allem ab 2010 ein enormer Sprung festgestellt werden. Der Anteil hat sich von 24% (2009) auf 30% im folgenden Jahr erhöht und dieser Trend hat sich auch fortgesetzt. Der Anteil stieg 2011 auf 47% und erreichte 2012 bereits einen Anteil von 55% am industriellen Export. (Abbildung 6)

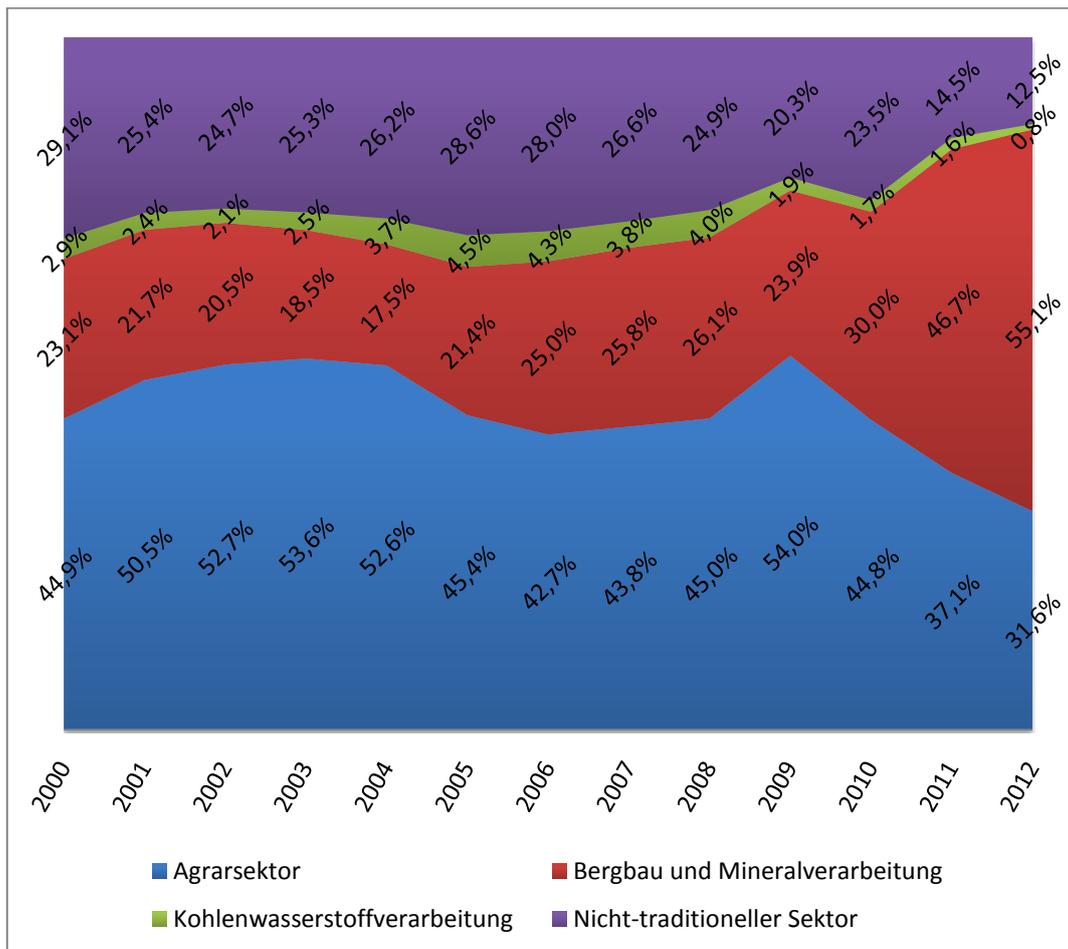
Spielte die Industrialisierung und produktive Entwicklung rund um den Kohlenwasserstoffsektor bisher eine marginale Rolle, so zielen die Pläne der Regierung Morales und des staatlichen Erdöl- und Erdgasunternehmens YPFB auf eine verstärkte Industrialisierung der Erdgasvorkommen ab. Fokus der Industrialisierung ist die Flüssiggasproduktion. (vgl. YPFB 2009; MAS – IPSP 2009: 75f.; Arze Vargas, Gómez 2013: 14f. Tab. 3) Aktuellen Berichten zur Folge sollen in den nächsten Jahren enorme Investitionen getätigt werden und es z.B. zur Konstruktion einer Flüssiggasanlage im Department Santa

Cruz kommen. Parallel laufen Verhandlungen um die Produktion mit Schiffen am Río Paraguay nach Buenos Aires zu transportieren. (La Razón 04.03.2013, La Razón 09.03.2013) Insofern zielen die Pläne und aktuellen Vorhaben auf eine verbesserte Industrialisierung des Kohlenwasserstoffsektors ab, was einen weiteren Bedeutungsanstieg des rohstoffbasierten Exportes bedeuten würde. Generell betrachtet scheint die Grundorientierung weiter eine Intensivierung und Anbindung an den Weltmarkt zu sein.

Im Gegensatz zu den rohstoffbasierten Industriezweigen hat der nicht-traditionelle Sektor seit 2006 an relativer Bedeutung für den Export verloren. Sein Anteil hat sich von 28% (2006) innerhalb von 6 Jahren auf 13% (2012) reduziert. (Abbildung 6) Dabei ist es auch nominell zu keinen dauerhaften Veränderungen gekommen, Schwankungen und Fluktuationen sind vorherrschend. (Anhang, Tabelle 8)

An der Rohstoffdominanz ändern auch die bisherigen Industrialisierungsversuche nichts, da diese wiederum im Rohstoffsektor stattfinden. Durch die kapital- und technologieintensive Industrialisierung sind jedoch kaum Arbeitsplätze geschaffen worden, die wirtschaftliche Außenabhängigkeit wird weiter verfestigt. Im Zusammenhang mit der pluralen Wirtschaft, die das Verhältnis zwischen Entwicklung, Natur und Nutzen stark hervorhebt, ist es durch diese rohstoffinduzierte Modernisierung zur nachteiligen Entwicklung der gemeinschaftlich organisierten Wirtschaft gekommen, also jenem Bereich, der entsprechend der Transformationsziele gefördert werden sollte. Gerade der gemeinschaftliche Wirtschaftszweig hat noch weiter an Bedeutung verloren, dessen Anteil sich von 7,2% auf 6,26% der nationalen Wirtschaftsleistung reduzierte. (Arze Vargas, Gómez 2013: 36, Grafik 6) Kritik an der aktuellen Wirtschaftspolitik richtet sich aber auch gegen die bevorzugte Rohstoffindustrialisierung und die kurzfristigen makroökonomischen Politiken, die durch die Staatsbetriebe forciert werden. (Wanderley 2011: 208)

Abbildung 6: Anteil der industriellen Exportproduktion je Sektor



Eigene Darstellung. Quelle: INE. Details siehe Anhang, Tabelle 8

Das bolivianische Akkumulationsregime stellt sich entsprechend der obigen Analyse als dominant extravertiert und extensiv dar und ist geprägt vom Rohstoffexport. Es gibt zwar Ansätze, die auf eine teilweise Intensivierung der Produktion hinweisen, jedoch findet diese vor allem in der Rohstoffökonomie ihre Anwendung.

Betrachtet man abschließend noch die Wachstumsdaten des BIP unterteilt in die wichtigsten Wirtschaftszweige (Abbildung 7), geht daraus hervor, dass seit der Regierungsübernahme durch die MAS der Bergbau am stärksten gewachsen ist. Zweiter Hauptprofiteur der wirtschaftlichen Entwicklung ist der Bausektor, der u.a. durch die politischen Förderungen von Infrastruktur- und Wohnbauprojekten stark anstieg. Zusätzlich absorbiert dieser Sektor das liquide Kapital, das auf der Suche nach Rentabilität diesen Sektor als Wert- und Mehrwertanlage versteht. Dabei kritisiert Carlos Arze, dass gerade der Boom im Bauwesen ein Symptom für die holländische Krankheit²² darstellt. (Interview Arze) Der produktive

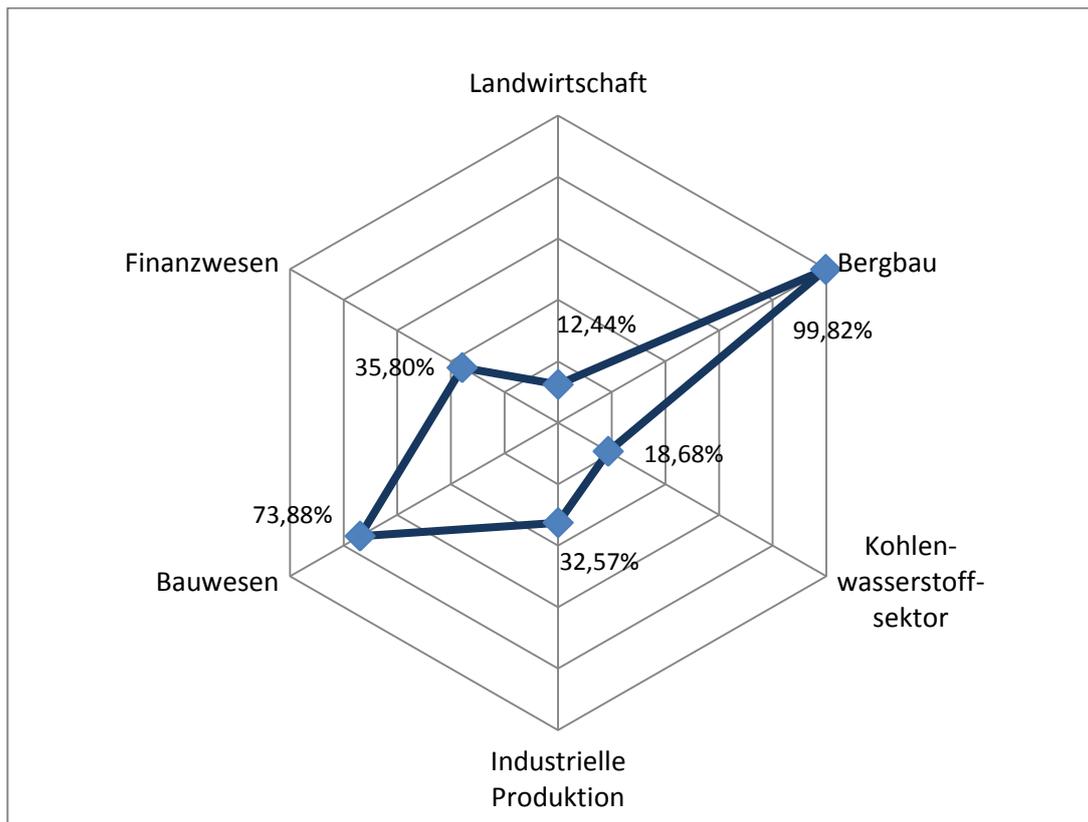
²² Anmerkung: Der Ausdruck „holländische Krankheit“ beschreibt die möglichen negativen Entwicklungen einer exportorientierten Rohstoffökonomie. Durch die Ausfuhr stark international nachgefragter Rohstoffe kommt es

Sektor wird dadurch vernachlässigt, da hier auf Grund der Außenabhängigkeit und unvorteilhaften Währungsaufwertung die Konkurrenzfähigkeit weiter geschwächt wird. Anreize von Seiten der Regierung zu dessen Ausbau und Stärkung bleiben bisher aus. Dadurch bleibt der produktive Sektor ebenfalls stark von der Rohstoffökonomie dominiert, womit ebenfalls die Außenorientierung weiter vorangetrieben wird.

Trotz der wichtigen Rolle für den Export und die Staatseinnahmen scheinen die Wachstumsdaten des Kohlenwasserstoffsektors im Vergleich relativ gering zu sein. Dieser wuchs in der Periode 2005 – 2011 um lediglich 18,7%. Dabei darf aber nicht vernachlässigt werden, dass großen Mengen an Treibstoff und Erdölprodukten ins Land importiert werden müssen. Diese Importe sind durch die verbesserten Konsummöglichkeiten noch weiter gestiegen. (Details siehe Anhang, Tabelle 9) Da die Regierung die Treibstoffe subventioniert, sinken jedoch deren Handlungsspielräume zu Förderung wirtschaftlicher Entwicklung. (Garic Linera 2012b: 85) Versuche diese Subvention zu streichen, führten bereits 2010 zu großen Konflikten und Protesten im sog. GASOLINAZO. (Seewald 2012: 75f.) Man erkennt im Kohlenwasserstoffsektor ein System der Außenabhängigkeit, das für die gesellschaftliche Stabilität eine große Bedeutung einnimmt. Einerseits ist dieser Bereich durch seine Exporte für die Staatseinnahmen und die damit einhergehenden Investitions- und Sozialmaßnahmen enorm wichtig, andererseits beeinflusst die Verfügbarkeit von Treibstoffen und deren Preisentwicklung wesentliche Teile des Transportwesens und der Agrarwirtschaft. Steigende Preise verändern nicht nur die Produktionskosten in der Landwirtschaft und im Transport, sondern betreffen auf Grund steigender Mobilitätskosten alle Teile der Bevölkerung. Die Reproduktion der Arbeitskraft wird dadurch teurer, wodurch das gesellschaftliche Mobilisierungspotential steigt. In diesem Zusammenhang lässt sich der GASOLINAZO als ein Protest einstufen, der sich rund um die soziale Reproduktion und veränderte Produktionskosten für wesentliche Wirtschaftszweige kristallisiert.

zu einer Währungsaufwertung, die die internationale Konkurrenzfähigkeit der nationalen Produktion schwächt. Dadurch ergeben sich nachteilige Absatzmöglichkeiten für die nationalen Produktionsbereiche der Industrie und Landwirtschaft. Die nationale Wirtschaft wird dadurch wesentlich von Außen abhängig. (vgl. Pieprzyk, Kortlüke, Rojas Hilje 2009: 61)

Abbildung 7: Sektorspezifisches Wachstum des BIP (2005 – 2011)



Eigene Darstellung. Quelle: INE.

Der Arbeitsmarkt und seine Entwicklungen

Analysiert man den bolivianischen Arbeitsmarkt, so ist dieser wesentlich gekennzeichnet von einem sehr hohen Anteil an informell Beschäftigten mit einer sehr hohen Konzentration im kleinen Handels- und Dienstleistungssektor. (Abbildung 11) In diesem Bereich geht jedoch nur ein geringer Teil im informellen Sektor einer Tätigkeit im produktiven Sektor nach. Verantwortlich für diese Entwicklungen sind u.a. Mikro-Kredite, die den Dienstleistungs- und Handelssektor bevorzugen. Dies stellt jedoch eine strukturelle Schranke für nachhaltiges Wachstum und eine verbesserte Einkommenssituationen dar. (Wanderley 2009: 144) Der informelle Dienstleistungssektor ist dadurch wesentlich von kapitalistischen Verhältnissen geprägt und dominiert, jedoch nicht im klassischen Sinne kapitalistischer Produktionsprozesse und Zwänge. Fehlende Produktionsmittel und mangelnde Arbeitsplätze erzeugen diese im informellen Sektor angesiedelte Marginalbevölkerung, deren ökonomische Ausrichtung primär auf die Reproduktion abzielt. Die Form der Reproduktion wird jedoch zu einem großen Teil im kapitalistischen Markt realisiert, wodurch über die Reproduktionsweise die Verbindung zur kapitalistischen Produktion hergestellt wird und sich ein Abhängigkeitsverhältnis etabliert. Gleichzeitig wird über diese konsumbasierte Ökonomie eine gewisse gesellschaftliche Stabilität hergestellt. Diese Form der kapitalistisch dominierten

Reproduktionsformen prägt und verändert sowohl die kleinbäuerlich-gemeinschaftliche Ökonomie als auch die handwerklichen Heimarbeitsstätten in den Städten. (vgl. García Linera 2012a: 65; Interview Arze)

Im produktiven Bereich führte die konkurrenzbasierte Struktur zwischen unterschiedlichen Arbeitssystemen zu einer Abkehr vom Fabrikwesen, mit dem Ziel die Profitrate zu erhöhen. Heimarbeit, Verlagssysteme und Zulieferketten wirken somit auf das Konkurrenzverhältnis der Arbeiter ein, die Ausbeutung verlagert sich zunehmend hin zur Heimindustrie. (Harvey 2011: 256ff.) Dabei kann diese informelle Produktion durchaus für einzelne Vorteile bringen und eine neue kapitalistische ProduzentInnenklasse generieren. Hierbei sei auf den informellen Produktionssektor verwiesen in El Alto²³, der auf den Export abzielt. (vgl. Interview Capobianco; Stefanoni 2010: 71) Durch die Informalität kann man sich staatlichen Regulierungen und Steuern entziehen und die niedrigen Lohnkosten fördern zusätzlich eine Außenorientierung.

Folgt man den Entwicklungsplänen so spielt der Bereich der Arbeit eine wesentliche Rolle. Würde und eine gerechte Entlohnung sind die ambitionierten Ziele hinsichtlich der Arbeitsmarkttransformation. (MAS – IPSP 2009: 117-119) Da der Arbeitsmarkt aber so stark von dieser Prekarisierung geprägt ist, muss man diese Ziele mit einer tendenziellen Formalisierung der Arbeit gleichsetzen, denn nur dadurch können diese Verhältnisse überwunden und mittels Regulierungen besser kontrolliert werden.

Eine Möglichkeit, die mit den unterschiedlichen Organisationsformen der pluralen Ökonomie der Verfassung zusammenhängt, ist die Förderung gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse, um der individuellen Konkurrenz entgegenzuwirken und gemeinsam als politischer Akteur auftreten zu können. Die Förderung gewerkschaftlicher Organisationen bedeutet jedoch keine Überwindung kapitalistischer Verhältnisse, sondern es können dadurch die Lohn- und Konkurrenzverhältnisse zu Gunsten der informellen „KleinstunternehmerInnen“ und ArbeiterInnen reguliert werden. Es handelt sich viel mehr um eine demokratische Stärkung anstatt einer individuellen Konkurrenz. Ähnliche Mechanismen können rund um den kooperativ organisierten Bergbau argumentiert werden, auch wenn die demokratische Struktur innerhalb gestärkt wird und somit die Verteilungsungleichheit reduziert werden kann, so ist dieser Bereich stark abhängig vom kapitalistischen Markt. Dadurch können sich diese

²³ Anmerkung: Molina spricht in diesem Zusammenhang von „capitalista chicha“, die sich aus einer Handelsbourgeoisie und einer Kapitalistenfraktion der KleinproduzentInnen formiert, und von der Arbeit der MigrantInnen profitiert. (Molina 2011: 22f.)

Strukturen verändern und neue Formen kapitalistischer Arbeitsverhältnisse etablieren, bei denen die Kooperative als ArbeitgeberIn agiert. (vgl. Interview Arze)

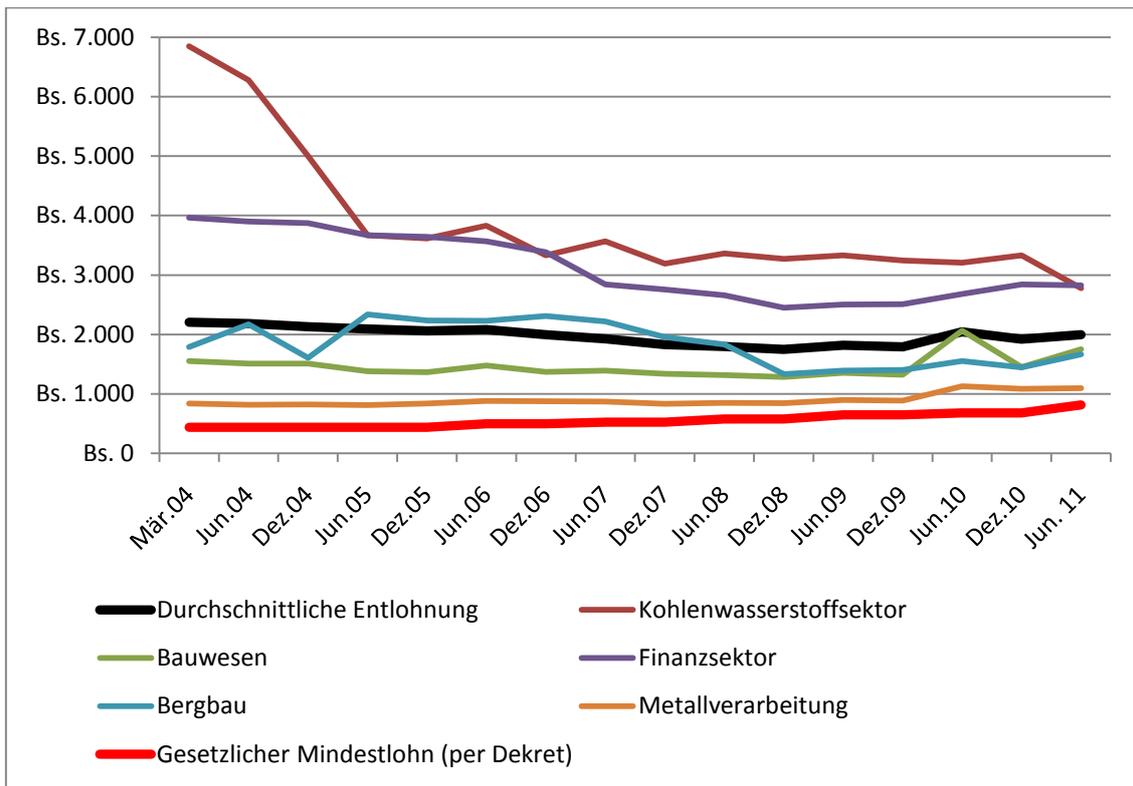
Betrachtet man die Entwicklung des Arbeitsmarktes, lassen sich zwei Tendenzen feststellen: (1) Es kommt hinsichtlich der Frage nach gerechter Verteilung der Löhne zu einer Angleichung, wobei diese nach unten stattfindet. Nur die niedrigsten Einkommensegmente erfuhren einen kleinen Anstieg. Einen wesentlichen Anstieg verzeichnete der Mindestlohn, dieser ist jedoch an ein formelles Beschäftigungsverhältnis geknüpft (Abbildung 8); (2) es zeichnet sich eine schrittweise Transformation – wenn auch nur geringfügig – im Bereich der Beschäftigungsstruktur ab, weg von der rein familiären wirtschaftlichen Organisationsstruktur hin zum formellen Arbeitssektor. (Abbildung 9)

Eine genauere Betrachtung der Lohnentwicklung zeigt, dass das durchschnittliche Einkommen leicht gesunken ist. Dabei erfuhren die höchsten Einkommensgruppen wie z.B. im Finanzsektor oder im Erdöl- und Erdgassektor eine spürbare Lohnsenkung, die untersten Einkommen sind dagegen leicht gestiegen. Der gesetzliche Mindestlohn wurde stetig angehoben und erreichte 2011 Bs. 815,40²⁴ (Abbildung 8), per Dekret vom 1.5.2012 stieg er weiter auf Bs. 1000,-.

Diese Lohnentwicklung weist auf eine Niedriglohnpolitik hin, innerhalb derer eine tendenzielle Außenorientierung gefördert wird. Die Reproduktionskosten, die zu einem Großteil über den Binnenmarkt organisiert werden, werden dadurch niedrig gehalten. (Escóbar de Pabón 2009: 13, 78) Niedriglohnpolitik und Preispolitik hängen somit zusammen und beeinflussen sich gegenseitig.

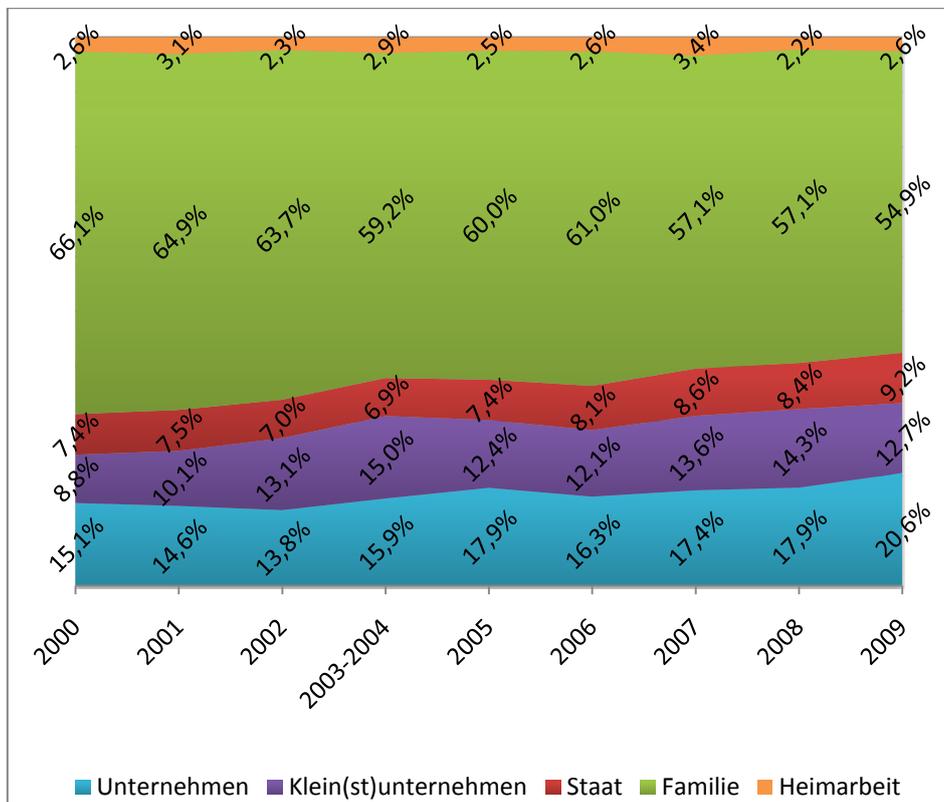
²⁴ Anmerkung: Die Abkürzung „Bs.“ steht für die Landeswährung *Bolivianos*.

Abbildung 8: Entwicklung der monatlichen Einkommen ausgewählter Sektoren und gesetzlicher Mindestlohn (ohne Inflationsbereinigung)



Eigene Darstellung. Quelle: INE.

Abbildung 9: Arbeitsmarktgliederung nach Beschäftigungsverhältnis



Eigene Darstellung. Quelle: INE.

Extraktionsregime der Rohstoffe

Wie bereits aus der Analyse des nationalen Entwicklungsplanes ersichtlich wurde, hat sich der Rohstoffsektor als der strategisch wichtigste Sektor sowohl für das Wirtschaftswachstum als auch für das Staatsbudget und die daraus resultierenden Investitionen in Infrastrukturprojekte, Staatsbetriebe und Sozialbereiche ergeben. Dementsprechend sind die Veränderungen rund um diesen Sektor von enormer Bedeutung für den staatlichen Handlungsspielraum. Zu den wesentlichsten Veränderungen kam es im Kohlenwasserstoffsektor mit Schwerpunkt der Erdgasförderung, welche durch die Nationalisierung und Neuverhandlung der Förderverträge vorangetrieben wurden. Es ist zwar dadurch zu keiner Enteignung gekommen, jedoch hat sich das Abgabensystem durch Steuern und Förderkonzessionen stark verändert. Im Vergleich hierzu kam es im Bereich des Bergbaus nur zu geringeren Veränderungen.

Durch die Nationalisierung kam man den Forderungen der Protestbewegungen nach. Dass gerade der Kohlenwasserstoffsektor von den Maßnahmen betroffen war, hängt u.a. mit der Dominanz an ausländischen Unternehmen zusammen. (Arze Vargas, Gómez 2013: 24, Grafik 2) Wie bereits dargestellt wurde, hat sich die Protestbewegung zunehmend gegen die neoliberalen Maßnahmen und deren gesellschaftliche Auswirkungen aufgelehnt, die sich auch gegen den Abfluss großer Vermögen ins Ausland ausgesprochen hatte. Obwohl bereits *Carlos Mesa* in seiner Interimsregierung durch das Kohlenwasserstoffgesetz 2005 die Steuern auf die Förderung von 18% auf 50% erhöhte (Cerutti, Mansilla 2008: 7), musste die MAS unter Evo Morales weiter handeln, um entsprechend auf die Forderungen ihrer sozialen Basis und WählerInnenschaft einzugehen und ihre politische Legitimität unter Beweis zu stellen.

Am 1. Mai 2006 übernahm der Staat mittels des Präsidialdekrets 28701 (*Héroes del Chaco*) und des Kohlenwasserstoffgesetzes 3058 die Kontrolle über die Förderung und die Nationalisierung wurde eingeleitet. (Radhuber 2009b: 117) Diese betraf die Besitzrechte an den Rohstoffquellen und die Kontrolle über die Produkte und den Verkauf. (Kaup 2010: 129f.) Es handelte sich hierbei nicht um eine Verstaatlichung durch Aneignung, sondern vielmehr ging es darum, die Rolle des Staates und deren Einflussphäre zu erweitern, Steuern zu erhöhen und die Rohstoffe in die „Hand der Bevölkerung“ zu übertragen. Wesentlich war die Wiederbelebung des in den 1990ern privatisierten Unternehmens YPBF, als staatliches Unternehmen zur Kontrolle der Gasproduktion, des Vertriebs und der Förderkonzessionen. Auch hierbei handelte es sich nicht um eine Verstaatlichung, sondern die betroffenen Sektoren (Produktion, Transport und Lagerung) wurden mittels Ankauf – im Sinne einer feindlichen Übernahme – durch marktwirtschaftliche Methoden angeeignet. (Kaup 2010: 130)

Da bei der Privatisierung bzw. Kapitalisierung und Ausverhandlung der Lieferverträgen unter der Regierungszeit von *Gonzalo Sánchez de Lozada* (1993-1997) einige Fehler gemacht wurden, eröffneten sich für die Regierung Morales erst diese neue Handlungsspielräume, um im Kontext internationalen Rechts die Veränderungen legitim einleiten zu können. Es handelte sich dabei um die verfassungswidrige Vergabe an Eigentums- und Nutzungsrechten (Präsidentialdekret 24806, 1997) auf 40 Jahre. (Kaup 2010: 128) Die vergebenen Förderkonzessionen waren somit illegal und rechtlich anfechtbar.

Im Hinblick auf die internationalen Beziehungen waren diese umstrittenen Vorgänge von großer Relevanz, handelte es sich doch um internationale Verträge, die allerdings zu Unrecht und zu Ungunsten des bolivianischen Volkes erlassen wurden. Diese Verträge wurden von der Regierung Morales unter Verweis auf die damals geltende Verfassung (Art. 139) als ungültig erklärt, da anhand dieser Artikels die Eigentumsrechte dem Staat obliegen und nicht weitergegeben werden dürfen. (Kaup 2010: 129) Gestärkt wurde diese Position durch die UN-Resolution 1803 zur nationalen Souveränität der Rohstoffe, die in Bolivien mittels der Resolution 3281 ratifiziert wurde. (Radhuber 2012a: 135)

Ebenso von Bedeutung war dabei die geopolitische Situation, da gerade mit der Regierung Lulas⁶ in Brasilien der Ruf nach regionaler Stärke, nach Zusammenhalt der lateinamerikanischen Länder und nach sozialer Gerechtigkeit auf der politischen Agenda standen. Eingebettet in einer politischen Situation dominiert von progressiven und moderaten linken Regierungen, erweiterte dies die Möglichkeiten der bolivianischen Regierung. Die Rolle Brasiliens ist dabei von sehr hoher Bedeutung, betraf die Nationalisierung nämlich auch die größten Förderquellen der teilstaatlichen brasilianischen *PETROBRAS*²⁵. Hierbei spielte Lula eine wichtige Rolle, in dem er wenige Tage nach der Nationalisierung diese auch als legitim anerkannte. (vgl. Hofmeister 2006: 7) Dies war für Bolivien von enormer Bedeutung, da der Großteil der Erdgasförderung nach Brasilien exportiert wird. (YPFB 2009: 38, Grafik 1.6; Radhuber 2012a: 216, Tab. 4) Als Konsequenz begann Brasilien allerdings damit, die Förderung nach Erdgas im eigenen Land voranzutreiben, um die Abhängigkeit von Bolivien zu unterbinden. (Hermanns 2006)

Durch die Nationalisierung kam es also zu einer Neuverhandlung der Förder- und Lieferverträge, die Produktion musste an YPFB übergeben werden, die die Vermarktung und Kontrolle übernommen haben. Neben massiven Preiserhöhungen, die Preise in den alten

²⁵ Anmerkung: Petrobras verfügte 2002 über 39,3% der Erdgasreserven und war somit im Besitz der meisten Reserven, wodurch auch der politische Einfluss sehr groß war. (Radhuber 2012a: 124)

Verträgen waren deutlich zu niedrig (Anhang, Tabelle 5), kam es zu weiteren Steuererhöhungen. In diesem Prozess präsentierte sich die Regierung als progressiver als sie tatsächlich war, denn die Steuererhöhung auf 50% (Förderkonzession 18% + Steuern 32%) wurden schon von *Carlos Mesa* 2005 durch das Gesetz 3058 eingeführt. Es wurde nur eine temporäre Zusatzsteuer (bis zum Abschluss der Neuverhandlungen) auf die zwei größten Förderstätten (San Alberto und San Antonio) eingeführt, die jedoch 2007 gemeinsam rund 80% der Exporteinnahmen erwirtschafteten. Durch diese Zusatzsteuer stiegen die Abgaben auf die Förderung auf 82% an. (Kaup 2010: 129f.; Radhuber 2012a: 134, Arze Vargas, Gómez 2013: 21) Die „konsensorientierte Nationalisierung“ sah eine vertragliche Neuverhandlung der Lieferverträge binnen 180 Tagen vor. Im Zuge dessen wurden Rechte, Befugnisse und Privilegien an den Staat übergeben, die Besitzstrukturen und Eigentumsverhältnisse wurden aber nicht angetastet. (Radhuber 2012a: 133) Zusätzlich eignete sich der Staat durch eine Aktienübernahme die Mehrheit von zumindest 50% +1 an. Davon betroffen waren allerdings nur die in den 1990ern privatisierten Staatsbetriebe. Im Bereich des Kohlenwasserstoffsektors wurden somit die privatisierten Teile von YPFB aufgekauft²⁶. (Arze Vargas, Gómez 2013: 22) Resultat dieser Nationalisierung ist eine gemischte Unternehmensstruktur, bei der der Staat keine Monopolstellung einnimmt, jedoch auf Grund des Mehrheitsanteiles wesentliche Entscheidungsbefugnisse inne hat und am Gewinn beteiligt ist. (Radhuber 2012a: 135) Kam es hinsichtlich der Kontrolle und Besitzrechte zu einer bedeutenden Umstrukturierung, hat sich die Orientierung auf den Exportmarkt nicht verändert. Dies liege einerseits daran, dass die bestehenden Lieferverträge mit Argentinien und Brasilien eingehalten werden müssen, andererseits die Infrastruktur auf den Export ausgerichtet und ein Ausbau der Förderung notwendig ist, um überhaupt verstärkt den Binnenmarkt zu versorgen. Diesbezüglich spricht Kaup von einer außenorientierten Pfadabhängigkeit anhand sozio-materieller Charakteristika der Primärgüterstruktur. Daraus resultierend beschreibt er die Nationalisierung als eine neoliberale Nationalisierung, da die neue Regulierung die grundlegenden Interessen lokaler Eliten und internationaler Investoren, die aktiv für das bestehende Modell werben, nicht antasteten. (Kaup 2010: 124f., 131) Die ausländische Dominanz wurde nicht abgebaut, es kam aber seither zu einer Umstrukturierung hin zu PETROBRAS als dominanten transnationalen Akteur. Der Anteil der staatlichen

²⁶ Anmerkung: Dabei wird allerdings kritisiert, dass es zu einer Übertragung der noch im Staatsbesitz verbliebenen Teile kam (ca. 45% der aufgekauften Aktien), die entsprechend der Kapitalisierung von Sanchez de Losada die bolivianische Bevölkerung zu direkten TeilhaberInnen der Unternehmen machte. Somit kam es eigentlich zu einer Enteignung des bolivianischen Volkes. (Arze Vargas, Gómez 2013: 22)

Förderung der verstaatlichten *Chaco/Andina* reduzierte sich von 24,48% (2005) auf 17,84% (2010). (Arze Vargas, Gómez 2013: 24, Grafik 2)

Wie oben dargestellt, hat die Nationalisierung zu erhöhten Steueraufkommen und Einnahmen aus den Gewinnen geführt. Die Steuerstruktur rund um diese Abgaben und deren Verteilung ist relativ komplex. Neben der Zentralregierung (Nationales Schatzamt) fließen erhebliche Anteile an die Gemeinden und die Departments, was wiederum zu regionalen Spannungen und unterschiedlichen regionalen Entwicklungsmöglichkeiten führt. Die Spannungen rund um die territoriale Kontrolle und Verteilung artikulierten sich – wie in einer Analyse im erdgasreichen Department Tarija dargelegt – in vier Konfliktdimensionen: (1) Spannungen um die nationalen Forderung nach einer gerechten Verteilung, (2) Absicherung der Einflussmöglichkeiten und Entwicklungswege der Departments, (3) Formen subregionaler Autonomieforderungen, (4) Forderung nach indigener Autonomie und Anerkennung des Landes als gemeinschaftliches Territorium (TCO - *Tierra Comunitaria de Origen*). (Humphreys Bebbington, Bebbington 2010) Dieser letzte Punkt gilt als wesentlich im Spannungsfeld unterschiedlicher Wirtschaftlogiken, da sich die in diesem Kontext die kapitalistische Extraktion und die gemeinschaftliche Wirtschaftsform gegenüberstehen. In diesem Sinn handelt es sich um jenes Spannungsfeld, dass sich um das Konzept der pluralen Ökonomie als alternative Entwicklungsstrategie zeigt.

Wie strukturiert sich nun diese Kohlenwasserstoffsteuer, dass es auch zu wesentlichen regionalen Spannungen kommt?

Die Einnahmen aus dem Kohlenwasserstoffsektor setzen sich aus (1) der direkten Steuer IDH (*Impuesto Directo a los Hidrocarburos*), (2) den Förderabgaben, (3) den indirekten Steuer auf den Konsum und den (4) Einnahmen von YPFB zusammen. (Valencia, Bornhorst 2010: 12) Betrachtet man nur den Förderungsbereich ohne die Konsumabgaben, so ergibt sich eine Gewinnbeteiligung für den Staat von 65% (2010), wobei sich dieser inkl. Gewinnsteuern der Unternehmen auf 73% erhöht. (Arze Vargas, Gómez 2013: 23, Tab. 6) Die Verteilung der Einnahmen bildet eine sehr komplexe Struktur, die sich unterteilt in Anteile für das Nationale Schatzamt, die Departments, die *Renta Dignidad*, den Universitäten und dem indigenen Fond. Die Förderkonzessionen verbleiben zu einem Großteil bei den Departments. (Details siehe Radhuber 2012a: 263-266; Valencia, Bornhorst 2010: 12, 21) Somit ergeben sich gewisse Ungleichheiten in der Verteilung, die vor allem kleine und ressourcenreiche Departments bevorteilen. (vgl. Valencia, Fabian; Bornhorst, Fabian 2010: 10f.; Gray Molina, Yañez 2010: 16) Resultat hiervon ist, dass auch in anderen Departments versucht wird, Erdgas zu fördern bzw. generell den Extraktionssektor auszubauen. (Bebbington, Humphreys Bebbington 2011: 138) Diese

ungleiche Verteilung der Ressourcen fördert damit den Ausbau des Rohstoffabbaus. Es zeigt sich eine Vertiefung kapitalistischer Extraktion, die Grundgedanken der pluralen Ökonomie als alternatives Entwicklungsmodell und die Abkehr vom Extraktionsregime werden damit aber nicht erfüllt.

Diese drastisch veränderten Steuerstrukturen im Kohlenwasserstoffsektor haben eine ganz wesentliche Auswirkung auf die Staatseinnahmen. Durch die gesteigerten Einnahmen hat sich das Staatsbudget enorm vergrößert (vgl. Radhuber 2012a: 196, Tab. 10) wobei man bei einer detaillierten Betrachtung der Staatseinnahmen eine klare Abhängigkeit vom Rohstoffsektor erkennen kann. Der Anteil der direkten Steuer auf Erdöl und Erdgas betrug 2011 21,48% der gesamten Steuereinnahmen. (Radhuber 2012a: 201f., Tab. 3) Gleichzeitig stiegen die Einnahmen des Staatsbudgets, finanziert durch die öffentlichen Unternehmen, von 24,6% (2006) auf 48,4% (2011), seit 2008 (45,7%) ist dieser Anstieg jedoch nur mehr gering. (Radhuber 2012a: 199, Tab. 2) Hierin erkennt man, dass die Nationalisierungen zu enormen Veränderungen und Verschiebungen der Staatseinnahmen führte, wodurch die Bedeutung der Staatsbetriebe stark anstieg. Bei näherer Betrachtung erkennt man, dass hier ebenfalls der Hydrokarbonsektor diese Einnahmen dominiert. Im Jahr 2011 betrug der Anteil von YPFB an den Einnahmen 85%, gleichzeitig repräsentiert dieses Unternehmen 19% des BIPs. (Ministerio de Economía y Finanzas Públicas 2012a: 1)

Neben dem Kohlenwasserstoffsektor ist der Bergbau von strategisch wichtiger Bedeutung. Bolivien ist ein traditionelles Bergbauland, das seit der Kolonialisierung mit dem Silberabbau von Potosí vom Mineralexport geprägt ist. Wie die Preise für Erdgas und Erdöl, so stiegen in der letzten Dekade auch die Rohstoffpreise auf unterschiedliche Mineralien am internationalen Markt. Dadurch ergaben sich für den Bergbau verbesserte Einnahmen aus dem Ressourcenreichtum des Landes. Im Zuge der Nationalisierungsinitiativen kam es auch im Minensektor zu Veränderungen der Besitzverhältnisse. Davon betroffen waren die Mine in Huanuni (2006) und das Metallurgie-Unternehmens Vinto (2007), um die wichtigsten zu erwähnen. Außerdem ist es im Zuge der Rohstoffnationalisierung zu Veränderungen im Bergbau gekommen, wodurch wesentliche Kompetenzen an das staatliche Bergbauunternehmen COMIBOL (*Corporación Minera de Bolivia*) übertragen wurden. Neue ausländische Investitionen müssen seither mit COMIBOL verhandelt werden. Dabei muss COMIBOL als Teilhaber über 50% + 1 der Anteile an diesen neuen Förderstätten und Anlagen verfügen. (vgl. La Razon 18.02.2013; García Linera 2012b; MAS - IPSP 2009: Kap. A, Abs. 1.2)

Es kam auch im Bereich der Förderabgaben und Konzessionen zu Veränderungen, jedoch nur in geringem Ausmaß. Entsprechend des Gesetzes 3787 vom 24.11.2007 werden die Abgaben neu geregelt. Diese Abgabe richtet sich seither nach dem aktuellen Brutto-Verkaufswert in US-Dollar (Art. 97) und wird je Metall durch eine Abgabequote geregelt. (Art. 98). Dabei liegt der Höchstsatz bei gerade einmal 5%, mit Ausnahme von Gold (jedoch nur bei Abbaumethoden ohne hohen Technologieeinsatz – 7%) und Silber (6%). Vorteile gibt es für den Verkauf am internen Markt, da nur 60% der Forderungen fällig werden. Diese Abgaben fließen zu 85% an das Department, wovon wiederum 85% in öffentliche Investitionen fließen müssen und davon 10% in die Erkundung und Förderung reinvestiert werden müssen. (Ley 3787) Die Quotenabgabe richtet sich nach einer vorgegebenen Preistabelle je Produkt. Sind die Preise niedriger als diese festgesetzten Werte, müssen nur die Quoten-Abgaben gezahlt werden, sind sie jedoch gleich oder höher, ist eine zusätzlich Abgabe von 12,5% zu verrichten. (Art. 101, 102) Daneben ist noch die Steuer ICM (*Impuesto Complementario Minero*) zu zahlen, diese wurde allerdings nicht verändert. (Ley 3787) Die gesteigerten Einnahmen gehen daher auf die gesteigerte Produktion und die verbesserten Marktpreise zurück. Die Politik zeigt sich dem Minensektor gegenüber als wenig progressiv, da der Anteil der staatlichen Abgaben zwischen 2006 und 2009 lediglich 7% der Förderung betragen. (Arze Vargas, Gómez 2013: 28, Tab. 8)

Es ist festzustellen, dass die beiden oben erwähnten Betriebe (*Huanuni* und *Vinto*) eine wesentliche Rolle im Bergbaubereich inne haben, die sich in einer steigenden Produktion und in steigenden Investitionen zeigt. Haben diese Unternehmen zwar eine wichtige Funktion für den Staat, so sind sie durch die Volatilität, Abhängigkeit und von kapital-intensiven Investitionen geprägt. (vgl. García Linera 2012b: 17-34)

Diese staatlichen Initiativen im strategischen Minensektor weisen deutlich auf einen Ausbau und eine Intensivierung kapitalistischer Verhältnisse hin. Die fiskalische Abhängigkeit des Staates von den Rohstoffeinnahmen erhöhen die Notwendigkeit weitere Gewinne zu erzielen. Somit ergibt sich der Zwang nach weiterer Expansion, um dadurch die Staatseinnahmen zu erweitern und die Volatilität des Rohstoffmarktes etwas zu verringern. Dies zeigt sich z.B. im Ausbau der Förderung in *Huanuni*. Um diesen Ausbau finanzieren zu können, müssen die Einnahmen aus der Extraktion wiederum reinvestiert werden, wobei es sich vor allem um sehr technologieintensive und somit sehr teure Investitionen handelt. Daneben sind zusätzliche Investitionen notwendig, um die Elektrizitätsversorgung zu gewährleisten. (vgl. García Linera 2012a: 23; García Linera 2012b: 20f.) Hieraus zeigt sich ein direktes Verhältnis zwischen

dem strategischen Sektor und Investitionen in Infrastruktur und Energieversorgung, wodurch die Abhängigkeit von Einnahmen aus dem Rohstoffsektor weiter steigt.

Nationalisierung strategischer Versorgungsunternehmen

Neben der Nationalisierung rund um die strategischen Ressourcen kam es im Laufe der Amtszeit von Evo Morales zu weiteren Nationalisierungen, die den Dienstleistungs- und Versorgungsbereich betrafen. Betroffen waren dabei jene Dienstleistungsunternehmen, die zuvor in der neoliberalen Epoche der 1990er privatisiert wurden. Hervorzuheben sind hierbei der Energiesektor und der Telekommunikationssektor. Im nationalen Entwicklungsplan erkennt man eine Kritik an der Unterversorgung der ländlichen Regionen, also jener Gebiete, die am stärksten von Armut betroffen sind. Das Ziel soll eine universelle Versorgung mit Elektrizität, Telekommunikation, Wasserversorgung, Gas und Abwasserversorgung sein. (vgl. MAS – IPSP 2009: Kap. C, Abs. 20.) Hinsichtlich der Gasversorgung gibt es auch von YPFB weitreichende Investitionen zur Ausweitung der nationalen Versorgung, Zielregionen sind dabei aber vor allem Städte. (La Razón 06.03.2013) Der nationale Konsum soll dadurch angekurbelt werden, um die Abhängigkeit nach außen etwas zu minimieren. Dass der Ausbau vor allem in den Städten geschieht, hängt dabei mit der Infrastruktur zusammen, wo eine breite Versorgung leichter gewährleistet werden kann und das Konsumpotential deutlich höher einzuschätzen ist. Andererseits wird damit versucht mittels Angebot die Nachfrage und somit auch den Umsatz am Binnenmarkt zu fördern.

Der Elektrizitätssektor spielt im Nationalen Entwicklungsplan eine wichtige Rolle. Nationale Versorgung aber auch Exporte sind die Ziele, gerade der Bereich der Wasserkraft gilt als Exportpotential. (vgl. MAS – IPSP 2009: Kap. A, Abs. 1.3; Kap. C, Abs. 10) Zentral im Ausbau der staatlichen Energieversorgung ist die Re-Nationalisierung des ehemaligen Staatsunternehmens ENDE (*Empresa Nacional de Electricidad*) und dessen Neugründung. Dadurch hatte sich der Staat bis 2010, die Nationalisierungen wurden am 1. Mai 2010 vollzogen, wieder 74% der nationalen Stromversorgung angeeignet. Betroffen von diesen Maßnahmen waren drei der vier größten Stromanbieter (*Corani, Cuaracachi, Valle Hermoso*). (García Linera 2012b: 72f., La Razón 18.2.2012) Aber nicht nur diese Stromanbieter waren von den Maßnahmen der Regierung betroffen. Zusätzlich wurden im Mai 2012 der Stromnetzbetreiber TDE (*Transportadora de Electricidad*) durch die Enteignung der Aktienanteile des spanischen Unternehmens REE (*Red Electrica Española*) nationalisiert. (La Razón 18.2.2012) Seither kam es zum Ausbau der bestehenden und zum Bau neuer Anlagen. Dabei hebt García Linera hervor, dass der Staat enorme Investitionen in kurzer Zeit einbrachte, während die Investitionen ausländischer Unternehmen relativ mäßig ausfielen. Es

fällt aber auf, dass sich seit 2010 die Investitionen auf den staatlichen Sektor begrenzen. (García Linera 2012b: 75) Neben der Versorgung werden als wesentliche Funktionen dieser Unternehmen deren Gewinne und Steuerleistungen und deren Rolle als ArbeitgeberIn hervorgehoben. Ein sozial gerechter Tarif „*Tarifa Dignidad*“ und Beteiligungen an der universellen staatlichen Pension *Renta Dignidad* stärken den sozialen Charakter und die gesellschaftliche Verantwortung, die Gewinnorientierung muss aber aufrecht erhalten bleiben. Mit Bezug zur Rolle als ArbeitgeberIn sollte man nicht all zu euphorisch sein, arbeiteten 2011 doch lediglich 2710 Menschen in den staatlichen Dienstleistungsunternehmen wie z.B.: ENDE, BoA (*Boliviana de Aviación*), TAB (*Transportes Aéreos Bolivianos*). Dabei wuchs die Anzahl der Arbeitnehmer seit 2005 um gerade einmal 775 Personen. (García Linera 2012b: 76; Ministerio de Economía y Finanzas Públicas 2012a: 11)

Ziel des staatlichen Telekommunikationsanbieters ENTEL ist eine verbesserte Versorgung, die gerade die abgeschiedenen ländlichen Regionen einbinden soll. Seit der Nationalisierung kam es zu deutlichen Verbesserungen auf Grund breiter Investitionen, wodurch die Kundenanzahl gestiegen ist. Die Netzabdeckung hat sich von 110 auf 324 Gemeinden erhöht, was einher ging mit einem Anstieg der Investitionen von 337% innerhalb von drei Jahren (Vergleichszeitraum 2006-2008 vs. 2009-2011; Durchschnittliche Investitionen pro Jahr von 2009-2011: US-\$ 92 Mio.). Gleichzeitig kam es auch bei ENTEL zu einer direkten Kopplung der Unternehmensumsätze und Einnahmen an die *Renta Dignidad*. (vgl. García Linera 2012b: 35 - 39; Ministerio de Economía y Finanzas Públicas 2012a: 12) Es sind zwar die Einnahmen für den Staat deutlich gestiegen (2010: US-\$ 36,6 Mio. an Steuern, 33,6 Mio. für die *Renta Dignidad* und 74,7 Mio. an Unternehmensgewinnen (García Linera 2012b: 36)), jedoch sind die Investitionen sehr hoch und decken die Gewinne bisher nicht ab. Investitionen sind wesentlich für den Ausbau der Versorgung und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, um langfristige Gewinne zu ermöglichen. Jedoch entzieht sich der Sektor nicht dem Konkurrenzverhältnis, sondern steht in direkter Konkurrenz zu den anderen Telekommunikationsbetreibern. Ein weiterer Aspekt zur verstärkten Telekommunikations-Integration stellt auch die Einführung einer Sekundenabrechnung durch die *Tarifas de Inclusión Social* (Tarif zur sozialen Inklusion) (MAS – IPSP 2009: 30) dar. Damit wurde das System besser an die geringen Konsummöglichkeiten einkommensschwacher Gruppen angepasst, damit diesen ein verbesserter Marktzugang ermöglicht wird.

Die Unternehmen agieren aber nicht abseits kapitalistischer Verhältnisse. Durch die staatlichen Forderungen nach Mehrwert in Form von Steuern und Abgaben für das Pensionssystem müssen sie auch den „Spielregeln“ kapitalistischer Märkte folgen. Dadurch,

dass es eine direkte Anbindung an die *Renta Dignidad* gibt, verstärkt sich dieser Zwang zu Akkumulieren, damit sie diese Abgaben tatsächlich aufrecht erhalten können. Zusätzlich muss die Konkurrenzfähigkeit gewährleistet werden, um die Gewinne aufrecht zu erhalten (wie im Falle von ENTEL). Durch eine angebotsorientierte Strategie sollen die Bedürfnisse gesteigert werden, um den Kundenstamm zu erweitern. Diese Form der Inklusion führt zu einer verstärkten Marktintegration, es steigen aber auch die Zwänge zur Teilhabe am kapitalistischen System, da sich die Form der Reproduktion verändert. Diese veränderten Konsumnormen können die soziale Realität der gemeinschaftlichen Organisationen beeinflussen und deren Charakter verändern. Gleichzeitig wird durch die Verknüpfung mit den Sozialmaßnahmen die gesellschaftliche Verantwortung hervorgehoben, jedoch innerhalb kapitalistischer Verhältnisse. Dadurch, dass die staatlichen Unternehmen direkt mit den Sozialprogrammen verknüpft sind, entsteht eine Art der kollektiven Verantwortung dafür, dass der gute Gang der Geschäfte der Staatsbetriebe aufrecht erhalten werden muss. Insofern verstehe ich dies auch eine Form der Intensivierung kapitalistischer Verhältnisse, die hier speziell die Konsumnormen ins Zentrum der Kritik rückt.

5.1.3. Initiativen zur Intensivierung und Diversifizierung der Produktionsmatrix

Landwirtschaftliche Intensivierung durch das staatliche Unternehmen EMAPA

Das staatlich gegründete Unternehmen EMAPA (*Empresa de Apoyo a la Producción de Alimentos*) gilt als ein Instrument, um die Produktion im Agrarbereich zu fördern. Zielgruppe der Förderung sind KleinproduzentInnen, die aktuell nur in Form von Produktionsverbänden²⁷ gefördert werden. Seit kurzem werden auch mittelgroße Unternehmen gefördert, jedoch gibt es hierzu aufgrund der aktuellen Neuerungen noch keine genauen Regelungen. Dabei beschränkt sich die Förderung ausschließlich auf die Produktion von Mais, Weizen und Reis, bis 2010 wurde die Produktion von Soja zusätzlich noch gefördert. Die Förderung gliedert sich in zwei Formen: (1) Zinsfreie Bereitstellung von Ressourcen (Saatgut, Treibstoff, Pestizide,...), (2) Fortbildungsmaßnahmen zur Verbesserung der Produktionsmethoden. (vgl. Besprechung EMAPA) Die Förderungen zielen auf eine verstärkte Binnenmarktorientierung ab und sollen die Importabhängigkeit von Mais, Weizen und Reis reduzieren. Die Subvention der Sojaproduktion wurde hingegen eingestellt, da die nationale Produktion den Bedarf mehr

²⁷ Anmerkung: Bei näherer Betrachtung der juristischen Anforderungen zeigt sich, dass diese Form des Gemeinschaftlichen auf individuellen Kriterien und Vorgaben beruht. Das Gemeinschaftliche wird anhand bürgerliche-individueller Charakteristika bestimmt. (*EMAPA 2013: [o.S.]*) Dadurch geht allerdings die Form des Gemeinschaftlichen (*lo comunitario*), verloren, also jene Organisationsform, die es im Konzept der pluralen Ökonomie zu unterstützen gilt.

als abdeckt. Durch die Begrenzung der Exporte wird zusätzlich garantiert, dass der nationale Verbrauch gesichert wird. (vgl. La Razón 07.03.2013)

Neben diesen Fördermaßnahmen liegen die wesentlichen Aufgaben im Einkauf der Produkte und deren Lagerung, um die Versorgung kontinuierlich zu gewährleisten und Preissprünge zu unterbinden. Stabile und gerechte Preise für die ProduzentInnen und KonsumentInnen sind im Fokus der Marktintervention von EMAPA. Den ProduzentInnen wird ein besserer Preis gezahlt, der 50% über den Marktpreisen liegt. Da die Produktion der unterstützten ProduzentInnen nicht ausreicht, um die Ernährungssouveränität und Preisstabilität zu garantieren, werden die oben genannten Produkte auch von anderen ProduzentInnen gekauft. Der Verkauf der Produkte erfolgt ebenfalls zu besseren Konditionen, die 10% unter den Marktpreisen liegen. Um diese Produkte zu diesen Konditionen zu erhalten, verpflichten sich die verarbeitenden Betriebe (z.B. Bäcker,...) ihre Produkte zu einem vereinbarten Preis zu verkaufen. (vgl. Besprechung EMAPA) Diese Subventionspolitik der Preisstabilisierung fördert eine konsumorientierte Preispolitik. Raúl Prada kritisiert in diesem Zusammenhang, dass sich EMAPA zu sehr auf die Preisstabilität durch Subventionen konzentriert, die Produktivitätsförderung im Verhältnis dazu allerdings vernachlässigt wird. (Prada Alcoreza 2013b: [o.S.]) Da laut Poma KleinstproduzentInnen scheinbar nicht durch EMAPA gefördert werden (Poma 2010: 328), führt die Niedrigpreispolitik zu großen Nachteilen für diese. Profiteure der Subventionspolitik sind nicht nur die geförderten ProduzentInnen, sondern gerade die größeren ProduzentInnen profitieren durch die konsumorientierten Maßnahmen, da sie verbesserte Abnahmemöglichkeiten zu vorteilhaften Konditionen haben.

Auf politischer Ebene spielt EMAPA eine jedoch nicht unwesentliche Rolle, da diese eine Schwächung der politischen Einflusskanäle der Agraindustrie verringert. „Die Klientelwirtschaft auf dem Land, die die Rentiers des Landes im agro-industriellen Sektor aufgezogen haben, wurden durch das staatliche Nahrungsmittel erzeugende Unternehmen EMAPA [...] enorm geschwächt.“ (Toussaint 2010: 172) Dadurch können v.a. die verbreitet im Tiefland bestehenden patrimonialen Beziehungen der politökonomischen Macht und Einflussnahme (vgl. Tapia Mealla 2012: 290, 302) geschwächt werden. Diese wirtschaftspolitische Intervention verändert nämlich nicht nur das Konkurrenzverhältnis zwischen den ProduzentInnen, sondern soll eben auch die ökonomisch bedingten politischen Einflussmöglichkeiten der dominanten Agraroligarchie schwächen. Somit zielt dies auf eine Schwächung des Mobilisierungspotentials der Tiefland-Opposition ab, die ihre wirtschaftspolitische Machtposition nutzen, um ihre politischen Interessen besser durchsetzen zu können.

Nationalen Entwicklungsbank und Förderung des produktiven Sektors

Die nationale Entwicklungsbank (*Banco de Desarrollo Productivo*) gilt als Instrument zur Förderung des produktiven Sektors, um eine Diversifizierung der Produktionsmatrix voranzutreiben. Im Zuge dessen werden Kredite ausschließlich für diesen Sektor vergeben, Mikrokredite für Handel und Dienstleistungen werden nach eigenen Angaben nicht vergeben. Die Bank selbst wurde am 1.1.2007 per Dekret (*Decreto Supremo 28999*) vom Staat übernommen, wobei sich die Beteiligung auf 80% beläuft. Dadurch entstand aus der vormaligen privaten NAFIBO (*Nacional Financiera Boliviana*) die gemischte Aktiengesellschaft der BDP. (Banco de Desarrollo Productivo S.A.M. 2008: 9) Durch diese Kapitalaufstockung sollte ein Instrument entwickelt werden, das eben speziell die Produktivität vorantreiben sollte. Um dies zu erreichen wurde ein spezieller Fond (FDP – *Fideicomiso para el Desarrollo Productivo*) eingerichtet.

Wie bereits aus der Analyse des Nationalen Entwicklungsplanes hervorging (Kap. 5.1.1.), wird die Entwicklungsbank als ein politisches Instrument verstanden, das durch gezielte Interventionen die ökonomische Transformation mitgestalten soll. In diesem Sinn wird ihre Funktion auch im Hinblick auf die neue Verfassung und die plurale Ökonomie verstanden, die den Rahmen für die wirtschaftliche Entwicklung vorgibt. „[D]urch Verteilungsmechanismen der nationalen Einkommen sollen exkludierte Sektoren und Regionen finanziert werden, die ökonomische, produktive und kulturelle Diversität des Landes anerkannt und die staatliche Präsenz in der Finanzierung der produktiven, gemeinschaftlichen und sozialen Entwicklung gestärkt werden.“²⁸ (Banco de Desarrollo Productivo S.A.M. 2009: 19) Somit wird hier bereits auf die wirtschaftliche Pluralität und die Förderung einer sozial orientierten Wirtschaft verwiesen. Die genaue Ausgestaltung und ob es sich dabei tatsächlich um eine Abkehr von kapitalistischen Verhältnissen handelt, bleibt aber in den Dokumenten ausgespart.

Im Folgenden wird nun auf die Mechanismen und Maßnahmen der Entwicklungsbank eingegangen, wobei sich der Fokus der Analyse auf den Zusammenhang mit den politischen Zielen der pluralen Ökonomie richtet.

Die Entwicklungsbank agiert nicht direkt am Markt, sondern gilt als eine Institution „zweiter Ebene“²⁹, d.h. die Kredite werden über andere Bankinstitutionen (als eine Art

²⁸ Original: „[...] con mecanismos de redistribución del ingreso nacional a través del financiamiento a sectores y regiones excluidas, reconociendo la diversidad económica, productiva y cultural del país y, fortaleciendo la presencia del Estado en el financiamiento del desarrollo productivo, comunitario y social.“

²⁹ Anmerkung: Aktuelle Pläne zielen darauf ab, dass die BDP auch direkt als Finanzinstitut am Kreditmarkt auftritt, um somit die Reichweite zu erhöhen. (La Razón 05.03.2013b)

Zwischenhändler) ausbezahlt. In diesem Prozess wird nicht das ganze Kapital zur Verfügung gestellt, sondern bis zu 80% der Kreditsumme stammen aus dem Portfolio der Entwicklungsbank, den Rest muss das jeweilige Finanzinstitut übernehmen. Dabei ergibt sich ein variabler Zins für die Kredite, der sich je nach unterschiedlicher Aufteilung des Kreditumfangs zwischen der BDP und den jeweiligen Finanzinstitutionen ergibt. Dieser darf aber maximal 19% betragen. Während Mikrokredite auf max. 5 Jahre vergeben werden, haben Kredite für kleine und mittlere Unternehmen eine maximale Laufzeit von 8 Jahren (inkl. 1 Jahr Tilgungsstreckung), sofern diese für Investitionen herangezogen werden. Dient der Kredit dazu, um die laufenden Kosten und Prozesse zu stützen, dann beträgt die Laufzeit maximal 3 Jahre (inkl. 6 Monate Tilgungsstreckung). (Daten angefragt bei BDP)

Zusätzlich wurde ein staatlich finanzierter Fond zur Förderung des produktiven Sektors eingeführt. Dieser Fond (FDP – *Fideicomiso para el Desarrollo Productivo*) bietet den Vorteil, dass er einen festen Zinssatz von 6% hat. Es wird eine Laufzeit der Kredite von bis zu 12 Jahren ermöglicht, die Tilgungsstreckung beträgt max. 2 Jahre wobei hiermit alle anerkannten juristischen Einheiten unterstützt werden, d.h. das neben individuellen UnternehmerInnen auch gemeinschaftliche Formen mit juristischem Status Zugang zu diesen Krediten erhalten. Die Kredite müssen entsprechend der von der Regierung bevorzugten produktiven Wirtschaftszweige eingesetzt werden, wenngleich hierbei die strategischen Sektoren ausgenommen sind (Kohlenwasserstoff, Bergbau, Energie). (BDP 2013: [o.S.])

Entsprechend der Vorgaben und Ziele können also auch gemeinschaftliche Produktionseinheiten Kredite bei der Entwicklungsbank beziehen. Dadurch kommt man der Forderung nach, dass die Pluralität gefördert wird. Unklar bleibt bisher jedoch, ob dies durch die Anbindung an die juristisch anerkannten Gemeinschaftsformen tatsächlich dem Gemeinschaftscharakter unter Berücksichtigung kultureller Werte und Normen entspricht. Betrachtet man die juristischen Vorgaben von BDP (Informationen angefragt bei BDP) so erkennt man, dass diese stark an liberale und repräsentative Kriterien angepasst sind. Die Gemeinschaften müssen über bestimmte Köperschaften und Statuten verfügen, denen zufolge alle ihre Mitglieder eingetragen werden müssen. Repräsentiert werden diese durch einen Vorstand, der als rechtlicher Vertreter agiert. Demzufolge ist die Teilnahme an einer Produktionsgemeinschaft an den individuellen Status und die Besitzstruktur geknüpft. Kulturelle Aspekte der Gemeinschaft werden damit allerdings ausgeblendet. Natürlich sind die Handlungsspielräume begrenzt, wodurch der Staat gewisse Garantien verlangt. Die Kritik muss allerdings im Sinn der pluralen Ökonomie als Perspektive zur Förderung des gemeinschaftlichen Charakters verstanden werden. Durch diesen Bezug zum individuellen

Eigentum und der repräsentativen Ausgestaltung der Organisationsformen wird hier davon ausgegangen, dass dieser Gemeinschaftscharakter tendenziell zerstört wird, wodurch sich die Transformationspotentiale weiter verringern.

Abschließend sollen nun noch die getätigten Investitionen aufgelistet und analysiert werden. Der mit Abstand größte Anteil (75%) fließt in den Agrarsektor zur Herstellung von Nahrungsmitteln. Der zweite Zielbereich ist der Textilsektor, der gerade in den Departments La Paz und Cochabamba stark gefördert wird, in diesen Bereich fließen ca. 12% der aufgewendeten Mittel. Die Holzverarbeitung stellt mit ca. 4,7% den drittgrößten Förderbereich dar und die restlichen Mittel werden zu einem Großteil für die verarbeitende Rohstoffverarbeitung verwendet. (Tabelle 2) Von den ausbezahlten Krediten fließen 71% direkt in Investitionen, während der Rest die operativen Kosten abdeckt. (Tabelle 3)

Tabelle 2: Kreditvergabe FDP je Produktionszweig (2007 - März 2013)

Produktionszweig	Summe (Bs.)	Anteil an gesamter Investition	Anzahl der Kredite	Durchschnittlicher Kreditumfang (Bs.)
Nahrungsmittel	1.066.823.076	75,00%	19.986	53.379
(Kunst)Handwerk	25.852.070	1,82%	401	64.469
Keramik	6.769.652	0,48%	102	66.369
Lederverarbeitung	17.623.306	1,24%	309	57.033
Holz	67.199.124	4,72%	1.108	60.649
Baumaterialien	25.858.640	1,82%	328	78.837
Metallverarbeitung	18.262.307	1,28%	270	67.638
Goldschmiede	3.639.400	0,26%	73	49.855
Kunststoffverarbeitung	1.998.400	0,14%	27	74.015
Textilien	172.857.748	12,15%	2.428	71.193
Tourismus	15.566.432	1,09%	180	86.480
Gesamt	1.422.450.155	100%	25.212	56.420

Eigene Darstellung. Quelle: BDP, Angefragte Daten.

Tabelle 3: Verwendungszweck der Kredite.

Verwendung der Ressourcen		
	Summe	%
Operatives Kapital	411.549.611	28,93%
Investitionskapital	1.010.900.544	71,07%
Gesamt	1.422.450.155	100,00%

Eigene Darstellung. Quelle: BDP, Angefragte Daten.

Betrachtet man noch zusätzlich die Aufteilung der Kredite ja nach Organisationsform, so erkennt man, dass es kontinuierlich zu einem Rückgang des Anteiles gemeinschaftlicher Kredite kam, der 2011 erstmals auch nominell an Umfang verlor. Dabei belaufen sich die Kredite an gemeinschaftliche Unternehmen und Gesellschaften auf 26,5% (169 Kredite). (Tabelle 4)

Tabelle 4: FDP-Kreditvergabe je Organisationsform

	Individuelle Kredite			Gemeinschaftliche Kredite		
	Anzahl	Kreditumfang in Bs.	Anteil	Anzahl	Kreditumfang in Bs.	Anteil
2007	2590	117.300.000	39,8%	66	177.500.000	60,2%
2008	12432	574.606.228	63,5%	137	329.823.640	36,5%
2009	17192	782.397.245	68,0%	156	368.920.456	32,0%
2010	19252	867.784.737	68,7%	172	395.366.263	31,3%
2011	21.169	917.810.000	73,5%	169	330.270.000	26,5%

Eigene Darstellung. Quelle: BDP 2008, 2009, 2010, 2011, 2012.

Die erhaltenen und hier dargestellten Daten zeigen, dass trotz der formalen Möglichkeiten nur ein geringer Anteil an gemeinschaftlichen Krediten vergeben wurde. Unklar bleibt hier jedoch, ob dies an den rechtlichen und juristischen Vorgaben liegt, die gemeinschaftliche Produktionsformen erfüllen müssen, oder ob der Bedarf danach auf Grund einer veränderten Sozialstruktur von geringer Bedeutung ist. Dass die Förderung zu einem Großteil in den Agrarbereich fließt, spiegelt die politische Strategie der Nahrungssouveränität wieder. Unklar bleibt jedoch, ob diese Investitionen auf den Export oder auf den Binnenmarkt abzielen. Im Gegensatz dazu orientiert sich der Textilsektor, der zweite wesentliche Sektor der Förderungen, am Exportmarkt. (vgl. La Razón 08.03.2013)

Die Entwicklungsbank erfüllt hinsichtlich der Diversifizierung des produktiven Sektors eine zwar nicht unbedeutende Rolle, jedoch ist ihre Reichweite auf Grund der beiden Schwerpunkte Nahrung und Textilien nur begrenzt. Zumindest bei letztgenanntem kann zusätzlich eine Außenorientierung festgestellt werden, die als Form der Eingliederung in das kapitalistische System verstanden wird. Hinsichtlich der Forschungsfrage zeigt sich, dass zwar die Möglichkeiten zur Förderung gemeinschaftlicher Organisationen gewährleistet wird, jedoch deren Kriterien durch ihre Ausgestaltung an den bürgerlich-kapitalistischen Staat angepasst sind. Die Form des Gemeinschaftlichen in ihren Potentialen als alternative Organisationsform des wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Alltags wird dadurch aber eben nicht gefördert. Jedoch darf nicht vernachlässigt werden, dass sich trotzdem neue Handlungsspielräume ergeben, wenn auch unter entsprechenden Auflagen.

5.1.4. Sozialprogramme - Armutsbekämpfung, Reproduktionsverbesserung und Chancen erhöhen

In Zusammenhang mit den wirtschaftspolitischen Initiativen und der Forderung zur Reduktion der Armut kam es zur Implementierung sozialpolitischer Verteilungsmaßnahmen, die in ihrer Finanzierung eng an den Extraktionssektor gekoppelt sind. Diese Sozialprogramme sind im Bereich der politischen Legitimation von großer Bedeutung, da sie durch ihren

Umverteilungscharakter auf die sozio-ökonomische Realität der betroffenen Menschen eingehen. Dabei versteckt sich hinter den Maßnahmen, die auf eine punktuelle Verbesserung der Zielgruppe abzielen, eine konservative Transformation, die im staatstheoretischen Sinne revolutionäre Umbrüche und grundlegende Veränderungen unterbindet. Vielmehr sollen politisch besonders artikulationsfähige Gruppen beschwichtigt werden, jedoch in Form eines Abhängigkeitsverhältnisses. (vgl. Leubolt, Tittor 2008: 117) Durch die Abhängigkeit vom politischen System soll die Loyalität und Unterstützung des Machtblocks gesichert werden. Verstärkt durch die Abhängigkeit von bestimmten Wirtschaftssektoren zielen diese Maßnahmen auf eine wirtschaftspolitische Legitimation der Entwicklungsstrategien ab. Der eingeschlagene Weg der Extraktionsökonomie wird dadurch gesellschaftlich verfestigt, da diese dominante Akkumulationsstrategie determinierend auf die materiellen Lebensgrundlagen der Menschen wirkt.

Aktuell gibt es drei unterschiedliche Sozialboni, die jeweils unterschiedliche Zielgruppen und Aspekte der Armutsbekämpfung hervorheben.

Das staatliche Pensionssystem *Renta Dignidad* ist ein universelles Pensionssystem, das jeder Bolivianerin und jedem Bolivianer eine staatliche Mindestrente ab 60 Jahren garantiert. In diesem Rahmen wird ein jährlicher Betrag von Bs. 2400,- (ca. €260,-) bzw. Bs. 1800,- (ca. €200,-) ausbezahlt, wobei jene Personen, die eine andere Pension beziehen, diesen um 25% verringerten Betrag erhält. (vgl. Müller 2009: 168; Eckl 2009) Vergleicht man diese Zahlen mit dem gesetzlich festgelegten Mindestlohn von 2012, so beträgt die jährliche Pension für jene Menschen, die keinen Anspruch auf eine weitere Altersvorsorge besitzen, ca. das 2,5-fache dieses monatlichen Mindestlohns.

In der Form und Gestaltung ist dieses Rentensystem stark inspiriert vom Vorgängermodell des *BONSOL* (*Bono Solidario*), das von Sanchez de Losada eingeführt wurde, um die Privatisierungsmaßnahmen politisch zu legitimieren. (Müller 2003: 56) Es wurden zwar die Form der Auszahlung und die Höhe der Unterstützung neu gestaltet, jedoch unter Beibehaltung eines marktorientierten Charakters. Obwohl diese Rente universell für alle BolivianerInnen über 60 Jahre ausbezahlt wird, richtet sie sich durch ihren begrenzten Umfang primär an jene Leute, die vom Markt ausgeschlossen sind. Die Strukturen des gesamten Pensionssystems bleiben aber bestehen, bei denen die individuelle Verantwortung zur sozialen Absicherung im Markt geregelt wird.

Finanziert wird die *Renta Dignidad* zu einem Großteil aus den Einnahmen des Kohlenwasserstoffsektors, zusätzlich findet sich bei den Staatsbetrieben im

Versorgungsbereich jeweils eine verpflichtende Abgabe, die in das Pensionsmodell fließt. (vgl. Kap. 5.1.2, Dienstleistungssektor) Laut Regierungsangaben profitierten 2011 919.931 Personen (8% der Bevölkerung) von diesen Maßnahmen. (Ministerio de Economía y Finanzas Públicas 2012b) In der Reichweite der Maßnahmen zeigt sich, dass gerade diese Form der geringen finanziellen Zuwendung auf den Nahrungsmittelkonsum wirkt. Zusätzlich ergibt sich für die Landbevölkerung das Potential zur Investition in die Subsistenzwirtschaft. (Willmore 2006: 29) Die Maßnahmen zielen somit in ihrer Reichweite auf die Absicherung der sozialen Reproduktion ab.

Kritik am System der *Renta Dignidad* beschäftigt sich vor allem mit der Frage, ob dieses System primär den Konsum fördert, anstatt die Strukturen der sozialen Ungleichheit anzutasten. Diese Kritik lässt sich auch aus der ursprünglichen Absichtserklärung zur Verwendung der Mehreinnahmen durch die Verstaatlichung ableiten.

„The fact that the Renta Dignidad is largely to be financed from IDH resources, originally destined for ‘education, health, roads, productive development and all that contributes to the creation of jobs’ (Ley No. 3058, Art 57), points to an important change of mind by Bolivia’s developmentalist government in terms of the road towards social justice.” (Müller 2009: 169)

Die zweite Verteilungsmaßnahme bezieht sich auf den Bildungssektor. Durch den *Bono Juancito Pinto* werden jährlich Bs. 200,- (ca. €22,-) an Schulkinder ausbezahlt, sofern diese das staatliche Schulsystem besuchen. Zusätzlich erhalten auch Kinder, die entweder Bildungseinrichtungen für Menschen mit Behinderungen oder die Einrichtung *Educación Juvenil Alternativa* besuchen, diese Förderung. Das Programm wurde in den letzten Jahren schrittweise erweitert und wird nun an alle Schulkinder der ersten bis achten Schulstufe ausbezahlt. Finanziert wird dieser Bonus, der 2010 einen Umfang von ca. 52 Mio. US-\$ erreichte, durch Mittel von YPFB, COMIBOL und Geldern des Nationalen Schatzamtes. (Navarro 2012: 23f.; Radhuber 2012a: 250) Dadurch profitierten 2011 laut Regierungsangaben 1.688.268 SchülerInnen, was gleichbedeutend mit einem Anteil von ca. 15,9% der Bevölkerung ist. (Ministerio de Economía y Finanzas Públicas 2012b)

Die Auszahlung dieses Schulbonus wird in zwei Teilen unternommen. Zu Beginn und zum Ende des Schuljahres wird jeweils die Hälfte ausbezahlt. Gebunden ist diese Auszahlung jedoch an den Schulbesuch, wobei die Schüler dabei 80% der Anwesenheit erreichen müssen, um diese zweite Zahlung zu erhalten. Obwohl im Regierungsdekret 28899 diese Bs. 200,- gesamt vorgesehen sind, werden zu Jahresende aktuell zusätzlich Bs. 100,- ausbezahlt. (Navarro 2012: 24)

Dieses Bildungsprogramm zielt in erster Linie darauf ab, die Schulabbruchrate zu verringern. Dadurch soll die Vererbung des Sozialstatus und der Armut unterbunden werden und die Potentiale für wirtschaftliche Entwicklung und Wachstum gefördert werden. (Navarro 2012: 23) Durch den Konditionierungscharakter der Auszahlung orientieren sich die Maßnahmen an einer Förderung der individuellen Leistungsbereitschaft.

Das dritte Sozialprogramm, der *Bono Juana Azurduy*, unterstützt Frauen ab der Schwangerschaft bis hin zum zweiten Lebensjahr des Kindes. Dadurch versucht man die Kindersterblichkeit, die Sterblichkeitsrate der Mütter und die Unterernährung zu reduzieren. (Radhuber 2012a: 251) Im Jahr 2011 profitierten 683.139 Betroffene von diesen Maßnahmen. (Ministerio de Economía y Finanzas Públicas 2012b) Die Unterstützung beträgt gesamt max. Bs. 1820,- (ca. €200,-) in einem Zeitraum von 33 Monaten, ist jedoch gebunden an Gesundheitskontrollen vor und nach der Entbindung. (Programa de Protección Social Madre Niño Niña - Bono Juana Azurduy [o.J.]

Diese sozialen Programme sind in ihrer Orientierung klar auf die Armutsreduktion und verbesserte Reproduktion ausgerichtet. Somit handelt es sich um Maßnahmen der sozialen Treffsicherheit, die zu einer Verbesserung der ärmsten Bevölkerung führt, wenn auch nur in geringem Ausmaß. So verringerte sich zwar der Anteil der Bevölkerung in relativer und extremer Armut, gleichzeitig stiegen die absoluten Armutszahlen, was auf das Bevölkerungswachstum zurückzuführen ist. Dieses Sozialpaket verändert in seiner Ausgestaltung jedoch nicht die Ursachen der Ungleichheit, da die Strukturen dieser nicht angetastet werden. (Radhuber 2012a: 252f.) In diesem Sinn kann man von politischen Maßnahmen sprechen, die auf eine gesellschaftliche Stabilisierung und politische Legitimierung abzielen. Da die Privilegien und der Reichtum der reicheren Schichten nicht angetastet werden, wird die strukturelle Heterogenität (Córdova 1973; Becker 2008) und staatliche Selektivität durch diese Sozialmaßnahmen vorangetrieben und weiter verstärkt. Dies zeigt sich aus der Verknüpfung der Akkumulationsstrategien mit den Sozialprogrammen. Dabei wird die grundlegende Produktionsstruktur nicht verändert und die Maßnahmen wurden eher auf die Reproduktion und Konsumorientierung ausgerichtet.

Trotz dieser kritischen Anmerkungen bewirken die durchgeführten Maßnahmen aber auch positive Entwicklungen für die reale Lebenssituation der Menschen. Die kritische Betrachtung bezieht sich viel mehr auf den Forschungsaspekt der Suche nach Alternativen und der Förderung des gemeinschaftlichen und sozialen Charakters. Außerdem wird die Struktur der Ungleichheit durch diese Maßnahmen nicht angetastet. Durch die direkte Anbindung an die

strategischen Sektoren und der Extraktionsökonomie sind diese Sozialprogramme jedoch sehr stark abhängig und verwundbar. Darüber hinaus ist der sozialpolitische Handlungsspielraum dadurch stark weltmarktabhängig. Durch diese Verbindung hängt der sozialpolitische Handlungsspielraum sehr stark mit dem Modernisierungsdiskurs als dominante Entwicklungsstrategie zusammen.

5.2. Veränderung der polit-ökonomischen Machtverhältnisse und Durchsetzung dominanter Entwicklungsstrategien

Aufbauend auf den abstrakt-theoretischen Perspektiven des strategisch-relationalen Ansatzes und den Aspekten der Regulationstheorie (siehe Kap. 3) werden im Folgenden die Veränderungen der polit-ökonomischen Kräfte analysiert. Im konkret-komplexen Untersuchungsfeld werden Mobilisierungen, Konflikte und damit einhergehende Bündnisse und Verschiebungen untersucht, um diese mit der Verbindung zur abstrakten Ebene einordnen zu können. Die Analyse zielt darauf ab, die wesentlichen Akteure, deren Interessen und Perspektiven hin zu unterschiedlichen Entwicklungskonzepten herauszuarbeiten. Ziel ist das Aufzeigen einer heterogenen und konfliktbehafteten Allianz innerhalb der sozialen Bewegungen, die sich in den Mobilisierungen vereinten und versuchten ihre Forderungen und Entwicklungsperspektiven zu kanalisieren. Dadurch veränderten sich der politische Einfluss und die Gestaltungsmöglichkeiten unterschiedlicher Akteure. Aus strategisch-relationaler Perspektive verlagerte sich, vorangetrieben durch wirtschaftspolitische Maßnahmen, das Kräfteverhältnis hin zu einer neuen dominanten Entwicklungsstrategie. Die Durchsetzung dieser Strategie wirkte wiederum auf die strategischen Bündnisse und veränderte diese. Konflikte um dominante Akkumulationsstrategien und Transformationsziele gehen in diesem Verständnis einher mit der Durchsetzung und Legitimierung spezifischer Strategien. Einschränkend für diese waren die vorhandenen Strukturen und deren Überwindungspotential. Wichtig für die Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse ist dabei das Verhältnis zur Opposition. Durch Anpassungen, neue politische Diskurse und ökonomische Vorteile veränderte sich deren Position gegenüber den neuen politischen Eliten.

Es soll also eine dynamische Betrachtung unternommen werden, die sich zentral auf die Periode ab der Machtübernahme der MAS fokussiert. Um den prozesshaften Charakter zu erhalten, wird zuvor noch auf die Phasen des Staatskapitalismus und der neoliberalen Politik- und Wirtschaftsimplementierung eingegangen, die deutliche Spuren in der Gesellschaft hinterlassen haben.

Grundsätzlich kann man Bolivien als ein Land bezeichnen, welches über die letzten Jahrhunderte von sozialen Konflikten und Auseinandersetzungen geprägt war. Somit lässt sich ein gesellschaftliches Mobilisierungspotential erkennen, welches sich historisch etabliert hat. In diesem Kontext spielen indigene Aufstände während der Kolonialzeit und nach der „Befreiung“ eine wichtige Rolle. Aber auch für die Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen mestizischen und weißen Bevölkerungsgruppen um den Machtanspruch und die nationalen Entwicklungsstrategien, die in unzähligen Staatsstreichen, Putschen und „Revolutionen“ mündeten, waren die indigenen Bevölkerungsgruppen immer wieder von strategischer Relevanz. Wurden diese Allianzen auch oft nur aus machtstrategischen Aspekten gebildet und waren grundsätzlich von fragilem Charakter, so waren damit doch Zugeständnisse verbunden, die zu einer schrittweisen Ausweitung der Rechte der indigenen Bevölkerung führten. Besonders die Revolution von 1952 war hierfür wesentlich, da diese neben einer Agrarreform im westlichen Hochland auch zur politischen Anerkennung im Sinne eines allgemeinen Wahlrechts führte. (García Linera 2012a: 115; Isidor Losada 2009: 98-100; Radhuber 2009a: 56; zur historischen Rolle der Aymara-Bevölkerung vgl. Mamani Ramírez 2012)

Im Zuge dieser Revolution wurde die Phase des Staatskapitalismus eingeleitet. Entwicklungstheoretisch verstehe ich die angestrebten Ziele als linear-kapitalistische Modernisierungsversuche, vorangetrieben durch eine Allianz der traditionellen Linken und einer national orientierten UnternehmerInnen-Bourgeoisie mit konjunkturellen Zugeständnissen für den bäuerlichen Sektor. (vgl. u.a. Regalsky 2010: 38f.; Stefanoni 2010: 63; Isidor Losada 2009: 98f.; Lessmann 2010: 87ff.) Durch die Neuausrichtung gewannen die Gewerkschaften an Bedeutung und Macht. Da in dieser Phase der staatlich induzierten, importsubstituierenden Industrialisierung kein Bruch mit dem extensiv-extravertierten Akkumulationsregime rund um den Bergbau erreicht wurde, waren gerade die MinenarbeiterInnen – vereint unter dem Dachverband der Gewerkschaft COB (*Central Obrera Boliviana*) - die dominanten Akteure gesellschaftlicher Proteste und sozialer Mobilisierungen. (Lessmann 2010: 88) In der Zeit der Militärdiktaturen kam es zu einem Bruch zwischen dem marxistischen und nationalbürgerlichen Bündnis und zu einer Zersplitterung der linken Bewegungen. Gerade diese Zersplitterung führte laut Lessmann dazu, dass sich die Mittelschicht in einer Art politischem Vakuum befand und somit die Militärdiktatur mittrug. Diese Militärdiktaturen – unterstützt von den USA – setzten (teils unter starken Repressionen) ein neues Kräfteverhältnis durch, dass zwar teilweise „sozialistische“ Komponenten enthielt, wie z.B. die Nationalisierung des Ölunternehmens

Golf Oil, sich aber rund um eine Nationalbourgeoisie, die Großgrundbesitzer, die Viehzüchtern und natürlich auch des Militärs formierte. Hierbei war besonders Hugo Banzer ein Förderer klientelistischer Beziehungen zu diesen Gruppen, welche sich in Landschenkungen im Tiefland von Santa Cruz zeigten. In dieser Phase wurde der Grundstein für die Erdöl-, Erdgas- und Agrarindustrie im Tiefland gelegt, gleichzeitig stieg aber die internationale Verschuldung enorm. Die Gewerkschaften wurden durch Repressionen stark eingeschüchtert und verloren an Durchsetzungskraft. (vgl. Lessmann 2010: 92-97)

Vielschichtige Aspekte führten zum Ende der Militärdiktatur: Auf internationaler Ebene waren die hohe Verschuldung und die realpolitische Neuorientierung unter Jimmy Carter (vgl. Lessmann 2010: 96) und dessen Ablehnung gegenüber den Militärdiktaturen wesentliche Faktoren.

Die neoliberale Transformation prägte nicht nur die politische und wirtschaftliche Landschaft des Landes, sondern führte auch zu wesentlichen Veränderungen innerhalb der Zivilgesellschaft. Die Massenentlassungen im Bergbau schwächten die Position der Gewerkschaften. Ab den 1990er Jahren traten die indigenen und bäuerlichen Bewegungen verstärkt auf die politische Bühne und brachten sich als neuer zivilgesellschaftlich relevanter Akteur in den politischen Alltag ein. Die Forderungen nach indigenen Rechten auf Territorium und Selbstbestimmung als Teil des ILO-Abkommens 169 prägten den Diskurs rund um das Fortbestehen (neo-)kolonialer Herrschafts- und Repräsentationsformen wesentlich. (Radhuber 2012a: 246)

Die sozio-ökonomische Krise und damit einhergehende Migrationsströme veränderten die demographische und ethnische Landkarte, da die Migration vor allem die indigene Bevölkerung in die Städte trieb. Die Landflucht und die ökonomischen Probleme führten zu einem starken Anstieg der informellen Ökonomie. Diese Migrationsströme veränderten auch die gesellschaftlichen Organisationsstrukturen im urbanen Raum. Es wurde versucht, die Formen der bestehenden ländlichen Organisationsstrukturen in die Stadt mitzunehmen und Werte wie Gemeinschaftlichkeit, Solidarität und Reziprozität sollten auf den städtischen Raum übertragen werden. Dass dies nur begrenzt gelungen ist, kritisiert Stefanoni und charakterisiert diese begrenzte Solidarität als notlindernd, jedoch nicht als Potential zur Überwindung der strukturellen Ursachen der Ungleichheit. (Stefanoni 2010: 71) Ein wichtiger Aspekt scheint in diesem Zusammenhang die Individualisierung und Präkarisierung zu sein, die gerade durch Tätigkeiten im informellen Sektor weiter verstärkt wird. Aber auch die zunehmende Durchdringung kapitalistischer Normen veränderte die Sozialstruktur

wesentlich. Carlos Arze spricht von der Auflösung des Gemeinschaftscharakters mittels der informellen Wirtschaft, welche stark kapitalistische Züge der Ausbeutung beinhaltet. Er spricht dabei von einem prekären Kapitalismus (Interview Arze) demzufolge sich nicht nur die Form des Politischen und des Ökonomischen änderte, sondern diese neuen Verhältnisse auch die Form der sozialen Reproduktion prägten. Eine verstärkte kapitalistische Reproduktion führte zur Veränderung der Produktion hin zu kapitalistischen Formen und verändert die gesellschaftlichen Beziehungen.

Die *Cocaleros*, deren politische Tradition durch die ehemaligen MinenarbeiterInnen stark geprägt ist, gelten als weiterer wichtiger zivilgesellschaftlicher Akteur, aus deren Basis Evo Morales stammt. Auf der politischen Ebene kam den *Cocaleros* zugute, dass sie durch die gewerkschaftliche Tradition über eine starke Bewegung mit weit verzweigten Kanälen und Mobilisierungspotentialen verfügten. (Muruchi Poma 2007: 90f.)

Als wichtiger zivilgesellschaftlicher Akteur formierte sich ein „indigen-bäuerlicher“ Block³⁰ mit teilweise gewerkschaftsähnlichen Strukturen, Mobilisierungspotentialen und Verbindungen zu den informellen und prekären Sektoren der Stadt – der Multitude. (vgl. García Linera 2012a: 70-76) Dieser (heterogene) „Block“ hatte sich jedoch noch nicht wirklich politisch formiert und institutionalisiert. Vorangetrieben durch die Dezentralisierung (*Ley de Participación Popular*) kam es zu einer Neustrukturierung der politischen Landschaft und es wurden neue Gestaltungs- und Handlungsräume geschaffen.

Zwar haben die Bewegungen in den 1990ern einen stetigen Aufschwung erlebt, doch war deren Einfluss im Realpolitischen weiterhin marginal. Das dominante Kräfteverhältnis war geprägt von einem politischen Block der Staatsbürokratie, dominiert und beeinflusst von transnationalen Interessen und der internationalen Finanzinstitute. Unterstützung bekam diese Politik vom Unternehmenssektor der Agraroligarchie des Tieflands und einer zwar schwindenden aber trotzdem vorhandenen Duldung der städtischen Mittelschicht. (vgl. u.a. García Linera 2012a: 191; Spronk, Webber 2007: 32, 34f.; Regalsky 2010: 44; Isidor Losada 2009: 101; Tapia Mealla 2012: 296) Auch wenn sich der nationale Unternehmenssektor mit den „Krümeln“ der kapitalistischen Wirtschaft (Interview Dabdoub) abfinden musste, so schien sich dieser Block auf Grund der Potentiale nach Exporten mit diesem Verhältnis gut arrangiert zu haben.

³⁰ Anmerkung: Hierbei ist kein homogener Block gemeint und es kam erst später zu Allianzenbildungen. Es soll hier nur auf teilweise gemeinsame Komponenten hingewiesen werden.

Die Gruppe der UnternehmerInnen nimmt eine sehr interessante Position innerhalb dieses politischen Blocks ein. Wurden die neoliberalen Reformen von der nationalen Bourgeoisie mitgetragen – wohl mit der Aussicht auf bessere Profite und Absatzmöglichkeiten – so betont der aktuelle Chef des regionalen Wirtschaftsverbandes FEPSC (*Federación de Empresarios Privados de Santa Cruz*) von Santa Cruz, dass der Neoliberalismus zum Nachteil bolivianischer Investitionen war. (vgl. Interview Dabdoub) Diese passive Haltung scheint davon abzulenken, dass diese Adaptionen mitgetragen wurden und Anpassungen an diese Verhältnisse zur Aufrechterhaltung der Profite unternommen wurden. Auch profitierte die exportorientierte Agraroligarchie wesentlich von den neoliberalen Wirtschaftspolitiken.

Der politisch dominante Block geriet aber immer stärker ins Wanken. Die Regierungen kämpften mit einem Legitimationsproblem, die Politik der paktierten Demokratie verkam mit dem Zweck des Machterhalts, Korruption und Klientelismus gingen damit einher. Trotz einiger Versuche diese Krise durch materielle Zugeständnisse (Mindestpension im Zuge der Privatisierung) abzuschwächen, konnte keine Stabilität mehr hergestellt werden. Dazu trugen gerade die liberalen Wirtschaftspolitiken und das Ausbleiben wirtschaftlicher Fortschritte bei. (vgl. Horst 2009)

In diesem Sinn kann die Materialität sozio-ökonomischer Ungleichheiten bei gleichzeitiger wirtschaftspolitischer Außenorientierung zu Gunsten transnationaler Sektoren als bedeutende Triebkraft herangezogen werden, bildet jedoch nur einen wesentlichen Aspekt, der die Proteste vorantrieb. Ana Kemlein hebt in ihrer Analyse – basierend auf dem Konzept der relativen Deprivation³¹ - folgende fünf Dimensionen hervor: (1) materielle Werte und Ungleichheit, (2) politische Diskriminierung und Partizipationsmöglichkeiten, (3) Rassismus und soziale Diskriminierung, (4) kulturelle Restriktionen und (5) Repression. In ihren Ausführungen beschreibt sie ein Versagen der politischen und wirtschaftlichen Integration als Triebfeder zur Ethnisierung des Politischen und zur Kollektivierung der Bewegungen. (Kemlein 2009)

Ab 2000 kam es zu breiten Mobilisierungen, die mit dem Wasserkrieg von Cochabamba im Jahr 2000 eingeleitet wurden und sich in den beiden Gaskriegen von El Alto 2003 und 2005 zu breiten gesellschaftlichen Konflikten zuspitzten. Wichtige Akteure waren die *Coordinadora de Agua* (eine Multitude von Cochabamba), die *Movimiento Campesino* (BäuerInnenbewegung), die ländlichen *Sindicatos del Altiplano*

³¹ Anmerkung: Unter „relativer Deprivation“ wird hier ein Konzept verstanden, das gesellschaftliche Werte und Verhältnisse und deren Zugangsmöglichkeiten hervorhebt. Dabei werden sowohl materielle, als auch kulturelle, symbolische und politische Werte betrachtet.

(LandarbeiterInnengewerkschaften des Altiplano) und die Nachbarschaftsverbände von El Alto. (Interview Prada) Diese Mobilisierungen und die damit einhergehende Durchsetzungskraft haben zu einer Veränderung des gesellschaftlichen Alltagsverstandes geführt und die Durchsetzung der sozialen Bewegungen befördert. (Radhuber 2012a: 129) In diesem Sinn kann man diese Mobilisierungen auch als eine Form der gesellschaftspolitischen Emanzipation verstehen, die eine breite Politisierung mit sich brachte.

Innerhalb dieser Phase ist es zu einer Neuformierung und Bündelung der Kräfteverhältnisse gekommen, welche die sozialen Bewegungen zentral betrafen. Zusätzlich veränderte das Erstarken der MAS und der MIP (*Movimiento Indígena Pachakuti*) die politische Bühne. Dabei verstand es die vergleichsweise moderate MAS besser indigene und ethnische Anliegen mit den Interessen der städtischen Mittelschicht zu bündeln, womit es gelang sich als „neopopulistische Partei“ (Stefanoni 2010: 67) zu etablieren und breitere Interessensgruppen zu bedienen. Außerdem gelang es der MAS, sich als Vertreter der Bewegungen zu positionieren. Die Basis der MAS formierte sich aus der Allianz mit bäuerlichen Gewerkschaften, den einflussreichen *Cocaleros* und einer traditionellen Linken.

Innerhalb der sozialen Bewegungen kam es rund um die *Agenda de Octubre* (Oktoberagenda) und dem *Pacto de Unidad* (Einheitspakt) zu einer Allianzenbildung, die sich in den Forderungen nach einer verfassungsgebenden Versammlung, einer Dekolonialisierung und der Nationalisierung des Kohlenwasserstoffsektors kanalisierten. Die Forderung nach Nationalisierung war jedoch ursprünglich nicht enthalten. Die Bewegungen El Altos, die sich stark innerhalb dieses Bündnisses positionierten und eine federführende Rolle übernahm, konnten diese Forderung zusätzlich durchsetzen. (Interview Prada; vgl. Chávez León, Mokrani Chávez 2012: 49 - 52)

Diese weitreichenden Mobilisierungen brachten das politische System nicht nur ins Wanken, sondern stürzten den Präsidenten Sanchez de Losada, der mittels repressiver und gewalttätiger Einschüchterungsmaßnahmen unter Einbeziehung des Militärs die „gesellschaftliche Ordnung“ wieder herstellen wollte. Jedoch hatte die Maßnahmen zu diesem Zeitpunkt den gegenteiligen Effekt: Die offenen Konflikte und das gewaltsame Vorgehen gegen die Bevölkerung El Altos im Gaskrieg führten dazu, dass sich die städtische Mittelschicht von La Paz den Protesten anschloss. (vgl. u.a. Interview Capobianco; Lessmann 2010: 117; Seewald 2012: 57)

Diese Konflikte und die Unzufriedenheit mit dem politischen System, aber auch die wirtschaftlich schwierige Situation, die Form der Diskriminierung und das Fortbestehen

kolonialer Verhältnisse haben die Mobilisierungen befördert und zur politischen Wende geführt. Die neoliberalen Politiken und die damit einhergehenden Proteste, Konflikte und Spannungen haben die gesellschaftlichen Verhältnisse neu ausgestaltet und somit neue Allianzen ermöglicht. Man kann somit von Krisen und Konjunkturen spezifischer Verhältnisse sprechen, die ins Wanken gerieten und somit den Weg für neue Kräfteverhältnisse, Entwicklungswege, Perspektiven und Horizonte bereiteten.

5.2.1. Herausbildung eines neuen (bürgerlichen) Kräfteverhältnisses

Wie oben dargestellt, hat sich ein neues gesellschaftliches Kräfteverhältnis herausgebildet, das eine politische, ökonomische, kulturelle und gesellschaftliche Wende einleiten sollte. In der Gesellschaft hat sich durch die Proteste und Mobilisierungen der Alltagsverstand geändert, Konflikte und Spannungen haben neue Akteure auf die politische Bühne katapultiert und die Diskurse und Entwicklungsvorstellungen hin zu einem neuen (fragilen) dominanten Block geeint, der sich in der Beziehung der MAS-IPSP und den indigenen, bäuerlichen, sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen formierte. Dabei versteht sich die MAS (rhetorisch) als die politische Vertretung dieser breiten und unterschiedlichen Bewegungen. Diskursiv formte sich dieser Block rund um die Kategorien Dekolonialisierung, verfassungsgebende Versammlung, Rohstoffnationalisierung und Ablehnung des Neoliberalismus, der rhetorisch auch gerne als Abkehr vom Kapitalismus dargestellt wird. Hierbei stellt der Begriff des „*socialismo comunitario*“ (García Linera 2010) von García Linera den Versuch einer diskursiven Strategie dar, um sein Projekt des „andin-amazonischen Kapitalismus“ (Toussaint: 2010: 176; zur kritische Reflexion siehe Prada Alcoreza 2013b) zu legitimieren. Es zeigt sich eine Abkehr vom Neoliberalismus, ob es sich jedoch um die Durchsetzung alternativer Ansätze handelt, soll anhand der Analyse und Verschiebung der Kräfte hinterfragt werden. Dabei wird auf die ökonomische Analyse zurückgegriffen, um diese Aspekte zu verknüpfen. Zentrale Fragen sind dabei: (1) Wie haben sich die Kräfte rund um eine Abkehr des Neoliberalismus neu formiert? (2) Welche neuen Konflikte entstanden damit einhergehend und wie hat sich das Verhältnis zwischen der Regierung, den Bewegungen und dem oppositionellen Block verändert?

Die MAS-IPSP, das politischen Instrument des Wandels, hat sich aus einer Allianz der bäuerlichen Gewerkschaften, den *Cocaleros* und einer traditionellen Linken gebildet. Sie schaffte es im Zuge der Konflikte, sich als Vertreterin der sozialen Bewegungen zu etablieren und setzte sich gegen ihren „direkten Konkurrenten“ - die MIP - als politischen Alternativen zur etablierten Parteienlandschaft durch. Während nämlich die MIP einen sehr radikalen

indigenen Block vertrat, der für einen eigenständigen indigenen Staat mit Wurzeln im Inkareich eintrat, war die Position der MAS diesbezüglich eher moderater Natur, da sie für eine Dekolonialisierung des Bestehenden eintrat. Dadurch konnte sie auf eine breitere Unterstützung aufbauen, die auch die städtische Bevölkerung besser repräsentierte.

Doch wie hat sich die MAS seither politisch konstituiert, welche Gruppen haben sich im politischen System durchgesetzt und wie kann man das Verhältnis zur sozialen Basis und deren Bewegungen, sowie zur Opposition des Tieflandes beschreiben? Hierbei sind die verfassungsgebende Versammlung und die Implementierung der neuen Verfassung wesentlich. Dieser Prozess war begleitet von massiven Auseinandersetzungen und Konflikten, um spezifische Strategien und Positionen voranzutreiben. Zusätzlich veränderte die politische Administration und die ökonomische Neuorientierung des Staates das Verhältnis zur ökonomischen Sphäre.

Die Spannungen und Konflikte mit der Opposition des *Media Luna* prägten die Konflikte um die neue Verfassung. Gerade die gewalttätigen und rassistischen Auseinandersetzungen der oppositionsnahen Bürgerkomitees und Jugendbewegungen, sowie die Eskalationsversuche rund um die verfassungsgebende Versammlung haben im Zuge dessen eine entscheidende Rolle in der Etablierung der MAS als dominante Kraft gespielt. Die Strategie der Opposition ging nicht auf, sondern bewirkte im Gegenteil deren Zersplitterung, wodurch die MAS in ihrer Position gestärkt wurde. Es wurde der „Bifurkationspunkt“ (García Linera 2012a: 269) erreicht, also jener Moment indem sich die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht mehr umkehren lassen und ein neuer hegemonialer Block gebildet wurde. Die Opposition wurde zerschlagen, wobei der faschistische radikale Flügel von der Regierung gezielt bekämpft wurde. (vgl. Interview Arze) Dies hatte zur Folge, dass sich die Bewegung verstärkt auf die politische Bühne der Autonomieforderungen konzentrierte, jedoch mit einer Neupositionierung, die eine Abkehr von den faschistischen Positionen vollzog. In Bezug zur politischen Ebene hat man sich von der gezielten Konfrontation verabschiedet. Man bewegte sich nun an die MAS heran und ist bereit zu verhandeln. Gabriel Dabdoub spricht hierbei von einer Artikulation zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor, die dazu dienen soll, Garantien im Bezug auf Eigentum und Investitionen zu erhalten und gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung zu befördern. Mit Bezug zur Autonomiebewegung ist er der Meinung, dass diese wichtig war um den radikalen Flügel innerhalb der MAS auszubremsen und eine moderatere Linie durchzusetzen. (vgl. Interview Dabdoub) Eine politische Annäherung war nach den Legitimationsverlusten auf Grund der extrem rassistischen Konflikte notwendig, um nicht völlig zu zerbrechen. Dementsprechend muss man diese

Annäherung als eine Überlebensstrategie verstehen. Die Suche nach Garantien für das Fortbestehen dieses Blocks ist ein wesentlicher Faktor hierfür. (Interview Vega) Man kann also von Seiten der Opposition und des nationalen Wirtschaftsblocks von Tendenzen der Annäherung und Anpassung sprechen.

Betrachtet man die Opposition näher, so erkennt man, dass sie ihre grundsätzliche Position zur wirtschaftlichen Rolle des Staates geändert hat. War diese Gruppe doch auch aktiv an der Umsetzung neoliberaler Politiken und der Zurückdrängung des Staates aus der ökonomischen Sphäre beteiligt, so kann man in weiterer Folge von einer Annäherung sprechen. Die Wirtschaftsprogramme und neuen Handlungsspielräume der Regierung, ermöglicht durch den enorm gesteigerten Staatshaushalt aus den Nationalisierungen, schufen nämlich auch Vorteile für den privaten Unternehmenssektor und erhöhten deren Wettbewerbsfähigkeit und Absatzmöglichkeiten. Die Nationalisierung der strategischen Bereiche hat dazu geführt, die enorme finanzielle Konzentration aufzubrechen und den Reichtum besser zu verteilen. Der Staat kann nun verstärkt in Infrastruktur, Humankapital und Gesundheitsversorgung investieren und seine Einflussphäre besser auf die ländlichen Regionen ausweiten. (vgl. Interview Dabdoub) Die Verbesserung der Infrastruktur und Investitionen im Energiesektor erhöhen die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland und befördern die Produktivität. Durch die Verteilungsmaßnahmen der Sozialboni und die verbesserte finanzielle Ausstattung der staatlichen Institutionen kann man eine verbesserte monetäre Zirkulation erkennen. Diese ist notwendig, um die kapitalistische Wirtschaft zu stabilisieren, da dadurch auch die Konsumpotentiale steigen. Es ergeben sich für den Unternehmenssektor – oder zumindest für Teile dessen – neue Absatzmöglichkeiten im Inland, womit eine Neupositionierung der territorialen Ausrichtung wirtschaftlicher Perspektiven einhergeht.

Betrachtet man die ökonomischen Daten, so erkennt man schnell, dass sich die wirtschaftlichen Entwicklungen im BIP zu Gunsten eines breiten Unternehmenssektors ausgewirkt haben. Natürlich hat dafür auch der internationale Rohstoffmarkt mit seinen weiterhin hohen Preisen gesorgt und wesentlich zum Wachstum beigetragen. Hiervon hat der Minensektor sehr stark profitiert (Abbildung 7), der kaum von der Nationalisierung betroffen war und gleichzeitig nur eine geringe Steigerung im Abgabensystem hinnehmen musste. Diese moderate Abgabensteigerung (Kap. 5.1.2, Abs. Extraktionsregime der Rohstoffe) deutet auf ein Naheverhältnis des Bergbausektors zur Regierung hin. Deutlicher wird dies aber, wenn man sich gleichzeitig mit der Rolle der Kooperativen auseinandersetzt: Diese verfügen über einen hohen politischen Einfluss und stehen der MAS nahe. Sie vereinen viele ArbeiterInnen und verfügen somit über wirtschaftspolitische Macht. (vgl. Interview Arze)

Auch sie haben von den international steigenden Rohstoffpreisen profitiert und sich zu einem relevanten Segment am Arbeitsmarkt entwickelt, welcher von geringen politischen Regulierungen profitiert. Nicht nur, dass diese Gruppen das extraktivistische Entwicklungsmodell bevorzugen, so unterstützt die Regierung den Ausbau der Kooperativen. Dabei prägen geringe Umweltauflagen und präkere Arbeitsverhältnisse den kooperativen Bergbau. (Interview mit Arze)

Kooperativen stellen zwar eine Form des gemeinschaftlichen Wirtschaftens abseits kapitalistischer Logiken dar, da sie nicht basierend auf dem Verhältnis EigentümerInnen und freien ArbeiterInnen funktionieren. Jedoch haben sich viele dieser Kooperativen hin zu Formen von Beteiligungsgesellschaften gewandelt (Interview Prada), welche unter prekären sozialen und widrigen ökologischen Bedingungen ArbeiterInnen beschäftigen. Hierbei muss man von einer Transformation kapitalistischer Beziehungen sprechen, beflügelt wohl gerade durch die hohen Rohstoffpreise. Gleichzeitig bietet der Mangel an Regulierungen den Kooperativen günstigere Möglichkeiten der Mehrwertgewinnung. Insofern muss man ihnen ihren Charakter als tatsächliche Alternative aberkennen und diese eher als ein neues Segment einer kapitalistischen Klasse betrachten, welche ihren Einfluss über die MAS ins Politische getragen hat.

Profitiert von den Maßnahmen der Regierung Morales hat auch der Bankensektor: Durch eine Abänderung der Gebührenregelung des Devisenhandels in Dollar haben die Banken eine enorme Gewinnsteigerung nur durch den Devisenhandel erlebt. Die Regierung Morales hat nämlich die Differenz zwischen der Einkaufs- und Verkaufsrates angehoben, wodurch aus dem Devisenhandel enorme Gewinne für die Banken entstanden. (Interview Arze) Eine verstärkte Nachfrage nach Krediten für den Wohnbau und verbesserte Möglichkeiten auf Grund der Verteilungsprogramme haben wohl auch zu einer Annäherung hin zur MAS vorangetrieben. Dass dies aber kein grundsätzliches Naheverhältnis darstellt, zeigt die aktuelle Diskussion zur Reglementierung und Begrenzung der Kreditzinsen. Will die Politik gerade das Investitionspotential erhöhen, so stößt dies auf mäßigen Widerstand im Bankensektor, wenn man auch nicht von einer einheitlichen Position sprechen kann. (La Razón 05.03.2013a) Die aktuellen Entwicklungen zeigen auf Seiten der Bankenvertretung eine Abkehr von der Konfrontation (La Razón 22.08.2013), um wohl in Verhandlungen eine gemäßigte Reform zu befördern.

Vorangetrieben durch die verstärkten Infrastrukturprojekte und den Wohnbau profitiert der Bausektor (Abbildung 7) von den aktuellen Entwicklungen in Bolivien. Hinsichtlich der

Potentiale einer wirtschaftlich stabilen Situation weist jedoch Carlos Arze darauf hin, dass der Boom im Bauwesen, gekoppelt an den Rohstoffboom ein Anzeichen für die holländische Krankheit ist, da der produktive Sektor vernachlässigt wird und die ökonomische Stabilität durch ihre Volatilität und Abhängigkeit stark darunter leidet. (Interview Arze)

Aber auch für die Agrarindustrien des Tieflandes haben sich neue Vorteile und Investitionsmöglichkeiten ergeben. Aus der Perspektive des Unternehmenssektors ist dies eine der wirtschaftspolitischen Hauptaufgaben der Regierung, sah sich dieser Sektor laut eigenen Angaben im Neoliberalismus doch einem System ausgesetzt, das nachteilige und ungünstige Konditionen für nationale Investitionen hervorbrachten. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der aktuellen Regierung haben seither positive Entwicklungen für den Export und für den nationalen Markt mit sich gebracht. (vgl. Interview Dabdoub) Umstritten scheint hier zwar die Quotenregelung für den Export zu sein, die z.B. bei der Soja-Produktion nur einen gewissen Anteil der Produktion für den Export zulässt. Man erkennt aber, dass sich der politische Einfluss und ein gegenseitiges Entgegenkommen etabliert haben. (La Razón 07.03.2013) Insofern muss man von einer Repositionierung sowohl des Unternehmensbereiches als auch der Regierung selbst sprechen, welche tendenziell ein Konzept der Modernisierung nach linear-kapitalistischer Entwicklung vollzieht. Jedoch soll diese im Folgenden mit Bezug auf die soziale Basis und deren Entwicklungskonzepte noch näher erläutert werden. Die Neupositionierung und neue Dominanz einer Art UnternehmerInnen-Allianz ist damit begründet, dass Verhandlungen von Seiten der Regierung ohne Beteiligung der VertreterInnen der sozialen Bewegungen erfolgen. Lediglich der aktuell sehr schwache Zentralverband der Gewerkschaften (COB) wird teilweise mit einbezogen. (vgl. Interview Arze)

Nicht nur das Verhältnis der MAS zur Opposition hat sich ständig verändert, auch die Beziehung zwischen den unterschiedlichen gewerkschaftlichen, bäuerlichen und indigenen Organisationen untereinander und zur Regierung unterliegen einem dynamischen Prozess, welcher gerade in den letzten Jahren die Heterogenität dieses Blocks offenlegte. Dabei bezieht sich diese Heterogenität auf das Transformationspotential und die Reichweite der politischen, ökonomischen und herrschaftlichen Vorstellungen. Diese haben sich zwar rund um die sozialen Kämpfe „vereinheitlicht“, um die politische Durchsetzungskraft zu erhöhen, jedoch treten in den aktuellen Spannungen die internen Widersprüche zu Tage. Es formieren sich dadurch neue Konfliktlinien sowohl zwischen den unterschiedlichen Organisationen und Bewegungen als auch in Bezug zur Regierung.

Beginnen wir mit der Beziehung zwischen dem „Block“ der sozialen Bewegungen und der Regierungspartei der MAS. Im Sinne einer neuen Hegemonie bzw. des Hegemonieanspruchs muss die MAS eine breite gesellschaftliche Unterstützung anstreben, welche sich diskursiv im gesellschaftlichen Alltagsverstand manifestiert und somit über jeglichen Zwangscharakter hinaus die Illusion einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsweise aufrechterhält. Es zeigt sich hierin ein ambivalentes Verhältnis zwischen der Notwendigkeit eines neuen hegemonialen Blocks (vgl. García Linera 2012a: 212, 265-267) und der Forderung nach einer Überwindung des kapitalistischen Staates³², da der Hegemonieanspruch im selbigen Staat durchgesetzt werden muss. Ist die Hegemonie zwar für das politische Projekt notwendig, so bildet gerade das Verhaften innerhalb der staatlichen Strukturen eine strategische Selektivität, die die Überwindung der Strukturen erschwert.

Diese strukturelle Dimension wird als wesentlich erachtet, um die Transformationspotentiale im Bezug zu den Akteurskonstellationen herauszuarbeiten. Während man zwar auf der Suche oder Planung nach dem Neuen ist, muss das Bestehende administriert werden. (Interview Vega) Dabei kommt es aber zu einem Konflikt zwischen einer progressiven Forderung und umkämpften Suche nach einem neuen Gesellschaftsmodell und einer internen Logik des Fortbestehens. In diesem Sinn kann man diese Gleichzeitigkeit des Bestehenden und des Neuen als Transformationshindernis betrachten. Durch die notwendige Administration können sich die Konditionen verändern, womit sich das Feld der Kräfte verschiebt. Dadurch ergibt sich die Problematik, dass (konservative) Gegenkräfte an Einfluss gewinnen können, da ein relatives Abhängigkeitsverhältnis des kapitalistischen Staates von den bürgerlichen Kräften bestehen bleibt. Trotz einer Transformation des Realpolitischen wird eine neue Selektivität konstruiert, welche sich als internes Hindernis darstellt.

Ein wesentlicher Aspekt dieser Tendenzen der „moderaten Transformation“³³ liegt in der Form der Mitbestimmung und der Gestaltungsmöglichkeiten, denn die Entscheidung wer mitgestalten kann, lässt sich auf eine strategische Selektivität und ein spezifisches politisches Kräfteverhältnisse zurückführen. Mit Bezug zur verfassungsgebenden Versammlung erarbeitete Isabella Radhuber wesentliche Aspekte, die zur Herausbildung eines spezifischen Kräfteverhältnisses führten. Durch die Bevorzugung parteipolitischer Repräsentation zu Ungunsten der sozialen Bewegungen und Mechanismen liberal-repräsentativer

³² Anmerkung: Um die tatsächliche Transformation des Gesellschaftsmodelles voranzutreiben (vgl. Kap. 2), muss auch der kapitalistische Staat überwunden werden, damit neue Strukturen und Gesellschaftsverhältnisse überhaupt möglich werden.

³³ Anmerkung: Der Begriff „moderate Transformation“ wird aus einer strukturellen Perspektive verstanden, in der die bestehenden Strukturen ein Hemmnis für grundlegende Transformationen darstellt.

Demokratieformen kam es hier bereits zur Herausbildung einer strategischen Selektivität. (Radhuber 2012a: 141) In diesem Sinn schaffte es die MAS ihre Position im eingeleiteten Prozess zu stärken, wobei dieser Aspekt als eine Ursache für eine moderate Transformation betrachtet wird, welche die Reproduktion des alten Herrschaftsapparates vorantreibt - wenn auch unter neuen Gesichtszügen. Jedoch kann die Regierung ihre Basis nicht komplett vernachlässigen. Ihr ist es durch den Rückgriff auf alte Praktiken der vertikalen Anbindung gelungen, ein System der breiten gesellschaftlichen Inkorporation zu schaffen, das klientelistische Praktiken (Interview Prada) und das Fortbestehen patrimonialer Herrschaftsformen vor allem im Tiefland (vgl. Tapia Mealla 2012: 290, 302; Interview Vega) ermöglicht. Die indigene Bevölkerung und deren Bewegungen nehmen dabei eine untergeordnete Rolle ein. Sie werden von Seiten der Regierung nur in Form von Korporatismus und über symbolische Elemente repräsentiert. (Escárzaga 2009: 92) Durch eine vertikale Anbindung der Bewegungen wurden die Partizipationsmöglichkeiten eingeschränkt. Es konnten alte Praktiken der Herrschaft reproduziert werden, die eine neue Form der Klassenherrschaft ermöglichten. (Interview Vega)

Jedoch scheint nicht nur die MAS an der Reproduktion dieses vertikalen Herrschaftssystems mitgewirkt zu haben. Durch die Transformation der ländlichen, bäuerlichen Gemeinschaften hin zu einer dominant individualisierten Produktion kam es zur Herausbildung eines Klassencharakters, dominiert von den reichen *Campesinos*. Zusammengeschlossen in den bäuerlichen Gewerkschaften, spricht Carlos Arze diesbezüglich von der Durchsetzung dieser einflussreichen Gruppen ähnlich repräsentativer Demokratieformen. Dabei veränderte das Vordringen kapitalistischer Verhältnisse mittels merkantilistischer Durchdringung die lokalen Herrschaftsmuster und Produktionsweisen, eine verstärkte gesellschaftliche Individualisierung war die Folge. (vgl. Interview Arze)

Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, wie und warum der Rückschritt in die Form repräsentativer Herrschaft vollzogen werden konnte, kritisierten die Bewegungen doch die Form repräsentativer Herrschaft und forderten vielfach partizipative Mechanismen demokratischer Gestaltungsmöglichkeiten. Neben der internen Durchsetzung dieser einflussreichen Gruppen, die gerade in den gewerkschaftlichen – am Klassencharakter orientieren - Vereinigungen der bäuerlichen Bewegungen an Macht und Einfluss gewannen, macht Alejandro Almaraz alte Denkmuster kolonialer Herrschaft dafür verantwortlich. Er spricht von einer „sozialen Schizophrenie“³⁴ (Interview Almaraz) als

³⁴ Im Original: “esquizofrenia social”

Beharrungsmechanismus, das heißt die Internalisierung dieser Herrschaftsform wurde nicht überwunden und wird geschickt zur Reproduktion der Unterordnung herangezogen. Dies ermöglicht das Fördern der vertikalen Anbindungen. Die Form politischer Repräsentanz rund um eine charismatische Führung bleibt dadurch weiter bestehen und in diesem Rahmen schafft es Evo Morales und die MAS alle internen Spannungsfelder und Konfliktpotentiale rund um ihre Führungspersönlichkeiten zu vereinen. Dieser „Evoismo“ hat einen neopopulistischen Charakter mit internem ideologischen Pluralismus und Satellitenstruktur rund um Evo Morales. (Stefanoni 2010: 63, 68f.)

Eine weitere Schwäche liegt innerhalb der MAS als politisches Instrument selbst, da sie es nämlich nicht schaffte, sich tatsächlich in ein politisches Instrument zu verwandeln, welches den ursprünglichen Ansprüchen einer Vertretung der Bewegungen gerecht werden konnte. Vielmehr entwickelte sie sich zu einem rein elektoralen Instrument. Das Fehlen von Kaderschulen und Diskussionen innerhalb und mit der Basis bei fehlenden Leitlinien oder Ideologien durchziehen die Strukturen, wodurch wiederum Raum für politische Vereinnahmungen geschaffen wurde. Dadurch sind viele OpportunistInnen in die MAS eingetreten, die ursprünglichen Ziele gingen verloren. (Interview Prada)

Anhand der hier dargestellten Aspekte zeigt sich ein tendenzielles Naheverhältnis zwischen der Regierung und den gewerkschaftlichen Organisationen mit ihren intern neu etablierten Klassenstrukturen, welche diese Form der Inkorporation ermöglichen. Diese bäuerlich-bürgerlichen Kräfte in Verbindung mit den städtischen Handels- und Dienstleistungssektoren, die vielfach im informellen Sektor agieren, scheinen als wesentliche Basis und Klientel der MAS zu dienen. Dabei ist deren Reichweite von enormer Bedeutung, da diese Bereiche doch die dominanten Arbeitssegmente sind. Henry Oporto spricht von der „Economía Popular“ und einer „informellen Bourgeoisie“, die von einer Expansion des Marktes profitieren. (Oporto 2011: 76f.) Dieses neue kleine und mittlere Bürgertum bildet die Fraktionen, die die Position der hegemonialen Gruppe anstrebt. Gefördert und unterstützt wird dieser Block der *Campesinos*, HändlerInnen, TransportunternehmerInnen und Kooperativen von der MAS. (Interview Arze)

Es zeigt sich hier ein Aspekt, der, gerade im Zusammenhang mit der Forderung nach einer grundlegenden Neuorientierung des nationalen Wirtschaftsmodells, auf ein Verharren im Bestehenden hinweist. Dies liegt wohl in einem unterschiedlichen und diversen Verständnis, wohin diese Neuorientierung laufen soll, aber auch in den unternommenen Wirtschaftsprogrammen. Gerade die Modifizierung der Wirtschaftsstrukturen rund um die

Nationalisierung hat nämlich dazu beigetragen, dass sich die Institutionen nicht veränderten. Erst dadurch wurden die Konditionen für das Verharren im außenabhängigen Akkumulationsregime neu stabilisiert. (Interview Vega) Die unternommenen Handlungen, deren Ziel eigentlich die Einleitung einer breiten Transformation war, haben zu einer relativen Stabilisierung und somit zur Reproduktion bestehender Verhältnisse geführt. Durch die Administration der Krisen durch soziale Investitionen spricht auch Raúl Prada von einer „Reproduktion des alten Staates auf anderen Wegen“³⁵. (Interview Prada) Dadurch betont er, dass es die Regierung Morales nicht schaffte, einen Weg hin zur ökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Transformation entsprechend der Perspektive der pluralen Ökonomie hin zu einer gemeinschaftlichen und solidarischen Wirtschaft (Kap. 2) einzuleiten.

Die bereits erwähnte neue Form der (wirtschaftlichen) Regulationsweise mit Schwerpunkt in den veränderten Abgaben des Rohstoffsektors, aber vor allem die Nationalisierung im Erdöl- und Erdgassektor haben das spezifische Kräfteverhältnis zur Durchsetzung einer dominanten Entwicklungsstrategie mitgeprägt. Genau dieses Kräfteverhältnis mit modernisierungstheoretischer Ausrichtung und Industrialisierungsversuchen hat zur Dominanz des Extraktionssektors im Staat geführt, wie aus der kritischen finanzsoziologischen Analyse des Staatsbudgets hervorgeht. (Radhuber 2012a: 250) Zwar schafft die Nationalisierung größere Handlungsspielräume staatlicher Gestaltungsmöglichkeiten, zugleich birgt die Beibehaltung alter Praktiken der starken Abhängigkeit aber die Gefahr der Reproduktion der selbigen. Gerade die Kopplung der Extraktivökonomie an die Sozialprogramme verfestigt diese Beziehung von Rohstoffabbau und gesellschaftlicher Stabilität. Dadurch werden das politische System und die Form staatlicher Wirtschaftspolitik legitimiert. Da die Förderung alternativer Wirtschaftsformen kaum Anwendung findet, kann nicht von transformativen Potentialen gesprochen werden. Auch wenn Oscar Vega diese Kritik grundsätzlich teilt, so betont er die Schwierigkeiten einer geopolitischen Neugestaltung. Durch die Dominanz eines globalen kapitalistischen Systems und der Eingliederung und Unterordnung der bolivianischen Ökonomie, müsse man nämlich die Transformationspotentiale im Zusammenhang mit der internationalen ökonomischen Sphäre berücksichtigen. Die internationale Abhängigkeit trage wesentlich zu dieser Reproduktion bei. (Interview Vega)

Die internationale Dimension spielt somit im Komplex der Transformationspotentiale eine entscheidende Rolle. Gerade wenn man die Bedeutung der transnationalen Unternehmen im

³⁵ Im Original: „[...] reproducir el viejo estado por otros caminos.“

dominanten Sektor der Primärgüter betrachtet, so kann man deren ökonomische Macht nicht vernachlässigen. Jedoch hat sich – mit Betrachtung des Kohlenwasserstoffsektors – dieses Machtverhältnis durch die Nationalisierung verschoben, und zwar zum Vorteil des teilstaatlichen brasilianischen Energieriesen PETROBRAS (*Petróleo Brasileiro S.A.*). Seit der Regierung Morales erhöhte sich der Anteil an der bolivianischen Produktion deutlich. In diesem Sinn führte die Nationalisierung nicht zu einer Enteignung und Verlagerung der Reichtümer, sondern zu einer Modifikation im Abgabensystem. Die daraus entstandenen Profiteinbußen wurden durch verbesserte Förderkonditionen wieder ausglich. (Arze Vargas, Gómez 2013: 24) Zwar dominiert laut Alejandro Almaraz weiterhin das transnationale Kapital, dabei kam es zu einer politisch-institutionellen Restrukturierung hin zu Brasilien – dem regionalen Hegemon. (Interview Almaraz) In diesem Sinne muss man auch diese Ebene als umkämpft ansehen, die sich aus regionalen Allianzen und der Verbindung zwischen den unterschiedlichen komplexen nationalen Verflechtungen mit der regionalen und internationalen Ebene und deren Interdependenzen ergibt.

Wie bereits oben dargestellt, wird diese Neukonfiguration auch von oppositioneller Seite unterstützt, da dadurch die strategischen Investitionsbereiche der Infrastruktur- und Energieprojekte vom Staat gefördert und verbesserte Konditionen für die Privatwirtschaft geschaffen werden. Dass davon wichtige Bereiche profitieren, die ein Naheverhältnis zur Regierung pflegen, ist wohl deutlich erkennbar. Verbesserte monetäre Zirkulation, verstärkter Handel mit Importgütern, gesteigerte Kaufkraft und verändertes Konsumverhalten ermöglichen verbesserte Profitmöglichkeiten. Insofern haben sich Konditionen etabliert, die eine Stabilisierung und Ausdehnung kapitalistischer Verhältnisse fördern.

Wie sich bisher bereits zeigte, hat sich die Beziehung der Bewegungen und der Regierung dahingehend entwickelt, dass sich die gewerkschaftlichen und bäuerlichen Organisationen an diese annäherten, während es zu verstärkten Spannungen mit den indigenen Organisationen und Bewegungen kam. Gerade im Hinblick auf gemeinschaftliche Wirtschaftsformen scheinen jedoch gerade diese das größte Potential zu haben, um den Forderungen nach einer sozialen und gemeinschaftlichen Wirtschaftsweise tatsächlich gerecht zu werden. Die vorhandenen Potentiale, um diese alternativen Entwicklungswege tatsächlich einzuschlagen, werden jedoch nicht genutzt.

Der Konflikt zwischen den unterschiedlichen Bewegungen ist zwar kein neuer, der Bruch des Einheitspakt führte aber zur Verschiebung der Allianzen. Waren die wichtigsten sozialen Bewegungen im Prozess der verfassungsgebenden Versammlung noch im Einheitspakt

vereint, so zeigte sich, dass diese ein sehr heterogenes und konfliktbehaftetes Spektrum bildeten. (Radhuber 2012a: 149) Seit der verfassungsgebenden Versammlung veränderte sich das Kräfteverhältnis innerhalb der sozialen Bewegungen und zur Regierung nachhaltig. Durch die Adaption des ersten Verfassungsentwurfes von Oruro wurde der offene Bruch mit den indigenen Bewegungen vollzogen. Es formierten sich zwei Blöcke, die als Offenlegung der internen Widersprüche zu betrachten sind. Auf der einen Seite sind es die ländlichen Gewerkschaften, auf der anderen Seite die indigenen Organisationen des Tief- und Hochlandes. (Radhuber 2012a: 163f.) Während erstere reformistische Vorstellungen gekoppelt an sozialstaatliche Projekte anstreben und somit eine moderate Linie der Anpassung des kapitalistischen Staates verfolgen, strebt der indigene Block eine weitreichende Staatstransformation mit territorialer Neuordnung und gesellschaftlicher Einbettung an. Ziel ist ein weitreichendes Demokratiekonzept der Partizipation, das alle Aspekte des Gemeinschaftlichen umfassen soll.

Im Zusammenhang mit diesen Zugeständnissen und dem Bruch zwischen den Bewegungen stehen die bäuerlichen Organisationen in der Kritik, da sie zu ihrem Vorteil die Agrarreform aufgaben. Indem sie die Zugeständnisse zur Ausdehnung der Anbauflächen akzeptierten, offenbarten sie ihre gemäßigt-konservative Haltung. (Interview Prada) Konfrontationen und Spannungen haben das politische Verhältnis beeinflusst und diese gemäßigte Position etabliert.

Einen weiteren wesentlichen Kristallisationspunkt, der das konfliktbehaftete heterogene Verhältnis offenlegt und auf eine Transformation der Machtstrukturen hinweist, findet sich im TIPNIS Konflikt. Dieser steht im Zusammenhang mit der Durchdringung indigenen Territoriums – des Nationalparks Isiboro-Sécure (*Territorio Indígena y parque nacional Isiboro Sécure*) – durch eine Straße nach Brasilien. Entsprechend der neuen Verfassung ist die Regierung grundsätzlich dazu verpflichtet, die lokalen indigenen Bevölkerungen zu konsultieren, sofern die Maßnahmen deren Territorien betreffen. Insofern liegt die Entscheidungshoheit bei der lokalen Bevölkerung, wodurch es zu einer Aushebelung des nationalen Mehrheitsrechtes und einer Betonung der Minderheiten und der Autonomie kommen sollte. Jedoch kam es in diesem konkreten Fall nicht zur Einhaltung dieser Konsultationspflicht. Folgt man der Argumentation von Oscar Vega, so muss man den Konflikt aber weit über das Thema „Konsultation und Straßenbau“ hinaus, als einen Konflikt begreifen, der sich um die lokalen Allianzen und Machtverhältnisse im Tiefland dreht. Als zentralen Akteur versteht er dabei die CIDOB (*Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia*), die sich, rund um das Thema der lokalen Autonomie und Selbstverwaltung, gegen

die neue Regierungsallianz im Osten stellt. Die veränderte Korrelation der politischen Kräfte im Tiefland führte nämlich zu einem Bruch zwischen der MAS und CIDOB, da die MAS die Bewegung nicht mehr politisch repräsentierte. Man erkennt, dass die immer noch dominanten traditionellen Machtstrukturen im Tiefland – die patrimonialen Machtverhältnisse (Tapia Mealla 2012: 302) – nicht überwunden wurden, sondern im Gegenteil wurden diese Herrschaftsformen verstärkt. Dies hängt gleichzeitig mit dem Bruch zwischen der CIDOB und den *Cocaleros* zusammen. Während nämlich die CIDOB für die MAS zu unbequem wurde, änderte sich durch die neue Annäherung der Opposition das politische Verhältnis und es formierte sich eine neue strategische Allianz. (Interview Vega)

Dieser Konflikt spiegelt sowohl die Frage nach Land und Eigentum wider, als auch die Form und Gestaltung unterschiedlicher Wirtschaftsweisen. In Zusammenhang mit der Agrarreform wird der Faktor Land zu einer wesentlichen Determinante politischer Auseinandersetzungen rund um Verteilungsansprüche, welche die unterschiedlichen Standpunkte und Konfliktlinien offenlegt. Dabei strebt nicht nur der agroindustrielle Sektor eine Expansion an, sondern man darf in diesem Bereich auch die Rolle der Kokaproduktion – und damit der Kokain-Ökonomie – nicht vernachlässigen. Der TIPNIS-Konflikt stellt unter anderem einen Konflikt um lokale ökonomische Herrschaft dar, der sich im Bruch der indigenen Organisationen mit den *Cocaleros* verdeutlicht. Da die *Cocaleros* den Park und somit die Lebensgrundlage der indigenen BewohnerInnen zerstörten, sahen sich diese gezwungen, als Land- und Hilfsarbeiter in prekären (Ausbeutungs-)Verhältnissen zu arbeiten. (Interview Arze) Im Sinne der Akkumulationsregime etablierten die *Cocaleros* eine Ausbeutungsform, die eine Einbindung in deren Produktionsweise beinhaltet und gleichzeitig Subsistenzwirtschaft in untergeordneter Weise ermöglicht. (Kap. 3.1.1.)

Darüber hinaus hat die Regierung auch gemeinschaftliche Projekte (z.B. ein Öko-Tourismus-Projekt im TIPNIS) im Nationalpark verhindert und somit ihr eigenes Ziel der Förderung des Gemeinschaftlichen aufgrund eigener Interessen und unterschiedlicher Perspektiven vernachlässigt. Der territoriale Konflikt wird gleichzeitig zum Konflikt zwischen unterschiedlichen Wirtschaftsweisen und deren Expansionscharakter. (Interview Almaraz)

Der Bruch des Einheitspaktes verdeutlicht die Spannungen zwischen dem bäuerlich-gewerkschaftlichen Block und den indigenen Organisationen. Die CONAMAQ (*Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qllasuyu*) und die Hälfte von CIDOB bilden dabei den Kern des Konfliktpols. Hintergrund des Konfliktes ist die Art der Interpretation und Implementierung der neuen Verfassung, die von Seiten der indigenen Organisationen

eingefordert wird. (vgl. Interview Prada; Radhuber 2012a: 169) War die Verfassung zu Beginn des gesellschaftlichen Transformationsprozesses noch gemeinsames Bindeglied zwischen den Organisationen, hat sich seither das Verhältnis verändert und zum Bruch beigetragen. Die neue Verfassung hat gleichzeitig die Rahmenbedingungen für die Auseinandersetzungen und Kämpfe verändert. (Interview Vega) Es haben sich dadurch neue Allianzen und Diskussionspole formiert, welche die strategischen Relationen und Selektivitäten des heterogenen Blocks der sozialen Bewegungen aufzeigen und auf deren Diskrepanzen hinsichtlich der Perspektiven und Verharrungsmechanismen in „alten“ Schemata hinweisen. Durch die Gleichzeitigkeit einer Reformierung und Mäßigung der konservativen Kräfte und die interne Durchsetzung der Modernisierungslinie (Radhuber 2012a: 164) kam es zu einer Annäherung und Neuorientierung. Diese förderte den Bruch mit der indigenen Bewegung.

Dieser wird im Zusammenhang mit dem Extraktionssektor noch deutlicher. Durch die Materialisierung des Extraktionssektors im bolivianischen Staat (Radhuber 2012a: 222, 250, 267) bildet sich eine strategischen Selektivität zu Gunsten des kapitalistisch-extraktiven Staates heraus. Aus der Abhängigkeit vom Export der Rohstoffe lassen sich Tendenzen der Expansion erkennen. Die fiskalische Abhängigkeit befördert die Einflussmöglichkeiten der strategisch wichtigen Sektoren und reproduziert diese Form des Extraktivismus. Dieser Sektor gewinnt an Dominanz und Einflussmöglichkeit im Staat, wodurch die Durchsetzung der Expansion vorangetrieben werden kann. Die Ausdehnung der Extraktionsökonomie führt dazu, dass sich die Konflikte um die dominanten Entwicklungsstrategien auf die räumliche Ebene ausbreiten. Die Aneignung der Natur – im Sinne der ökologischen Beschränkung – ist dabei geprägt von unterschiedlichen Kräfteverhältnissen und unterschiedlichen Strategien. In diesem Sinne bedeutet diese Auseinandersetzung um das Territorium auch einen Versuch, die territorialen Kräfteverhältnisse neu zu organisieren. In diesem Prozess nimmt das staatliche Unternehmen YPFB eine entscheidende Rolle ein, welche auf diese Konflikte hinweist. So betont deren Chef Carlos Villegas, dass Umweltprüfung, Konsultationspflicht und Partizipation ein enormes Investitionshindernis darstellen. (Villegas nach Bebbington, Humphreys Bebbington 2010: 139) Die interne Logik, das etablierte System der Rohstoffabhängigkeit im Staat mit den daran gekoppelten Sozial- und Investitionsprogrammen, prägen die Konfliktlinie zwischen den unterschiedlichen Entwicklungsstrategien.

Abschließend kann man die hier beschriebene Transformation der Kräfteverhältnisse als Wiederherstellung einer bürgerlichen Dominanz bezeichnen. Diese Rekombination der

Bourgeoisie und eine Wiederherstellung der Klassenherrschaft mit neuer Zusammensetzung haben die Regierung zum Administrator der neuen Bourgeoisie der reichen *Cocaleros*, *Campeñonos* und SiedlerInnen³⁶ gemacht. Diese Konstellation führte zu einer neuen Allianz zwischen den neuen und alten bürgerlichen Blöcken, um sich gegen die indigenen Bewegungen behaupten und durchsetzen zu können. (Interview Prada; Prada nach Seewald 2012: XVI)

³⁶ Anmerkung: Unter den SiedlerInnen (*Colonizadores*) versteht man jenen Teil der Landbevölkerung des Tieflandes, der in Folge der Massentlassungen und Dürren seit den 1980er-Jahren vermehrt ins Tiefland zog, um dort als BäuerInnen ein Auskommen zu finden.

6. Conclusio

Ziel dieser Arbeit war es die wirtschaftlichen Entwicklungen Boliviens unter Berücksichtigung der pluralen Ökonomie als alternativen Ansatz hin zu einer möglichen wirtschaftlichen Transformation zu untersuchen. Die Analyse drehte sich um die zentrale Fragestellung, ob das Konzept der pluralen Ökonomie, das Teil der Verfassung ist, tatsächlich zu relevanten Veränderungen des wirtschaftlichen und politischen Alltags führt. In diesem Rahmen wurden die wesentlichen Elemente und Perspektiven dieses breiten und komplexen Gesellschaftskonzeptes herausgearbeitet, die hier resümierend als multiples Demokratiekonzept partizipativ-solidarischen Charakters verstanden werden. Darunter verstehe ich ein Demokratieverständnis, das zur Aufhebung der relativen Trennung der Politik und der Ökonomie beitragen soll. Gleichzeitig wird durch die Einbeziehung der Natur der Rahmen für Entwicklung und Wachstum um den nachhaltigen und sorgsamem Umgang mit der Umwelt erweitert. Dies impliziert eine Kritik am systemimmanenten Drang zur kapitalistischen Akkumulation. Weitere Aspekte – auf die hier nicht näher eingegangen werden konnte – drehen sich um die kulturellen Aspekte, Selbstbestimmungsrechte und Formen lokaler Autonomie. Dadurch wird nicht nur die kapitalistische Wirtschaft hinterfragt und kritisiert, sondern es wird ebenfalls dem kapitalistischen Staat eine Absage erteilt. Entscheidungen sollen in der Gesellschaft durch Diskussionen und Konsens erreicht werden. Im Zuge dessen wird das Wohl des Einzelnen in Beziehung zur Gesellschaft gestellt und Werte wie Solidarität und Reziprozität sollen gefördert werden, um die Interdependenz zwischen Individuum und Gesellschaft im positiven Sinne hervorzuheben. Dies beschreibt, was ich unter dem Aspekt der multiplen Demokratie partizipativ-solidarischen Charakters verstehe, nämlich eine Neubewertung der Gesellschaft und der Entscheidungsstrukturen, um die Interdependenz Individuum – Gesellschaft zu betonen. Zusätzlich verstehe ich den Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Entwicklung eingebettet in die Natur (als Lebensgrundlage und Entwicklungsrahmen) als Kritik an der nationalen Raumordnung gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Beziehungen und Machtverhältnisse.

Dieses weitreichende Gesellschaftsmodell kann natürlich nicht von einem Tag auf den anderen umgesetzt werden. Nur ein langwieriger Prozess der Auseinandersetzungen und richtungsweisenden Maßnahmen kann die Alternative befördern. Bestehende gesellschaftliche Verhältnisse dürfen nicht vernachlässigt werden. Bieten Krisen zwar größere Handlungsspielräume um Strukturen aufzubrechen, so muss die Gesellschaft weiterhin kämpfen, um die richtungsweisenden Strategien und Diskurse zu verankern und die

Strukturen neu zu gestalten. In diesem Sinn bedeutet die neue Verfassung zwar einen Schritt hin zu einer möglichen Transformation und einem Perspektivenwechsel, jedoch wird dieser Prozess dadurch nicht zwangsweise eingeleitet. Politische und wirtschaftliche Maßnahmen müssen gezielt eingesetzt werden, um tatsächliche strukturelle Veränderungen zu erreichen. Dabei darf sich die Zivilgesellschaft nicht der Verantwortung entziehen und dieses Feld allein dem Staat und der darin etablierten Machtverhältnisse überlassen, sondern sie muss weiterhin kämpfen, um diesen Prozess bewusst voranzutreiben. Somit kommt der Konfrontation und Diskussion unterschiedlicher Akteure und Perspektiven eine entscheidende Rolle zu. Die Arena dieser Auseinandersetzungen um das Zukünftige findet hierbei im Bestehenden statt. Strukturell bedingt können dadurch bestimmte Akteure ihre Strategien leichter durchsetzen. Diese strategische Selektivität stellt nicht nur den Bezug zwischen historischen und gegenwärtigen Strukturen dar, sondern verweist auf eine mögliche Zukunft, da die sich durchsetzenden Strategien einen neuen Gestaltungsrahmen etablieren. Diese systemimmanente Bevorzugung spezifischer Akteure und Strategien schränkt damit die Veränderungspotentiale ein.

Ein Anzeichen hierfür stellt die neue Verfassung dar. Wurde diese zwar wesentlich von den sozialen Bewegungen und Organisationen mitgestaltet und sollte diese Transformation vorantreiben, so hat (1) die liberal-demokratische Auswahl der TeilnehmerInnen Vertreter politischer Parteien bevorzugt (Radhuber 2012a: 141), (2) die parlamentarische Adaption zu Gunsten wirtschaftlich und politisch dominanter Akteure die Potentiale eingeschränkt. Dadurch verlagerte sich die Konfliktlinie seither weg von der Auseinandersetzung mit der Opposition hin zur Auseinandersetzung um die Ausgestaltung der Entwicklungsstrategien: Modernisierung mittels Rohstoffextraktion oder nachhaltige solidarische Wirtschaft des *Vivir Bien*, um vom Ressourcenfluch und der Abhängigkeit zu entkommen, sind seither dominante Konfliktlinien³⁷. Diese Verschiebung der Konflikte verändert auch die Akteursverhältnisse und deren Strategien. Durch die Offenlegung der veränderten politischen Kräfteverhältnisse zeigte sich, dass spezifische Strategien in ihrer Reichweite neuen Allianzen herausbilden können. Der Bruch zwischen dem bäuerlichen und indigenen Block zeigt exemplarisch, dass die neoliberalen Anpassungen die Gesellschaftsverhältnisse veränderten. Diese neue Sozialstruktur sollte dabei hinsichtlich transformativer Potentiale nicht vernachlässigt werden. Denn dadurch wurde der Gemeinschaftscharakter der bäuerlichen Gruppen stark verändert

³⁷ Anmerkung: Daneben bilden die regionalen Verteilungskonflikte rund um die Ressourcen und Autonomieforderungen das Konfliktfeld. Diese finden aber innerhalb des Modernisierungsdiskurses statt und stellen keine als relevant betrachtete Beziehung zur Kontroverse zwischen den Entwicklungsmodellen dar.

und individualisiert (Interview Arze), Solidarität und Reziprozität scheinen dadurch vorwiegend diskursive Elemente politischer Auseinandersetzungen geworden zu sein, deren Reichweite sich auf die Aneignung vormals ins Ausland transferierter Reichtümer und deren Verteilung konzentrieren.

Die Veränderungen der Rahmenbedingungen und ökonomischen Perspektiven werden hier als wesentlich dafür erachtet, dass diese heterogene Allianz des Einheitspaktes gesprengt wurde und die moderat-konservative Veränderung der Verteilungs- und Besitzstrukturen durchgesetzt wurden. Verstärkt wurde dies dadurch, dass die Opposition rund um die wirtschaftlich dominanten Kräfte erkannte, dass diese Maßnahmen neue Perspektiven und Vorteile für den Unternehmenssektor schufen, wodurch sie ihren Einfluss wieder ausbauen konnten. Für Raúl Prada spielt hier die Parteistruktur der MAS eine entscheidende Rolle, da sich diese nicht ideologisch formierte. Dadurch, dass die MAS nur ein politisches Wahlinstrument darstellt, nutzten viele die Möglichkeiten und traten der MAS bei. (Interview Prada 2013) Anstatt einer progressiven Linie setzte sich somit eine neue konservative Position mit neuen politischen und wirtschaftlichen Allianzen durch.

Um die Transformationspotentiale offenzulegen und Tendenzen einer sich durchsetzenden Wirtschaftsstrategie festzustellen, die eben eng verbunden mit den spezifischen Auseinandersetzungen um ein dominantes Kräfteverhältnis einhergehen, näherte ich mich in der empirischen Forschung den ökonomischen und politisch-regulativen Veränderungen im Wirtschaftsmodell an. Eingebettet in die Regulationstheorie lassen sich dadurch Strategien und Akkumulationsmodelle erarbeiten und zeigen, wie diese gesellschaftlich gesichert und stabilisiert werden. Diese Analyse diente dazu, um die Veränderungen hinsichtlich ihrer Reichweite hin zu einer sozialen und gemeinschaftlichen Wirtschaft abzugrenzen und die tatsächliche Strategie herauszuarbeiten. Aufbauend auf den Entwicklungsplänen wurde das geplante und angestrebte Akkumulationsregime kritisch untersucht, um auf Möglichkeiten und Grenzen einer Transformation weg von kapitalistischen Produktionsformen einzugehen. Verknüpft mit den ökonomischen Entwicklungen und politischen Regulations- und Stabilisierungsmechanismen der Verteilung und Förderung spezifischer Sektoren zeigte sich, dass das aktuelle Akkumulationsmodell alte Muster der Extraktionsökonomie fortsetzt. Versuche der Industrialisierung und Modernisierung sollten entsprechend der Strategiepapiere dazu dienen, um sich von der ausländischen Abhängigkeit loszulösen. Jedoch bleibt die Abhängigkeit zur internationalen Ökonomie, welche stark determinierend auf die nationale Wirtschaft wirkt, bestehen und wird noch weiter vertieft. Potentielle Exportbereiche werden ausgebaut und intensiviert, die Entwicklung des produktiven Sektors wird der

Zivilgesellschaft überlassen. Durch die gezielte Förderung dieser Außenorientierung und Rohstoffökonomie werden die Entwicklungspotentiale des produktiven Sektors geschwächt. Lassen zwar die wenigen Fördermaßnahmen einen Spielraum für gemeinschaftliche Entwicklungswege zu, wie das Beispiel der *Pueblos Unidos*³⁸ zeigt (Interview Almaraz), so überwiegt der Charakter einer liberalen Strategie des *capacity buildings* zur Entwicklung von Humankapital. Gleichzeitig wird durch staatliche Verteilungsmaßnahmen und Investitionsprogramme eine vorherrschende Konsumnorm stabilisiert. Darunter verstehe ich eine spezifische Form der Reproduktion, die im Zusammenhang mit der (internationalen) Akkumulationsweise steht und gleichzeitig eine gesellschaftliche Form der (Sach-)Zwänge³⁹ darstellt.

Abschließend möchte ich noch auf die Frage der Hegemonie dieser Akkumulationsstrategien und den damit einhergehenden veränderten Kräfteverhältnisse eingehen. Anknüpfend an die Analyse von Julia Seewald zur Frage der MAS als neue politische Hegemonie wird hier versucht, ihre Darstellung um die ökonomische Dimension und Erkenntnisse dieser Arbeit zu erweitern. Die MAS hat sich laut Seewald als hegemoniales Projekt etabliert, in dem es die *Cocaleros* und *Campesinos* schafften ihre Partikularinteressen gegenüber den indigenen Gruppen des Tieflandes durchzusetzen. Man kann jedoch nicht davon sprechen, dass sich ein historischer Block herausgebildet hat. Durch die Machtübernahme der MAS veränderten sich jedoch die Diskurse und strategischen Selektivitäten, um die Anliegen indigener und subalternen Gruppen im Machtkampf zu befördern. (Seewald 2012: 84f.)

Im Verständnis, dass Hegemonie auch die Durchsetzung eines spezifischen Wirtschaftskonzeptes beinhaltet, um eine gesellschaftliche Stabilität herzustellen, interpretiere ich das neu etablierte Kräfteverhältnis als einen Bruch mit der indigenen Bewegung und deren Strategien zur Transformation sozio-ökonomischer Verhältnisse. Ist zwar der Alltagsdiskurs stark beeinflusst von indigenen und anti-kapitalistischen Rhetoriken, bezieht sich dies vor allem auf symbolische Aspekte. Diese Symbolik hält zwar Einzug in das politische System, jedoch ohne die Strukturen zu beeinflussen. Den hegemonialen Block gesellschaftlicher Entwicklungsweisen verstehe ich jedoch als eine fragile Allianz zwischen neuen und alten Klassenfraktionen rund um die Modernisierungsstrategien, getragen von diesen „alternativen“

³⁸ Anmerkung: Die Gemeinschaft der *Pueblos Unidos* nutzte die Kreditmöglichkeiten von BDP um sich eine Erntemaschine zu kaufen, mit der die Gemeinschaft die Ernte schnell einbringen kann. Gleichzeitig vermieten sie diese, um so den Kredit schneller abzubezahlen. (Interview Almaraz)

³⁹ Anmerkung: Dabei verstehe ich (Sach-)Zwänge, die eine gesellschaftliche Inklusion oder Exklusion auf Grund bestimmter Güter und Möglichkeiten fördern oder verhindern. Die Konsumnorm wird somit zum gesellschaftlichen Inklusionsverhältnis.

Diskursen der suggerierten Überwindung ethnischer und wirtschaftlicher Ausgrenzung. Verstärkt wird dies diskursive Darstellung des Wandels durch die materiellen Zugeständnisse in Form der Sozialprogramme, die zwar die realen Lebensumstände verbessern, jedoch ohne eine gezielte Transformation des Wirtschaftsmodells einzuleiten. Als dominante Akteure dieses neuen Kräfteverhältnisses identifiziere ich dabei, neben den *Cocaleros* und *Campeños*, die informelle Bourgeoisie rund um die informellen Produktionsstätten (z.B. von El Alto (vgl. Interview Capobianco, Interview Arze)), die Handelsfraktion der Städte und die Kooperativen. Diese Allianz wird diesbezüglich von der alten Bourgeoisie der Agraroligarchie, dem Bankensektor und der transnationalen Klasse im Feld der Extraktion auf Grund neuer Handlungsspielräume und Zugeständnisse toleriert und teilweise unterstützt. Jedoch ringen diese Fraktionen um die Stärkung ihrer Einflussmöglichkeiten, wie dies aus den Strategien der PrivatunternehmerInnen (Interview mit Dabdoub; vgl. FEPSOC 2012) ersichtlich wurde.

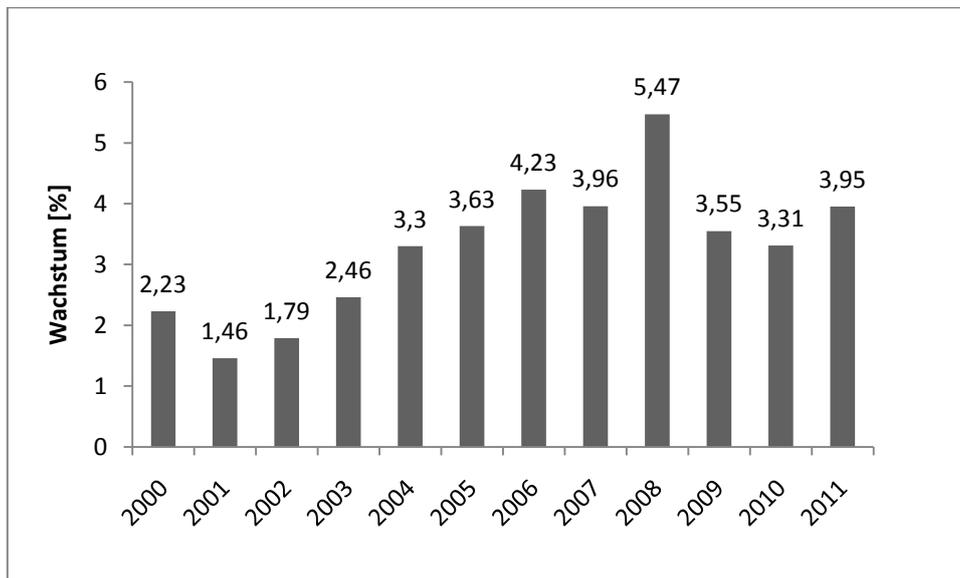
Die Durchsetzung der Modernisierungsbefürworter verweist auf einen neuen Klassencharakter des Bündnisses. Diese Allianz scheint aus ökonomischen Gesichtspunkten fragil zu sein, da sie direkt mit den Akkumulationspotentialen zusammenhängt. Da das dominante Akkumulationsregime aber eine hohe Außenabhängigkeit und Volatilität des Rohstoffsektors aufweist, unterliegen die Akkumulationsdynamiken starken Fluktuationen. Durch diese Schwankungen kann die Stabilisierungsfunktion der neuen Regulationsweise ebenfalls ins Wanken geraten.

Hinsichtlich der Forschungsfragen erkennt man Tendenzen einer verstärkten kapitalistischen Produktion in der Extraktionsökonomie, wobei dies durch die Rolle des Staates als Wirtschaftsakteur intensiviert wird. Durch die Verknüpfung der Extraktionsökonomie mit dem Wohlfahrtsregime (Esping-Andersen 1990) wird nämlich die gesellschaftliche Notwendigkeit dieser Wirtschaftsweise verstärkt. Hinsichtlich der Potentiale rund um gemeinschaftliche Wirtschaftsformen kam es zwar zur rechtlichen Anerkennung, wodurch neue Spielräume geschaffen wurden, jedoch verändert die Ausbreitung kapitalistisch produzierter Güter mittels merkantilistischer Beziehungen das Gemeinschaftliche. Die Individualisierung schreitet voran und zerstört diese Potentiale, wodurch sich ein neuer Klassencharakter etablierte. Dieser scheint sich aber vor allem auf die bäuerlichen Gemeinschaften ausgebreitet zu haben, während in den indigenen Gemeinschaften des Hoch- und Tieflandes dieser Gemeinschaftscharakter noch stärker verankert ist. Anstatt einer Förderung hin zu möglichen Transformationen erkenne ich Tendenzen zur Ausbreitung kapitalistischer Verhältnisse, vorangetrieben durch neue dominante Kräfte und Allianzen.

Natürlich ist es nicht möglich zukünftige Entwicklungen vorherzusagen, aufgrund der hier dargelegten Aspekte erkennt man jedoch Tendenzen, die eine Entwicklung nach Modernisierungsstrategien verfolgt. Die Potentiale hin zu alternativen Wirtschaftsformen werden demnach nicht gefördert, im Gegenteil scheint es, als werde die Abhängigkeit von externen Märkten verstärkt, wodurch das rohstoffbasierte Wirtschaftsmodell intensiviert wird. Es scheinen die Strategien und strukturellen Hindernisse zu groß, um 500 Jahre kolonialer Abhängigkeit zu überwinden.

7. Anhang

Abbildung 10: BIP-Wachstum



Eigene Darstellung. Quelle: INE.

Abbildung 11: Struktur des städtischen Arbeitsmarkts (2005)

Städtischer Arbeitsmarkt je Sektoren (2005)		
Primärsektor	Sekundärsektor	Tertiärsektor
Landwirtschaft	Industrie, Produktion, Rohstoffabbau, Bauwesen	Dienstleistungen und Handel
6,6	28,4	65,2
Struktur Dienstleistungssektor [%]		
Verkauf und Reparaturen:		35,6
Transport, Lagerung und Kommunikation:		14,1
Gastgewerbe:		9,8
Hausarbeit und persönliche Dienstleistungen:		15,2
Struktur Sekundärsektor [%]		
Industrielle Produktion:		58,8
Bauwesen:		32,0
Bergbau:		7,0
Form der Beschäftigung [%]		
Formelle Beschäftigung:		38,2
Informelle Beschäftigung:		61,8

Eigene Darstellung. Quelle: Wanderley 2009: 128, Tab. 29; 245, Tab. 40.

Tabelle 5: Entwicklung der Erdgasexportpreise nach Brasilien und Argentinien

	Durchschnitt 1999-2005	2006	2007	2008	2009	2010
Exportpreis Erdgas (Brasilien)	1,7 \$/ MMBTU	3,8 \$/ MMBTU	4,1 \$/ MMBTU	6,51 \$/ MMBTU	4,915 \$/ MMBTU	5,985 \$/ MMBTU
Exportpreis Erdgas (Argentinien)	2,1 \$/ MMBTU	4,2 \$/ MMBTU	5,2 \$/ MMBTU	8,54 \$/ MMBTU	5,875 \$/ MMBTU	7,275 \$/ MMBTU

Quelle: Radhuber 2012a: 215, Tab. 3.

Tabelle 6: Entwicklung der Erdgasförderung und Exportquote 2000-2010

	Gesamtproduktion in Millionen Kubikfuß	Inlandskonsum in Millionen Kubikfuß	jährliche Wachstumsrate der Gesamtproduktion [%]	Export- quote [%]
2000	107.235,60	33.011,29		69,2%
2001	158.807,52	28.863,45	48,1%	81,8%
2002	164.579,40	31.358,99	3,6%	80,9%
2003	215.252,00	36.980,00	30,8%	82,8%
2004	334.700,00	37.553,00	55,5%	88,8%
2005	414.979,00	47.967,00	24,0%	88,4%
2006	445.656,00	51.575,00	7,4%	88,4%
2007	477.842,00	59.056,00	7,2%	87,6%
2008	494.428,00	67.346,00	3,5%	86,4%
2009	424.797,00	78.516,00	-14,1%	81,5%
2010	491.775,00	82.531,00	15,8%	83,2%

Eigene Darstellung. Quelle: INE.

Tabelle 7: Exportstruktur der wichtigsten Produktgruppen (in 1000 US-\$)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Exporte	1.246.276	1.226.207	1.319.855	1.589.844	2.194.570	2.867.428	4.088.331
Landwirtschaft, Viehzucht	112.479	53.463	61.236	94.156	131.580	171.563	159.537
Anteil	9,0%	4,4%	4,6%	5,9%	6,0%	6,0%	3,9%
Kohlenwasser- stoffe	157.861	286.659	331.460	485.378	815.400	1.400.206	2.011.236
Anteil	12,7%	23,4%	25,1%	30,5%	37,2%	48,8%	49,2%
Mineralien	260.107	189.347	199.861	229.217	297.702	350.534	793.634
Anteil	20,9%	15,4%	15,1%	14,4%	13,6%	12,2%	19,4%
Industrielle Produktion	715.784	696.712	727.293	781.077	949.869	945.109	1.123.924
Anteil	57,4%	56,8%	55,1%	49,1%	43,3%	33,0%	27,5%

	2007	2008	2009	2010 (1)	2011 (1) (2)	2012 (1) (2)
Exporte	4.821.827	6.932.929	5.399.575	6.952.091	9.114.000,00	11.589.270,00
Landwirtschaft , Viehzucht	188.463	274.427	288.405	280.090	338.210	505.560
Anteil	3,9%	4,0%	5,3%	4,0%	3,7%	4,4%
Kohlenwasserstoffe	2.240.031	3.483.377	2.107.290	2.984.418	4.112.450,00	5.741.650
Anteil	46,5%	50,2%	39,0%	42,9%	45,1%	49,5%
Mineralien	1.062.472	1.520.776	1.498.489	1.853.688	2.420.090,00	2.071.880,00
Anteil	22,0%	21,9%	27,8%	26,7%	26,6%	17,9%
Industrielle Produktion	1.330.862	1.654.349	1.505.391	1.833.894	2.243.250,00	3.270.180,00
Anteil	27,6%	23,9%	27,9%	26,4%	24,6%	28,2%

Eigene Darstellung. Quelle: INE; (1) vorläufige Zahlen, (2) INE 2013b.

Tabelle 8: Export der industrielle Produktion unterteilt nach Sektoren (in 1000 US-\$)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Agrarsektor	321.699	351.974	383.637	418.855	499.959	429.470	479.446
Anteil	45%	51%	53%	54%	53%	45%	43%
Bergbau und Mineralverarbeitung	165.155	151.123	148.879	144.842	165.919	202.491	281.010
Anteil	23%	22%	20%	19%	17%	21%	25%
Kohlenwasserstoffverarbeitung	20.916	16.893	14.928	19.893	35.490	43.002	48.692
Anteil	3%	2%	2%	3%	4%	5%	4%
Nicht-traditioneller Sektor	208.014	176.724	179.850	197.489	248.501	270.149	314.776
Anteil	29%	25%	25%	25%	26%	29%	28%

	2007	2008	2009	2010 (1)	2011 (1) (2)	2012 (1) (2)
Agrarsektor	582.909	744.142	813.432	821.326	832.620	1.033.090
Anteil	44%	45%	54%	45%	37%	32%
Bergbau und Mineralverarbeitung	343.459	432.176	359.051	550.852	1.048.490	1.801.790
Anteil	26%	26%	24%	30%	47%	55%
Kohlenwasserstoffverarbeitung	50.797	65.354	27.884	30.438	36.230	25.290
Anteil	4%	4%	2%	2%	2%	1%
Nicht-traditioneller Sektor	353.696	412.679	305.022	431.278	325.890	410.010
Anteil	27%	25%	20%	24%	15%	13%

Eigene Darstellung. Quelle: INE; (1) vorläufige Zahlen, (2) INE 2013b.

Tabelle 9: Importentwicklung Produktgruppe (in 1000 US-\$)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Nahrung und Getränke	257.541	244.004	225.580	214.700	207.053	227.328	248.203
Industrielle Versorgungsgüter	615.142	580.695	656.063	580.248	719.199	872.585	1.004.411
Treibstoff und Schmier-mittel	120.120	114.950	81.365	114.589	122.542	239.516	272.285
Kapitalgüter	448.011	382.641	400.211	330.995	409.850	499.716	636.128
Transport, Ersatzteile, Zubehör	299.693	136.042	230.603	236.002	228.264	325.036	436.473
Nicht-spezifizierte Konsumgüter	276.588	248.128	235.881	213.161	229.853	268.054	321.118
Nicht-spezifizierter Güter	3.217	1.811	2.266	819	2.435	6.645	4.041

	2007	2008	2009	2010 (1)	2011 (1) (2)	2012 (1) (2)
Nahrung und Getränke	347.636	439.940	377.023	384.967	567.790	563.040
Industrielle Versorgungsgüter	1.210.420	1.759.476	1.589.613	1.872.259	2.336.270	2.512.780
Treibstoff und Schmier-mittel	280.438	555.359	470.169	615.199	1.025.430	1.209.160
Kapitalgüter	736.087	1.018.064	956.031	1.184.638	1.628.000	1.761.910
Transport, Ersatzteile, Zubehör	617.117	817.257	686.292	716.425	1.305.800	1.195.210
Nicht-spezifizierte Konsumgüter	386.882	494.910	477.841	610.592	796.690	914.400
Nicht-spezifizierter Güter	4.581	9.613	14.292	2.629	4.600	15.430

Eigene Darstellung. Quelle: INE; (1) vorläufige Zahlen, (2) INE 2013a.

8. Literatur und Quellen

Bibliographie

- Amin, Samir (1975): Die ungleiche Entwicklung. Essay über die Gesellschaftsformationen des peripheren Kapitalismus. Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag.
- Arze Vargas, Carlos; Gómez, Javier (2013): Bolivia: ¿El “proceso de cambio” nos conduce al Vivir Bien? (Dokument im Druck)
- Bebbington, Anthony; Humphreys Bebbington, Denise (2010): An Andean Avatar: Post-Neoliberal and Neoliberal Strategies for Securing the Unobtainable. In: *New Political Economy*, 16, (1), 131-145.
- Becker, Joachim (2007a): *Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*. Marburg 2007: Matropolis Verlag.
- Becker, Joachim et.al. (2007b): Einleitung: Variationen kapitalistischer Entwicklung. In: Becker, Joachim, Imhof, Karen; Jäger, Johannes, Staritz, Cornelia [Hg.]: *Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat*. Wien: Mandelbaum Verlag, 7–63.
- Becker, Joachim (2008): Der kapitalistische Staat in der Peripherie: polit-ökonomische Perspektiven. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, XXIV (2), 10-32.
- Bieler, Andreas; Morton, Adam David (2003): Neo- Gramscianische Perspektiven. In: Schieder, Siegfried et al. (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*. Opladen, 337-359.
- Borg, Eric (2001): Steinbruch Gramsci - Hegemonie im internationalen politischen System. In: <http://www.sopos.org/aufsaetze/3bbdcd9ea0c9f/1.phtml> [Zugriff: 29.08.2013]
- Brand, Ulrich (2005): *Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Centellas, Miguel (2010): Savina Cuéllar and Bolivia's New Regionalism. In: *Latin American Perspectives*, 37 (4), 161-176.
- Cerutti, Eugenio; Mansilla, Mario (2008): *Bolivia: The Hydrocarbons Boom and the Risk of Dutch Disease*. International Monetary Fund: IMF Working Paper WP/08/154.

- Chávez León, Patricia; Mokrani Chávez, Dunia (2012): Das Öffnen politischer Horizonte in Bolivien durch die sozialen Bewegungen. In: Brand, Ulrich; Radhuber, Isabella M.; Schilling-Vacaflor, Almut [Hg.]: Plurinationale Demokratie in Bolivien. Gesellschaftliche und staatliche Transformationen. Münster, Westfälisches Dampfboot, 42-64.
- Córdova, Armando (1973): Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Cox, Robert (1993): Gramsci, hegemony and international relations: an essay in method. In: Gill, Stephen (Hg.): Gramsci, Historical Materialism and International Relations. Cambridge: Cambridge University Press, 49-66.
- Cox, Robert (2011): Soziale Kräfte, Staaten und Weltordnung. Jenseits einer Theorie Internationaler Beziehungen. In: Opratko, Benjamin; Prausmüller, Oliver [Hg.]: Gramsci global: Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie. Hamburg: Argument Verlag, 39–83.
- Eckl, Melanie (2009): Vom Bonosol zur Renta Dignidad - das bolivianische Pensionssystem zwischen 1996 und 2008. Wien: Universität Wien, Masterarbeit.
- Elwert, Georg; Wong, Diana (1979): Thesen zum Verhältnis von Subsistenzproduktion und Warenproduktion in der Dritten Welt. In: Arbeitsgruppe Bielefelder Entwicklungssoziologie [Hg.]: Subsistenz und Akkumulation. Saarbrücken: Breitenbach, 255-278.
- Escárzaga, Fabiola (2009): Die Regierung der sozialen Bewegungen. In: Ernst, Tanja; Schmalz, Stefan [Hg.]: Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 79-93.
- Escóbar de Pabón, Silvia (2009): Situación de los Ingresos laborales en tiempos de cambio. La Paz: CEDLA.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge: Polity Press.
- Estermann, Josef (2010): „Gut Leben“ als politische Utopie. Die andine Konzeption des „Guten Lebens“ (*suma qamana/allin kawsay*) und dessen Umsetzung im demokratischen Sozialismus Boliviens. In: Fonet-Betancourt, Raúl [Hg.]: Gutes Leben als humanisiertes Leben. Vorstellungen vom guten Leben in den Kulturen und ihre Bedeutung für Politik und Gesellschaft heute. Dokumentation des VIII. Internationalen

- Kongresses für Interkulturelle Philosophie. Aachen: Wissenschaftsverlag Mainz, 261-288.
- Fabricant, Nicole (2010): Between the Romance of Collectivism and the Reality of Individualism. Ayllu Rhetoric in Bolivia's Landless Peasant Movement. In: Latin American Perspectives, 37 (4), 88-107.
- Farthing, Linda (2010): Controlling State Power. An Interview with Vice President Álvaro García Linera. In: Latin American Perspectives, 37 (4), 30-33.
- FEPCS (2012): Confianza para crecer. El empresariado cruceño en el desarrollo de Bolivia, articulación público privada. Santa Cruz de la Sierra: Federación de Empresarios de Santa Cruz.
- Foucault, Michel (1978): Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin: Merve-Verlag.
- Frauschauer, Ulrike; Lueger, Manfred (2003): Das qualitative Interview. Zur Praxis interpretativer Analyse sozialer Systeme. Wien: Facultas.wuv.
- García Linera, Álvaro (2010): El Socialismo Comunitario. Un aporte de Bolivia al mundo. In: Revista de Análisis. Reflexiones sobre la coyuntura, N°5. La Paz: Vicepresidencia del Estado Plurinacional, Presidencia de la Asamblea Legislativa Plurinacional.
- García Linera, Álvaro (2012a): Vom Rand ins Zentrum. Die Neugestaltung von Staat und Gesellschaft in Bolivien. Mit einem Vorwort von Jean Ziegler und einem Interview mit Álvaro García Linera. Zürich: Rotpunktverlag.
- García Linera, Álvaro (2012b): Las Empresas del Estado. Patrimonio Colectivo del Pueblo Boliviano. La Paz: Vicepresidencia del Estado Plurinacional Bolivia.
- Gärtner, Peter et.al. [Hg.] (2010): Bolivien im Umbruch. Der schwierige Weg der Neugründung. Zweiter Halbband. Leipzig: Quetzal, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
- Gerschenkron, Alexander (1962): Economic backwardness in historical perspective. A book of essays. Cambridge: The Belknap Press.
- Gray Molina, George; Yañez, Ernesto (2010): UNDP Discussion Paper. The Dynamics of Inequality in the Best and Worst of Times, Bolivia 1997-2007. New York: UNDP.
- Gray Molina, George (2012): Der post-neoliberale Raum in Bolivien. In: Brand, Ulrich; Radhuber, Isabella M.; Schilling-Vacaflor, Almut [Hg.]: Plurinationale Demokratie in

- Bolivien. Gesellschaftliche und staatliche Transformationen. Münster, Westfälisches Dampfboot, 182-195.
- Gudynas, Eduardo (2011): Neo-Extraktivismus und Ausgleichsmechanismen der progressiven südamerikanischen Regierungen. In: Kurswechsel Nr.3/2011, 69-80.
- Haider, Kerstin (2010): Der Kokaanbau in Bolivien. Stütze in wirtschaftlichen Krisenzeiten? Wien: Universität Wien, Diplomarbeit.
- Heigl, Miriam (2009): Der Staat in der Privatisierung. Eine strategisch-relationale Analyse am Beispiel Mexikos. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Heinrich, Michael (2005): Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung. Stuttgart: Schmetterling Verlag, 3. Auflage.
- Hermanns, Klaus (2006): Brasilianische Energiepolitik – zurück zu eigenen Quellen. In: Konrad-Adenauer-Stiftung [Hg.]: Auslandsinformationen, 8, 67-78. http://www.kas.de/wf/doc/kas_9021-544-1-30.pdf [Zugriff: 09.09.2013]
- Hirsch, Joachim (2002): Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen. Hamburg: VSA-Verlag.
- Hofmeister, Wilhelm (2006): Brasilien und die Nationalisierung des Energiesektors in Bolivien. In: Konrad-Adenauer-Stiftung [Hg.]: Focus Brasilien, Nr. 5. http://www.kas.de/wf/doc/kas_8642-1522-1-30.pdf?060626162122 [Zugriff: 09.09.2013]
- Horst, Rüdiger (2009): Zielkonflikte zwischen Demokratie und ökonomischer Stabilität in Bolivien. In: Jäger, Thomas [Hg.]: Bolivien. Staatszerfall als Kollateralschaden. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 127-173.
- Huffs Schmid, Jörg (2008): Die neue Dynamik der Finanzmärkte. In: Küblböck, Karin; Staritz, Cornelia (Hg.): *Asienkrise, Lektion gelernt?* Wien: VSA, 26-45.
- Huffs Schmid, Jörg (2009): Fehlverhalten, Regulierungsmängel oder Systemdynamik? Zu den Hintergründen und Ursachen der Finanzkrise. In: Sauer, Thomas; Ötsch, Silke; Wahl, Peter (Hg.): *Das Casino schließen! Analysen und Alternativen zum Finanzmarktkapitalismus. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac.* Hamburg: VSA, 33-46.

- Humphreys Bebbington, Denise; Bebbington, Anthony J. (2010): Extraction, Territory, and Inequalities: Gas in the Bolivian Chaco. In: Canadian Journal of Development Studies 30, (1-2), 259-280.
- Isidor Losada, Ana María (2009): Alte Machthaber und aktuelle Opposition - Von den Zinnbaronen zu den Regionalfürsten im Tiefland. In: Ernst, Tanja; Schmalz, Stefan [Hg.]: Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 95-108.
- Harvey, David (2011): Marx' »Kapital« lesen. Ein Begleiter für Fortgeschrittene und Einsteiger. Hamburg: VSA-Verlag.
- Jessop, Bob (1990): State Theory: Putting Capitalist States in their Place. Cambridge: Polity Press.
- Jessop, Bob (2007): Kapitalismus, Regulation, Staat. Ausgewählte Schriften. Herausgegeben von Bernd Röttger und Victor Rego Diaz. Hamburg: Argument Verlag.
- Jessop, Bob (2010): State Power. A Strategic-Relational Approach. Cambridge: Polity Press.
- Jessop, Bob; Sum, Ngai-Ling (2006): Beyond the regulation approach: putting capitalist economies in their place. Cheltenham, Glos [u.a.]: Elgar.
- Kaup, Brent Z. (2010): A Neoliberal Nationalization? The Constraints on Natural-Gas-Led Development in Bolivia. In: Latin American Perspectives, 37 (3), 123-138.
- Kemlein, Ana (2009): Die indigene Bewegung - Konfliktfaktor oder Motor gesellschaftlicher Veränderungen? In: Jäger, Thomas [Hg.]: Bolivien. Staatszerfall als Kollateralschaden. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 205-238.
- Kohl, Benjamin; Farthing, Linda (2009): Less Than Fully Satisfactory Development Outcomes. In: Latin American Perspectives, 36 (3), 59-78.
- Laclau, Ernesto (2005): On Populist Reason. London, New York: Verso.
- Lessmann, Robert (2009): Bolivien: Zwischen Modellfall und Unregierbarkeit. In: Jäger, Thomas [Hg.]: Bolivien. Staatszerfall als Kollateralschaden. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 37-64.
- Lessmann, Robert (2010): Das neue Bolivien. Evo Morales und seine demokratische Revolution. Zürich: Rotpunktverlag.
- Leubolt, Bernhard; Tittor, Anne (2008): Semi-periphere Sozialstaatlichkeit in Lateinamerika: Argentinien und Brasilien im historischen Vergleich. In: Journal für Entwicklungspolitik XXIV (2), 116-141.

- Leubolt, Bernhard (2013): *Semi-periphere Ungleichheitsregimes und gleichheitsorientierte Politik: Sozial-reformistische Politik in Brasilien und Südafrika*. Kassel: Universität Kassel, Dissertation.
- Mamani Ramírez (2012): *Geschichte des indigenen Widerstands. Führung und Organisation der Aymara aus historischer Perspektive*. In: Brand, Ulrich; Radhuber, Isabella M.; Schilling-Vacaflor, Almut [Hg.]: *Plurinationale Demokratie in Bolivien. Gesellschaftliche und staatliche Transformationen*. Münster, Westfälisches Dampfboot, 94-114.
- Marsh, David; Furlong, Paul (2002): *A Skin not a Sweater: Ontology and Epistemology in Political Science*. In: Marsh, David; Stoker, Gerry (Hg.): *Theory and Methods in Political Science*. Basingstoke: Palgrave, 17-41.
- Marx, Karl 2007 [1962]: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band*. 38. Auflage, unveränderter Nachdruck der 11. Auflage 1962. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- McCall, Leslie (2005): *The Complexity of Intersectionality*. In: *Signs: Journal of Women in Culture and Society*, 30 (3), 1771-1800.
- Mendonça Cunha, Clayton; Santaella Gonçalves, Rodrigo (2010): *The National Development Plan as a Political Economic Strategy in Evo Morales's Bolivia*. In: *Latin American Perspectives*, 37 (4), 177-196.
- Molina, Fernando (2011): *Capitalismo en Bolivia*. In: Molina, Fernando; Oporto, Henry [Hg.]: *Capitalismo en Bolivia. Los Dilemas del Desarrollo*. Bolivia: Fundación Vicente Pazos Kanki, 9-38.
- Molina Díaz, Germán (2011): *El Modelo Boliviano de Economía Plural. Análisis, Evaluación y Perspectivas*. In: Käss, Susanne; Velásquez Castellanos, Iván [Hg.]: *Una Mirada a la Teoría, a los Modelos Económicos, a las Bases Conceptuales y al Modelo de la "ECONOMÍA SOCIAL DE MERCADO"*. Reflexiones Teóricas para Bolivia. La Paz: Konrad Adenauer Stiftung, 130–166.
- Muruchi Poma, Germán (2007): *Evo Morales: die Biografie*. Leipzig: Militzke.
- Müller, Katharina (2003): *Privatising Old-Age Security. Latin America and Eastern Europe Compared*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Müller, Katharina (2009): *Contested universalism: from Bonosol to Renta Dignidad in Bolivia*. In: *International Journal of Social Welfare* No. 18, 163-172.

- Navarro, Flavia Marco (2012): El Bono Juancito Pinto del Estado Plurinacional de Bolivia. Programas de transferencias monetarias e infancia. Santiago de Chile: Naciones Unidas. In: <http://www.eclac.cl/publicaciones/xml/1/48161/ElbonoJuancitoPinto.pdf> [Zugriff: 20.08.2013]
- Novy, Andreas (2007): Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderung in der Einen Welt. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel. 4. überarbeitete Auflage, Erstauflage 2002.
- Oporto, Henry (2011): El Capitalismo Popular. Actores Emergentes y la Formación de un Capitalismo Popular en Bolivia. In: Molina, Fernando; Oporto, Henry [Hg.]: Capitalismo en Bolivia. Los Dilemas del Desarrollo. Bolivia: Fundación Vicente Pazos Kanki, 39-106.
- Otto-Walter, Renate (1979): Unterentwicklung und Subsistenzproduktion. Forschungsansatz der Arbeitsgruppe Bielefelder Entwicklungssoziologen. In: Arbeitsgruppe Bielefelder Entwicklungssoziologie [Hg.]: Subsistenz und Akkumulation. Saarbrücken: Breitenbach, 7-12.
- Petropress (2010 [2009]): Das Lithium in Bolivien. In: Quetzal. Politik und Kultur in Lateinamerika. Online-Magazin. http://www.quetzal-leipzig.de/lateinamerika-quetzal-leipzig/lithium_petropress.pdf [Zugriff: 09.09.2013] (Im Original herausgegeben von: Centro de Documentación e Información Bolivia (CEDIB))
- Philip, Gorge; Panizza, Francisco (2011): The Triumph of Politics. The Return of the Left in Venezuela, Bolivia and Ecuador. Cambridge, Malden: Polity Press.
- Pieprzyk, Björn; Kortlüke, Norbert; Rojas Hilje, Paula (2009): Auswirkungen fossiler Kraftstoffe. Treibhausgasemissionen, Umweltfolgen und sozioökonomische Effekte. Endbericht. ERA - Energy Research Architecture. In: <http://www.energy-research-architecture.com/uploaded/content/proyecto/1009807892.pdf> [Zugriff: 27.10.2013]
- Pierson, Paul (2000): Increasing Returns, Path Dependence, and the Study of Politics. In: The American Political Science Review, 94 (2), 251-267.
- Poma, Muruchi (2010): Qhapaq ñan und convivir bien. Eine Analyse des Wirtschaftsmodells der MAS. In: Gärtner, Peter et.al. [Hg.]: Bolivien im Umbruch. Der schwierige Weg der Neugründung. Leipzig: Quetzal, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, 297-336.
- Poulantzas, Nicos (1974): Politische Macht und gesellschaftliche Klassen. Frankfurt am Main: Athenäum-Fischer.

- Poulantzas, Nicos 2002 [1978]: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Mit einer Einleitung von Alex Demirovic, Joachim Hirsch und Bob Jessop. Hamburg: VSA-Verlag.
- Prada Alcoreza, Raúl (2010): Más allá del capitalismo y la modernidad. Beitrag zum Forum: Descolonización en Bolivia para comprender el cambio. Cuatro ejes para comprender el cambio. In: <http://www.katari.org/pdf/descolonizar/raul> [Zugriff: 15.10.2012]
- Prada Alcoreza, Raúl (2013a): La colonialidad como malla del sistema-mundo capitalista. Apuntes para una Crítica de la economía política generalizada. In: Horizontes nómadas. Ensayos críticos desde la arqueología, genealogía y hermenéutica nómadas. <http://horizontesnomadas.blogspot.co.at/2013/05/la-colonialidad-como-malla-del-sistema.html> [Zugriff: 07.09.2013]
- Prada Alcoreza, Raúl (2013b): Capitalismo andino amazónico e ilusión estadística. In: Horizontes nómadas. Ensayos críticos desde la arqueología, genealogía y hermenéutica nómadas. <http://horizontesnomadas.blogspot.co.at/2013/01/capitalismo-andino-amazonico-e-ilusion.html> [Zugriff: 07.09.2013]
- Quitersch, Florian (2009): Bolivien und das Lithium: der Einstieg ins Post-Petroleum-Zeitalter? In: Quetzal. Politik und Kultur in Lateinamerika. Online-Magazin. <http://www.quetzal-leipzig.de/lateinamerika/bolivien/bolivien-und-das-lithium-der-einstieg-ins-post-petroleum-zeitalter-19093.html> [Zugriff: 09.09.2013]
- Radhuber, Isabella M. (2009a): Die Macht des Landes. Der Agrardiskurs in Bolivien - Eine Analyse der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen und der Machtbeziehungen. Wien, Berlin: LIT-Verlag.
- Radhuber, Isabella M. (2009b): Staatliche Reorganisation und Erdgaspolitik. In: Ernst, Tanja; Schmalz, Stefan [Hg.]: Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 109-123.
- Radhuber, Isabella M. (2012a): Der plurinationale Staat. Politik, Ökonomie und die Rolle der natürlichen Ressourcen in Bolivien. Wien: Universität Wien, Dissertation.
- Radhuber, Isabella M. (2012b): Eine demokratische Wende für die Indigenen? Neue politische Kräfteverhältnisse und die Reichweite der wirtschaftspolitischen Transformation in Bolivien. In: Lesay, Ivan; Leubolt, Bernhard [Hg.]: Lateinamerika nach der Krise. Entwicklungsmodelle und Verteilungsfragen. Wien, Berlin: LIT-Verlag, 177-198.

- Regalsky, Pablo (2010): Political Processes and the Reconfiguration of the State in Bolivia. In: *Latin American Perspectives*, 37 (3), 35-50.
- Salamanca Castaños, Rolando (2010): La Sociedad Boliviana: Abigarrada y Fragmentada, Ficción y Realidad. In: *Journal Boliviana de Ciencias*, 7 (20), 43-46. <http://www.univalle.edu/publicaciones/journal/journal20/pagina10.pdf> [Zugriff: 6.9.2012]
- Samanamud Ávila, Jiovanny (2010): Sobre las problemáticas del Pluralismo Económico. Beitrag zum Forum: Descolonización en Bolivia para comprender el cambio. Cuatro ejes para comprender el cambio. In: <http://www.katari.org/pdf/descolonizar/jiovanny> [Zugriff: 15.10.2012]
- Sayer, Andrew (2000): *Realism and Social Science*. London [u.a.]: SAGE Publications.
- Seewald, Julia (2012): *Boliviens Wandel vor strategisch-relacionalem Hintergrund - die MAS als hegemoniales Projekt?* Wien: Universität Wien, Diplomarbeit.
- Schorr, Bettina (2009): Von nützlichen Feinden und verfehlter Politik: Der Drogenkrieg der USA in Bolivien. In: Jäger, Thomas [Hg.]: *Bolivien. Staatszerfall als Kollateralschaden*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 175-204.
- Spronk, Susan; Webber, Jeffery R. (2007): Struggles against Accumulation by Dispossession in Bolivia. The Political Economy of Natural Resource Contention. In: *Latin American Perspectives*, 34 (2), 31-47.
- Stefanoni, Pablo (2010): Bolivien unter Evo Morales: Von der Mobilisierungslogik zur Entwicklungsdisziplin? In: *Internationale Politik und Gesellschaft Online: International Politics and Society*, 3, 63-76. http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2010-3/2010-3__stefanoni_d.pdf [Zugriff: 29.01.2013]
- Tapia Mealla, Luis (2012): Der Staat unter den Bedingungen gesellschaftlicher Überlagerungen. Post-koloniale Anregungen für die politische Theorie. In: Brand, Ulrich; Radhuber, Isabella M.; Schilling-Vacaflor, Almut [Hg.]: *Plurinationale Demokratie in Bolivien. Gesellschaftliche und staatliche Transformationen*. Münster, Westfälisches Dampfboot, 282-305.
- Toussaint, Eric (2010): *Die Bank des Südens und die Weltwirtschaftskrise. Bolivien, Ecuador, Venezuela und die Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus*. Köln, Karlsruhe: Neuer ISP Verlag.

- UNDP (2010): Synopsis. The Changes behind the Change. Inequalities and Social Mobility in Bolivia. National Human Development Report. La Paz: United Nations Development Programme.
- Valencia, Fabian; Bornhorst, Fabian (2010): Bolivia: Selected Issues. IMF Country Report No. 10/29. Washington: International Monetary Fund.
- Vega, Oscar (2009): Wege zum guten Leben. Der bolivianische Verfassungsgebungsprozess. In: Ernst, Tanja; Schmalz, Stefan [Hg.]: Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 17-31.
- Wanderley, Fernanda (2009): Crecimiento, Empleo y Bienestar Social. ¿Por Qué Bolivia es tan Desigual? La Paz: CIDES-UMSA.
- Wanderley, Fernanda (2010): Pluralismo Económico, Mercado y Estado. Beitrag zum Forum: Descolonización en Bolivia para comprender el cambio. Cuatro ejes para comprender el cambio. In: <http://www.katari.org/pdf/descolonizar/fernanda> [Zugriff: 15.10.2012]
- Wanderley, Fernanda (2011): Pluralismo de capitalismos. El nuevo Desarrollismo Post Neoliberal en América Latina versus el Nacionalismo Popular en Bolivia. In: Molina, Fernando; Oporto, Henry [Hg.]: Capitalismo en Bolivia. Los Dilemas del Desarrollo. Bolivia: Fundación Vicente Pazos Kanki, 167 - 246.
- Willmore, Larry (2006): Non-contributory pensions: Bolivia and Antigua in an international context. In: CEPAL [Hg.]: Serie financiamiento del desarrollo No. 167. Santiago: United Nations Publication.

Angefragte Dokumente

- BDP (2008): Memoria 2007. La Paz.
- BDP (2009): Memoria 2008. La Paz.
- BDP (2010): Memoria 2009. La Paz.
- BDP (2011): Memoria 2010. La Paz.
- BDP (2012): Memoria 2011. La Paz.
- EMAPA (2013): Sembrando Esperanzas. Cosechando el Futuro. Präsentation von EMAPA.

Gesetzestexte und Regierungsdokumente

Constitución Política del Estado (2009): Gaceta Oficial de Bolivia.
http://medios.economiayfinanzas.gob.bo/MH/documentos/normas_leyes/NCPE_oficial.pdf [Zugriff: 27.8.2012]

INE (2013a): Resumen Estadístico. Comercio Exterior. Importaciones.
http://www.ine.gob.bo/pdf/Resumenes/RES_2013_2.pdf [Zugriff: 27.02.2013]

INE (2013b): Resumen Estadístico. Comercio Exterior. Exportaciones.
http://www.ine.gob.bo/pdf/Resumenes/RES_2013_1.pdf [Zugriff: 27.02.2013]

MAS - IPSP (2009): Bolivia País Líder. Programa de Gobierno 2010-2015.
[http://www.boliviarrural.org/documentos3.raw?task=callelement&item_id=82&element=f85c494b-2b32-4109-b8c1-083cca2b7db6&method=download&args\[0\]=19dc3271f8fc9d3dae377a360661c100](http://www.boliviarrural.org/documentos3.raw?task=callelement&item_id=82&element=f85c494b-2b32-4109-b8c1-083cca2b7db6&method=download&args[0]=19dc3271f8fc9d3dae377a360661c100)
[Zugriff:03.08.2012]

Ministerio de Economía y Finanzas Públicas (2012a): Empresas públicas logran un superávit de Bs1.340 millones. In: Zoom Económico 10.
http://medios.economiayfinanzas.gob.bo/MH/documentos/Materiales_UCS/ZOOM/ZOOM_10.pdf [Zugriff: 31.08.2013]

Ministerio de Economía y Finanzas Públicas (2012b): Bolivia: Población beneficiada con las transferencias directas condicionadas. In:
http://www.economiayfinanzas.gob.bo/descargar.php?archivo=http://medios.economiayfinanzas.gob.bo/MH/documentos/RAF/2012/Junio2012/Bono_200612.pdf [Zugriff: 31.07.2012]

Ley 3787 Regalías Mineras vom 24.11.2007. Ministerio de Minería y Metalurgia. In:
<http://www.mineria.gob.bo/Documentos/Legislacion/Leyes/3787.pdf> [Zugriff: 30.08.2013]

YPFB (2009): Plan Nacional de Inversiones 2009-2015. La Paz: COMAZ/YPFB. In:
[http://www.yxfb.gob.bo/documentos/2010_planificacion/general/Plan%20de%20Inversiones%20Final%20\(02.10.09\).pdf](http://www.yxfb.gob.bo/documentos/2010_planificacion/general/Plan%20de%20Inversiones%20Final%20(02.10.09).pdf) [Zugriff: 09.09.2013]

Zeitungsartikel

La Razón (03.01.2013): Bolivia vuelve a plantear Japón una sociedad para fabricar coches eléctricos.

- http://www.la-razon.com/nacional/Bolivia-Japon-sociedad-fabricar-electricos_0_1754224648.html [Zugriff: 09.09.2013]
- La Razón (18.02.2013): Expropiaciones de empresas en Bolivia durante el mandato de Morales.
http://www.la-razon.com/economia/Expropiaciones-empresas-Bolivia-mandato-Morales_0_1781821862.html [Zugriff: 18.02.2013]
- La Razón (04.03.2013): Proyecto de exportación de GNL se difiere por sanción a Paraguay.
http://www.la-razon.com/economia/Proyecto-exportacion-GNL-difiere-Paraguay_0_1790220991.html [Zugriff: 09.09.2013]
- La Razón (05.03.2013a): El Gobierno definirá las tasas de interés para créditos de vivienda.
http://www.la-razon.com/economia/Gobierno-definira-interes-creditos-vivienda_0_1790820947.html [Zugriff: 08.09.2013]
- La Razón (05.03.2013b): El Estado tendrá dos bancos para el público.
http://www.la-razon.com/economia/bancos-publico_0_1790820944.html [Zugriff: 05.03.2013]
- La Razón (06.03.2013): YPFB proyecta subir a 500 mil conexiones de gas domiciliario.
http://www.la-razon.com/economia/YPFB-proyecta-subir-conexiones-domiciliario_0_1791420891.html [Zugriff: 08.03.2013]
- La Razón (07.03.2013): Gobierno autoriza la exportación de 400 mil toneladas de soya.
http://www.la-razon.com/economia/Gobierno-autoriza-exportacion-toneladas-soya_0_1792020818.html [Zugriff: 30.08.2013]
- La Razón (08.03.2013): Venezuela es el mayor mercado de la micro y pequeña empresa.
http://www.la-razon.com/economia/Venezuela-mayor-mercado-pequena-empresa_0_1792620760.html [Zugriff: 08.03.2013]
- La Razón (09.03.2013): Proyecto de la planta de GNL ya está en marcha.
http://www.la-razon.com/economia/Proyecto-planta-GNL-marcha_0_1793220689.html [Zugriff: 09.09.2013]
- La Razón (22.08.2013): La ley financiera profundizará la regulación y protegerá al usuario.
http://www.la-razon.com/economia/financiera-profundizara-regulacion-protegera-usuario_0_1892810750.html [Zugriff: 08.09.2013]

Internetquellen

Banco de Desarrollo Productivo [o.J]: http://www.bdp.com.bo/es/fdp_asociativo.php;
http://www.bdp.com.bo/es/fdp_individual.php [Zugriff: 15.09.2013]

Programa de Protección Social Madre Niño Niña - Bono Juana Azurduy [o.J.]. In:
<http://www.bonojuanaazurduy.sns.gob.bo/Default.aspx> [Zugriff: 20.08.2013]

Interviews

Interview mit Susana Capobianco am 18.04.2012 in Wien.

Interview mit Oscar Vega am 15.03.2013 in La Paz.

Interview mit Carlos Arze am 04.04.2013 in La Paz.

Interview mit Raúl Prada am 10.04.2013 in La Paz.

Interview mit Gabriel Dabdoub am 17.04.2013 in Santa Cruz de la Sierra.

Interview mit Alejandro Almaraz am 22.04.2013 in Cochabamba.

Besprechung mit EMAPA (Vertreten durch Fernando Silva Viamonte) am 24.04.2013 in La Paz.

9. Abkürzungsverzeichnis

BDP	<i>Banco de Desarrollo Productivo.</i> Bank für productive Entwicklung.
BoA	<i>Boliviana de Aviación.</i> Bolivianische Fluggesellschaft.
BONOSOL	Bono Solidario. Universelle Pension.
BRIC	Brasilien, Russland, Indien und China.
CIDOB	<i>Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia.</i> Bündnis indigener Völker des Ostens Boliviens
COB	<i>Central Obrera Boliviana.</i> Bolivianische ArbeiterInnenzentrale.
COMIBOL	<i>Corporación Minera de Bolivia.</i> Staatliches Bergbauunternehmen Boliviens.
CONAMAQ	<i>Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qllasuyu.</i> Nationaler Rat für Marcas und Ayllus des Qullasuyu.
EMAPA	Empresa de Apoyo a la Producción de Alimentos. Unternehmen zur Förderung der Nahrungsmittelproduktion.
ENDE	<i>Empresa Nacional de Electricidad.</i> Staatliches Bolivianisches Elektrizitätsunternehmen.
ENFE	<i>Empresa Ferrocarril Nacional de Bolivia.</i> Nationales Eisenbahnunternehmen.
ENTEL	<i>Empresa Nacional de Telecomunicaciones.</i> Nationales Telefonunternehmen.
FDP	<i>Fideicomiso para el Desarrollo Productivo.</i> Treuhandfond zur produktiven Entwicklung.
FEPSC	<i>Federación de Empresarios Privados de Santa Cruz.</i> Verband der PrivatunternehmerInnen von Santa Cruz.
ICM	<i>Impuesto Complementario Minero.</i> Ergänzungssteuer im Bergbau.
IDH	<i>Impuesto Directo a los Hidrocarburos.</i> Direkte Steuer auf die Erdöl- und Erdgasproduktion.
ISI	Importsubstituierenden Industrialisierung.
IWF	Internationaler Währungsfond.

LAB	<i>Lloyd Aéreo Boliviano</i> . Bolivianische Fluglinie.
MAS-IPSP	<i>Movimiento al Socialismo – Instrumento Politico por la Soberanía de los Pueblos</i> . Bewegung zum Sozialismus – Politisches Instrument zur Souveränität der Völker.
MIP	<i>Movimiento Indígena Pachakuti</i> . Indigene Bewegung <i>Pachacuti</i> .
MIR	<i>Movimiento Izquierda Revolucionario</i> . Linksrevolutionäre Bewegung.
NAFIBO	<i>Nacional Financiera Boliviana</i> . Nationales Finanzinstitut Boliviens. (Vorgänger der nationalen Entwicklungsbank BDP).
PETROBRAS	<i>Petróleo Brasileiro S.A.</i> Teilstaatliches brasilianisches Erdöl- und Erdgasunternehmen.
REE	<i>Red Electrica Española</i> . Spanischer Stromnetzbetreiber.
TAB	<i>Transportes Aéreos Bolivianos</i> . Staatliches Luftfrachtunternehmen.
TCO	<i>Tierra Comunitaria de Origen</i> . Indigene Gemeinschaftliche Ländereien.
TDE	<i>Transportadora de Electricidad</i> . Bolivianischer Stromnetzbetreiber und seit der Nationalisierung Teil von ENDE.
TIPNIS	<i>Territorio Indígena y parque nacional Isiboro Sécure</i> . Indigenes Territorium und Nationalpark <i>Isiboro Sécure</i> .
YPFB	<i>Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos</i> . Staatliches Erdgasunternehmen Boliviens.

10. Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1: Kausalität im kritischen Realismus</i>	8
<i>Abbildung 2: Akkumulationsregime</i>	33
<i>Abbildung 3: Regulationsdispositiv</i>	44
<i>Abbildung 4: Ungleichheitsregime</i>	45
<i>Abbildung 5: Entwicklung der Exportstruktur je Sektor</i>	69
<i>Abbildung 6: Anteil der industriellen Exportproduktion je Sektor</i>	72
<i>Abbildung 7: Sektorspezifisches Wachstum des BIP (2005 – 2011)</i>	74
<i>Abbildung 8: Einkommensentwicklung und gesetzlicher Mindestlohn</i>	77
<i>Abbildung 9: Arbeitsmarktgliederung nach Beschäftigungsverhältnis</i>	77
<i>Abbildung 10: BIP-Wachstum</i>	121
<i>Abbildung 11: Struktur des städtischen Arbeitsmarkts (2005)</i>	121
<i>Tabelle 1: Entwicklung der Exporte und Importe im Verhältnis zum nominalen BIP</i>	67
<i>Tabelle 2: Kreditvergabe FDP je Produktionszweig</i>	90
<i>Tabelle 3: Verwendungszweck der Kredite.</i>	90
<i>Tabelle 4: FDP-Kreditvergabe je Organisationsform</i>	91
<i>Tabelle 5: Entwicklung der Erdgasexportpreise nach Brasilien und Argentinien</i>	122
<i>Tabelle 6: Entwicklung der Ergasförderung und Exportquote 2000-2010</i>	122
<i>Tabelle 7: Exportstruktur der wichtigsten Produktgruppen</i>	122
<i>Tabelle 8: Export der industrielle Produktion unterteilt nach Sektoren</i>	123
<i>Tabelle 9: Importentwicklung Produktgruppe</i>	124

11. Abstract

11.1. Deutsch

Diese Diplomarbeit baut auf dem Konzept der pluralen Ökonomie als Teil der neuen bolivianischen Verfassung auf. Dabei versteht sich dieses Konzept in seiner theoretischen Betrachtung als ein Wegweiser hin zu einer „sozialen und gemeinschaftlichen Wirtschaftsweise“, die die Probleme der Ungleichheit und Armut kapitalistischer Gesellschaftsformen überwinden soll. Somit wird dieses Konzept auch als eine Kritik linearer Entwicklungsmodelle verstanden. Im Gegensatz zu linearen Entwicklungsmodellen hebt dieser Ansatz die Gemeinschaft hervor, die im Verhältnis Gesellschaft – Politik – Wirtschaft – Natur – Kultur verstanden werden muss. Um dieses Verhältnis herzustellen, liegt ein wesentlicher Aspekt in der Forderung nach einer lokal eingebetteten partizipativen Demokratie, die selber in Beziehung zum Territorium steht. Dadurch wird nicht nur die soziale Dimension der Entwicklung in das Zentrum der Auseinandersetzung gerückt, sondern durch den Bezug zum Territorium wird auch die ökologische Perspektive als Schranke und Potential für Entwicklung hervorgehoben.

Der Analysefokus der Arbeit liegt auf den umgesetzten Wirtschaftspolitiken, den damit einhergehende Verschiebung der Machtverhältnisse und deren Fähigkeit eine spezifische Entwicklungsweise durchzusetzen. Dabei stellt die neo-marxistische Regulationstheorie einen passenden Ansatz dar, um aus der Dialektik von Akkumulation und Regulation das dominante Wirtschaftsmodell und seine Beziehung zum Staat zu analysieren. Um den Staat, der hier als soziales Verhältnis betrachtet wird, zu analysieren, wird auf den strategisch-relationalen Ansatz zurückgegriffen. Dieser stellt ein passendes Konzept dar, um die Veränderung der sozialen Machtverhältnisse innerhalb des Staates zu verstehen. Ziel dabei ist es neue Machtverhältnisse zu identifizieren, das ein Modell der rohstofforientierten Modernisierung anstrebt, anstatt auf indigene Forderungen nach einer alternativen Form der nachhaltigen Entwicklung einzugehen.

Schlagwörter: *Bolivien; politische Ökonomie; Regulationstheorie; strategisch-relationaler Ansatz; Entwicklungsstrategien; Modernisierung; Vivir Bien;*

11.2. English

This thesis has its focus on the concept of a plural economy as a part of the new Bolivian constitution. Understood as a guideline towards a “social and communitarian economy” to overcome the problems of inequality and poverty of a capitalist society, it’s a critique to linear concepts of development. Thus, it is based upon a community-based relation between society – politic – economy – nature – culture. With its participatory approach of local embedded democracy and its territorial relation to the surrounding nature it brings development back to its social and ecologic dimension.

The focus of the analysis is on economic state policies, the transformation of power relations and their ability to enforce a specific model of development. With its interdependent dialectic of modes of accumulation and forms of regulation, the neo-Marxist regulation theory provides a useful approach to analyse the economic model and its relation to the state. To analyse the state as a social relation, the strategic relational approach was implemented. This theoretical concept represents a way of understanding the transformation of social forces in reference to its power relations within the state. This work aims to identify a new power constellation fostering a capitalist mode of resource-based modernisation instead of indigenous’ claims on new ways of sustainable development.

Keywords: *Bolivia; Political Economy; Regulation Theory; Strategic-Relational Approach; Development Strategies; Modernization; Vivir Bien;*

12. Curriculum Vitae

Name: Martin Kitzler
Staatsangehörigkeit: Österreich
E-Mail: martin@kitzler.name

Ausbildung

Seit 10.2008: Diplomstudium „Internationale Entwicklung“ an der Universität Wien
10.2006 – 06.2008: Bachelorstudium „Maschinenbau“ an der Technischen Universität Wien
09.2000 – 06.2005: Maschineningenieurwesen mit Fachrichtung Automatisierungstechnik - HTL Waidhofen/Ybbs
09.1995 – 06.2000: Gymnasium Waidhofen/Ybbs
09.1991 – 06.1995: Volksschule Allhartsberg

Beruflich Erfahrungen der letzten Jahre

Seit 08.2013: Freier Mitarbeiter im Projektteam bei „Licht für die Welt“.
10.2010 – 06.2011: Leitung einer Tutoriumsgruppe im Rahmen der LVA „TEF2 – Transdisziplinäre Entwicklungsforschung“ an der Universität Wien.
07.2010 – 02.2011: Technischer Mitarbeiter im Bereich „Energie und Wohnen“ (Energieausweise, thermische Sanierung, ...) bei BlueWaters
07.2009 – 03.2010: Praktikum bei der Organisation „Asyl in Not“ im Bereich der Fremdenrechts- und Sozialberatung für AsylwerberInnen
04.2009 – 06.2009: Freiwilligenmitarbeit bei der Caritas-AusländerInnenhilfe im Haus Bernardgasse

Wissenschaftliche Erfahrungen

- 05.2013 Vortrag bei der Jahrestagung der Lateinamerikaforschung Austria (LAF) zum Thema „*Socialismo Comunitario en Bolivia*“
- 07.2012 Teilnahme am „54. Internationalen Amerikanistenkongress“ in Wien.

Sprachkenntnisse

- Englisch Sehr gute Kenntnisse in Wort und Schrift (Cambridge First Certificate)
- Spanisch Sehr gute Kenntnisse in Wort und Schrift (Abschluss einiger Lehrveranstaltungen; Forschungsaufenthalt in Bolivien)

Auslandserfahrungen

- 02.2013 – 05.2013 3-monatiger Forschungsaufenthalt in Bolivien im Zuge der Diplomarbeit
- 07.2011 – 09.2011 10-wöchiger Aufenthalt in Bolivien und Mitarbeit in einer lokalen NGO (ITEI)
- 09.2005 – 12.2005 Praktikum im Bereich der Steuerungstechnik in Regensburg, Deutschland.